

Die Freiheit im Kopf

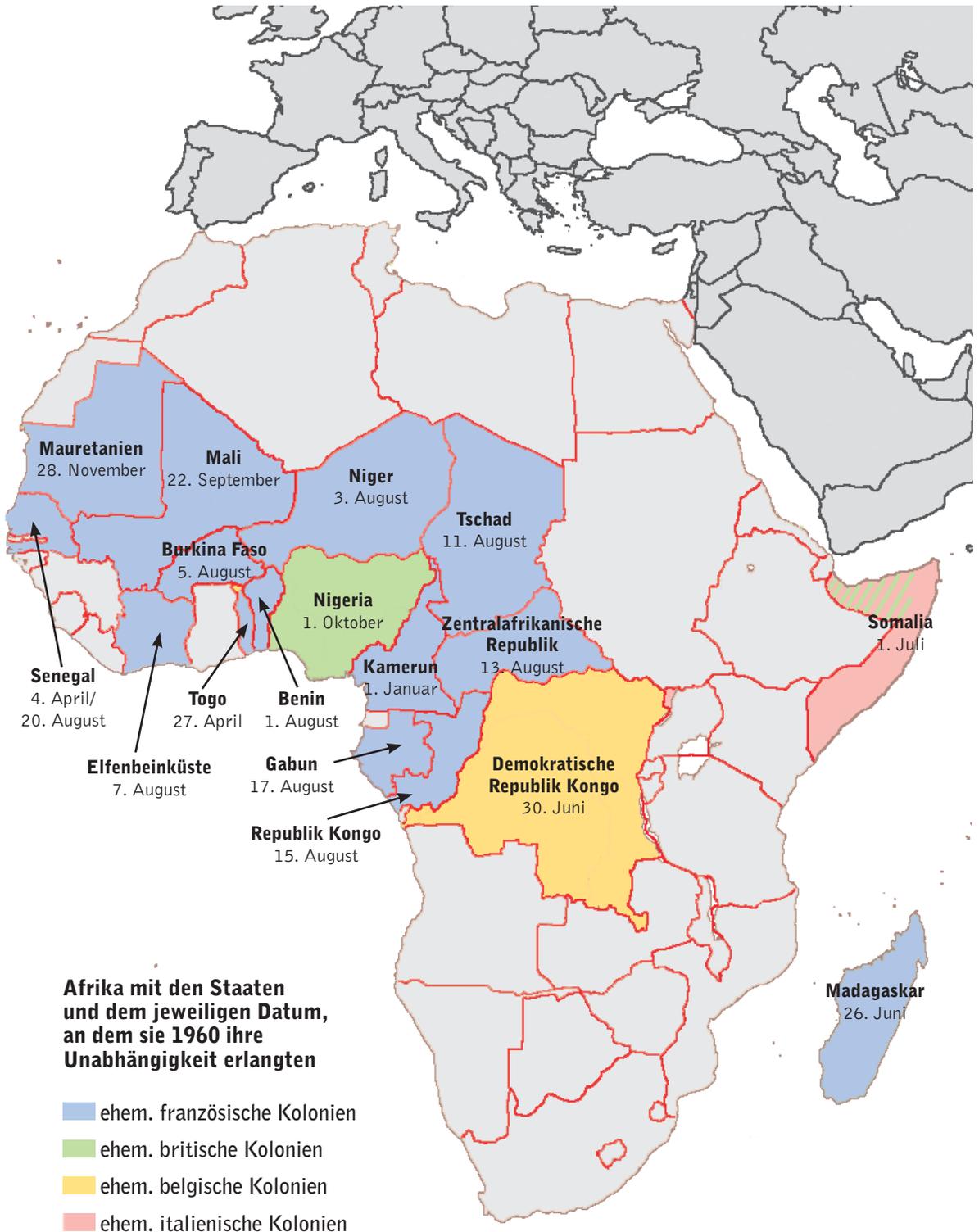
Ein Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika

Carlos Lopes Dichter und Lenker – Eine Ideengeschichte Afrikas nach 1960
François Nkémé Afrika in Miniatur
Ahmed Sékou Touré Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen
Théo Ananissch 1960+3
Kwame Nkrumah Eine kontinentale Regierung für Afrika
Ilan Halevi Ist die panafrikanische Idee tot?
Michèle Rakotoson Die Kraft des Neins
Reinhard Kößler Nationalistaat – Bürde und Ideal
Théo Ananissch Unsere unabhängigen Körper
Fiston Mwanza Mujila Atemberaubende Fehentwicklung
Patrice Lumumba Rede zum Tag der Unabhängigkeit
Ubax Cristina Ali Farah Die Enkelinnen der Unabhängigkeit
Christoph Marx Die Grenzen in Afrika als Last und Herausforderung
Florent Couao-Zotti Hauptsache, man bleibt obenauf
Alfred Dogbé Elektronische Spielzeuge statt Traktoren
Theo Rauch Sind die afrikanischen Bauern nicht in der Lage, die Bevölkerung Afrikas zu ernähren?
Henning Melber Der neue Wettlauf um Afrikas Ressourcen. Für wen belebt Konkurrenz das Geschäft?
Julius

Nyerere Ujama – Grundlage des afrikanischen Sozialismus
Alfred Sawadogo Versagen und Verschwendung
Venance Konan Das Verschwinden meines Vaters
Nénonon Noël Ndjékéry Laufen lernen
Mai Palmberg Afrikanische Kunst als Schlüssel zum Verständnis Afrikas
Annette Schemmel Indépendance oder Interdependenz?
Jean-Pierre Mara Fürs Erste unabhängig
Wilfried N'Sondé Von der Wiedererlangung der Würde
Jean Divassa Nyama Heldengedenken
Nafissatou Dia Diouf Generationenwechsel
Léopold Sédar Senghor Für einen afrikanischen Weg zum Sozialismus
Ousmane Diarra Der Gipfel des Glücks
Sanou Mbaye Afrikas zweigleisige Ökonomie
Toyin Adewale-Gabriel Ein Land mit Kurzeitgedächtnis
Axel Harneit-Sievers Eine vitale Fehlkonstruktion – Nigerias selbstbewusster Umgang mit dem kolonialen Erbe
M'Barek Ould Beyrouk Dürre und Staatsverderung
Wilfried N'Sondé 500 Jahre Eurafrika – Eine heikle Beziehung



**DIE FREIHEIT IM KOPF
EIN RÜCKBLICK AUF 50 JAHRE UNABHÄNGIGKEIT IN
AFRIKA**



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 23**

Die Freiheit im Kopf

Ein Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Freiheit im Kopf

Ein Rückblick auf 50 Jahre Unabhängigkeit in Afrika

Band 23 der Reihe Demokratie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

© Heinrich-Böll-Stiftung 2010

Es konnten nicht alle Rechteinhaber ausfindig gemacht werden. Für entsprechende Hinweise sind wir dankbar.

Bearbeitungen und erläuternde Texte: Peter Ripken

Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen:

Michael Kegler, Peter Ripken, Uta Rüenauver, Bernd Herrmann, Michael Kegler, Toni Weiss,
Mo Zuber, Niklas Amani-Schäffer

Coverphoto: panos pictures

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)

Druck: agit-druck

ISBN 978-3-86928-045-5

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Carlos Lopes Dichter und Lenker	9
François Nkéme «Afrika in Miniatur»	17
Ahmed Sékou Touré Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen	19
Théo Ananissoh 1960+3 oder: Unabhängigkeit ohne die Fähigkeit, sie zu hüten	25
Kwame Nkrumah Eine kontinentale Regierung für Afrika	27
Ilan Halevi Ist die panafrikanische Idee tot?	33
Michèle Rakotoson Die Kraft des Neins	40
Reinhart Köbler Nationalstaat – Bürde und Ideal	42
Théo Ananissoh Unsere unabhängigen Körper	51
Fiston Mwanza Mujila Atemberaubende Fehlentwicklung der sozialen Systeme	53
Patrice Lumumba Rede zum Tag der Unabhängigkeit	55
Ubax Cristina Ali Farah Die Enkelinnen der Unabhängigkeit	61
Christoph Marx Die Grenzen in Afrika als Last und Herausforderung	63
Florent Couao-Zotti Hauptsache, man bleibt obenauf	70
Alfred Dogbé Elektronische Spielzeuge statt Traktoren	72
Theo Rauch Sind die afrikanischen Bauern nicht in der Lage, die Bevölkerung Afrikas zu ernähren?	74
Henning Melber Der neue Wettlauf um Afrikas Ressourcen. Für wen belebt Konkurrenz das Geschäft?	81
Julius Nyerere Ujamaa – Grundlage des afrikanischen Sozialismus	89

Alfred Sawadogo	
Versagen und Verschwendung	98
Venance Konan	
Das Verschwinden meines Vaters	100
Nétonon Noël Ndjékéry	
Laufen lernen	102
Mai Palmberg	
Afrikanische Kunst als Schlüssel zum Verständnis Afrikas	104
Annette Schemmel	
Indépendance oder Interdependenz?	113
Jean-Pierre Mara	
Fürs Erste unabhängig	120
Wilfried N'Sondé	
Von der Wiedererlangung der Würde	122
Jean Divassa Nyama	
Heldengedenken	124
Nafissatou Dia Diouf	
Generationenwechsel	126
Léopold Sédar Senghor	
Für einen afrikanischen Weg zum Sozialismus	128
Ousmane Diarra	
Der Gipfel des Glücks	133
Sanou Mbaye	
Afrikas zweigleisige Ökonomie	134
Toyin Adewale-Gabriel	
Ein Land mit Kurzzeitgedächtnis	137
Axel Harneit-Sievers	
Eine vitale Fehlkonstruktion – Nigerias selbstbewusster Umgang mit dem kolonialen Erbe	139
M'Barek Ould Beyrouk	
Dürre und Staatswerdung	147
Wilfried N'Sondé	
500 Jahre Eurafrika – Eine heikle Beziehung	149
Autorinnen und Autoren	155

VORWORT

Das Jahr 1960 war für viele Afrikanerinnen und Afrikaner ein Jahr der Hoffnungen. 17 Länder erlangten die Unabhängigkeit von den kolonialen Mächten. Die kolonialen Desaster Frankreichs in Indochina und Algerien und die Unabhängigkeit Indiens vom britischen Empire waren entscheidende Weichenstellungen für die Dekolonisierung Afrikas. So wurde die Metapher des britischen Außenministers Harold Macmillan vom *Wind of Change* zur offiziellen Doktrin britischer Politik in Afrika. Die letzte Illusion der beiden großen Kolonialmächte war das Experimentieren mit verschiedenen Formen der Einbindung der Kolonien ins Mutterland – von der Union Française zur Communauté Française und dem Commonwealth of Nations.

Die Afrikaner waren vorbereitet: Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und Ausbeutung setzten die Führer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen nun an, der Geschichte einen eigenen Stempel aufzudrücken. Doch sie nahmen ihren Platz in den von den Kolonialmächten geformten Strukturen ein, standen vor übermächtigen Herausforderungen und waren schon in den Kalten Krieg involviert, den sie freilich auch zu nutzen wussten. Im Jahr 1960 wurden nationale Symbole geboren und über die eigenen – ohnehin kolonial gezogenen – Grenzen hinausgedacht. Die Einheit Afrikas, Frieden, Wohlstand und Größe für alle Afrikaner, das waren proklamierte, aber schwer erreichbare Ziele.

Heute, 50 Jahre später, stellt sich die Frage, was aus den Hoffnungen der Menschen und den Visionen ihrer Führer geworden ist. Wurden aus den kolonial geschaffenen Staatengebilden Nationen? Welche traumatischen Ereignisse wirkten nach, welche kamen in den vergangenen 50 Jahren hinzu? Hätte der Reichtum des Kontinents zum Wohle seiner Bevölkerung gereicht? Wie steht es wirklich um das Verhältnis zwischen Europa und Afrika, um Ausgrenzung und Rassismus und welche Zukunftsperspektiven stellen sich in einer globalisierten Welt?

Eine solche Rückschau kann kaum mit allen Differenzierungen erfolgen und all die vielschichtigen Veränderungen und Prozesse eines halben Jahrhunderts auf dem afrikanischen Kontinent erfassen. Die Realität Afrikas, die voller Kontraste und Brüche ist und reich an kulturellem Ausdrucksvermögen und Ideen, ist uns viel zu wenig bekannt.

«Blitzlichter» wollen wir daher auf die Länder werfen, die 1960 unabhängig wurden: mit ganz persönlichen und vielfach kritischen Beiträgen. Darunter Ousmane Diarra, von dem wir den Titel des Buches entleihen: «Die Tatsache, dass ich schreibe, hat viel mit Unabhängigkeit zu tun. Ich schreibe, weil ich im Kopf frei bin.»

Eine Reihe der oben erwähnten Fragen werden in den Hintergrundartikeln von renommierten Autoren Afrikas wie Europas behandelt, und zuletzt sollen uns Auszüge aus Reden, Schriften und Kurzporträts in die Aufbruchstimmung von 1960 zurückversetzen.

Besonderer Dank gilt Peter Ripken, der dieses Projekt von der konzeptionellen Vorbereitung, der Auswahl der Autoren bis zur Bearbeitung und auch Übersetzung einzelner Beiträge sowie dem Verfassen erklärender Textbausteine sorgsam begleitet hat.

All dies webt sich wie ein bunter Flickenteppich zusammen. Ein Rückblick eben, keine Bilanzierung. Denn letztlich steht ja auch Europa weiterhin im Prozess der Dekolonisierung.

Berlin, im November 2010

Kirsten Maas-Albert
*Leiterin des Afrika-Referats
der Heinrich-Böll-Stiftung*

CARLOS LOPES

Dichter und Lenker

Eine Ideengeschichte Afrikas nach 1960

«Ein Präsident, der Vorsitzender einer Einheitspartei ist und Vater einer Nation, hat sehr viele politische Gegner und sehr wenige wirkliche Freunde. Die politischen Gegner sind Feinde. Was sie betrifft, ist alles einfach und klar. Es sind Leute, die die höchste Macht anstreben – es kann aber nicht zwei Flusspferdbullen im gleichen Revier geben. Man lässt ihnen die Behandlung zukommen, die sie verdienen. Man foltert sie, verbannst sie oder bringt sie um. Aber wie sich verhalten gegenüber den wahren Freunden oder den nahen Verwandten? Wie sie behandeln? Oder genauer: wie die wahren von den falschen unterscheiden? Es ist weltweit bekannt, dass man nur von einem Freund oder Verwandten verraten werden kann. Man muss den Verrat voraussehen und den falschen Freund, den neidischen Verwandten, den Verräter entlarven, bevor er sein Gift verspritzt. Dies ist eine Vorgehensweise, die so viel Fingerspitzengefühl erfordert, wie den After einer Hyäne auszusputzen.» Ahmadou Kourouma (1998)¹

Dieser Auszug aus einem großartigen afrikanischen Roman liefert einen guten Hintergrund für die Betrachtung der afrikanischen Unabhängigkeit. Ahmadou Kourouma ist 2003 gestorben; ein schwerer Verlust. Sein Land, die Elfenbeinküste, erlebt eine nie dagewesene Identitätskrise, ausgelöst durch einen hemmungslosen Kampf um die Macht, dessen Protagonisten direkt der surrealistischen Prosa Kouroumas entsprungen zu sein scheinen. Kourouma war kein besonders produktiver Schriftsteller – er hat nur wenige Romane geschrieben –, doch sein Engagement hat Spuren hinterlassen. Die Bedeutung dessen, was er sagt, hat zu tun mit der Grausamkeit, mit der in Afrika um die Macht gekämpft wird und damit, wie der Mythos vom edlen Wilden durch den einer idyllischen afrikanischen Solidarität ersetzt wurde. Im Namen dieser Solidarität wurden die Intellektuellen nicht selten in ihren Gedanken beschnitten oder in den Hintergrund gedrängt. Diejenigen, die in höhere Einflusssphären oder gar in die Nähe der Macht gelangten, stellten schnell fest, dass sie sich dort nur unter Aufgabe

¹ Kourouma, Ahmadou: *Die Nächte des großen Jägers*. Übers. von Cornelia Panzacchi. Zürich 2002, S. 196. Originaltitel: *En attendant le vote des bêtes sauvages*, Paris 1998.

kritischer oder aufklärerischer Positionen halten konnten. Und diese traurige Realität prägt schließlich das Bild der Macht im Afrika nach der Unabhängigkeit.

Die Tragödie des afrikanischen Denkens habe mit einem Mangel an Ideologie zu tun, sagte Amílcar Cabral (1924–1973), der bedeutende Theoretiker und zugleich Praktiker dessen, was manche als Revolution, andere aber vorsichtiger als gesellschaftliche Veränderungen bezeichnen würden. Damit meinte er nicht jene Debatten um das Ende der Ideologie, die erst nach seiner Zeit aufkamen, sondern die freiwillige, politisch motivierte Zurückhaltung, die Ablehnung des Mimetischen, der bloßen Nachahmung, welche für das Afrika nach der Unabhängigkeit charakteristisch ist. Und der Kern dieser Haltung ist die fortbestehende Vorstellung und Begrifflichkeit, wonach nämlich die Afrikaner anderen unterlegen seien.

Hegel synthetisierte auf philosophischer Ebene das in der westlichen Wahrnehmung verankerte Afrika-Bild von einer dem Schicksal Kains folgenden Bevölkerung zweiten Ranges. In der behaupteten Unfähigkeit Afrikas, Geschichte hervorzubringen, verbindet sich die Vorstellung vom Ursprung der Zivilisation aus der Schrift mit der Definition Ägyptens als nicht-afrikanisch oder zumindest nicht-schwarz sowie der des Mittelmeerraumes als Wiege einer ausschließlich von Europäern erleuchteten Welt.

Wir wissen, dass diese Kategorisierungen historisch nicht haltbar und nicht mehr sind als ein Spiegel diverser Versuche, Alterität zu produzieren, sich mithin abzugrenzen. Doch ihre stete Wiederholung verfestigte sie im Laufe der Zeit und führte dazu, dass noch heute bisweilen explizit, meist jedoch unterschwellig, von einer gewissen afrikanischen Unterlegenheit ausgegangen wird. Diese Wahrnehmung der einstigen Kolonisatoren ist inzwischen vollständig auf die Kolonisierten selbst übergegangen und deren Selbstbild ist von Minderwertigkeitskomplexen sowie dem permanenten Rückgriff auf eine traditionelle Geringschätzung von Politik geprägt. Daraus wird eine Distanz gegenüber allem, was von außen kommt, postuliert, was wiederum den Kritikern wenig Handlungsspielraum belässt, es sei denn, sie bedienen sich wie Kourouma, der auf Formen wie Lobpreisung oder Totenwache zurückgreift, eines traditionalistischen Instrumentariums.

Eine andere schwerwiegende Folge ist, dass Afrika als ein einziges homogenes Gebiet der Forschung angesehen und klassifiziert wird, als passe die gesamte gigantische Vielfalt des Kontinents in die winzige Schublade der Vorstellung von Unterlegenheit.

Es überrascht nicht, dass Afrika große Probleme im Umgang mit einer so definierten Modernität hat. Und zwar deswegen, weil Afrika, diesmal tatsächlich in seiner Gesamtheit, von kolonialen Erfahrungen erschüttert wurde, welche weitaus tiefere Spuren hinterlassen haben als nur der Sklavenhandel. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts griffen die Kolonisatoren nur selten in territoriale Kontrolle ein. In der Zeit der direkten Kolonialverwaltung allerdings war dann der Angriff auf existenzielle Strukturen und Lebensverhältnisse der Afrikaner massiv.

Modernität und Nationalismus

Als die afrikanischen Eliten, die man gemeinhin als proto-nationalistisch bezeichnet, sich zu manifestieren begannen, war ihr Begehren zunächst, als vollwertige Bürger mit vollen Rechten etwa im Sinne der Französischen Revolution anerkannt zu werden. Ihr Bezugspunkt war dabei die Konstruktion einer nationalen Harmonie. Daraus entwickelte sich natürlicherweise eine differenzierte nationalistische Begrifflichkeit, nicht zuletzt, weil der Kampf dieser proto-nationalistischen Eliten auch im Volk Anklang fand, auch wenn dessen Forderungen mitunter anderen Charakter hatten. Das Ziel der Eliten war es, sich von den Überlegenen, die sie nie als gleichwertig akzeptiert hatten, abzugrenzen. Doch selbst in diesem Versuch, sich als anders zu definieren, blieben die afrikanischen Intellektuellen der vergleichenden Auseinandersetzung mit der von außen an sie herangetragenen Modernität verhaftet. Die nationalistische Dimension unterminierte dabei jedes kritische Potenzial: Wer nicht für die Nation war, war eigentlich ein Verräter.

Die meisten afrikanischen Intellektuellen übernahmen das Prinzip Modernität und versahen es mit einer nach innen gerichteten nationalistischen Zweckmäßigkeit: starker Staat, charismatische Führer, im Weberschen Sinne legitimes und souveränes Recht. Dass dieser Nationalismus keine Nation im eigentlichen Sinne besaß, schien kaum zu stören. Der archetypische Nationalstaat war als Symbol und Referenz für Modernität allgemein akzeptiert, und genau aus diesem Grund kamen die Afrikaner nicht an ihm vorbei. Und damit auch nicht an einem ganzen Kontext von politischen Zusammenhängen und Rechten, die ein modernes Verhalten voraussetzten. Die Anführer der ersten unabhängigen Länder waren recht kreativ in der Umsetzung von Autoritarismus und zentralstaatlichen Prinzipien, mitunter geschah dies auch unter dem Begriff der Afrikanisierung. Eine eigene politische Symbol-Sprache wurde entwickelt, Barrieren wurden errichtet, um nach außen modern, dem eigenen Publikum dagegen authentisch und traditionell zu erscheinen. Heute, 50 Jahre nach der großen Welle der Unabhängigkeit, ist dieser Prozess immer noch sichtbar.

Einer der wichtigsten Parameter des modernen afrikanischen Denkens war der Panafrikanismus, der außerhalb Afrikas (mit Repräsentanten wie W.E.B. Du Bois, George Padmore, Dudley Thomson) entstand und von nationalistischen Strömungen nach Afrika getragen wurde. Er diente vornehmlich als Gegenentwurf zu dem bis dahin dominanten, von Unterwürfigkeit geprägten Erscheinungsbild Afrikas. Zugleich offenbarte er aber von Anfang an auch eine Reihe von Schwächen, deren wichtigste das Konzept des Nationalismus selbst war. Die Grundlage der neuen Staaten widersprach bereits dem erklärten Ziel der Einigung des Kontinents: Denn diese hatten sich mit der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) 1963 verpflichtet, die aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen nicht anzutasten. Trotzdem fand die panafrikanische Ideologie Anklang, da sie einen Gegenentwurf darstellte und Afrika in den Zusammenhang eines nationalistisch geprägten und doch kontinental ausgerichteten Wider-

stands stellte. Dergestalt präsentierte sich das moderne Afrika der übrigen Welt: ideologisch schwach, aber mit einem pragmatischen Ziel.

Die großen Protagonisten des Nationalismus stammten aus dem nördlichen Afrika – Habib Bourguiba aus Tunesien, Gamal Abdel Nasser aus Ägypten und Mohammed V. aus Marokko –, während die eher kämpferischen Panafrikanisten sich weiter im Süden befanden – Haile Selassie in Äthiopien, Jomo Kenyatta in Kenia, Kenneth Kaunda in Zambia, Ahmed Sékou Touré in Guinea, Modibo Keita in Mali, Julius Nyerere in Tansania und, als herausragendster Vertreter, Kwame Nkrumah in Ghana.

Auch die nationalen Befreiungskämpfe, als die die Kämpfe der Unabhängigkeitsbewegungen allgemein bezeichnet wurden, nahmen einen wichtigen Raum im Denken der afrikanischen Intellektuellen ein. Sie beeinflussten ihr Denken und gaben den internationalen Forderungen des Kontinents eine klare Stoßrichtung. Erst die Befreiung Südafrikas vom Apartheidregime beendete diesen jahrzehntelang dominierenden Fokus. Und paradoxerweise schufen die Kämpfe auch eine Brücke zwischen den nationalistischen und den panafrikanischen Prinzipien. Die Kämpfe in Algerien, in den portugiesischen Kolonien und später in Rhodesien und Südafrika waren der Bezugspunkt für die internationalen Beziehungen des Kontinents und bestimmten diese für viele Jahre.

Als sich vor 30 Jahren der Council for the Development of Social Science Research in Africa (CODESRIA) gründete, befand man sich auf dem Höhepunkt der Dependenztheorie, deren afrikanischer Exponent Samir Amin war, damals Leiter eines der UNO-Wirtschaftskommission angegliederten Wirtschaftsforschungsinstituts in Dakar. Die Vision, dass Entwicklung nicht linear verlaufe und es unterschiedliche Wege zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums gebe, der sich bislang dem pervertierten Verhältnis von Peripherie und Zentrum entsprechend verteile, war attraktiv. Man hielt das globale System weder für gerecht noch auf Gleichheit ausgerichtet; man war der Überzeugung, dass, solange es nicht in Frage gestellt würde, es keinerlei Aussicht auf Wachstum in den sich entwickelnden Ländern geben könne.

Schnell übernahmen unabhängig gewordene afrikanische Länder eine führende Rolle im Streben nach einer neuen Weltordnung. Angeführt von Algerien und später Tansania gewannen die Afrikaner an Boden und schufen mit wachsender Begeisterung eine neue Form von Solidarität – zunächst auf afro-asiatischer und später auf trikontinentaler Ebene. Die großen Bewegungen für die Interessen der Entwicklungsländer – Blockfreie, Gruppe 77 und einige kleinere wie die Organisation für die Solidarität mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAL) – entstanden in dieser Zeit vor etwa 40 Jahren.

Widersprüchlich war die politische Vision der afrikanischen Intellektuellen in Bezug auf Demokratie. Als in Daressalam die African Association of Political Sciences (AAPS) gegründet wurde, aus deren Führungsebene verschiedene politische Kader hervorgingen, setzte man auf den Begriff der Klasse. Der marxistische Einfluss war stark, aber kreativ. Es ging nicht darum, die damals herrschenden marxistischen Dogmen zu übernehmen, sondern um den Versuch,

die Prinzipien der Klassenanalyse auf afrikanische Verhältnisse zu übertragen. In Zeiten des Kalten Krieges war es nur natürlich, dass die Debatten von außen beeinflusst wurden, sowohl im Sinne als auch in Abgrenzung zu einer gewissermaßen marxistischen Analyse, welche selbst die stärksten Bastionen der kapitalistischen Gangart, wie etwa die Elfenbeinküste unter Houphouët-Boigny, nicht verschonte.

Sowohl in Daressalam als auch in Dakar herrschte ein kosmopolitisches Ambiente mit Intellektuellen aus vielen Ländern, deren geistige Anführer die Präsidenten Nyerere und Senghor waren. Ideen wie die von Frantz Fanon, Amílcar Cabral und anderen nationalistischen Denkern fielen auf fruchtbaren Boden. Die Beiträge einer neuen Generation afrikanischer Historiker wie Joseph Ki-Zerbo oder Cheikh Anta Diop entwarfen ein anderes Afrika-Bild: statt Unterwürfigkeit Authentizität als Überlegenheit der Afrikaner. Es war eine Zeit der Avantgarden, in der die Kämpfe der Afrikaner gegen Apartheid, die Überreste des Kolonialismus und für eine gerechtere Welt positive Schlagzeilen machten. Und in den ersten Jahrzehnten der Unabhängigkeit, den 1960er und 70er Jahren, verzeichneten afrikanische Länder spektakuläre Wachstumsraten, was das positive Bild von einer Umkehr und Neufindung untermauerte.

Aber: Auch wenn afrikanische Denker mit kontinentaler Perspektive über lange Zeit die Diskurse bestimmten, hat sich Afrika nie von seinem Minderwertigkeitskomplex befreit.

Um eine eigene Ethnologie und Anthropologie wurde in Afrika heftig gestritten, und auf dem Gebiet der Geschichtsforschung gab es große Auseinandersetzungen um eine afrikanische Position, die dann mit der Veröffentlichung der umfangreichen, unter der Ägide der UNESCO hauptsächlich von Afrikanern verfassten *General History of Africa* auch nur teilweise erreicht wurde. In der Linguistik war der Kampf um Anerkennung der nationalen Sprachen in den allermeisten Ländern wenig erfolgreich. Bis heute teilen sich die Afrikaner selbst in Arabisch sprechende, Frankophone, Anglophone und Lusophone ein. Die politischen Wissenschaften bezweifelten angesichts einer Vielzahl von Staatsstreichen und Menschenrechtsverletzungen zunächst, dass die Afrikaner die Fähigkeit besäßen, ein modernes Staatsgebilde zu errichten, später stellten sie sogar ihre Demokratiefähigkeit überhaupt in Frage. Auf allen Fronten ist die Marginalisierung des afrikanischen Denkens weiterhin unübersehbar, nicht zuletzt weil vernehmbare kritische Stimmen schon auf dem Kontinent selbst zum Verstummen gebracht wurden.

Kampf um Bürgerrechte

Das Entstehen von Zivilgesellschaften und das Auftreten von organisierten Interessensgruppen (z.B. Jugendliche, Frauen) und Gemeinschaften haben auf dem Gebiet des Rechts die Art des staatlichen Eingreifens verändert und den nationalen Kampf in einen zunehmend fragmentierten Kontext gestellt: Nation ist nicht mehr mit Territorium gleichzusetzen. Gern wird dies als ein Phänomen

der Globalisierung begriffen. Möglicherweise ist es tatsächlich so, dass die Globalisierung identitätsstiftende Kämpfe atomisiert.

Die letzten zwei Jahrzehnte waren in vielen Ländern Afrikas am Kampf um Bürgerrechte oder das Recht auf Teilhabe dominiert. Dieser Druck von unten stellt sämtliche Dogmen afrikanischen Denkens in Frage, zwingt die Intellektuellen zu einem Wechsel der persönlichen Präferenzen und die Politiker zu einem anderen Diskurs über Demokratie. Er schuf Bündnisse zwischen bis dahin völlig unbekanntem Aktivisten und Bewegungen von außen, die diese beeinflussten und nicht selten auch finanzierten.

Auf ökonomischem Gebiet führten die Ölkrisen von 1973 und 1979 zu einer grundlegenden Veränderung der wirtschaftlichen Ausrichtung Afrikas. Sie verursachten unbezahlbare Schulden sowie das, was eine im Auftrag der Weltbank verfasste Studie von Eliot Berg als strukturelle Probleme der afrikanischen Ökonomien bezeichnete, die ein multinationales Eingreifen mit dem Ziel der strukturellen Anpassung erforderten. Kurios ist, dass diese Diagnose, die seinerzeit nur für das Afrika südlich der Sahara gestellt wurde, sich schnell auf die Entwicklung im Allgemeinen beziehen ließ. Das sich seinerzeit auf einem Höhepunkt befindliche liberale Credo besagte, dass die vorhandenen strukturellen Probleme nur durch weitere Liberalisierung und die Reduzierung staatlichen Eingreifens gelöst werden könnten. Unter den Vorgaben der Weltbank hatten die afrikanischen Ökonomien auch keine andere Wahl, als die neuen Prinzipien strikt und dogmatisch umzusetzen.

Während sich die afrikanischen Staaten in einem drastischen Wirtschaftsabschwung befanden, wurde der Liberalisierungsdruck derart mächtig, dass das Diktat der Makroökonomie sich auf alle Sektoren des öffentlichen Lebens ausweitete: auf Bildung, Gesundheit, Forschung, Infrastruktur und sogar auf die Verwaltung. Angesichts des nur unzureichend ausgeprägten Selbstbewusstseins der afrikanischen Eliten war es schließlich kaum verwunderlich, dass sich all dies wiederum negativ auf die Entwicklung eines eigenen afrikanischen Denkens auswirkte.

Die Globalisierung, die in den 1980er und 90er Jahren ihre goldene Zeit hatte, zeigte in Afrika ihre negativen Begleiterscheinungen: Gescheiterte Demokratisierungen, Polarisierungen sowie strukturelle Anpassungen ohne positive Auswirkung waren die sichtbaren Anzeichen einer zumindest teilweise von außen bestimmten Agenda.

Überwindung der Gräben

Angesichts der dramatischen Situation des afrikanischen Kontinents tendieren viele Analysen zu einer skeptischen Bilanz, was letztlich zum Entstehen eines regelrechten «Afro-Pessimismus» beigetragen hat. Dabei fallen die Positionen zu den Problemfeldern in und außerhalb Afrikas unterschiedlich aus: Léopold Sédar Senghor stand immer für das Konzept der Négritude, Anta Diop vertrat energisch die schwarzen Wurzeln Ägyptens, Ngugi wa Thiong'o setzte sich für eine neue

Wertschätzung afrikanischer Sprachen ein, Ali Mazrui stellte die Trennung von Arabern und Schwarzafrikanern in Frage, Elikia M'Bokolo und Jean Loup Amselle interpretierten afrikanische Ethnizität neu, Archie Mafeje entwarf eine neue Konzeption der Landfrage, Axelle Kabou provozierte mit ihrem Buch, in dem sie strukturelle Gründe für die fehlende Bereitschaft zur Entwicklung anführte, Patrick Chabal beleuchtete den wahren Kern des Widerstands gegen demokratische Prozesse und Handlungsformen, Thandika Mkandawire hat gezeigt, wie äußere Einflüsse auf ökonomische Projekte und die Konstruktion von Staatsapparaten in Afrika wirken.

An Beispielen fehlt es nicht. Doch kaum einer dieser Ansätze hat über die Grenzen Afrikas bzw. den Zirkel der Afrikanisten hinaus Beachtung gefunden. Das ist bedauerlich, denn die Front der Ablehnung hat großen Einfluss in Afrika. Und ein Verständnis des Kontinents ohne diese Überlegungen, in welche Richtung nachzudenken und zu forschen wäre, ist nicht wirklich möglich.

Eine afrikanische intellektuelle Diaspora an europäischen und amerikanischen Universitäten trägt zur Überwindung dieses Grabens bei. Doch das afrikanische Verhältnis zu seiner Diaspora ist immer noch deutlich ambivalent. Man stört sich an dem mythischen Afrika-Bild der frühen Diaspora, welches rückwärtsgewandt und historisch verdreht sei, sowie an der Vermarktung afrikanischer Folklore ohne Bezug auf ihren ursprünglichen kulturellen und spirituellen Gehalt. Die alte Diaspora wiederum verweigert sich einer allzu großen Annäherung an gegenwärtige afrikanische Intellektuelle, in denen sie eine Bedrohung ihrer eigenen Idealisierung des Kontinents sieht.

Die neuere Diaspora könnte hier aus ihrem eigenen Selbstverständnis heraus eine Brückenfunktion einnehmen. Hier sehen viele die Globalisierung als Chance. Zahlreiche in Afrika geborene, aber in der Diaspora lebende Intellektuelle engagieren sich in weltweiten Bewegungen und Netzwerken, was ihr Verständnis der Globalisierung befördert. Ihre Rückkehr nach Afrika geschieht nicht notwendigerweise physisch, sondern zunehmend auch über die Mitwirkung an oftmals virtuellen Netzwerken. All dies trägt dazu bei, die Isolation des afrikanischen Denkens zu überwinden.

Es ist heute möglich, durch internationale Beziehungen den Raum eines spezifisch afrikanischen intellektuellen Diskurses über die Grenzen des Kontinents hinaus zu erweitern. Unter der Beteiligung neuer Netzwerke und einer organisierten Zivilgesellschaft, die neue, transkontinentale Themen (wie etwa Menschenrechte, Umwelt und fairen Handel) aufwirft, wird sich die Situation grundsätzlich verändern. Nicht zufällig ist Afrika in jüngster Zeit Austragungsort einiger globaler Konferenzen zu Themen wie Bevölkerungsentwicklung, AIDS, Handel und Wirtschaftsentwicklung, Rassismus oder Nachhaltigkeit gewesen. Diese internationale Agenda spiegelt natürlich auch den Wunsch wider, der ganze Kontinent möge sich wie das demokratische und moderne neue Südafrika entwickeln.

Auch die Ablösung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) durch die Afrikanische Union (AU) ist mehr als nur Kosmetik. Sie stellt eine wichtige

Richtungsentscheidung dar: Hinter der AU steht auch die von Südafrika, Nigeria, Algerien und seit kurzem auch von Senegal angeführte New Partnership for Africa's Development (NEPAD). Beide Initiativen, die einhergehen mit Entwicklungen auf dem Gebiet der Friedenssicherung und des Konfliktmanagements, zeigen eine neue Bereitschaft, das eigene Haus selbst in Ordnung zu bringen. Die OAU war auf Protest ausgerichtet, während die AU, bei allen Einschränkungen rhetorischer Natur, nach innen arbeitet: Ihr geht es um die Etablierung demokratischer Werte. Das ist kein leichtes Unterfangen, kann aber im Erfolgsfall ein weiterer Baustein bei den Bemühungen sein, das Unterlegenheitsimage Afrikas zu widerlegen.

Ein drastischer Rückgang des afrikanischen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts bis zur Jahrhundertwende hat in Afrika den Staat an sich diskreditiert und zu einer Schwächung der öffentlichen Hand geführt. Das gegenseitige Misstrauen im Umgang mit internationaler Unterstützung erleichtert nicht gerade die Anpassung an neue Gegebenheiten; die zermürbenden IWF-Auflagen sind noch längst nicht überwunden. Der Kampf um Entwicklung ist heute geprägt von der Suche nach einem Platz in der globalisierten Welt, insbesondere durch einen faireren Handel und weniger Ungleichgewicht in den Beziehungen. Bruderkriege haben gezeigt, dass die größten Konflikte Afrikas innerhalb der einzelnen Länder selbst stattfinden und nicht zwischen den Staaten untereinander. All dies spricht dafür, staatliche Souveränität neu zu bewerten, nicht mehr als sakrosanktes Prinzip zu begreifen, sondern als etwas, das neu definiert werden muss.

Der zeitweilige Zusammenschluss regionaler Blöcke hat in dieser Hinsicht einige Hoffnungen geschürt, konnte sich aber bisher nicht durchsetzen. Mit Ausnahme der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) ist keiner der Blöcke wirklich ökonomisch orientiert; die Währungszone des von Frankreich abhängigen Franc CFA sowie die Südafrikanische Zollunion (SACU) warten noch darauf, als Motoren einer stärkeren regionalen Integration genutzt zu werden. Dafür allerdings müsste der NEPAD seine bisherige Rolle erst aufgeben, was derzeit noch nicht in Sicht ist.

Afrika war lange Zeit mit der Lösung von Konflikten beschäftigt. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass sich die internationalen Beziehungen des Kontinents vollständig von den Rahmenbedingungen der Vergangenheit lösen. Sicherlich wird Afrika in Zukunft weniger panafrikanisch und auch weniger nationalistisch sein. Doch wir befinden uns noch längst nicht in der Phase der Befreiung von den Geistern, die die afrikanischen Eliten so lange umgetrieben haben.

Seit der Jahrtausendwende kann Afrika etwas freier atmen: Die Wirtschaft wächst, es gibt neue Abkommen mit Schwellenländern, insbesondere mit China, das Verhältnis zu Europa ändert sich, neue Kommunikationstechnologien führen zu breiterer Vernetzung, jüngere, urbane und postmoderne Eliten entstehen.

Mussten 50 Jahre vergehen für diesen Optimismus? Die nackte und grausame Realität ist noch immer die, die Kourouma beschreibt. Doch hinter ihr schimmert allmählich ein neues Afrika hervor.



FRANÇOIS NKÉME

Kamerun

«Afrika in Miniatur»

Geboren bin ich erst acht Jahre nachdem der französischsprachige Teil meines Landes Kamerun am 1. Januar 1960 unabhängig geworden war. In diesem Jahr voller Erwartungen war es wirklich eine sehr gute Wahl, dass der Reigen der afrikanischen Unabhängigkeiten ausgerechnet mit dem Land begann, das sich selbst als «Afrika in Miniatur» bezeichnet. Nach der Kolonisierung durch die Deutschen, die 1884 begann und bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs andauerte, waren die Franzosen und die Engländer unsere Kolonialherren. Mein Land hat seinen Namen von der portugiesischen Bezeichnung *Rio dos camaroes*, Krabbenfluss, die sich auf den Wouri bezog. Heute ist mein Land eine Krabbe, die sich in allen Ölen der Welt frittieren lässt. Wir lieben die französischen Öle so sehr, dass wir einfach im Topf bleiben, frittiert mit dem ganzen Körper, dargebracht mit einer Sauce aus Korruption und Trägheit.

Woran erinnert mich die Unabhängigkeit meines Landes? Eigentlich ist das keine große Sache. Der 1. Januar 1960 ist bei uns noch nicht einmal ein nationaler Feiertag, weil der Teil unseres Landes, der nach dem Ersten Weltkrieg englisch besetzt war, sich erst mehr als ein Jahr später emanzipiert hat, am 1. Oktober 1961, als er nach einem Referendum dem französischsprachigen Kamerun angeschlossen wurde. Es gibt also zwei Daten, zwei Feiertage und keine gemeinsame Erinnerung, die in gemeinsamer Begeisterung gefeiert werden könnte.

Man ist versucht zu sagen, eine genetische Degeneration befallte mehr und mehr die Generation von heute. Eine eigenartige Degeneration, die besonders den Bauch und den darunter liegenden Teil des menschlichen Körpers in Aufruhr versetzt, während die intellektuellen Fähigkeiten des Landes zunehmend absterben. Ein Humorist hat einmal – beim Vergleich verschiedener Nationen – gesagt, dass es Länder gäbe, die sich anstrebten, sich aus dem Dreck zu retten, in den sie irgendwie geraten seien; und dann gäbe es andere, die nach Schaufeln verlangten, um sich noch tiefer in den Abgrund wühlen zu können. Kamerun ist heute nicht weit von dieser zweiten Gruppe entfernt.

Als mein Vater mir von der Unabhängigkeit erzählte, sprach er von einem Fest, das mit Geschrei und Tränen endete. Denn die wahren Nationalisten, um

Nyobé und die anderen, die in den Widerstand gegangen waren, um ihre Freiheit zu verteidigen, die nach Washington und vor die UNO gezogen waren, um ihre Unabhängigkeit zu fordern, sie nahmen nicht hin, dass Frankreich ein ihm wohlgesonnenes Regime installierte, nachdem es die Nationalisten Kameruns bei einem grausamen Massaker dezimiert hatte. Ich ziehe es vor, von einem Massaker zu sprechen, weil allein die gewaltige Ungleichheit bei den Waffen richtiggehend Ekel hervorruft.

Seit der Ermordung von Um Nyobé im Maquis von Bassa, der Ermordung von Félix Moumié, der in Genf vergiftet wurde, und der Hinrichtung von Ernest Ouandié durch Präsident Ahidjo in den 1970er Jahren ist der Widerstand in den Regionen Bassa und Bamileke, die den höchsten Blutzoll gezahlt haben, vollständig erstickt worden. Seither ist viel Wasser unter den Brücken des Widerstands in Kamerun hindurchgeflossen. Der rote Fluss des Kameruner Nationalismus hat seine Last an toten nationalen Unabhängigkeitshelden mit sich fortgetragen.

Wenn man mir von Unabhängigkeit spricht, so sage ich einfach wie der Schauspieler in einem Film: «Vor der Unabhängigkeit, nach der Unabhängigkeit, da gibt es keinen richtigen Unterschied.» Mit anderen Worten: Die nationalistische Elite gibt es nicht mehr, nur noch die einheimische Bourgeoisie mit schwarzer Haut, die pflichtvergessen ist und nur noch an sich selbst denkt. Auch die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft sind vergangen, genauso wie die Vorstellungen von einem besseren Land.

AHMED SÉKOU TOURÉ

Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen

Am 10. Oktober 1960 hielt Sékou Touré, der Staatspräsident von Guinea, das 1958 als einzige französische Kolonie dem Referendum über eine Gemeinschaft Frankreichs mit seinen afrikanischen Besitzungen eine klare Absage erteilt hatte, vor der Vollversammlung der UNO eine Rede programmatischen Charakters. Seine Aussagen machen deutlich, von welchen Hoffnungen, Ansprüchen und ideologischen Orientierungslinien der Aufbruch des Jahres 1960 begleitet war.

Man hat es schon oft wiederholt: Die zentrale Idee der Charta der Vereinten Nationen, wie sie sich aus den Beratungen der Konferenz von San Francisco ergeben hat, besagt, dass der Friede nicht gesichert werden kann, solange Unterdrückung, Unrecht und wirtschaftliche Ausbeutung auf der Welt existieren, solange es den Völkern am Lebensminimum fehlt, solange schließlich gewisse Regierungen nach Gutdünken anderen Völkern tyrannische oder gewalttätige Regime aufzwingen können, die eine Erhaltung ihrer Privilegien begünstigen.

Über dem ganzen Erdteil Afrika grollt eine Bewegung der Revolte; aber nichts erlaubt die Behauptung, die imperialistischen Mächte seien bereit, freiwillig ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zugriff zu lockern. Das verachtete und seiner Rechte beraubte Afrika spielt heute in den Expansionsplänen der imperialistischen Mächte eine überragende Rolle. Durch geschickte Manöver und unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Abmachungen schließen diese Mächte sich zusammen und koordinieren ihre Bestrebungen zur Errichtung von Militärstützpunkten, die unerlässlich sind, wenn sie die enormen Reichtümer, auf die sie es abgesehen haben, ausbeuten wollen. So neigt der Kolonialismus dazu, sich in eine internationale Form zu kleiden; wohlverstanden – er toleriert die Flaggen und Hymnen des afrikanischen Nationalismus, aber er duldet nicht, dass jemand an seinen Interessen rührt.

Isoliert genommen bedeutet die politische Unabhängigkeit keineswegs völlige nationale Befreiung. Sie ist gewiss eine entscheidende und notwendige Etappe. Dennoch sind wir gezwungen zu erkennen, dass die nationale Unabhängigkeit nicht nur politische Befreiung, sondern auch und vor allem eine totale wirtschaftliche Befreiung voraussetzt. Ohne diese beiden Forderungen ist kein

sozialer Fortschritt möglich. Wenn Afrika sich aber wirtschaftlich befreien soll, darf es nicht länger als Rohstoff-Reservoir gelten.

Wir müssen den gegenwärtigen Zustand der Unterentwicklung fast des ganzen Erdteils Afrika betonen. Sie ist eine direkte Folge des Fehlens jeder typisch afrikanischen Wirtschaft. Die neuen Staaten stehen, wenn sie sich von der Knechtschaft befreien, dem schwerwiegenden Tatbestand gegenüber, dass die afrikanische Wirtschaft zerstückelt und den Wirtschaftsbereichen der jeweiligen ehemaligen Kolonialmächte integriert ist.

Die afrikanische Wirtschaft beruht gegenwärtig auf dem Handel, und dessen wesentliche Funktion ist es, aus der Kolonie ein wirtschaftliches Anhängsel des Mutterlandes zu machen. Afrika wird als ein Markt betrachtet, auf dem jede Konkurrenz, die im Verdacht steht, den Interessen des Mutterlandes Abbruch zu tun, sorgfältig ausgemerzt wird.

Den Zufällen der Kolonisation gemäß gehören benachbarte afrikanische Länder mit identischen wirtschaftlichen Gegebenheiten heute absolut verschiedenen Wirtschafts- und Handelsorganisationen an. Im Allgemeinen finden wir nirgends eine Akkumulation von Kapital, die fähig wäre, an Ort und Stelle die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Länder notwendigen Investitionen zu sichern.

Die Werkzeuge unserer Wirtschaft existieren nicht; wir verfügen nur über wenige Spezialisten aus dem eigenen Volk; faktisch müssen wir zur Entwicklung der ehemaligen Kolonialmächte beisteuern, die bereits hochindustrialisiert sind: Kann dieser Zustand zu etwas anderem führen als zum Ruin? Deshalb hat noch kein kolonisiertes Land – allen humanitären Reden zum Trotz – ein soziales Niveau erreicht, das auch nur mit den niedrigsten Lebensniveaus in Europa vergleichbar wäre.

Wir haben es mit einem Teufelskreis zu tun: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Diesen Kreis müssen wir durchbrechen, das heißt, wir müssen den *pacte colonial* völlig zerstören. Nur dann kann Afrika eine Wirtschaft mit nationalem Charakter erhalten, die seinen Völkern eine bessere Zukunft sichert. Wir wissen, dass heute die Idee eines gemeinsamen afrikanischen Marktes ihren Weg macht. Die These setzt sich durch, dass eine authentisch afrikanische Wirtschaftseinheit geschaffen werden muss, die von den Interessen der Bevölkerung ausgeht. Nun gilt es die Imperialisten zu überzeugen, dass letzten Endes alle Industrienationen – auch die am höchsten entwickelten – daran interessiert sein müssen, dass Afrika seine eigene Wirtschaft aufbaut und die Grundlagen für seine eigene Industrialisierung schafft.

Die falsche koloniale Vorstellung, dass es unmöglich sei, Afrika zu industrialisieren, muss aufgegeben werden zugunsten neuer Ideen, die auf die unausweichliche Entwicklung aller Kontinente eingehen – darunter des Erdteils Afrika – und die absolute Notwendigkeit einer Industrialisierung der Länder Afrikas einschließen. Wir sind davon überzeugt, dass die Industrialisierung Afrikas keineswegs die Entwicklungschancen anderer Erdteile beeinträchtigt, sondern sie im Gegenteil beträchtlich erhöht. Die Bedürfnisse Afrikas auf allen Gebieten



Das Porträt von Sékou Touré auf afrikanischem Lendenschurz

werden wachsen. Umstellen müssen sich also nur jene, die heute die Weltwirtschaft in der Hand halten; sie müssen sich nicht nur mit der politischen, sondern auch mit der wirtschaftlichen Emanzipation Afrikas abfinden: Sie gehört zur Harmonie und zum neuen Gleichgewicht der Welt.

Der Kampf der Völker um ihre wirtschaftliche Befreiung beginnt erst. Besser denn je sind wir heute gewappnet, um ihn zum guten Ende zu führen. Wir sind

überzeugt, dass auswärtige Hilfe absolut notwendig ist, um rasch zum Ziel zu kommen. Darum legen wir so viel Wert auf offene und direkte Aussprache mit den anderen Völkern, die bereit sind, uns ihre brüderliche Unterstützung zu gewähren. Vor allem aber müssen unsere jungen afrikanischen und asiatischen Staaten mit sich selber rechnen. Sie müssen ihre Völker voll und ganz mobilisieren, um die Spuren der alten Herrschaft zu beseitigen und mutig die neuen Aufgaben anzupacken. Deshalb proklamiert die Republik Guinea ständig, dass der Kampf des guineischen Volkes untrennbar mit dem Kampf der anderen Völker Afrikas, Asiens und der Welt verbunden ist. Das erklärt auch unsere Freude, wenn wir heute im Kreis dieser internationalen Familie neue Bruderländer begrüßen, die an unserer Seite Platz nehmen. Sie vermehren unsere Aktionsmöglichkeiten und steigern die Chance für eine Befreiung anderer Völker.

Wie wir werden diese neuen Staaten das stolze Gefühl kennenlernen, das der Widerstand gegen die Isolierungsmanöver der Imperialisten verleiht, die noch davon träumen, das Spiel um Afrika zu beherrschen. Die Imperialisten widersetzen sich der Befreiung Afrikas nicht mehr. Aber sie hoffen, jeder von seiner Seite, in Afrika ihnen ergebene Staaten zu behalten.

Daher die selige Zufriedenheit des imperialistischen Lagers angesichts des massiven Auftretens junger afrikanischer Staaten in den Vereinten Nationen! Wir müssen sie mit Vorsicht genießen. Tatsächlich glauben manche Leute, sie könnten hinter tosendem Beifall ihren geheimen Wunsch verstecken, sich im Kreis der UN afrikanische Stimmen zu sichern – nicht für die Emanzipation Afrikas und den Kampf um den Weltfrieden, wie es die großen Ideen der Charta wollen, sondern allein für ihre besonderen Anliegen, das heißt: für die Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen Position, vor allem in Afrika und Asien. Die Unterdrücker von gestern reden die Sprache perfekter Philanthropen und hoffen, den unabhängigen Regierungen Afrikas und Asiens im Kreis dieser unserer Organisation zu schmeicheln, um ihre rückschrittliche Politik auf sie stützen zu können.

Bestimmt bedeuten nicht alle Beifallskundgebungen, mit denen die neuen Mitglieder der Vereinten Nationen begrüßt werden, das Gleiche. Aber die Führer der neuen Staaten Afrikas sind zum Glück keine Kinder. Sie werden diese neue Form des Kolonialismus nicht hinnehmen – in einem Augenblick, da das Verlangen nach Freiheit und Würde zum ersten Ziel des ganzen Erdteils Afrika aufrückt. Sie werden beweisen, dass der heroische Kampf ihrer Völker nicht einer Flagge, einer Hymne und, wie man so schön sagt, einer UN-Delegation galt, sondern dem Sturz jeder Form fremder Herrschaft und der effektiven Teilnahme an allen Aktionen im Dienst von Frieden und Fortschritt.

Unsere Völker, die bisher unterdrückt waren, sind nicht dazu berufen, Sklavenvölker zu werden; ihre Führer können sich nicht mit der Marionettenrolle abfinden, die man ihnen bei den Vereinten Nationen anbietet. Jene, die auf gefällige afrikanische Stimmen rechnen, um ihre Stellungen in Algerien, in Südafrika, in den Kolonien zu halten, werden als erste bitter enttäuscht werden. Die anderen, die gleiche Berechnungen angestellt haben – wenn auch zu anderen Zwecken (verlorene Liebesmüh hier wie dort) –, können jetzt, so hoffen wir, die

Lehren daraus ziehen, die sich aufdrängen. Es gibt keinen bequemen Weg zur Vollendung der Befreiung Afrikas. Die Imperialisten müssen auf ihre Privilegien verzichten. Es gibt keine andere Lösung. Die Männer und Frauen, die Greise und Kinder Afrikas haben das genau begriffen.

Entnommen aus Ansprenger, Franz: Politik im Schwarzen Afrika, Westdeutscher Verlag, Opladen 1961.

Ahmed Sékou Touré gehört zu den legendären Führungspersönlichkeiten Afrikas; zugleich ist sein politischer Lebensweg geradezu Symbol geworden für die Entwicklungen und Bewegungen, die zur Unabhängigkeit führten, und für die Fehlentwicklungen nach der Unabhängigkeit.

Sékou Touré (geboren am 9. Januar 1922 in Farana, Guinea) ist Urenkel des Führers des Malinke-Volkes Almamy Samory Touré, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine große Militärmacht aufbaute, weite Teile Westafrikas beherrschte, den Islam zur Grundlage seines Reiches machte und 1897/98 von den Franzosen endgültig besiegt wurde. Sékou Touré besuchte zuerst eine Koranschule, dann nur ein Jahr die französische Technischule in Conakry, der Hauptstadt Guineas. 1945 wurde er Generalsekretär der Post-Gewerkschaft und begann sein politisches Engagement, das ihn 1946 zum Mitbegründer der Partei Rassemblement Démocratique Africain (RDA) werden ließ, die von dem Politiker der Elfenbeinküste Félix Houphouët-Boigny angeführt wurde. 1947 entstand aus der RDA die antikoloniale Parti Démocratique de Guinée (PDG). 1948 wurde Touré Vorsitzender der Konföderation der Arbeiter Guineas, der lokalen Sektion der französischen Gewerkschaft CGT, die der Kommunistischen Partei nahestand.

1956 wurde Touré Abgeordneter für Guinea in der französischen Nationalversammlung und im gleichen Jahr Bürgermeister von Conakry. Als das Gebiet bei den Territorialwahlen die Semi-Autonomie erlangte und die PDG stärkste politische Kraft wurde, übernahm er die Vizepräsidentschaft der Territorialversammlung.

Bei dem vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle einberufenen Referendum (28. September 1958) über eine Gemeinschaft (communauté) mit Frankreich war Guinea das einzige Land, das massiv mit Nein stimmte, was nach Auffassung vieler Beobachter auf die charismatische Person Sékou Touré zurückzuführen war. Aus dieser Zeit stammt auch sein berühmter Ausspruch gegen das Referendum: *Nous préférons la liberté dans la pauvreté à la richesse dans l'esclavage*. («Wir ziehen die Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor.»)

Sékou Touré trat zumindest programmatisch für einen panafrikanischen Sozialismus ein. Auch unterstützte er die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, aber auch den Partido Africano da Independência da

Guiné e Cabo Verde (PAIGC, die afrikanische Befreiungsbewegung gegen die portugiesische Kolonialherrschaft im benachbarten Guinea-Bissau).

Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit am 2. Oktober 1958 wurde Sékou Touré Präsident des neuen Staates. Als Antwort Frankreichs zog Paris jegliche finanzielle und administrative Unterstützung zurück und drängte Touré damit fast zwangsläufig dazu, sich neue Verbündete zu suchen. Die Hinwendung zur UdSSR verfestigte in der Folge die Herrschaft der Einheitspartei PDG, die zunehmend undemokratischer herrschte und die wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekam. Jegliche Kritik am Herrschaftsstil und der Politik des Präsidenten wurde bekämpft, wobei besonders häufig der Vorwurf des «Komplots» (z.B. seitens der Lehrer, der Händler, der Militärs oder der «fünften Kolonne») erhoben wurde. Dabei spielte Touré auch die «ethnische Karte», als er 1976 von einem «Komplotz der Peulh» (der in ganz Westafrika vertretenen vorwiegend als nomadisierende Viehzüchter lebenden Ethnie) sprach und in der Folge einen der berühmtesten Guineer, den ehemaligen Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Diallo Telli inhaftieren und später liquidieren ließ.

Während seiner Amtszeit errichtete er eines der grausamsten diktatorischen Herrschaftssysteme in Afrika. Tausende politisch missliebige Personen wurden inhaftiert, gefoltert und liquidiert. Mehr als zwei Millionen Menschen verließen das Land. Zu Beginn der 1980er Jahre vor allem durch den zunehmenden Protest insbesondere der Marktfrauen Guineas gezwungen, seine Innenpolitik zu verändern. Auch außenpolitisch war er durch eine verstärkte Kooperation mit dem Westen (und vor allem mit großen multinationalen Firmen) darum bemüht, für Entspannung zu sorgen, um wieder Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe zu erlangen. Außerdem verstärkte er erneut seine Beziehungen zu anderen afrikanischen Ländern (insbesondere der Elfenbeinküste und dem Senegal) und bemühte sich verschiedentlich als Vermittler bei innerafrikanischen Konflikten. Sékou Touré starb 1984 überraschend während einer Herzoperation in Cleveland (Ohio, USA).

Peter Ripken



THÉO ANANISSOH

Togo

1960+3 oder: Unabhängigkeit ohne die Fähigkeit, sie zu hüten

Für mich ist der 27. April 1960 ein ebenso unvergessliches Datum wie mein eigener Geburtstag. Mit ihm verbindet sich der Name eines großen Mannes, des einzigen, den wir bis zu diesem Tag in Togo hatten: Sylvanus Olympio, der das Land in die Unabhängigkeit führte. Olympio wurde drei Jahre später von einem Mann ermordet, der uns anschließend 38 endlose Jahre «regierte». Er ersetzte als Nationalfeiertag den 27. April durch das Datum seines sinnlosen Eintretens in unsere Geschichte. Es fällt mir schwer, mir dieses Individuum, das im Februar 2005 endlich starb, ins Gedächtnis zu rufen. Ich erfuhr die Nachricht seines Todes, als ich auf dem Flughafen in Bamako in Mali gerade aus dem Flugzeug stieg, und ich erinnere mich, dass mich der Mann an der Hotelrezeption in dieser Nacht überschwänglich beglückwünschte.

Sylvanus Olympio hatte am Morgen des 27. April 1960 die Unabhängigkeit ausgerufen. Er war 58 Jahre alt. Als Olympio am 13. Januar 1963 in aller Herrgottsfrühe getötet wurde, verlor Togo mit einem Schlag die Orientierung. Daran kann kein Zweifel bestehen. Die Unabhängigkeit, die ein Mann, der in England in moderner Wirtschaft und Politik ausgebildet worden war, unter dem Einsatz großer Geistesanstrengungen erzwungen hatte, war plötzlich verloren. Ich beklage mich nicht, wenn ich dies schreibe; ich klage auch nicht an; den Grund dafür werde ich versuchen zu erklären.

Was auf der Afrika-Karte als Togo ausgewiesen ist, ist eine Schöpfung von Bismarcks Deutschland. Der kaiserliche Gesandte Gustav Nachtigal unterzeichnete am 5. Juli 1884 einen Vertrag, der das Protektorat über das Küstengebiet festschrieb. Das sogenannte Togo entstand im Laufe der deutschen Siege über die «togolessischen» Völker im Landesinneren. Jedenfalls begann alles am 5. Juli 1884. Vor diesem Datum waren unsere Vorfahren, regiert von einheimischen Fürsten, Häuptlingen oder welchen Stammesvertretern auch immer, unabhängig und souverän gewesen. Seit dem 5. Juli 1884 standen sie unter Vormundschaft, bis 1914 unter deutscher, dann unter französischer.

Wenn Sie Steine kolonisieren, sind diese 1000 Jahre später immer noch Steine. Die Menschen allerdings entwickeln sich, verändern sich, passen sich an. Nach 76 Jahren kolonialer Unterwerfung erwachten nun die Geister und machten sich auf die Suche nach Freiheit. Neue Generationen kämpften gegen die 1884 begonnene Fremdherrschaft. Die Unabhängigkeit wurde 1960 von den Kindern und Enkeln derer zurückerobert, die 1884 von den Deutschen überrascht worden waren. Beachten Sie, was ich gerade sage: 1960 wurde die Souveränität zurück-erlangt, die 1884 verlorengegangen war. Gewiss geschah dies in der neuen und modernen Gestalt eines Staates nach westlichem Muster, einer erweiterten und, sagen wir es nur, völlig heterogenen Gemeinschaft; dennoch wurden wir mit Sylvanus Olympio wieder unseren Vorfahren ähnlich, die keine europäischen Herren hatten.

Der 27. April ist also ein großes Datum. Im Schulunterricht wurde mir der Eindruck vermittelt, als handele es sich dabei um eine greifbare Sache aus der Natur, wie beispielsweise ein Fluss, der fließt, der außerhalb von mir existiert. Man hätte mir sagen müssen, dass 1960 im Grunde 1884 vor der Ankunft des imperialen Konsuls Gustav Nachtigal an unserer Küste ist und dass das, was wir im 19. Jahrhundert gegenüber den Deutschen nicht zu verteidigen wussten oder konnten, ein zweites Mal verlorengehen konnte. Das geschah 1963.

Es gibt keine Unabhängigkeit ohne die Fähigkeit, sie zu hüten. In unserer unvollkommenen Welt sind nicht auf der einen Seite unschuldige Völker und auf der anderen böartige Nationen; vielmehr gibt es diejenigen, die organisiert sind, und diejenigen, die, aus den verschiedensten Gründen, Schwierigkeiten haben, es zu sein. Trotz des Mordes an Sylvanus Olympio und der darauf folgenden Unterwerfung unseres Schicksals unter die Herrschaft der Vasallen des ehemaligen Kolonisators ist der 27. April 1960 ein besonderes Datum, denn es bezeichnet für uns den Anbruch eines modernen Zeitalters sowie den Beginn unserer Verantwortung in der Geschichte.

Eine kontinentale Regierung für Afrika

Wie kaum ein anderer Politiker des «neuen» Afrika, das sich in den 1950er Jahren herausbildete, war Kwame Nkrumah ein Mann, der nationale Politik und Vision in Einklang zu bringen versuchte – mit dem Konzept des Panafrikanismus. Immer wieder hat Nkrumah, der sein Land Ghana 1957 als erste (britische) Kolonie in die Unabhängigkeit führte, seine Vorstellungen in Reden und Aufsätzen formuliert. Im folgenden Aufsatz zeigt er Leitlinien auf, wie die Einheit Afrikas geschaffen werden kann.

Der natürliche Reichtum Afrikas wird als größer als jener fast aller anderen Kontinente geschätzt. Um das Beste aus unseren Mitteln und Möglichkeiten zu machen, um Wohlstand und eine gute soziale Ordnung zu schaffen, müssen wir unsere Anstrengungen, unsere Reichtümer, unsere Fähigkeiten und unseren Willen vereinigen.

Europa soll uns eine Lehre, ein negatives Beispiel sein. Ständig war es damit beschäftigt, exklusive Nationalismen zu pflegen. Während Jahrhunderten war es in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt, die nur hin und wieder von Zeiten unsicheren Friedens unterbrochen waren, und schließlich endete es in einem Zustand der Verwirrung, im Chaos, nur weil es nicht fähig war, eine gesunde Grundlage für einen politischen Zusammenschluss und gegenseitiges politisches Verständnis zu schaffen. Es brauchte zwei Weltkriege, und ganze Weltreiche mussten zusammenbrechen, bis sich die Einsicht durchsetzte, dass in der Einheit die Stärke liegt. Und auch diese Einsicht ist noch immer nur teilweise verdaut.

Während wir in Afrika, wo die Einheit oberstes Ziel ist, eine Harmonisierung unserer Anstrengungen anstreben, setzen die Neokolonialisten alles in Bewegung, dies zu stören, indem sie die Bildung von Gemeinschaften fördern, die auf den Sprachen der früheren Kolonialmacht beruhen. Wir können es uns nicht leisten, auf diese Weise gespalten und in Widersprüche verwickelt zu werden. Dass ich Englisch spreche, macht mich nicht zum Engländer. Ebenso wenig macht die Tatsache, dass einige unter uns Französisch oder Portugiesisch sprechen, uns zu Franzosen oder Portugiesen. Wir sind und bleiben Afrikaner, und unseren Interessen ist nur durch den Zusammenschluss in einer afrikani-



Uta Ludecke/dpa

Kwame Nkrumah

schen Gemeinschaft gedient. Weder das Commonwealth noch eine franko-afrikanische Gemeinschaft können ein Ersatz sein.

Für uns gibt es nur ein Afrika, all seine Inseln eingeschlossen. Von Tanger oder Kairo im Norden bis Kapstadt im Süden, von Kap Guardafui im Osten bis zu den Kapverden-Inseln im Westen ist Afrika eine unteilbare Einheit. Wenn wir in Afrika zur Einheit rufen, sind wir voll von der Richtigkeit unseres Zieles überzeugt. Wir brauchen unsere vereinte Kraft, um uns vor den sehr realen Gefahren einer Rückkehr des Kolonialismus in versteckter Form zu schützen. Wir brauchen sie, um die tief verwurzelten Kräfte zu bekämpfen, die unseren Kontinent und immer noch Millionen unserer Brüder in Rückständigkeit halten. Wir brauchen sie, um den Aufbau eines sozialen und wirtschaftlichen Systems an die Hand zu nehmen, das den großen Massen unserer ständig wachsenden Bevölkerung einen Lebensstandard sichert, wie er den fortgeschrittensten Ländern entspricht.

Aber wir können unsere offenen und versteckten Ressourcen nur mit vereinten Kräften mobilisieren. Wenn wir den Reichtum unserer menschlichen und natürlichen Ressourcen in isolierten Gruppen entwickeln, werden sich unsere Energien bald im gegenseitigen Konkurrenzkampf erschöpfen. Wirtschaftliche Reibereien unter uns würden mit Sicherheit zu politischer Rivalität führen, wie sie auch während vielen Jahren in Europa das Wachstum und die Entwicklung behinderten.

Meines Erachtens muss ein vereintes Afrika – d.h. die politische und wirtschaftliche Einigung des afrikanischen Kontinents – drei Ziele haben: Erstens brauchen wir eine übergeordnete wirtschaftliche Planung auf kontinentaler Grundlage. Dies würde die industrielle und wirtschaftliche Kraft Afrikas vergrößern. Solange wir territorial und regional «balkanisiert» bleiben, werden wir dem Kolonialismus und Imperialismus ausgeliefert sein. Die Stellung der südamerikanischen Republiken angesichts der starken und zielgerichteten Politik der Vereinigten Staaten ist hier ein sprechendes Beispiel.

Die Ressourcen Afrikas können nur im Rahmen einer übergeordneten, kontinental geplanten Entwicklung zum Vorteil aller genutzt werden. Deshalb sollten wir jetzt ernsthaft über den Aufbau eines gemeinsamen Marktes einer Afrikanischen Union nachdenken und uns nicht von den fragwürdigen Vorteilen der Assoziation mit der sogenannten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verleiten lassen. Wir Afrikaner haben bei der Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Transportwege zu lange schon unsere Blicke nach außen gerichtet. Wir müssen jetzt unseren Blick auf uns selbst richten, wenn es um unsere Entwicklung geht. Alle unsere Kommunikationswege waren unter der Kolonialherrschaft nach außen, nach Europa und anderswohin orientiert, sie waren nicht auf die eigene, innere Entwicklung unserer Städte und Staaten ausgerichtet. Politische Einheit wird uns die Macht und den Willen geben, all das zu ändern.

Wir haben in Afrika unermessliche Ressourcen an Landwirtschaft, Bodenschätzen und Wasserkraft. Diese fast sagenhaften Ressourcen können nur dann voll ausgebeutet und im Interesse Afrikas und des afrikanischen Volkes genutzt werden, wenn wir sie innerhalb einer Unionsregierung der afrikanischen Staaten nutzen. Eine solche Regierung wird eine gemeinsame Währung, eine Währungszone und eine zentrale Notenbank unterhalten müssen. Die Vorteile dieses einheitlichen Finanzwesens sind riesig, da Geldtransaktionen zwischen unseren verschiedenen Staaten erleichtert und die kommerzielle Aktivität beschleunigt würden. Eine zentrale Notenbank ist für die Neuorientierung der afrikanischen Wirtschaft und deren Befreiung von ausländischer Kontrolle eine unausweichliche Notwendigkeit. Zweitens sollten wir eine vereinte Militär- und Verteidigungsstrategie anstreben. Ich sehe nicht viel Sinn und Erfolg in unseren zersplitterten Bemühungen um aufwendige Streitkräfte zur Selbstverteidigung, die ganz bestimmt bei einem größeren Angriff auf unsere einzelnen Staaten unwirksam sind.

Wenn wir unsere militärischen Ressourcen nicht für eine gemeinsame Verteidigung vereinen und kombinieren, so ist es möglich, dass die einzelnen Staaten aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus sich für Verteidigungspakte mit fremden Mächten gewinnen lassen, was die Sicherheit von uns allen gefährdet. Man muss bei diesem Problem auch die Kostenfrage berücksichtigen. Der Unterhalt großer Armeen ist auch für die wohlhabendsten Staaten eine schwere Last. Für die jungen afrikanischen Staaten, die einen großen Kapitalbedarf für ihre innere Entwicklung haben, ist es lächerlich – ja sogar selbstmörderisch –, dass jeder Staat für sich allein die schwere Last der Selbstverteidigung trägt, wo es

doch möglich wäre, diese Belastung durch eine Aufteilung unter sich so einfach zu vermindern.

Unser drittes Ziel hängt mit den ersten beiden zusammen. Wenn wir in Afrika eine einheitliche Wirtschaftsplanung und eine einheitliche Militär- und Verteidigungsstrategie aufbauen, wird es auch nötig sein, eine einheitliche Außenpolitik und Diplomatie einzuschlagen, um unseren gemeinsamen Bemühungen um den Schutz und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kontinents eine politische Richtlinie zu geben. Zudem gibt es in Afrika etwa 60 einzelne Staaten, von denen gegenwärtig ungefähr 31 unabhängig sind. Wenn jeder Staat seine eigenen diplomatischen Vertretungen auf dem afrikanischen Kontinent unterhalten muss, wäre die Belastung schon erdrückend, ganz zu schweigen von der Vertretung außerhalb des Kontinents. Die Wünschbarkeit einer gemeinsamen Außenpolitik, die es uns ermöglicht, mit einer einzigen Stimme in den internationalen Gremien zu sprechen, ist so klar, lebenswichtig und dringend, dass sich wohl jeder Kommentar dazu erübrigt. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine Verfassungsstruktur finden können, die auf unsere besonderen Bedingungen in Afrika anwendbar ist. Sie muss nicht notwendigerweise nach dem Vorbild der existierenden Verfassungen Europas, Amerikas oder anderer Länder geformt sein. Das wird uns befähigen, die Ziele, über die ich gesprochen habe, zu erreichen, und dabei kann bis zu einem gewissen Grad die Souveränität jedes Staates in einer Union der Afrikanischen Staaten erhalten bleiben.

Die Kräfte, die uns einen, sind wesentlicher und stärker, als die uns aufgezogenen Strukturen, die uns trennen. Hier liegen die Kräfte, die wir nutzen und festigen müssen zum Wohl der Millionen, die uns, ihren Führern, vertrauen und die von uns erwarten, dass wir sie aus dem vom Kolonialismus hinterlassenen Zustand von Armut, Unwissenheit und Verwirrung in eine geordnete Gemeinschaft führen, wo Freiheit und Freundschaft inmitten des Wohlstands aufblühen können.

Auszug aus: Africa must unite. Heinemann/Panaf Books, London 1963. Übersetzung aus: Al Imfeld (Hrsg.) Verlernen, was mich stumm macht. Lesebuch zur afrikanischen Kultur. Unionsverlag, Zürich 1980.

Kwame Nkrumah: Ghana war der erste afrikanische Nationalstaat, der aus britischer Kolonialherrschaft in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Sein unbestrittener Führer war Kwame Nkrumah, der die Politik der Kronkolonie Goldküste schon seit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg dominiert hatte.

Der Sohn einer Kleinhändlerin und eines Goldschmieds (geboren 1909 im Südwesten Ghanas, dem Siedlungsgebiet der Akan), besuchte eine katholische Missionsschule, arbeitete dann als Hilfslehrer und studierte am Achimota College in Accra, wo er auch unterrichtete. Ab 1935 studierte er in den USA, wo er einen BA in Volkswirtschaft und einen in Theologie sowie zwei Master-Degrees in Pädagogik und Philosophie erhielt. Bei einem

kurzen Studienaufenthalt an der London School of Economics and Political Science entwickelte er politisches Engagement und Talente, begann eifrig zu schreiben und zu publizieren.

1945 organisierte er in Manchester den 5. Pan-Afrikanischen Kongress, stark inspiriert von den Ideen des US-Amerikaners W.E.B. Du Bois, einem der Väter der panafrikanischen Bewegung.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat engagierte er sich in der United Gold Coast Convention, die dem charismatischen Redner jedoch bald zu gemäßigt erschien. 1947 gründete er eine eigene Partei, die Convention's People Party, die bald stärkste politische Kraft wurde und sofortige Autonomie forderte. 1952 wurde er Premierminister an der Goldküste, ein Amt, das wenig Macht mit sich brachte. Nkrumah schaffte es jedoch, über alle ethnisch definierten Begrenzungen und Abgrenzungen hinweg, die sechs Millionen Goldküsten-Bewohner für die Idee der Unabhängigkeit von der Kolonialherrschaft zu begeistern. Am 6. März 1957 entließen die Briten die Goldküste in die Unabhängigkeit, und Nkrumah wurde erster Ministerpräsident des neuen Staates Ghana: «Von heute an müssen wir unsere Vorstellungen ändern. Wir müssen realisieren, dass wir von nun an keine Kolonie mehr sind, sondern ein freies und unabhängiges Volk. Unsere Unabhängigkeit ist ohne Bedeutung, wenn sie nicht die völlige Freiheit für den afrikanischen Kontinent nach sich zieht.»

Ghana war Vorreiter und Vorbild für andere Kolonien Afrikas, die später ihre Unabhängigkeit erlangten. Zwar war Ghanas Ausgangslage 1957 eher positiv, weil der Prozess zur Unabhängigkeit die Bevölkerung auch über ethnische Grenzen hinweg geeint hatte. Die Wirtschaft, gleichwohl abhängig vom Kakao, war weit entfernt von krisenhaften Entwicklungen späterer Jahre. Doch Kwame Nkrumah brachte Ghana auf einen Weg, der die demokratischen Strukturen und die Machtbalance in eine Einparteienherrschaft diktatorischen Gepräges führte. Er ließ sich als Heiland und Erlöser feiern, Kritik an ihm wurde als Hochverrat bestraft. Auch die Wirtschaft entwickelte sich nicht, die ländlichen Gebiete und die Landwirtschaft – mit Ausnahme des Kakaoanbaus – wurden vernachlässigt.

Nkrumahs Vorstellungen von einem einigen und gemeinsam regierten Afrika ließen sich nicht verwirklichen; die Mehrzahl der afrikanischen Führer, die 1963 die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gründeten, fanden seine Vorstellungen zwar bedenkenswert, die Wirklichkeit ihrer Staaten auf dem Weg zu einem Nationalstaat sprach jedoch eine andere Sprache. Als Politiker, der seine Nation in eine größere Zukunft ganz Afrikas führen wollte, scheiterte Nkrumah schon recht bald nach der Unabhängigkeit. 1966 stürzte ihn das Militär, als er sich gerade zu einem Staatsbesuch in China aufhielt. Er starb 1972 im Exil in Bukarest.

Die von Kwame Nkrumah formulierten Ideen finden auch heute noch überall in Afrika und in der afrikanischen Diaspora viele Anhänger. Zu diesen Ideen gehören auch die bereits Anfang der 1960er Jahre formulierte Kritik an der Uneinigkeit der Afrikaner.

Auch seine frühe Kritik an dem Phänomen des Neokolonialismus, wonach es immer noch die transnationalen Konzerne seien, die Afrikas Rohstoffe ausbeuteten, wird in unterschiedlicher Ausprägung heute noch aufgegriffen.

P. R.

Ist die panafrikanische Idee tot?

Afrika ist eine geografische Realität, aber vor allem ist es ein Konzept. Es ist auch ein institutionelles, zwischenstaatliches Projekt, verkörpert durch die 1963 als Organisation für Afrikanische Einheit gegründete Afrikanische Union. Dennoch bildet Afrika kein Ganzes, und man sollte nicht versuchen, voreilig Schlussfolgerungen allgemeiner Art zu ziehen. Der Zeitraum über den wir sprechen, 50 Jahre, betrifft in erster Linie die ehemaligen britischen und französischen Kolonien, obgleich auch der belgische Kongo und Somalia um etwa dieselbe Zeit ihre Unabhängigkeit erlangten. Die portugiesischen Kolonien wurden erst Mitte der 1970er Jahre «befreit», zeitgleich mit der Wiederherstellung der Demokratie im «Mutterland». Simbabwe wurde 1980, Namibia 1990 unabhängig, und Südafrikas Apartheidregime brach erst vor eineinhalb Jahrzehnten zusammen.

Obwohl afrikanische Regierungen erklärtermaßen für die Einheit des Kontinents eintreten, unterscheiden die meisten Experten und Nicht-Afrikaner nach wie vor zwischen einem «Afrika südlich der Sahara» und «Nordafrika» – speziell, wenn es um politische Fragen geht. Hier wird der Maghreb historisch wie kulturell der «arabischen» Welt zugerechnet, die sich bis nach Asien hin erstreckt; und der Maghreb ist, wie Europa, Anrainer des Mittelmeers. Es ist vermutlich kein Zufall, dass die Grenzgebiete der beiden Unterregionen – die sich von Somalia und dem Sudan über den Tschad, das algerisch-malische Grenzgebiet bis hin zur Westsahara erstrecken – durchgehend wie anhaltend politisch labil sind. Gleichermäßen und trotz der Tendenz, regionale, von der Geografie bestimmte Untergruppen zu bilden, schweißt das Erbe der Kolonialzeit Gruppen von Ländern zusammen, die von denselben «Mutterländern» beherrscht wurden und mit diesen nach wie vor auf vielerlei Art eng verbunden sind – und das nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Frankophonie mag zwar zunehmend nur noch für städtische Eliten von Bedeutung sein, ist aber eine kulturelle wie institutionelle Tatsache. Die ehemaligen britischen Kolonien gehören dem Commonwealth an. Wie anhaltend stark die Bindung an die Kolonialmächte von einst ist, zeigen auch die engen Beziehungen, die Ruanda und der Kongo zu Belgien, die Angola und Mosambik zu Portugal haben. Oft ist der Austausch mit, sind die Kommunikationswege zum vormaligen Kolonialherren stärker ausgeprägt als die zu anderen, selbst benachbarten afrikanischen Staaten.

Zwei Fragen, die oft aufkommen, wenn man auf die jüngere Geschichte Afrikas zurückblickt, stellen sich viele Bürger Afrikas selbst: Was bedeutet «Unabhängigkeit»? Was hat sie den Menschen gebracht? Aus diesen legitimen, wenn auch

einigermaßen gedächtnislosen Fragen (es bedarf schon einer kompletten Auslöschung historischer Erinnerung, um über die Grauen der Kolonialzeit hinwegzusehen, über Sklaverei, Zwangsarbeit, Enteignung, Gewalt, extreme Ausbeutung und Demütigung durch fremde Armeen und Siedler) ergeben sich drei weitere Fragen, mit denen wir uns in der Folge kurz auseinandersetzen wollen:

Welche Rolle haben jeweils nationale Befreiungsbewegungen, internationale Einflüsse und neokoloniale Absichten im Rahmen der Abläufe gespielt, die zur Unabhängigkeit der Staaten Afrikas führten?

Ist es möglich, nach einem halben Jahrhundert ein Muster in den Befreiungskämpfen Afrikas auszumachen, ihre spezifischen wie gemeinsamen Züge und den Einfluss zu erkennen, den sie auf die politischen Entwicklungen nach der Unabhängigkeit hatten?

Schließlich: Können wir versuchen einzuschätzen, was heute von den panafrikanischen Visionen und Träumen von Führern wie Nkrumah, Nyerere, Azikiwe und anderen geblieben ist?

Im Rückblick sollte versucht werden, die erste Frage auf eine Art zu beantworten, die sich so weit wie möglich jenseits ideologischer Positionen bewegt. Die beiden Positionen, die in der Regel die Diskussion beherrschen, sind einerseits die Absicht, die bestehenden Staaten dadurch zu legitimieren, dass man das nationalistische Erbe hochhält, und andererseits die scharfe Kritik an den herrschenden neokolonialen Verhältnissen, die die Unabhängigkeit der neuerdings zerfallenden Staaten jedes positiven Gehalts, jeder Massenbasis beraubt und diesen häufig jede Art von Legitimität abspricht. Die weit verbreitete Vorstellung, die Kolonialherren hätten die Unabhängigkeit nur deshalb gewährt, weil sich so das System rationaler und gewinnbringender gestalten ließ, ist eine grobe Vereinfachung eines komplexen Vorgangs. Ohne den anhaltenden Druck der Menschen selbst hätten die Kolonialmächte, die unter dem dreifachen Druck von Siedlern, Wirtschaftsinteressen und Militär standen, die Unabhängigkeit wohl kaum zugelassen.

Frankreich hat jahrelang in Vietnam gekämpft, um die Unabhängigkeit von Vietnam, Laos und Kambodscha abzuwenden – weniger als ein Jahrhundert nach der ausgesprochen grausamen und blutigen Eroberung. Gegen die Menschen Algeriens wurde ein völkermörderischer Krieg geführt, um das Land in Frankreichs Macht zu halten. Auch wenn es in vielen afrikanischen Ländern keinen lang anhaltenden Krieg gab, gab es doch überall Kämpfe, und Forderungen wurden mit Gewalt unterdrückt. Organisationen wurden verboten, Anführer verhaftet, Kundgebungen beschossen, Menschen getötet. Mancherorts entwickelten sich aus Kundgebungen Unruhen, beispielsweise 1949 an der Elfenbeinküste, oder gar Aufstände und Massenerhebungen wie 1947 in Madagaskar. (Man schätzt, dass bei der Niederschlagung an die 90.000 Madagassen ums Leben kamen!)

Auf den ersten Blick könnte man dazu neigen, die Briten vom Vorwurf, Unabhängigkeitsbewegungen brutal unterdrückt zu haben, freizusprechen. Schon 1942 – und zweifellos unter dem Druck der Achsenmächte, die nicht davor



DB Seep Riff/dpa

Gründung der Organisation für afrikanische Einheit

zurückschrecken, die antikoloniale Stimmung in den britischen Besitzungen für ihre Zwecke zu nutzen – hatten sie ihre Absicht erklärt, sich schlussendlich aus allen Herrschaftsgebieten östlich des Suezkanals zurückzuziehen. Wie bekannt ist, dauerte dieser Prozess recht lang, beispielsweise in Aden – Afrika wurde dabei jedoch überhaupt nicht erwähnt. In Westafrika passte die britische Philosophie und Praxis der «indirekten Herrschaft» gut zu den Richtlinien, die der Völkerbund für die Verwaltung von Mandatsgebieten vorsah. Dennoch kam es, wenn auch selten, zu Zusammenstößen und Gewalt (in Nigeria und anderen Gebieten).

Dort, wo das gemäßigte Klima die Ansiedlung von Europäern zuließ – im Hochland Kenias, im Süden Rhodesiens und in Südafrika –, fielen die Auseinandersetzungen jedoch nicht weniger brutal aus, als in den französischen Kolonien. In den beiden letztgenannten Ländern kamen europäische Siedler an die Macht und nahmen so Großbritannien die Möglichkeit, sich für die Dekolonisation zu entscheiden. Die Unabhängigkeit, die Eigenstaatlichkeit war das Ziel jener politischen Bewegungen und Parteien, die versuchten, die Massen zu mobilisieren (im Jargon der Polizei: «Unruhen unter den Eingeborenen»), um die Kolonialherrschaft zu stürzen.

Im französischen Kolonialreich kamen derartige Ziele nicht immer so deutlich zum Ausdruck, da eine zentrale Organisation, das Rassemblement Démocratique Africain (RDA), die lokalen Bewegungen koordinierte. Mit Ausnahme des Senegal, der seit dem Ersten Weltkrieg, als Dank für die 200.000 Mann starke Senegalesische Infanterie, die auf der Seite Frankreichs gegen Deutschland

gekämpft hatte, einen Sonderstatus hatte (volle französische Staatsbürgerschaft für die vier Kommunen Dakar, Saint-Louis, Thiès and Rufisque), arbeiteten sämtliche Parteien und politischen Bewegungen, die später die Führung der neuen Staaten bilden sollten, unter der gemeinsamen Führung der RDA. Deren wenig präziser Slogan hieß: «Befreiung der Massen Afrikas». In Frankreich stand die RDA politisch der Kommunistischen Partei nahe, die sich gegen die Kolonialpolitik stellte, im Wesentlichen jedoch verlangte, das Kolonialreich müsse demokratisiert werden, damit einheimische Bevölkerungen ebenfalls in den Genuss der sozialen Errungenschaften der Volksfront kommen konnten. Das führte dazu, dass einige der wichtigsten Abschnitte des Befreiungskampfes, etwa 1948 der Streik der Arbeiter an der Eisenbahnlinie Dakar–Niger (über den der senegalesische Schriftsteller und Regisseur Sembène Ousmane 1960 den großartigen Roman *Gottes Holzstücke* geschrieben hat), nicht ausdrücklich im Namen der Unabhängigkeit geführt wurden, sondern für politische, soziale und wirtschaftliche Rechte, das heißt im Namen von Werten, die die Basis der französischen Republik bilden.

Die Unabhängigkeit jedoch war das einzige mögliche Ergebnis. Der Kalte Krieg und die damit verbundene Möglichkeit zwischen den Machtblöcken zu lavieren, sowie, nach 1955, das Entstehen der Bewegung der Blockfreien im Gefolge der afroasiatischen Konferenz von Bandoeng zeigten klar in diese Richtung. Das Britische Empire verwandelte sich seit der Unabhängigkeit Indiens, 1948, nach und nach in einen Commonwealth formal unabhängiger Staaten (die Goldküste, die sich in Ghana umbenannte, erhielt 1954 Autonomie und wurde 1957 unabhängig). Frankreich, das noch bis 1962 ganz und gar mit dem Drama in Algerien beschäftigt war und sich noch kaum von dem Debakel in Indochina erholt hatte, konnte es sich offensichtlich nicht leisten, im Süden eine weitere Front zu eröffnen und musste sich entsprechend in eine Art der Dekolonisation ergeben, von der es nur hoffen konnte, sie ließe sich irgendwie kontrollieren und beherrschen. Die Methode hieß räumliche und politische Teilung. Die Franzosen hatten sich zwar aus Indochina zurückgezogen, Vietnam aber, das Land von dem es 1954 in Dien Bien Phu geschlagen worden war, durch einen Eisernen Vorhang geteilt zurückgelassen – ganz nach dem Modell Deutschlands und Koreas.

Die französische sozialistische Regierung erließ 1957 die *Loi-Cadre*, ein Gesetzeswerk, durch das die Zwangsarbeit abgeschafft und die bisher zwei geografischen Einheiten Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika in zahlreiche Territorien zerlegt wurden, aus denen in der Zukunft dann unabhängige Staaten entstehen sollten. 1958 kehrte de Gaulle vor dem Hintergrund des Putschversuches von Militärs, die die französischen Siedler in Algerien unterstützten, an die Macht zurück. Er beschleunigte die Dekolonisation, indem er eine Volksabstimmung über nationale Selbstbestimmung in allen Teilen der Union Française (so der neue Name, den man dem Kolonialreich gegeben hatte) durchführen ließ. Gewählt werden konnte zwischen der Unabhängigkeit für das jeweilige Gebiet und der Zugehörigkeit zu einer franko-afrikanischen Gemein-

schaft. Letzteres bedeutete, dass sich die neuen Staaten und Frankreich wechselseitig dazu verpflichten würden, ihr besonderes Verhältnis sowohl militärisch als auch wirtschaftlich aufrechtzuerhalten. Die RDA entschied sich, ihre Anhänger für ein Ja zur neuen Gemeinschaft zu mobilisieren – mit Ausnahme von Guinea (Conakry), wo die örtliche Sektion der RDA, die PDG, behauptete, sie regiere das Land bereits und habe die Masse der Bevölkerung auf ihrer Seite. Für Guinea wurde deshalb ein Nein empfohlen – auch aus symbolischen Gründen, um ein Beispiel zu setzen, einen Präzedenzfall zu schaffen. Guinea stimmte dementsprechend für die Unabhängigkeit. Frankreich akzeptierte dieses Ergebnis zwar, rächte sich aber, indem es beim Abzug alles an Ausrüstung mitnahm, was sich transportieren ließ. Es war anlässlich dieses Vorfalles, dass Sékou Touré sein berühmtes «Wir ziehen die Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor» sprach. Dass sich alle anderen Sektionen für de Gaulles Vorschlag einer Gemeinschaft aussprachen, hatte nicht nur damit zu tun, dass man die Brüchigkeit der Institutionen, die das nach dem Abzug der Kolonialverwaltung zu erwartende Vakuum hätten füllen sollen, sachlich erkannte. Ein Grund war auch der Wille der RDA-Führung, sich die Möglichkeit offen zu halten, die balkanisierte Region in einem neuen, tragbaren Rahmen wiederzuvereinigen. Nach der Konferenz von Cotonou in Dahomey (dem heutige Benin) hatte sich die Parti du Regroupement Africain gebildet, die für eine solche Wiedervereinigung und einen Föderalismus – das nigerianische Modell – eintrat, etwas, das französische Strategen derart verabscheuten, dass sie noch 1966 die Separatisten in Biafra unterstützten. Politische Spannungen wurden dadurch geschürt, dass man antikommunistische, prowestliche – das heißt anti-RDA – Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen unterstützte. Wo fortschrittliche, charismatische Führer allzu populär wurden, wie im Fall von Felix Moumié von Kameruns UPC, kam es auch dazu, dass der französische Geheimdienst sie kurzerhand ermordete.

Unter großem Druck der jeweiligen Bevölkerungen jedoch wurden bis 1960 alle Mitglieder der Gemeinschaft formal unabhängig. Allerdings gelobten Senegal, Französisch-Sudan (das heutige Mali), Obervolta (das heutige Burkina Faso) und Dahomey (heute Benin) eine Föderation zu bilden. Die beiden Letzteren zogen sich jedoch kurzfristig zurück, und Mali wurde so zum Namen einer senegalesisch-sudanesischen Föderation. Nachdem sich Senegal aufgrund französischer Drohungen und Versprechungen 1961 wieder aus ihr verabschiedete, blieb Mali der Name des ehemaligen Französisch-Sudan.

Als 1963 die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) gegründet wurde, bekannte man sich zu einer Reihe von Prinzipien: Der Kontinent solle die Solidarität und Zusammenarbeit in allen Bereichen ständig verbessern; er solle die Befreiungskämpfe in den portugiesischen Kolonien, in Südafrika, Südwestafrika (heute Namibia) und Südrhodesien (heute Simbabwe) aktiv unterstützen; und er solle die aus der Kolonialzeit geerbten Grenzen nicht in Frage stellen, «damit wir nicht die Geburt eines schwarzen Imperialismus erleben», wie der marxistisch orientierte Präsident Malis, Modibo Keita, in Addis Abeba sagte. Das jedoch war das letzte Mal, das man etwas von den Anführern des Unabhängigkeitskampfes

hörte. Ab Mitte der 1960er Jahre kam es, vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, in fast allen Ländern Afrikas zu einer Reihe von Militärputschen, die von den ehemaligen Kolonialmächten oder unmittelbar von den USA begünstigt wurden. Die Zivilregierungen verschwanden, und an ihre Stelle traten Despoten und Schlächter, die ihre korrupte Alleinherrschaft über Territorien ausübten, die schwer damit zu kämpfen hatten, sich zu echten Nationalstaaten zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund fand im Juni 1965, am Vorabend der geplanten zweiten afro-asiatischen Konferenz, der Staatsstreich Boumediennes in Algerien statt und der bereits erwähnte Biafra-Krieg brach aus. Bei diesem standen sogar die Chinesen den USA, Frankreich und Israel beim Kampf gegen die von Großbritannien und der Sowjetunion unterstützte Regierung zur Seite. Im vormaligen Belgisch-Kongo lief der gesamte Prozess in einem Durchgang ab: Eine gewählte Regierung war kaum im Amt, als der belgisch-amerikanische Putsch begann. Die Abspaltung Katangas unter Moïse Tshombé, die Ermordung von Patrice Lumumba, der Bürgerkrieg und das militärische Eingreifen der UNO führten zu der jahrzehntelangen Diktatur Mobutus.

Die beiden eng miteinander verbundenen Königreiche Ruanda und Burundi, deutsche Kolonien vor dem Ersten Weltkrieg, bevor sie belgische Protektorate wurden, müssen in diesem Zusammenhang gesondert erwähnt werden. Die Kolonialherren hatten die Arbeitsteilung zwischen Viehzüchtern und Bauern in diesen sehr alten afrikanischen Nationalstaaten als «rassisch» bedingt verstanden und so künstliche Ethnien erfunden. Sie institutionalisierten die absolute Vorherrschaft der Tutsi-Hirten über die Hutu-Bauern. Dann entdeckte die belgische Niederländisch-Reformierte Kirche (dieselbe, die die Apartheid in Südafrika segnete) Ende der 1950er Jahre die plebejischen Tugenden der Bauern, schlug sich nun ganz auf die Seite der rachedurstigen Hutu und unterstützte diese gegen die vormaligen Tutsi-Herrscher. Sie stellte sich gegen die zunehmend nationalistischen Forderungen des Tutsi-Adels und förderte eine «antifeudale» demokratische Revolution, die zu Diskriminierung und Vertreibung und 1959, 1963 und 1972 zu Massakern gegen die Tutsi führte. Der Völkermord in Ruanda von 1994, bei dem eine halbe Million Menschen starben, löste schließlich den Sieg und die Rückkehr der Tutsi-Flüchtlinge aus Uganda aus. Die Abwanderung von einer Million Hutu, darunter die reuelosen, bewaffneten Täter des Völkermords, trug die Krise in den benachbarten Kongo (von Mobutu in Zaire umbenannt), wo sie bis heute wesentlich zum anhaltenden inneren Zerfall des Landes beiträgt.

Jeder afrikanische Staatschef und jede Sitzung der Organisation für Afrikanische Einheit, geben zumindest ein Lippenbekenntnis zur Einheit Afrikas ab, bewahren aber die Eifersüchteleien zwischen den Mini-Souveränitäten, hinter deren Schleier Menschenrechte weiterhin massiv verletzt werden und unter deren Dach sich die Tyrannei weiter ausbreitet. Dass mit Südafrika ein wirtschaftlicher, militärischer und moralischer Riese die Bühne betreten hat, hat daran leider nicht viel geändert. Die Visionen der ersten Generation von Anführern sind heute ferner denn je. Das trifft besonders auf die Schüler und Erben des Pan-Afrikanischen Kongresses zu, der auf Initiative großer Denker wie W.E.B.

Du Bois (USA) und George Padmore (Trinidad) zwischen 1919 und 1945 fünf Versammlungen in Paris, London, Lissabon, Brüssel und New York abhielt. Für Du Bois und Padmore war klar, dass es Afrikanern nur durch Einigkeit gelingen könne, ihr eigenes Schicksal zu meistern. Nach der Unabhängigkeit Ghanas bat Nkrumah Du Bois und seine Lebensgefährtin, die Ballettregisseurin Shirley Graham, ein Großprojekt mit dem Titel *Encyclopedia Africana* zu betreuen. Die Beziehung zwischen Afrikanern und Afro-Amerikanern ist nicht neu, Afrikaner und die afrikanische Diaspora in Amerika haben sich wechselseitig stets stark befruchtet: Afro-Brasilianer kehrten Ende des 19. Jahrhunderts nach Westafrika zurück, wo sie das letzte Königreich von Dahomey regierten (eine echte Rückkehr, nicht zu vergleichen mit der schwarzen Kolonialisierung von Liberia und Sierra Leone); Marcus Garvey gründete die Back-to-Africa-Bewegung (die Du Bois heftig bekämpfte); der Martiniquaner Aimé Césaire erfand zusammen mit Senegals späterem Präsidenten Léopold Sédar Senghor die Négritude, die ebenso wie die Schriften von Césaires Landsmann Frantz Fanon das politische Denken in Afrika stark beeinflusste.

Mehr aber noch als das geistige Erbe sind es die vieldimensionalen Krisen, denen sich praktisch alle afrikanischen Staaten gegenübersehen, die globalen Herausforderungen, gegen die sie unmöglich allein bestehen können, sowie die wachsenden Forderungen der im Entstehen begriffenen Zivilgesellschaften, die möglicherweise in nicht allzu ferner Zukunft den kategorischen Imperativ der Einheit Afrikas wieder auf die Agenda des Kontinents setzen werden.



MICHÈLE RAKOTOSON

Madagaskar

Die Kraft des Neins

Als ich gerade mal zehn Jahre alt war, haben wir zuhause viel darüber diskutiert, was denn eigentlich «Unabhängigkeit» sei. Mein Vater sprach über den Mummenschanz, den die vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle vorgeschlagene «Gemeinschaft» (communauté) in seinen Augen veranstaltete. Mein Vater nannte uns Namen von Aktivisten und sagte, dass er nicht verstehe, warum sie nicht für die Regierung vorgeschlagen seien. Mein Vater hat auch viel über Monsieur Foccart gesprochen. Er sprach nur in Andeutungen, erwähnte Morde und das Verschwinden von Menschen. Erst später erfuhr ich, dass Foccart eine Art graue Eminenz war und in Afrika der engste Mitarbeiter von de Gaulle.

Bei der Unabhängigkeit habe ich nur eine Sache verstanden: Wir mussten nicht mehr die französische Fahne grüßen. Aber in der Schule saßen wir immer noch in den hinteren Reihen. Es wurde viel über das Referendum gesprochen. Die französische Regierung ließ über eine neue Verfassung für die «Communauté» abstimmen und mein Vater sagte, man müsse mit Nein stimmen. In meiner Familie waren alle dagegen. Mein Vater, meine Onkel, von denen einer sich nach dem blutig niedergeschlagenen Volksaufstand von 1947 lange in den Wäldern des Ostens versteckt gehalten hatte, ein anderer war 1958 Mitbegründer der Oppositionspartei AKFM (Parti du Congrès de l'indépendance de Madagascar, in der Sprache Malagasy: Antoko'ny Kongresi'ny Fahaleovantenan'i Madagasi-kara); sie alle forderten die uneingeschränkte Unabhängigkeit.

In der Schule waren die madagassischen Mädchen, deren Eltern mit Ja stimmten, gut gekleidet, sie hatten mehr Geld als wir und saßen in den ersten Reihen, zusammen mit den kleinen Französischen oder vielmehr mit den kleinen Kontinentalfranzösischen. Es gab nämlich noch andere Französischen, oft Internatsschülerinnen, deren Eltern im Busch lebten. Sie waren häufig Französischen von La Réunion. Sie saßen in der dritten Reihe, direkt vor uns. Die Lehrer in der Schule waren sehr erstaunt, dass einige von uns «Eingeborenen», von denen aus den hinteren Reihen, ausgezeichnet in Französisch waren. Unsere Lehrer «vergaßen» oft, solche Zeitschriften im Unterricht zu behandeln, die uns über

die Gräueltaten der Fellaghas in Algerien aufklärten, die manche von uns als Freiheitskämpfer ansahen.

Am Tag des Referendums nahmen mich mein Vater und meine Mutter mit ins Wahllokal, und beim Hinausgehen haben sie lediglich zu mir gesagt: «Denk daran, wir haben mit Nein gestimmt.»

Ich habe nicht verstanden, was sie mir mitteilen wollten, bis ich später, als Erwachsene, auf folgende Sätze aus einer Rede von General de Gaulle vom 22. August 1958 stieß: «Es ist nämlich so, dass die Welt voranschreitet, sich entwickelt: In Anbetracht dieses Voranschreitens, dieser Entwicklung ist es kürzlich in Frankreich und in Algerien zu jenen Ereignissen gekommen, die Sie kennen (...)» In derselben Rede fügt General de Gaulle hinzu: «(...) es hängt davon ab, ob die Übersee-Territorien bei dem zukünftigen Referendum unseren Vorschlägen zustimmen oder nicht und ob sie sich von Frankreich lossagen. Das Mutterland wird daraus klare Konsequenzen ziehen, wie ich es bereits an anderer Stelle gesagt habe und wie ich es hier in aller Form wiederhole.»

Ich habe Jahre gebraucht, um die Kraft des Neins zu verstehen, mit dem meine Eltern und die Ihren versucht haben, sich dem Neokolonialismus von Frankreichs Gnaden zu widersetzen, der seither Unabhängigkeit heißt.

Nationalstaat – Bürde und Ideal

Auf den ersten Blick erscheinen die Probleme des afrikanischen Kontinents ebenso gravierend wie ihre Ursachen evident: Gesellschaftliche Konflikte in vielen Teilen Afrikas, bis hin zum Völkermord, werden auf die angeblich uralten Spannungen zwischen «Stämmen» oder feiner ausgedrückt: zwischen «Ethnien» zurückgeführt. Derartig verkürzte Einschätzungen nähren sich von einer Wirklichkeit, die ihnen auf den ersten Blick auch Nahrung gibt: Unterschiedliche Gruppen leben in Staaten zusammen, die ein häufig buntes Gemisch von Religionen und Sprachen aufweisen und zudem Grenzen haben, die schon beim flüchtigen Betrachten der Landkarte als unnatürlich erscheinen, da sie offenkundig mit dem Lineal gezogen wurden. So erscheint es vielen, und so wird es meist medial vermittelt.

Die Realität und ihre Hintergründe stellen sich deutlich anders dar. Im Folgenden sollen entgegen der geläufigen Betrachtung einige Gesichtspunkte geltend gemacht werden, die das Bild der aktuellen Krisen in Afrika, insbesondere das des Verhältnisses von Staat und Ethnizität, wesentlich modifizieren. Hoffentlich wird damit dem Bild Afrikas etwas von jener Exotik genommen, die der immer noch weitverbreiteten Vorstellung von urtümlichen Stammeskonflikten anhängt.

Ethnizität: Fiktion und Wirklichkeit

Wer sich ein wenig mit Formen ethnischer Identifikation und Mobilisierung in Afrika und anderswo beschäftigt, stößt recht bald auf einen Sachverhalt, der dem umrissenen Augenschein krass zuwiderläuft: Die meisten der Ethnien, von deren Konflikten unsere Medien berichten, blicken in Wirklichkeit auf eine recht kurze Geschichte zurück. Oft entstanden sie erst während der Kolonialzeit. Die Berliner Afrika-Konferenz von 1884/85, auf der die Prinzipien der Aufteilung des Kontinents unter den europäischen Kolonialmächten beschlossen wurden, hatte nämlich zunächst einmal weniger tatsächliche Grenzen zum Ergebnis als vor allem einen zentralen Grundsatz: den der Kontrolle. Erhoben die verschiedentlich miteinander konkurrierenden Mächte territoriale Ansprüche, so mussten sie dafür ihre «effektive Kontrolle» über die künftigen Kolonialgebiete nachweisen. Das bedeutete, die Kolonisatoren benötigten afrikanische Partner. Mit ihnen wurden zunächst sogenannte Schutz-Verträge geschlossen, danach agierten sie oft als lokale Vertreter der Kolonialmacht. Dafür mussten diejenigen

herhalten, die sich gerade vorfanden. Oft wurden Männer (Frauen wurden hier eher an den Rand gedrängt) ausgewählt, die über Reichtum oder Gefolgschaften verfügten und die sich eine «traditionelle» Basis erst im Nachhinein schufen. In anderen Fällen wurden eher unbestimmte, fließende Verhältnisse für fest und stabil erklärt, um den Verträgen Glaubwürdigkeit zu verleihen. In diesem Prozess wurden durchaus auch vorkoloniale Zusammenhänge durch die entstehenden Grenzen zerschnitten. Solche Eingriffe wurden sicherlich als schmerzhaft empfunden, gaben aber auch Anlass zu häufig lukrativen Geschäften. Auch kam es in solchen Fällen zur Reorganisation von Ethnizität innerhalb der neu geschaffenen Grenzen. Insgesamt löste die Kolonisierung aber eine Neubestimmung von Ethnizität und allgemeiner, kollektiver Identifikationen aus.

Die Kolonisierung und damit die Etablierung kolonialer Staatlichkeit bedeutete starke Gewalteinwirkung, auch wenn die Kolonialmetropolen meist nicht in der Lage waren, flächenmäßig einheitliche Verwaltungsapparate aufzubauen. Die massivsten Eingriffe bestanden in der Erhebung von Steuern sowie in der Rekrutierung von Arbeitskräften und auch Soldaten. Beides erforderte die statistische Erfassung und minimale Kontrolle der in den kolonialen Territorien lebenden Menschen. Sie waren daher immer wieder in unterschiedlicher Form mit dem Kolonialstaat konfrontiert. Diese Erfahrungen wirkten sich auch auf die Bestrebungen aus, die Kolonialherrschaft zu beenden.

War der primäre Widerstand gegen die koloniale Eroberung im Wesentlichen von bestehenden politischen Einheiten, Königen oder Häuptlingen ausgegangen, so änderte sich dies spätestens während der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Gewerkschaften, aber auch religiöse Erweckungsbewegungen spielten eine bedeutende Rolle. Wo immer es sich um ausdrücklich politische Bewegungen handelte, stellte jedoch zunehmend die durch die koloniale Aufteilung des Kontinents vorgegebene Gliederung in einzelne Territorien den Bezugsrahmen dar. Die staatliche Unabhängigkeit im Rahmen dieser bestehenden Gliederung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durchgängig zur Forderung der verstärkt auftretenden antikolonialen Bewegungen. Auch die Vertreter einer panafrikanischen Perspektive, die wie etwa Kwame Nkrumah (britische Kronkolonie Goldküste, später das unabhängige Ghana) längerfristig bestehende Grenzziehungen zu überwinden suchten, verfolgten ihre praktischen politischen Projekte im Rahmen eines antikolonialen Nationalismus.

Die antikolonialen Bewegungen in Afrika artikulierten sich demnach ähnlich wie in anderen Teilen der kolonisierten Welt, insbesondere in Ost- und Südostasien, während ihrer entscheidenden Phase als nationale Bewegungen: Oberstes Ziel war die Schaffung eines unabhängigen Nationalstaates. Das Abschütteln des kolonialen Jochs schien zunächst gleichbedeutend zu sein mit der Einsetzung einer aus dem eigenen Land stammenden – zunächst formal demokratisch legitimierten – Regierung, dem Einholen der Flagge der Kolonialmacht und dem Hissen der Flagge des neu geschaffenen souveränen Staates. Dieser wurde sogleich in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen willkommen geheißen und bald auch in die Machtspiele des Kalten Krieges

mit einbezogen. Die Euphorie, der «Wind des Wandels», den der britische Premierminister Harold Macmillan durch Afrika wehen sah, legte sich jedoch rasch wieder. Vielen erschienen die Insignien der Unabhängigkeit bald nicht als Garanten von *uhuru*, der noch zu erringenden Freiheit, sondern eher als äußerliche Symbole. Damit war im Grunde die Frage nach dem Staat, seiner Rolle und seinem Charakter im postkolonialen Afrika aufgeworfen. Diese Problematik hat sich ungeachtet wichtiger Verschiebungen bisher als dauerhaft erwiesen.

Das Scheitern des Entwicklungsstaates

Eine wesentliche und mittlerweile bitter enttäuschte, wenn auch nicht gänzlich aufgegebene Hoffnung richtete sich auf «Entwicklung». Im Grunde ging und geht es dabei um mehr als um die Überwindung der Armut; die Erwartungen richteten sich auch auf ein besseres Leben, letztlich orientiert an den Konsumstandards, die vom Westen kommuniziert und früher von den Kolonialherren, heute von afrikanischen Eliten und ausländischen Entwicklungsexperten vorgelebt wurden. Frantz Fanon, der 1961 verstorbene bedeutende Theoretiker der Folgen des Kolonialismus, beobachtete schon früh, dass kein Tag vergehe, an dem der Kolonisierte sich nicht in seiner Vorstellung an die Stelle des Kolonialherrn setzen wolle. Diese vielschichtige Überlegung verweist besonders auf das hegemoniale Entwicklungsmodell, dem die Regierungen der unabhängig gewordenen Staaten auf scheinbar recht unterschiedlichen, oft kontroversen Pfaden nachstrebten. Gleichviel aber, ob wie in Tansania unter der Parole «Vertrauen auf die eigenen Kräfte» und unter weitgehender Abschottung vom Weltmarkt ein afrikanischer Sozialismus geschaffen werden oder wie im benachbarten Kenia oder an der Elfenbeinküste Entwicklung durch enge Anlehnung an den Weltmarkt und den Westen inszeniert werden sollte – dem Staat wurde die zentrale Rolle als Motor dieses Prozesses zugewiesen. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten damit einer Linie folgten, die bereits in den letzten Jahrzehnten der Kolonialherrschaft, seit 1940, vorgezeichnet war. Der mit der Unabhängigkeit vollzogene Bruch erscheint daher noch geringer als vielfach angenommen.

Das Konzept des Entwicklungsstaates hatte einschneidende politische Konsequenzen. Auf unterschiedlichen Wegen wurden in den meisten afrikanischen Staaten bald Einparteienregimes etabliert, deren wesentliche Legitimation in dem Anspruch bestand, alle Kräfte der Nation im Interesse einer nachholenden Entwicklung zu bündeln und hinderliche Streitigkeiten auszuschalten. Damit wurde das Bild einer nicht nur harmonischen, sondern auch dynamischen Nation gezeichnet, die einig an dem großen gemeinsamen, nationalen Projekt der Entwicklung arbeitet. Interne Zwistigkeiten konnten in diesem Diskurs nur als schädlich erscheinen. Das bedeutet, dass politische Debatten oder das Austragen gesellschaftlicher Widersprüche bestenfalls in sehr beschränktem Maß möglich waren und geduldet wurden. Vorausschauende und radikale Theoretiker wie Amílcar Cabral, Führer der nationalen Befreiungsbewegung



Jake Brown/flickr.com

Ghanaische Fans feiern ihre Mannschaft beim Afrika-Cup

in Guinea-Bissau und Kap Verde, hatten erkannt, dass die Frontstellung gegen die Kolonialherrschaft vorhandene gesellschaftliche Konflikte zwar suspendiert hatte, diese aber nach der Überwindung des Kolonialismus wieder aufbrechen würden. Das Festhalten an der nationalen Einheitsrhetorik, die auch heute noch allgegenwärtig ist, läuft darauf hinaus, diese Unterschiede und Interessengegensätze zu leugnen. Auch in Regimen, die nicht für krasse Menschenrechtsverletzungen bekannt waren, etwa in Julius Nyereres Tansania oder in Kenneth Kaundas Sambia, wurden Dissidenten ins Exil gedrängt oder wurden Opfer harter Repression.

Demokratiebewegungen und ethnisch kodierte Konflikte

Aus heutiger Sicht mutet die Vorstellung vom Entwicklungsstaat fast ein wenig unreal an. Längst verfolgt die Entwicklungspolitik der OECD-Staaten, inzwischen aber auch Chinas und anderer Geber, auch in offiziellen Verlautbarungen nicht mehr das Ziel, Entwicklung nach westlichem Muster nachzuholen. Sie beschränkt sich auf Armutsbekämpfung, die das bestehende internationale und nationale Wohlstandsgefälle allenfalls erträglich machen soll. Der Entwicklungsstaat geriet spätestens in den 1970er Jahren mit dem Ölpreisschock und sinkenden Erlösen für afrikanische Rohstoffexporte in seine finale Krise. Es folgten die Verschuldungskrise und Strukturanpassungsprogramme der 1980er

Jahre sowie seit den 1990er Jahren die Verlagerung der nun deutlich reduzierten Entwicklungshilfe von staatlichen Instanzen auf Nichtregierungsorganisationen und schließlich der Druck zu politischen Reformen im Rahmen einer Zusammenarbeit, die an spezifische Bedingungen gebunden war («Konditionalität»). Aber auch die für viele Beobachter und Analytiker mit überraschender Wucht auftretenden Demokratiebewegungen zeigten die Unzufriedenheit breiter Schichten mit den bestehenden Verhältnissen. Dies war gerade auch dort zu sehen, wo es, wie etwa in Zaire (heute Demokratische Republik Kongo) oder bis zur Gegenwart in Simbabwe, diesen Bewegungen nicht gelang, einen Regimewechsel herbeizuführen. Auch in Ländern, wo es zu Mehrparteiensystemen kam, verbanden offensichtlich viele der zunächst begeisterten Wählerinnen und Wähler mit diesem Wechsel das Versprechen materieller Verbesserungen, die oft genug nicht eintraten. Dies kann als eine der Ursachen für die drastisch rückläufige Wahlbeteiligung verstanden werden.

Ungeachtet all dieser Veränderungen hat sich am Zustand der staatlichen Apparate und an der Orientierung der staatlichen Eliten an Renteneinkommen aus Rohstofflösen oder aber aus Entwicklungshilfegeldern wenig geändert. Diese Situation hat auch dort, wo es nicht zum viel beklagten Staatsverfall wie in Somalia oder der Demokratischen Republik Kongo gekommen ist, immer wieder wesentlichen Zündstoff für massive Proteste und auch gewaltsame Konflikte geliefert. Beispiele sind die teils ethnisch, teils religiös kodierten Auseinandersetzungen in Nigeria oder die ethnisch-politischen Konflikte in Kenia. Gerade in diesem letzteren Fall hat die sozial- und politikwissenschaftliche Forschung recht klar herausgearbeitet, dass sich hier soziale Konflikte mit der Manipulation ethnischer Loyalitäten durch die politischen Machthaber verschränkten. Zu diesen Prozessen gehören auch die Polarisierung wichtiger ethnischer Gruppen in wenige Reiche und viele Arme sowie die durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen ausgelösten Migrations- und Urbanisierungsprozesse. Kenia, wo es nach den umstrittenen Wahlen im Dezember 2007 zu erschreckenden Szenen ethnisch artikulierter Gewalt gekommen ist, zeigt gerade nachdrücklich, dass die Ursachen dieser Ereignisse nicht im Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen liegen. Vielmehr führen schwere wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisenerfahrungen bis hin zur existenziellen Gefährdung dazu, dass zahlreiche Menschen sich in die scheinbare Sicherheit des ethnischen Kollektivs flüchten. Soziale Konflikte werden auf diese Weise ethnisch kodiert.

Das überraschende Beharrungsvermögen des Nationalstaates

Wenn man sich die Geschichte der afrikanischen Staaten seit der Unabhängigkeit vor Augen führt, so sind die schweren Gewaltkonflikte und Kriege unübersehbar. Meistens handelte es sich um innerstaatliche Konflikte. Betrachtet man dieses oft erschreckende Geschehen genauer, so zeigt sich aber, dass in den seltensten Fällen der einmal gegebene staatliche Zusammenhang in Frage gestellt wurde.

Das einzige Beispiel, wo dies effektiv geschehen ist, ist Somalia, bei dem es sich um einen der wenigen afrikanischen Staaten handelt, die schon im Namen ethnische Homogenität signalisieren. In Wirklichkeit zeigt dieser Fall, dass Identitätsprozesse zu fast beliebigen Aufspaltungen führen können, weil Unterscheidungsmerkmale für eine einmal aus welchen Gründen auch immer identifizierbare Feindgruppe immer leicht auffindbar sind. Ein Beispiel für eine staatliche Neubildung ist die Abspaltung Eritreas – eines ethnisch sehr heterogenen Gebietes – von Äthiopien unter Berufung auf koloniale Grenzen und einen spezifischen völkerrechtlichen Status. Ein anderes Beispiel ist neuerdings die absehbare Selbständigkeit Südsudans unter Berufung auf regionale und religiöse Differenzen und Konflikte, bei denen die Ressourcenfrage unverkennbar eine zentrale Rolle spielt. Der Biafra-Krieg war ein Fall einer durch einen blutigen Bürgerkrieg verhinderten Sezession, die sich ebenfalls hauptsächlich auf regionale Unterschiede und teilweise ethnische Identifikationen gründete. Dabei ging es Ende der 1960er Jahre um den Versuch, die Südost-Region Nigerias abzuspalten und zu einem eigenen Staat auszurufen. Man könnte außerdem noch die Autonomiebestrebungen in der Casamance anführen, der durch Gambia stark vom Rest des Landes abgesetzten Südregion Senegals.

Alle anderen, ungleich zahlreicheren Konflikte haben, auch wenn sich die Parteien der Sprache der Ethnizität bedienen, den Bezugsrahmen der bestehenden Nationalstaaten nicht in Frage gestellt. Sezession war hier kein Thema, wie es auch der Verabredung in der 1963 gegründeten Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) entsprach. Forderungen nach Grenzkorrekturen spielten höchstens am Rande eine Rolle. Es ging viel eher darum, wer innerhalb der bestehenden Staaten die politische Macht erobern und sich so die Voraussetzungen dafür sichern konnte «zu essen», wie eine vielzitierte Redewendung es formuliert. Dazu gehören sicher auch die Prozesse einer föderalen Aufsplitterung im Inneren, die in Nigeria seit der Unabhängigkeit dazu geführt haben, dass sich die Anzahl der Gliedstaaten mehr als verzehnfacht hat.

Zugleich ist das weltweit bekannte Phänomen der mehrfachen, verschachtelten Identifikationen zu berücksichtigen. Wenn sich Leute außer als Tansanier auch noch als Wachagga oder Massai, zudem eventuell noch als Afrikaner verstehen, so unterscheidet sich dies zunächst einmal nicht grundsätzlich von der gleichzeitigen Identifikation als Deutsche, Hessen und Europäer. Und auch was in anderen Weltregionen Tribalismus genannt wird, wäre vielleicht nichts anderes als der bei deutschen Regierungsbildungen sorgsam beachtete Regionalproporz. Wesentlich ist dabei aber, wie genau die einzelnen Identifikationen besetzt sind – ob Fremdwahrnehmungen und Ressentiments sich zu Feindschaften auswachsen oder zu «Scherzbeziehungen» heruntergeschraubt werden können. Wie bereits angedeutet, stehen solche Lösungsmöglichkeiten keineswegs beliebig zur Verfügung. Ethnisch kodierte Konflikte sind als Konflikte ernst zu nehmen, auch und gerade, wenn sie als solche auf ihren gesellschaftlichen Gehalt hin befragt werden müssen.

Basislegitimität des staatlichen Rahmens

Man darf annehmen, dass der nationalstaatliche Rahmen in weiten Teilen Afrikas eher aufgrund einer Art Basislegitimität respektiert wird, das heißt aufgrund der Leistungen und der Alltagspräsenz, mit der er sich ins Bewusstsein seiner Bürgerinnen und Bürger einzuprägen vermag. Dazu gehört die gewöhnlich mit «Sicherheit» bezeichnete Garantie einer halbwegs verlässlichen Gewaltordnung ebenso wie ein nationales Projekt, etwa «Entwicklung». Identifikationen sind noch angesichts des Versagens gegenüber solchen Ansprüchen und Versprechen erkennbar – etwa in dem Satz, den ich 1984 in Daressalam zu hören bekam: *Tanzania nchi shit*, «Tansania ist ein Scheißland». Auch dann ist Tansania – es steht hier für viele Länder Afrikas, in denen ähnliche Sätze zu hören sind – keineswegs irrelevant, sondern nachdrücklich mit negativen Bewertungen aufgeladen.

Wenn der Staat oder die Regierung sich nicht mehr legitimieren können, sind die Reaktionen keineswegs ausgemacht. Frustrationen oder die Konkurrenz um Ressourcen können zu ethnisch kodierten Konflikten führen; Resignation und das Verfolgen partikularer Überlebensstrategien sind zweifellos weit verbreitet und können wiederum zur Herausbildung oder Festigung ethnischer Gruppen führen. Die Empörung gegen Korruption, Inkompetenz und Zynismus kann aber auch ganz andere Formen annehmen. So artikulierte die wesentlich aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene Bewegung Movement for Democratic Change (MDC) in Simbabwe seit 2000 eine ausdrückliche Abkehr vom forcierten Nationalismus der aus der Befreiungsbewegung hervorgegangenen, inzwischen diktatorisch regierenden ZANU-PF und klagte demokratische Reformen und verantwortliche Regierungsführung ein. Bei der auch nach Bildung einer Einheitsregierung anhaltenden Konfrontation mit der ehemaligen Monopolpartei spielen die zuvor stark beachteten ethnischen Gegensätze zwischen Shona und Ndebele offensichtlich keine entscheidende Rolle mehr. Umgekehrt beruft sich das Mugabe-Regime auf die hart erkämpfte nationale Unabhängigkeit, um internationale Kritik abzuwehren. Bei aller Konfrontation wird der Rahmen «Simbabwe» nicht hinterfragt.

Vor dem Hintergrund einer deutlich von Simbabwe unterschiedenen Entwicklung nach der Unabhängigkeit lassen sich die Konflikte, die seit nunmehr über einem Jahrzehnt das einstige Musterland Elfenbeinküste erschüttern, doch ähnlich einordnen. Hier spielen Kollektividentitäten eine wesentliche Rolle, doch beziehen diese sich weniger auf ethnische Gruppen, als dass sie gegen Migranten aus westafrikanischen Nachbarstaaten gerichtet sind oder eine starke regionale Färbung im islamischen Norden im Gegensatz zum christlichen Süden aufweisen.

Der Umgang von Nationalstaaten mit Vielfalt

Diese Schlaglichter können vor allem darauf verweisen, dass ein genauerer und stärker differenzierender Blick notwendig ist, wollen wir aktuelle Entwicklungen

und Probleme in Afrika verstehen. Vorschnelle Interpretationen und Scheinvidenzen helfen nicht weiter. Gerade angesichts des simbabwischen Beispiels lohnt es sich aber, noch eine andere Perspektive einzunehmen. Die Entstehung des Nationalstaates vor 220 Jahren während der Französischen Revolution war ja nicht mit ethnischem oder kulturellem Pathos verknüpft. Das kam erst später. Es ging vielmehr darum, dem Verfügungsanspruch der Königsdynastie über den Staat jenen der *Grande Nation* entgegenzusetzen, die zugleich die vielen kleinen *nations* einschließen sollte. Damals sprachen 20 Prozent der Bevölkerung Französisch, und was folgte, war ein massiver, mit Mitteln der Bürokratie und der Bildung, aber auch mit manifester Gewalt durchgesetzter Homogenisierungsprozess. In der Vendée kam es dabei zu einem Massaker, das heute gelegentlich als Völkermord eingestuft wird. Die heute in Frankreich, Deutschland oder Italien herrschende weitgehende Homogenität ist alles andere als natürlich und mindestens mit erheblichem Druck, meist mit handfester Gewalt durchgesetzt. Dies gilt es zu bedenken, wenn das Bild ethnisch homogener Nationalstaaten völlig unhistorisch auf andere Regionen der Welt projiziert wird.

Eine Tendenz zur sprachlichen und kulturellen Assimilation ist dem Nationalstaat offenbar eingeschrieben. Doch ist sie kein unausweichliches Schicksal. Gegenwärtig wird besonders in Südafrika auf verschiedenen Ebenen darüber debattiert, wie die Vielfalt der Sprachen, aber auch der (vorgeblich) traditionellen Institutionen in den 1994 neu gegründeten Nationalstaat integriert werden kann. Das Konzept der Nation erscheint so als wesentlich offener, als häufig angenommen wird. Gerade Südafrika zeigt, dass damit auch überaus ernste Probleme verbunden sein können. Die gewalttätigen fremdenfeindlichen Ausbrüche im April und Mai 2009 reklamierten eine Abgrenzung auch im Hinblick auf Ansprüche an den Staat, der «Südafrikaner» klar von «Ausländern» unterschied. Wenige Kommentatoren bemerkten, dass der Jahre zuvor viel bemühte inner-südafrikanische Gegensatz zwischen «Xhosa» und «Zulu» jetzt anscheinend keine Rolle spielte. Dies unterstreicht einmal mehr, dass ethnisch kodierte Konflikte nicht zuletzt aus ganz spezifischen Situationen und Konstellationen entstehen und sich zuspitzen: Grenzziehungen und Identifikationen wechseln und verschieben sich in unterschiedlichen Konstellationen, und unterschiedliche Identifikationsmöglichkeiten werden dementsprechend aufgegriffen und radikalisiert. Das bedeutet nicht, dass sie gänzlich fiktiv wären, doch ihre Bedeutung und damit auch ihre Form unterliegen situativer Veränderung.

Staat, Herrschaft, Krise

Die Bilanz der Nationalstaaten in Afrika fällt 50 Jahre nach der großen Welle der Unabhängigkeit widersprüchlicher aus, als es ein eindimensionaler Afro-Pessimismus nahelegt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Hoffnungen auf eine nachholende Entwicklung bitter enttäuscht wurden. Erst recht gilt dies für den grundsätzlichen Umbau zu einer gerechteren Gesellschaft, den sich nationale Befreiungsbewegungen einmal auf ihre Fahnen geschrieben hatten,

um die böse Erbschaft des Kolonialismus wahrhaft zu überwinden. Die Schuld an diesem Scheitern gegenüber den selbst gesteckten Zielen tragen sicherlich zu großen Teilen jene, die staatliche Führungspositionen besetzt und die oft genug nicht mehr bewirkt haben als jenen bloßen Wechsel in der Hautfarbe der Herrschenden, den bereits Frantz Fanon beklagte. Die Instrumentalisierung des Staates zur privaten Bereicherung ist hier von zentraler Bedeutung. Unverkennbar hat aber auch das internationale Umfeld eine wesentliche Rolle gespielt: Afrikanische Eliten wurden im Kalten Krieg funktionalisiert, neokoloniale Macht- und Kontrollansprüche durchgesetzt und die Orientierung der afrikanischen Volkswirtschaften auf den Export von Primärprodukten festgeschrieben, mit allen Folgen geringer Beschäftigungs- und Qualifikationseffekte im eigenen Land und großer Risiken durch Nachfrage- und Preisschwankungen auf dem Weltmarkt; die problematischen Sonderwirtschaftszonen können dies bestenfalls relativieren.

Die Krisen Afrikas sind durchaus real, und ihre Profiteure sitzen ebenso gut in den lokalen Regierungspalästen wie in den Zentralen transnationaler Konzerne. Diejenigen, die sich um ihres Überlebens willen mit den Folgen herumzuschlagen haben, verfolgen dabei vielfältige Strategien. Zu den verschiedensten Aktivitäten im informellen Sektor und in der Subsistenzproduktion kommt die Nutzung unterschiedlicher Chancen zur Absicherung in einer oft permanent prekären Lage hinzu. Die Patronage eines Mächtigen oder die Zugehörigkeit zu seiner Klientel können hier entscheidend sein. In diesem Rahmen gewinnen neben anderen Möglichkeiten auch ethnische Identifikationen ihre Bedeutung und ihre Brisanz. Das gilt vornehmlich bei Konflikten um Ressourcen und Einfluss bis hin zur Besetzung entscheidender staatlicher Positionen. Derlei ethnische Identifikationen lassen sich aber auch trefflich dazu mobilisieren, die Konkurrenz um die Schaltstellen staatlicher Macht zu organisieren und bei Bedarf entlang scharf gezogener Konfrontationslinien zu forcieren.

Nach wie vor sind Wirtschaftszusammenhänge und Chancen der Aneignung in Afrika überwiegend nach außen orientiert und von externen Akteuren abhängig. Der Zugriff auf die zentralen staatlichen Instanzen ist daher gleichbedeutend mit der Sicherung wesentlicher Möglichkeiten zur kollektiven und persönlichen Bereicherung. In den dadurch bedingten, oft erbitterten Konkurrenzkämpfen bleibt Ethnizität ein wichtiges, jedoch keineswegs das einzige Mobilisierungsinstrument.

Unsere unabhängigen Körper

Sony Labou Tansi war ein intuitiver Romancier. «Der Körper», lässt er den Erzähler in *Verschlungenes Leben* sagen, «ist ein Verräter: Er verkauft dich an die Außenwelt, macht dich verfügbar für andere». Dieser Satz fällt in einem Kapitel, in dem ein Mediziner zu Tode gefoltert wird, kurz nach der folgenden Schilderung: «Man hatte ihn nackt vor den Führer der Vorsehung geführt. Ohne viel Aufhebens zerschnippelte ihm dieser den «kleinen Mann» und erhob ihn damit – wie man hierzulande zu sagen beliebte – in den Anklagezustand. Die meisten Zehen hatte er in der Folterkammer gelassen, gewagte Hautlappen ersetzen die Lippen (...)». Auf diese Weise wird Dr. Tshi, ein ehemaliger Minister, «bestraft», weil er Chaidana, die Tochter des unerbittlichen Gegners Martial entführt und versteckt hat. Martial wurde zwar zerstückelt und in Brei verwandelt, doch er hört nicht auf, dem Führer zuzusetzen. Der Körper, befindet also der Erzähler, «macht dich verfügbar für andere».

Bekannt ist jenes Schwarz-Weiß-Foto, das den gefangenen Patrice Lumumba zerzaust und ohne Brille mit auf dem Rücken gefesselten Armen zeigt. In der Nacht, einige Stunden zuvor, hatte er versucht, seinen Körper vor seinen Feinden in Sicherheit zu bringen. Der Körper des Menschen ist sehr bescheiden; viele andere Säugetiere überragen ihn an Größe und Gewicht. Aber dieser Körper ist zweifellos am schwersten zu schützen. Er ist einzigartig. Die anderen Menschen, die seine *einzigsten* Feinde sind, erkennen ihn unter Tausenden anderen. Lumumba – ich meine den Körper vom Lumumba – wird also gefangen genommen, gefoltert, getötet. Jahrzehnte später erzählte einer der Männer, die das getan hatten – ein Greis in Erwartung des letzten Krebsstadiums oder des nächsten Alzheimerschubs –, wie sie diesen Körper in Stücke geschnitten und dann in Säure aufgelöst hätten. Sony Labou Tansi ist also ein realistischer Schriftsteller.

Der Körper Lumumbas wurde einem Ideal geopfert – die Unabhängigkeit für sein Volk ist eine Forderung des Geistes. Der Körper Mobutus hatte sich selbst zum Zweck oder vielmehr, er hatte überhaupt keinen Zweck. Und dennoch wurde sogar er, Mobutu, der seinen Körper so sehr pflegte, der ihn so sehr umsorgte und mit Luxus, Frauen, Palästen, Leopardenhüten und Stöcken ausstattete, sogar er wurde letztlich von diesem Körper verraten. Am Ende musste er überstürzt aus einem seiner Paläste fliehen, um seinen von Krankheit angenagten Körper in Sicherheit zu bringen. An dieser Stelle erinnern wir uns an das letzte Treffen zwischen ihm und Laurent-Desiré Kabila auf einem südafrikanischen Kriegs-

schiff; auf dem Wasser begegnen sich der abgezehrte Körper des einen und der große, fette Körper des anderen. Und zwischen den beiden Bestien der schmale und vom Ideal geadelte Körper Mandelas.

Der Körper ist ein Verräter, sagt uns der Erzähler von Sony Labou Tansi. Bokassa traktierte den Körper eines seiner Minister auf dem Tisch des Ministerrats mit einem Rasiermesser. Als Kind habe ich einige derer gesehen, denen er ein Ohr abgeschnitten hatte; vor allem ein junger Kerl, der Maurice hieß und in Berbérati in der Nachbarschaft wohnte. Als Bokassa selbst den eigenen Körper über Jahre vor seinen vielen Feinden in Sicherheit bringen musste, wusste er nicht, wohin mit ihm. Er irrte von einem Land zum andern, von einem Schloss in Frankreich zu einer Residenz an der Elfenbeinküste. Und als er sich nach langem Sträuben dazu entschloss, im Flugzeug nach Zentralafrika zurückzukehren, wurde dieser arme Körper, der nun seinem Bewohner zur Last geworden war, sofort erkannt, man benachrichtigte seine zahlreichen Opfer von damals und sie nahmen ihn in Besitz, entkleideten ihn und warfen ihn ins Gefängnis. In der Zeit, die seinem Tod vorausging, wurde dieser Körper nicht einmal mehr regelmäßig ernährt.

Das unabhängige Afrika ist reich an Körpern. Der Polygamist häuft sie an; jeder «Präsident» hat mehrere Millionen; fast die ganze Welt stellt sich nichts Besseres vor als den Körper ... In *Die tödliche Tugend des Genossen Direktor*, wiederum von Sony Labou Tansi, äußert sich die politische Aktivistin Yealdara folgendermaßen über den Ersten Parteisekretär, dessen Avancen sie nachgibt, weil ihr Kampf es erfordert: «Er hatte sicherlich Verrat begangen und getötet, um seinen Posten zu bekommen. Und wozu benutzte er ihn als Erstes? Um Mädchen aufs Kreuz zu legen.» Sony Labou Tansi ist ein Moralist. Der Staat, das organisierte gesellschaftliche Leben entstehen aus der Anstrengung und aus der Fähigkeit der Menschen, Instinktives, Lust und Begehren aufzuschieben oder darauf zu verzichten. Der Erste Parteisekretär hat jahrelang Energie darauf verwandt, eine Machtstellung zu erlangen, ohne daran zu denken, sich Sicherheitsbedingungen für seinen Körper zu schaffen. Er hat nicht verstanden, dass, wie in der Wildnis, kein Körper in Sicherheit ist, wo für alle der Körper oberste Priorität besitzt. Wesen, die als Wahres nur den Körper und seine Freuden kennen, wissen daher nicht, wie man diesen Körper schützt. In dieser Ratlosigkeit lässt uns das halbe Jahrhundert afrikanischer Unabhängigkeit zurück.



FISTON MWANZA MUJILA

Demokratische Republik Kongo

Atemberaubende Fehlentwicklung der sozialen Systeme

Ich bin in Zaire geboren, nein, in der Demokratischen Republik Kongo. Aber um der Wahrheit die Ehre zu geben: Ich bin in Zaire geboren. Denn bei meiner Geburt hieß das Land noch Zaire, Republik Zaire. Ich bin in einem Land geboren, das mehr als sechsmal den Namen geändert hat oder andere Bezeichnungen führte: Internationale Vereinigung des Kongo, Studienkomitee des Oberen Kongo, Unabhängiger Staat Kongo, Belgischer Kongo, Republik Kongo, Republik Zaire, Kongo-Léopoldville, Demokratische Republik Kongo, manchmal auch Kongo-Kinshasa oder Kongo-Zaire ...

So schnell, wie sich die Dinge entwickeln, werden vielleicht demnächst die Namen noch einmal neu zusammengesetzt, zum Beispiel in Internationale Republik Zaire oder Studienkomitee Belgisch-Kongo oder Unabhängige Republik Kongo oder Internationale Vereinigung des Zaire oder Zaire-Léopoldville oder Belgisch-Zaire oder gar Internationale Vereinigung des Studienkomitees des Oberen Zaire ...

Das Hin und Her, der politische Namenswirrwarr und die Verwicklungen, die die 50 Jahre dieses großen Landes nach der Unabhängigkeit kennzeichnen, geben mir zu denken. Seit dem 30. Juni 1960 gab es 32 Jahre Diktatur, 3 oder 4 Sezessionen, 13 oder 16 Jahre Übergang, mehr als 245 politische Parteien mit fast identischen Theorien oder Programmen. Allen ging es immer um ein illusionäres Glück des Menschen, aber in Wahrheit lautet die Bilanz: eine atemberaubende Fehlentwicklung der sozialen Systeme, eine fortwährende Beeinflussung seitens des Westens aller sich bewegenden Personen und Organisationen einschließlich der berühmten demokratischen Wahlen in Führungszeichen, mehrere Befreiungskriege, mehr als 7 Millionen Tote bei den letzten bewaffneten Konflikten, von den ständigen Eingriffen fremder Armeen auf das nationale Territorium gar nicht zu reden, die mit dem Wissen und vor den Augen der Menschheit vor sich gingen ...

Die Frage, die mich und viele Kongolesen umtreibt, ist: Was ist die Bedeutung und die Wirkung dieser Unabhängigkeit, die so blutig zustande gekommen ist? Politisches Chaos folgte politischem Chaos, so dass es nicht überrascht, wenn man auf den Straßen von Lubumbashi oder Kinshasa oder sogar im kleinen Dimbelenge die Leute hinter vorgehaltener Hand sagen hört, wenn sie sich winden, drohen, heulen oder offen reden: «Die Kolonialherren hätten nicht so schnell abhauen sollen, unsere Leute können ja nichts selbst aufbauen, Korruption und Geld direkt in die Tasche, sonst hätte man doch nichts zu beißen.» So falsch ist das nicht, denn man kann durchaus zugeben, dass an die Stelle der belgischen Kolonialherrschaft die zairische Kolonisation getreten ist, dann die kongolesische Kolonisation, mit anderen Worten: die Kolonisation der Kongolesen durch Kongolesen, der Zairer durch Zairer zu Zeiten des Generals, des Obersten Führers, des Marschalls und Vaters der Nation – wie sich Mobutu nannte.

Wenn man so denkt, mit einer derart verengten Perspektive, achtet man leider nur auf die koloniale Barbarei, der ein ganzes Volk zum Opfer fiel, derweil die Schmerzen und die Opfer vergessen werden, die just dieses Volk auf sich nahm, um seine Souveränität zu erringen. Denn es war Blut nötig, Tränen und zusammengebissene Zähne, um sich von der brutalen und bestialischen Ausbeutung zu befreien.

Es erscheint mir wichtig, dass uns allen, also jedem Kongolesen und jedem Kind eines Landes, das mehr als sechsmal seinen Namen geändert hat, das Erbe erhalten bleibt, dass uns die Väter der Unabhängigkeit überlassen haben. Dazu gehört auch, einerseits jedes andere Ausbeutungssystem abzulehnen, andererseits aber die Mauern eines neuen Kongo zu errichten, eines Landes, in dem jeder Bürger seinen Platz findet, sein Stück Brot und sein Glas Wein. Also nicht mehr ein Kongo, der alle naslang seinen Namen ändert, auch nicht mehr ein Kongo, der von Abenteurern, skrupellosen Kriminellen, Schmugglern, Wilddieben und anderen Händlern von Träumen besetzt gehalten wird und von Rebellen der ersten, zweiten oder gar dritten Generation. Ein Kongo letztlich, in dem auch jene Politiker nichts mehr zu sagen haben, die nur davon träumen, sich die eigenen Mägen vollzuschlagen. Und nicht mehr ein Kongo mit einer falschen Musik, derweil die Mehrheit seiner Kinder nur noch schwarzsehen und in der Mülltonne gegenüber ihr Essen suchen.

PATRICE LUMUMBA

Rede zum Tag der Unabhängigkeit

Die Rede, die Patrice Lumumba am Tag der Unabhängigkeit des Kongo von belgischer Kolonialherrschaft hielt, gehört zu den wichtigsten Zeugnissen des afrikanischen Selbstbewusstseins der damaligen Zeit. Diese Rede ist immer wieder von vielen Afrikanerinnen und Afrikanern in Teilen zitiert worden und wird es noch heute, weil sie ohne falsche diplomatische Rücksichten die Wunden des Kolonialismus benennt. Bedeutsam ist die Rede auch, weil sie in Gegenwart des belgischen Königs Baudouin I. und vieler anderer Vertreter des Kolonialismus gehalten wurde und Lumumba diesen Herren deutlich widersprach. Die Geschichtswissenschaft hat Lumumba Recht gegeben – und seine Kritiker und Widersacher aus Belgien ins Unrecht gesetzt. Doch seine offene Haltung, seine Suche nach der Wahrheit der kolonialen Erfahrung hat ihm letztlich auch das Leben gekostet.

Männer und Frauen des Kongo,
Kämpfer für die Unabhängigkeit, die Ihr heute den Sieg errungen habt,
ich begrüße Euch im Namen der kongolesischen Regierung. Euch alle, meine
Freunde, die Ihr unermüdlich an unserer Seite gekämpft habt, bitte ich, diesen
30. Juni 1960 zu einem besonderen Datum zu machen, das Ihr unauslöschlich in
Euer Herz eingraviert und dort bewahrt, ein Datum, dessen Bedeutung Ihr einmal
Euren Kindern erklären werdet, so dass sie wiederum ihren Kindern und Enkeln
die glorreiche Geschichte unseres Kampfes für die Freiheit erzählen können.

Denn wenn auch die Unabhängigkeit des Kongo heute im Einvernehmen
mit Belgien verkündet wird, einem befreundeten Land, dem wir auf Augen-
höhe begegnen, so kann doch kein Kongolese, der diesen Namen verdient, je
vergessen, dass diese Freiheit im Kampf erstritten wurde: in einem täglichen,
einem leidenschaftlichen und hingebungsvollen Kampf, einem Kampf, der uns
keine Entbehrung und kein Leiden ersparte, und für den wir unsere Kraft und
unser Blut gaben. Wir sind stolz auf diesen Kampf, der ein Kampf der Tränen,
des Feuers und des Blutes war, stolz bis in das Innerste unseres Wesens; denn es
war ein edler und gerechter Kampf, und er war unumgänglich, um der erniedri-
genden Sklaverei, die uns mit Gewalt aufgezwungen wurde, ein Ende zu setzen.

Unser Schicksal während der 80 Jahre kolonialer Herrschaft, unsere Wunden,
sie sind noch zu frisch und zu schmerzhaft, als dass wir sie aus unserer Erinne-

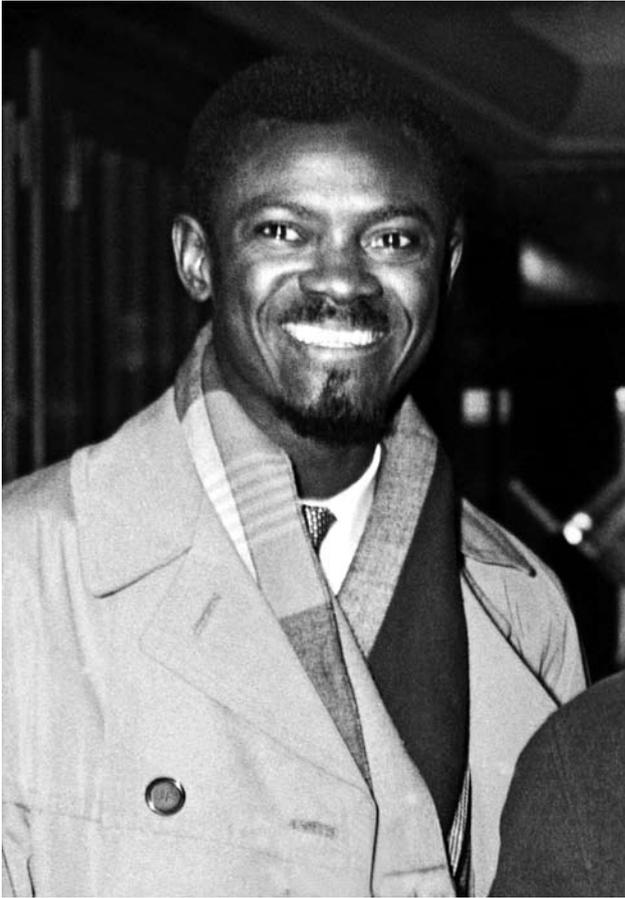
rung tilgen könnten. Wir haben uns geschunden und mussten unsere Arbeit doch für einen Lohn erbringen, der unseren Hunger nicht stillte, der es uns nicht erlaubte, uns anständig zu kleiden, in angemessenen Verhältnissen zu leben und unsere Kinder so großzuziehen, wie es ihnen als geliebte Wesen gebührt. Wir haben Spott, Beleidigungen und Schläge erfahren, mussten sie morgens, mittags und abends ertragen, weil wir „Neger“ waren. Wer von uns wird vergessen, dass zu ihm «Du» gesagt wurde, ganz bestimmt nicht wie zu einem Freund, sondern weil das ehrbezeugende «Sie» allein für die Weißen reserviert war?

Wir haben mit ansehen müssen, wie unser Land im Namen sogenannter Gesetze aufgeteilt wurde, die tatsächlich nur das Recht des Stärkeren anerkannten. Wir haben erfahren, dass das Gesetz für Weiße und Schwarze nicht gleich war: bequem für die einen, grausam und unmenschlich für die anderen. Wir haben erlebt, wie entsetzlich all jene leiden mussten, die für ihre politische und religiöse Gesinnung verurteilt wurden; in der eigenen Heimat ins Exil verbannt, war ihr Schicksal schlimmer noch als der Tod. In den Städten haben wir die herrlichen Häuser der Weißen gesehen und die baufälligen Hütten der Schwarzen; haben erlebt, dass Schwarze nicht in die Kinos gelassen wurden, nicht in die Restaurants und in die Geschäfte der Europäer; dass sie im Rumpf der Schiffe reisten, zu Füßen der Weißen in ihren Luxuskabinen.

Und wer wird schließlich die Massaker vergessen, in denen so viele unserer Brüder umgekommen sind, die Kerker, in die jene geworfen wurden, die sich weigerten, sich dem Unrechtsregime, der Unterdrückung und Ausbeutung zu unterwerfen?

Unter all dem, meine Brüder, haben wir zutiefst gelitten. Doch wir, die wir durch die Stimmen der von Euch gewählten Vertreter dazu berufen worden sind, unser geschätztes Land zu führen; wir, die wir selbst in unseren Körpern und unseren Herzen die koloniale Unterdrückung erlitten haben, wir sagen Euch mit lauter Stimme: All das hat nun ein Ende! Die Republik Kongo ist ausgerufen worden, und unser Land liegt nun in den Händen seiner eigenen Kinder. Gemeinsam, meine Brüder, meine Schwestern, werden wir einen neuen Kampf beginnen, einen hehren Kampf, der unser Land zu Frieden, Wohlstand und Größe führen wird. Gemeinsam werden wir soziale Gerechtigkeit schaffen und dafür sorgen, dass jeder für seine Arbeit angemessen entlohnt wird.

Wir werden der Welt zeigen, wozu der schwarze Mensch fähig ist, wenn er in Freiheit arbeitet, und wir werden den Kongo zum Zentrum der Strahlkraft des gesamten afrikanischen Kontinents machen. Wir werden dafür sorgen, dass der Boden unseres Landes auch wirklich seinen Kindern zugutekommt. Wir werden wieder die alten Gesetze einführen und neue erlassen, die gerecht und edel sind. Wir werden der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung ein Ende setzen und dafür Sorge tragen, dass alle Bürger die Grundrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vorgesehen sind, im vollen Umfang genießen können. Wir werden jegliche Diskriminierung, egal welcher Form, beseitigen und einem jeden den Platz geben, zu dem ihn seine Menschenwürde, seine Arbeit und die Hingabe zu seinem Land berechtigen. Nicht der Frieden der Gewehre



Belga/dpa

Patrice Lumumba

und Bajonette wird herrschen, sondern der Frieden der Herzen und des guten Willens.

Ich versichere Euch, meine lieben Landsleute, dass wir hierfür nicht nur auf unsere enorme Kraft und unseren immensen Reichtum zählen können, sondern auch auf die Unterstützung zahlreicher anderer Länder. Diese Zusammenarbeit werden wir immer dann annehmen, wenn sie aus freien Stücken gewährt wird und keinen Versuch darstellt, uns eine andere Politik, welcher Art auch immer, aufzuzwingen. Belgien hat schlussendlich den Lauf der Geschichte akzeptiert und nicht versucht, sich unserer Unabhängigkeit zu widersetzen. Es ist bereit, uns seine Hilfe und seine Freundschaft zu gewähren, und ein entsprechender Vertrag zwischen unseren beiden gleichen und unabhängigen Staaten wurde gerade unterzeichnet. Diese Kooperation, davon bin ich überzeugt, wird beiden Ländern zum Vorteil gereichen.

Ohne es an der nötigen Vorsicht mangeln zu lassen, sind wir doch bereit, diese freiwillig eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren. Der neue Kongo, unsere geliebte Republik, die meine Regierung schaffen wird, wird daher im

Inneren wie im Äußeren ein reiches, freies und prosperierendes Land sein. Damit wir dieses Ziel bald schon erreichen, bitte ich Euch alle, Gesetzgeber und Bürger Kongos, mich mit all Eurer Kraft dabei zu unterstützen. Ich bitte Euch, jegliche Stammesstreitigkeiten zu vergessen, denn sie schwächen uns und schaden unserem Ansehen im Ausland. Ich bitte die parlamentarische Minderheit, meine Regierung durch eine konstruktive Oppositionsarbeit zu unterstützen und dabei im demokratischen und gesetzlichen Rahmen zu bleiben. Ich bitte Euch alle, vor keinem Opfer zurückzuschrecken, das zum Erfolg unseres glorreichen Unterfangens beitragen kann. Ich bitte Euch schließlich und ohne jede Einschränkung, das Leben und das Eigentum Eurer Mitbürger und der Ausländer, die sich in unserem Land niedergelassen haben, zu respektieren. Falls das Verhalten dieser Ausländer zu wünschen übrig lässt, so ist unser Gerichtswesen in der Lage, sie ohne Umstände aus unserer Republik zu verweisen. Wenn ihr Verhalten jedoch gut ist, so müssen sie in Frieden gelassen werden, da auch sie für das Wohl unseres Landes arbeiten.

Die Unabhängigkeit des Kongos markiert einen entscheidenden Schritt hin zur Befreiung des ganzen afrikanischen Kontinents. Eure Majestät, Exzellenzen, meine Damen und Herren, meine lieben Mitbürger, Brüder meiner Rasse, meine Mitkämpfer, das ist es, was ich Euch im Namen der Regierung an diesem großartigen Tag unserer vollständigen Unabhängigkeit sagen wollte. Unsere starke, nationale Volksregierung wird das Wohl dieses Landes sein. Ich lade alle kongolesischen Bürger, Männer, Frauen und Kinder ein, sich tatkräftig an die Arbeit zu machen, um eine erfolgreiche Volkswirtschaft zu schaffen, die unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit sichert.

Ehre den Freiheitskämpfern!

Es lebe die Unabhängigkeit der afrikanischen Einheit!

Es lebe der unabhängige und souveräne Kongo!

Patrice Lumumba (geboren 1925 in der kongolesischen Provinz Kasai), der erste Ministerpräsident des Kongo, wurde am 17. Januar 1961 ermordet – und damit zu einer Legende. »Seit Lumumba tot ist, hört er auf, eine Person zu sein. Er wird zu ganz Afrika«, erklärte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre.

Patrice Lumumba wurde nach abgebrochenem Schulbesuch Postbeamter und 1958 einer der Gründer der für die Unabhängigkeit des Kongo eintretenden Partei Mouvement National Congolais (MNC), die als einzige Partei des Kongo in sämtlichen Landesteilen präsent war. Aus den ersten Parlamentswahlen am 25. Mai 1960 ging die MNC als stärkste politische Kraft hervor. Als am 30. Juni 1960 der Kongo seine Unabhängigkeit von Belgien erlangte, wurde Lumumba – trotz erheblichen Widerstands weißer Siedler und der Oberschicht – erster Ministerpräsident der neuen Republik.

Beim Festakt zur Unabhängigkeit trat Lumumba als klarer Verfechter von Freiheitsidealen und afrikanischer Würde hervor. Die belgische Regierung sah Lumumba als eine Gefahr an, da er die reichen Bergbau- und Plantagen-Gesellschaften verstaatlichen wollte. Die belgische Presse bezeichnete ihn als Kommunisten und Weißen-Hasser.

Schon vor der Unabhängigkeit war es zu sezessionistischen Bestrebungen gekommen, besonders in der rohstoffreichen Südprowinz Katanga, die sich am 29. Mai 1960 unter Moïse Tshombé von der Zentralgewalt lossagte, die Sezession sogleich aber wieder zurückzog, um sie am 11. Juli 1960 dann doch noch zu vollziehen. Lumumba versuchte, die auseinandertreibenden Kräfte zu einen, die Einheit des Landes zu bewahren und seine Partei, die als einzige in allen Provinzen vertreten war, zu einer wirklich nationalen Bewegung nach dem Vorbild Kwame Nkrumahs zu entwickeln. Heftigen Widerstand leisteten dagegen die im Kongo verbliebenen Weißen (Siedler, Geschäftsleute und die nach wie vor unter der Führung von belgischen Offizieren stehende Armee), deren kongolesische Verbündete, aber auch die Großmacht USA.

Staatspräsident Kasavubu, verbündet mit Oberst Joseph Mobutu (früherer Weggefährte Lumumbas und später langjähriger Diktator des Landes), setzte bereits Anfang September 1960 auf Drängen der USA Lumumba vom Amt des Ministerpräsidenten ab. Daraufhin erklärte Lumumba Kasavubu für abgesetzt. Am 6. September 1960 machte das kongolesische Parlament Lumumbas Entlassung wieder rückgängig, am 12. September 1960 veranlasste Kasavubu die neuerliche Entlassung und beauftragte den neuen Oberkommandierenden der Armee, Mobutu, mit der Verhaftung Lumumbas, der er sich jedoch entziehen konnte.

Am 14. September 1960 übernahm die Armee unter Mobutu in einem mit den USA abgesprochenen Putsch die Macht. Kasavubu blieb offizielles Staatsoberhaupt. Lumumba wurde unter Hausarrest gestellt.

Am 27. November 1960 gelang Lumumba die Flucht aus Léopoldville, kurz darauf wurde er wieder festgenommen. Nach einer Militärmeuterei in Thysville am 13. Januar 1961 wurden Lumumba und zwei seiner Getreuen dem Erzfeind Tshombé nach Katanga ausgeliefert.

Die genauen Umstände von Lumumbas Tod waren der Öffentlichkeit lange Zeit unbekannt. Eine erst 41 Jahre nach dem Mord einberufene Fachkommission des belgischen Parlaments konnte die Ereignisse um Lumumbas Tod hinlänglich rekonstruieren. Demnach wurden Lumumba und seine Begleiter von Mobutus Leuten festgenommen, per Flugzeug zu Tshombé nach Katanga deportiert, dort in eine Waldhütte gebracht und gefoltert. Am 17. Januar 1961 wurden sie von katangischen Soldaten unter belgischem Kommando erschossen und zunächst an Ort und Stelle vergraben. In ihrem Schlussbericht kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass der belgische König von den Plänen zur Tötung Lumumbas gewusst habe. Fest steht, dass die belgische Regierung die Lumumba feindlich gesinnten Kräfte im Kongo logistisch, finanziell und militärisch unterstützte. Ein Großteil der Schuld wird unmittelbar König Baudouin I. zugeschrieben, der unter Umgehung der politischen Instanzen seine eigene postkoloniale Politik betrieben haben soll. Frühere Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Tötung Lumumbas direkt von den Regierungen Belgiens und der USA angeordnet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA und örtlichen, von Brüssel finanzierten Helfern ausgeführt worden sei. *P. R.*



UBAX CRISTINA ALI FARAH

Somalia

Die Enkelinnen der Unabhängigkeit

Es ist ein Donnerstagnachmittag im Frühling. Ayaan ist heute früh gekommen und auf dem Küchentisch sind bereits die Dreiecke gestapelt, aus denen die Sambuus gerollt werden sollen. Elena und Hani schneiden die Zwiebel in Scheiben dünn wie Fingernägel, Tränen laufen ihnen über die Wangen. Neben dem Herd liegt frischer Koriander, den Maryam beim Rühren zum Fleisch gibt. In einer Ecke sitzen drei junge Frauen und teilen sich einen Teller Reis und Salat. Sie unterhalten sich angeregt über Suldaana, die genau wie sie ein Flüchtlingsmädchen aus Somalia ist und die durch eine Bombe beinahe ihren Vater und ihre Brüder verloren hätte.

All diese jungen Frauen sind über das Meer nach Rom gelangt. Auf der Suche nach Frieden, den sie bisher nicht kannten, machten sie sich auf in die Wüste. In Italien angekommen stoßen sie auf ein Land, das sie nicht will und dessen Sprache ihre Mütter gesprochen haben. Sie tragen dicke Schleier und sind so alt wie der Bürgerkrieg. Sie erzählen mir von einem Mogadischu, das ich nicht kenne. Wenn sie über meine Heimatstadt sprechen, dann immer über Ruinen, über enge, stinkende Gassen, in denen sich nur Verrückte und Mörder wohlfühlen. Nur Ayaan hat das Zentrum der alten Hauptstadt sehen können, bevor sie aufbrach. Sie nutzte die plötzliche Stille, den Bruder an der Hand. Das war im Sommer 2006 und in der Stadt regierte die Union islamischer Gerichte. Würde es ihnen gelingen, inmitten der Flüchtlinge Spuren der ruhmreichen Vergangenheit zu entdecken, von der Vater und Mutter immer gesprochen hatten? Einer Vergangenheit, in der Somalia ein Staat gewesen war, mit einer Regierung und einem Gedächtnis.

Die Luft in der Küche ist feucht und heute findet kein Italienisch-Unterricht statt. Nasra gießt ein wenig gewürzten Tee in die Tassen und fragt mich, was aus unseren Treffen wird. Es sind viele Monate vergangen, seit ich begonnen habe, die Mädchen zu suchen. In den Unterführungen vom Bahnhof Roma Termini, wo ich Stunden in der Bar Momento verbrachte. Man hatte mir gesagt, dass viele

sich dort träfen, um eine Tasse Latte macchiato zu trinken, wenn möglich. Im Momento schlugen alle die Zeit tot. Ich fand sie an einem Tisch mit anderen Frauen, Klamotten- und Balukaati-Verkäuferinnen. Waren das die Enkelinnen der Unabhängigkeit?

Wegen dieser Unabhängigkeit war mein Vater nach seinem Studium in Verona enthusiastisch nach Somalia zurückgekehrt, «weil das Land uns braucht», wie er gesagt hatte. Von der Unabhängigkeit kenne ich nur die Lieder und das heilige Feuer der Jugend, das 20 Jahre Diktatur ausgelöscht haben. Meine Generation hatte nicht das Privileg, sie zu erleben, und was uns von unserem Land geblieben ist, ist das düstere Gefühl von Korruption und Konflikten. Diese jungen Frauen in abgetragenen und glänzenden Kleidern und mit feuchten, entrückten Augen stehen für mich für einen Abgrund von 20 Jahren, eine Verwahrlosung wegen der ich einfach nicht aufgeben konnte. Mich mit ihnen und Chiara, ihrer Italienisch-Lehrerin von der Sprachschule Asinitas, in einen Kreis zu setzen, hieß einen Unterschlupf zu schaffen, einen Raum der Neuorientierung und des Lernens. Zu diesem Raum ist auch die Küche geworden, wo Speisen und Gegenstände bekannte Namen tragen, *pasta, insalata, bicchiere, forchetta* klingen wie die somalischen Entsprechungen *baasto, ansalaato, bikeeri, forgeeti*. Daran sieht man, dass sich selbst in der Vertrautheit des häuslichen Herds Spuren der Kolonialsprache gehalten haben. Eines der Mädchen erzählte von ihrer Mutter, die frische Pasta machte und sie dann zum Trocknen auf die Wäscheleine hing. Die italienische Küche war also auch ein bisschen somalisch!

An diesem Donnerstagnachmittag, von dem ich spreche, war der Unterricht zu Ende und man bereitete Sambuus e Bajiye für das Abschlussfest vor. «Für dein Heimatland bist du ein wertvolles Gut», sangen Ayaan und Xaawa aus voller Kehle und erzählten Chiara, wie sehr dieses Lied sie an den Zauber ihres Landes erinnerte. Die Zeilen stammten aus *Dhuulkaaga hooyo*, einem Waddani-Lied, das zur Zeit der Unabhängigkeit geschrieben worden war.

Jetzt fragt ihr euch, warum ich euch von einer Küche, von einer Schule und einer Gruppe von Frauen erzähle, anstatt über den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit zu schreiben und politische und geschichtliche Themen zu behandeln. Die Wahrheit ist, dass ich nur so von meinem Land berichten kann. Mein Land ist ein Hohlraum, ein verbotener Ort. Es ist ein Loch im Bauch, ein Holzwurm, der das Herz meines Hauses aushöhlt. An diesem Nachmittag, einem Donnerstag wie so viele andere in der Küche, haben Ayaan und Hani plötzlich gestritten. Ich erinnere mich nicht einmal mehr an den Grund des Streits, so banal war er. Er war derart banal, dass ich lachen musste. Aber der Streit wurde immer heftiger und die Stimmen von Ayaan und Hani wurden zu einem lebendigen Wesen, giftig und monströs mit mehreren Köpfen. Da habe ich begriffen, dass die Enkelinnen der Unabhängigkeit gar nicht über Teig und Mehl sprachen, nicht über Hackfleisch und Kardamom. Es ging um Tote, die ermordet worden waren, und ihre gequälten und verunstalteten Gesichter erschienen plötzlich zwischen den Töpfen und dem heißen Wasser, mitten zwischen uns, die wir in der Küche versammelt waren und stritten.

Die Grenzen in Afrika als Last und Herausforderung

Eine Grenze ist für die heutige Staatenwelt selbstverständlich, denn sie markiert, dass ein Staat endet und ein anderer beginnt. Sie ist darum eng verbunden mit der Vorstellung vom Territorialstaat. Dieser bestimmt sich über sein Territorium, wovon ausgehend alle anderen Zuständigkeiten ableitbar sind. In Afrika wurde diese Form von Staat in der Kolonialzeit eingeführt, es handelte sich um eine Neuheit, da die weitaus meisten vorkolonialen afrikanischen Staaten als Personenverbandsstaaten bezeichnet werden können. Der Personenverbandsstaat zeichnet sich im Gegensatz zum Territorialstaat dadurch aus, dass eine Menschengruppe und ihre politische Organisation primär den Staat bestimmt, während es von untergeordneter Bedeutung ist, welches Territorium sie besiedelt. Aus diesem Grund gab es im vorkolonialen Afrika das Phänomen wandernder Königreiche, die sich ein neues Siedlungsgebiet suchten, aber als Personenverband ihre Kontinuität bewahrten.

Willkür bei der Grenzziehung

Die Grenzen der nachkolonialen Staatenwelt Afrikas wurden weitgehend unverändert aus der Zeit der europäischen Kolonialherrschaft übernommen, was nichts anderes besagt, als dass die Europäer die heute noch gültigen Grenzen in Afrika zogen. Die Willkürlichkeit dieser Grenzziehungen ist bekannt, da es den Europäern primär um ihre eigenen Interessen ging und die Grenzen häufig das Ergebnis politischer Kompromisse waren, die in Verhandlungen gefunden worden waren. In der Literatur wird die «Künstlichkeit» der Grenzen oft als das grundlegende Problem nachkolonialer Staatlichkeit in Afrika genannt, als ob Grenzen nicht immer und überall künstlich wären. Sicherlich wurden in etlichen Fällen vorkoloniale politische Einheiten gespalten, fanden Ethnien sich auf beiden Seiten einer modernen Staatsgrenze wieder. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn die Europäer im Verlauf der Aufteilung Flüsse, wie den Kunene, den Rovuma oder den Mittellauf des Sambesi, deren Täler eher Orte der Kommunikation als der Trennung sind, zu Grenzen machten. An solchen wie an anderen Grenzen spielte sich, wie in Europa oder anderswo auch, bald ein kleiner Grenzverkehr ein, der dort ungeachtet der getrennten staatlichen Sphären über die Grenzen hinweg eine ganz andere Lebensrealität der Kommunikation (wieder)

entstehen ließ. Problematischer war die Situation in den ariden Zonen Afrikas für Nomaden, deren transhumante Wanderungszyklen durch moderne Staatsgrenzen durchbrochen, zumindest aber behindert wurden.

Probleme der Staatsbildung

Das eigentliche Problem der modernen Grenzen liegt keineswegs nur in der Missachtung ethnischer Einheiten als vielmehr in dem damit verbundenen Staatsmodell, das die Europäer im Lauf ihrer frühen Neuzeit entwickelt und ab dem späten 19. Jahrhundert flächendeckend in Afrika einführten. Der europäische Staat hat als zentrales Kennzeichen die Tendenz zur Homogenisierung, was ganz praktisch auf die umfassende administrative Durchdringung seines Territoriums hinausläuft. Der Staat ist idealerweise in der Hauptstadt mit ähnlicher Intensität präsent wie an seinen Grenzen. Diese Staatsform ist in Afrika nur in den seltensten Fällen verwirklicht worden, am ehesten noch in Süd- und Nordafrika. Dies hatte oft mit rudimentärer Infrastruktur zu tun, mit der ungleichen Verteilung der Städte, was in manchen Fällen zu einer übersteigerten Gewichtung der Hauptstadt führte.

Hinzu kam, dass etliche vorkoloniale politische Gemeinwesen durch Zentrum-Peripherie-Strukturen geprägt waren, bei denen ein Machtgefälle zwischen dem Zentrum und den entfernteren Gebieten erkennbar war, was sich in kolonialen und nachkolonialen Staaten, allen Ansprüchen zum Trotz, häufig fortsetzte. Eine gleichmäßige Machtausbreitung und -ausübung konnte schon der koloniale Staat nicht durchsetzen, weswegen er auf gewaltsame rassistische Aktionen angewiesen war, um mit gezieltem Terror seine Souveränität zur Geltung zu bringen. Allerdings gab es hier durchaus große Unterschiede zwischen Staaten wie Südafrika oder Nigeria, mit einer vergleichsweise starken bürokratischen Struktur, und Kolonien, in denen die Herrschaft der Europäer immer stark begrenzt blieb, wie in großen Teilen des französischen Zentralafrika.

Der Anspruch staatlicher Souveränität kommt in der Unverletzlichkeit seiner Grenzen zum Ausdruck. Diese aber konnten viele postkoloniale Staaten faktisch oft gar nicht effektiv kontrollieren. Umso erstaunlicher ist, dass es in Afrika eher selten zu zwischenstaatlichen Kriegen kam. Nur in wenigen Konflikten waren «Grenzkorrekturen» überhaupt das Ziel; in jüngster Zeit sind die Auseinandersetzungen zwischen Äthiopien und Eritrea in den Jahren 1998 bis 2000 sicher das eindrucklichste Beispiel dafür

Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen

Die afrikanischen Staaten einigten sich frühzeitig auf das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen, das auf eine Initiative Kaisers Haile Selassies von Äthiopien zurückgeht, der mit besonders vielen separatistischen Bewegungen zu kämpfen hatte und es 1963 in der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)



Tuareg

durchsetzte. Tatsächlich bildete sich in den folgenden Jahren ein Konsens, der so stark war, dass keine Grenzveränderungen, weder im Fall separatistischer Bewegungen wie in Biafra (1967–1970) noch Fusionen wie zwischen Senegal und Gambia (1981), längerfristig erfolgreich waren (eine der wenigen Ausnahmen war die Vereinigung von Tanganjika und Sansibar im Jahr 1964 zum neuen Bundesstaat Tansania). Das wirkte sich auch im Hinblick auf die südafrikanischen

Bantustans aus, die sicherlich in erster Linie wegen der durchsichtigen Absichten des Apartheidstaates, aber eben auch wegen der Grenzverschiebungen nicht anerkannt wurden. Selbst nach dem Ende der Apartheid war das Thema einer Eingliederung von Lesotho nach Südafrika, was ökonomisch wie sozialpolitisch durchaus sinnvoll gewesen wäre, schnell wieder vom Tisch.

Zentrum – Peripherie

Das Prinzip der Unveränderbarkeit der Grenzen widersprach dem Panafrikanismus, den die OAU offiziell ebenfalls verfolgte. Mit der Festlegung des Prinzips waren alle weiterführenden Vereinigungspläne, wie sie der damalige Präsident Ghanas, Kwame Nkrumah, am explizitesten vertrat, nicht mehr durchsetzbar. Nkrumah versprach sich nur von der Einrichtung eines Kontinentalstaates die wirtschaftliche Unabhängigkeit Afrikas, während die Kleinstaaterei in seinen Augen in das münden müsse, was er später nach seiner Absetzung als Neokolonialismus bezeichnete.

Insgesamt ist nicht nur der Territorialstaat, sondern auch der Nationalstaat in Afrika durchaus erfolgreich, was sich an dem negativen Umstand der Fremdenfeindlichkeit ablesen lässt. Es war ein probates Mittel für Politiker, die eigene Popularität zu steigern, indem sie demonstrativ und öffentlichkeitswirksam illegale Wanderarbeiter ausweisen ließen; so verwies 1961 die Elfenbeinküste Menschen aus Obervolta (heute Burkina Faso) des Landes, 1968 Ghana Nigerianer und 1983 Nigeria Ghanesen. Auch die Bekenntnisse zum Panafrikanismus, zu einer übergreifenden kulturellen Einheit aller Afrikaner oder gar zu einem Zukunftsentwurf eines politisch geeinten Afrika konnten dies nicht verhindern.

Südafrikas Präsident Thabo Mbeki hatte öffentlichkeitswirksam seine Vision einer «afrikanischen Renaissance» verkündet. Doch schon vor seinem erzwungenen Rücktritt wurde in seinem Land Jagd auf Menschen gemacht (Mai 2008), die aus anderen afrikanischen Ländern wie Somalia, Kongo und Nigeria in die Wirtschaftsmetropole Südafrika gekommen waren, vor allem aber auf diejenigen, die vor der Tyrannei im benachbarten Simbabwe geflohen waren. Das fortdauernde Vernichtungswerk des simbabwischen Präsidenten Mugabe wird unter dem Vorwand der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates geduldet, da die Protagonisten der Afrikanischen Union den Gegensatz der eifersüchtig bewachten Nationalstaatlichkeit zu ihren eigenen Zielsetzungen kaum artikulieren oder reflektieren.

Die genannten Probleme liegen nicht nur in den politischen Strukturen und internationalen rechtlichen Vorgaben, sondern sie wurden durch die krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen seit den frühen 1970er Jahren entscheidend verschärft. Die dadurch ausgelöste Landflucht ließ die Hauptstädte zu riesigen Wasserköpfen anschwellen. Die Tendenz afrikanischer Macheliten, die Entstehung eigenständiger, vom Staat unabhängiger Wirtschaftseliten zu behindern, um vielmehr selbst die Wirtschaft zu kontrollieren, trug dazu bei, dass Hauptstädte gleichzeitig die wichtigsten Wirtschaftszentren waren und dadurch

wie Magneten auf die verarmte Landbevölkerung wirken mussten. Andere Städte verloren dadurch an Bedeutung, sie wurden Teil einer innerstaatlichen Peripherie, womit sich das Gefälle von Zentrum zu Peripherie weiter erhöhte. In entlegenen Räumen, zumal dann, wenn es sich um aride Zonen handelte, setzten sich darum Strukturen der vorkolonialen Zeit fort, Personenverbände blieben wichtiger als die administrativ-bürokratischen Strukturen.

Dennoch halten die Staaten den Anspruch aufrecht, moderne Flächenstaaten zu sein, obwohl er sich in vielen Regionen immer weniger einlösen ließ. Hinzu kam ein Problem, auf das der Politikwissenschaftler Jeffrey Herbst in mehreren Publikationen hingewiesen hat: Die Bevölkerungsverteilung war, ungeachtet der genannten krisenhaften Entwicklungen, teils naturräumlich, teils historisch bedingt in manchen, gerade flächenmäßig großen Staaten höchst ungleich. Hier wurde das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie besonders steil, mit dem Ergebnis, dass Staaten wie die Demokratische Republik Kongo oder eine Reihe von Sahelstaaten über weite Strecken ihre grenznahen Räume nicht mehr effektiv kontrollierten. Umgekehrt konnten gerade kleine Staaten wie Ruanda die administrative Durchdringung stärker umsetzen; sie waren trotz ihrer ökonomischen Probleme ausgesprochen starke Staaten, was auch erklären kann, warum gerade in Ruanda ein Völkermord von Seiten der als Hutu deklarierten Ruander an den als Tutsi geltenden Ruandern stattfinden konnte, der relativ zentral organisiert war.

Hinzu kam neben der Unveränderbarkeit der Grenzen eine zweite Regel der OAU, nämlich dass als Regierung in einem Land anerkannt wird, wer die Kontrolle über die Hauptstadt ausübt. Dies kam nach der Unabhängigkeit Angolas der MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) mit ihrem Machtzentrum in Luanda zugute. Das Problem liegt nun darin, dass manche Regierungen nur noch die Hauptstadt wirklich kontrollieren, und je weiter der Abstand von der Metropole, desto schwächer wird die Präsenz des Staates. Dadurch wird das Ablaufschema von Bürgerkriegen erklärbar, wie es sich seit Mitte der 1980er Jahre herausgebildet hat, auch wenn jede kriegerische Auseinandersetzung natürlich ihre eigene Logik haben dürfte, wie in Somalia, der Elfenbeinküste oder insbesondere im Kongo.

Die zu den Rändern hin abnehmende Staatsmacht bot Rebellen Gruppen Gelegenheit, sich in diesen peripheren Räumen festzusetzen, dort ihre Macht aufzubauen und allmählich auszuweiten. In riesigen Flächenstaaten wie Kongo/Zaire war das lange Zeit für die Regierung ungefährlich, weil sie diese peripheren Räume immer noch gut genug kontrollieren konnte, um diese Rebellen Gruppen zwar nicht unterdrücken, aber zumindest an ihrer Ausbreitung hindern zu können. In den 1980er Jahren begann sich das Blatt zu wenden. Der Erste, der die Chance klar erkannte, die sich aus dieser Situation ergab, war Yoveri Museveni, der von der Peripherie aus Uganda eroberte. Damit setzte er Maßstäbe für andere, die ihm in diesem Vorgehen folgten. Doch ergab sich daraus eine überaus gefährliche Situation für alle Machthaber, selbst wenn sie auf diese Weise die Herrschaft errungen hatten. Denn welche Gewähr hatten sie,

dass andere nicht einfach ihrem Vorbild folgten? Die langjährigen Bürgerkriege in Liberia und Sierra Leone, im Kongo oder in Angola ebenso wie die Eroberung Ruandas verdanken sich genau diesem Mechanismus.

Separatistische Bewegungen

Kennzeichnend für diese Länder ist indes das Fehlen separatistischer Bewegungen. Diese blieben lange Zeit die Ausnahme und hatten mit dem Biafra-Krieg einen traurigen und abschreckenden Höhepunkt, der ambitionierten Separatisten deutlich machte, dass sie mit internationaler Unterstützung kaum rechnen konnten. Es geht immer ums Ganze, um die Macht im ungeteilten Territorialstaat, was abermals zeigt, wie stark die Einigung auf die Unverletzlichkeit der Grenzen wirkte. Selbst ein Separatist wie Moïse Tshombé gab seine Absichten auf, als sich ihm die Möglichkeit bot, Premierminister des ungeteilten Kongo zu werden. Der Separatismus im Kongo war ohnehin eher ein Projekt der belgischen Siedler und Bergbaukonzerne als der Bevölkerung oder kongolesischer Politiker.

Daneben gibt es Länder, in denen Sezessionen als möglich erscheinen und sich manchmal während Bürgerkriegen über längere Zeiträume als faktischer Zustand einspielen, etwa im Sudan oder im Tschad. Das betrifft insbesondere die Kette von Ländern in der Sahelzone, die von ethnischen und historischen Gegensätzen sowie religiösen Unterschieden gekennzeichnet und politisch instabil sind. Diese Antagonismen innerhalb der Länder haben sich in den letzten Jahrzehnten teils aufgrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation, teils aufgrund internationaler Entwicklungen erheblich verschärft, was insbesondere Nigeria betrifft. Dort werden die ethnischen Gegensätze mittlerweile religiös aufgeladen, so dass auch die Vermehrung der Provinzen, die die älteren Konflikte entschärfen half, nicht mehr als Lösung greifen kann. Schwache Staaten, die zudem an der Peripherie sehr dünn besiedelt sind, wie die Sahelländer, deren Norden zur Sahara gehört, fallen leicht unter den Verdacht, Zufluchtsort von Terroristen zu werden, was wiederum zu direkten oder indirekten Interventionen westlicher Länder führen kann.

Selbst im Fall der wenigen tatsächlich geglückten Sezessionen zeigt sich die Wirkungskraft historischer Grenzziehungen. Denn nun werden ältere koloniale Grenzen (zuweilen auch binnenstaatliche Grenzen zwischen Provinzen) reaktiviert, wie bei der Abspaltung von Somaliland im Jahr 1991, wodurch Somalia in die ehemals britischen und italienischen kolonialen Gebiete zerfiel. Zwar wurde Somaliland international nicht anerkannt, übte aber de facto in dem einstigen britischen Territorium Staatsgewalt aus. Das hat wenig mit einer Fixierung der Afrikaner auf das koloniale Erbe zu tun, als vielmehr damit, dass es keine Alternativen gibt. Die kolonialen Grenzen waren schlicht die ersten eindeutig festgelegten Territorialgrenzen, die es gegeben hatte, so dass Sezessionsbewegungen oder Teilungen von Ländern nur die bestehenden durch andere Kolonialgrenzen ersetzen konnten.

Ob sich das Prinzip, Grenzen für sakrosankt zu erklären, in Zukunft aufrecht-erhalten lässt, ist fraglich, da in einigen Ländern wie im Sudan die staatliche Einheit so prekär, ja geradezu dysfunktional geworden ist, dass nicht absehbar ist, wie eine neue Ordnung innerhalb des Landes bewerkstelligt werden kann. Ob das für Januar 2011 anberaumte Referendum im Südsudan über dessen Unabhängigkeit zu einer friedlichen Sezession führen wird, kann bezweifelt werden, aber dass es eine Sezession geben wird, ist für die meisten Beobachter sehr wahrscheinlich. Selbst wenn es zu einer Teilung des Sudan käme, ist ein zwischenstaatliches Nebeneinander der ehemaligen Landesteile schwer vorstellbar, wie das Beispiel Eritrea und Äthiopien zeigt, wo es wegen der Grenz-ziehung sogar zu offenen Kriegshandlungen kam. Vor allem aber erscheint es möglich, dass damit Präzedenzfälle geschaffen werden, was zu unberechenbaren Entwicklungen und möglicherweise zu Destabilisierungen in anderen Ländern mit ähnlichen Konfliktlinien und internen Regionalismen führen kann.



FLORENT COUAO-ZOTTI

Benin

Hauptsache, man bleibt obenauf

Wenn mein Cousin Robert es so weit bringt, eine solche Redensart von sich zu geben, dann kann man annehmen, dass ihm im großen Stil diverse Unglücke widerfahren sind.

Seit heute Morgen, derweil er gerade seine 50 Kerzen auspustete, sorgten Nachrichten dafür, dass seine Moral einen empfindlichen Kratzer erhielt.

Robert, den man auch «Pokerface» nannte, sah düster und unnahbar aus. Heute früh hatte er sich gemäß dem alten Aberglauben gewaschen, wonach man sich am frühen Morgen seines Geburtstages nur von oben bis unten zu reinigen brauche, um allen Schmutz loszuwerden. In neuen Klamotten hatte er sich auf seine Terrasse gesetzt, um zu frühstücken. Natürlich hatte er es mit der Göre getrieben, die er aus einem Bordell in Missèbo mitgenommen hatte. Und natürlich hatte er sich großzügig aus der Gemeinschaftskasse bedient, die seine Kumpels und er füllten, indem sie Taxifahrer und andere Chauffeure, die keine Papiere hatten, ganz einfach erpressten.

In bester Laune wartete er auf die Glückwünsche, die seine Freunde und Bekannten ihm sicher bald per Telefon übermitteln würden. Als guter Gendarm mit einer Neigung zu Tand und Luxus besaß er vier Mobiltelefone von verschiedenen Anbietern.

Schon klingelte das erste.

«Ja, Robert, ich bin's», hörte er die Stimme einer Frau, kaum hatte er das Telefon am Ohr, «ich bin's, Madé. Seit 30 Jahren suche ich dich. Du erinnerst dich, ich war die Vorsitzende der Versicherung der Schüler und Studenten von Katagon ... Wir haben dir die Kasse anvertraut – und du bist damit verschwunden. 500.000 waren drin. Gott hat es gewollt, dass ich dich heute wiederfinde. Wenn man die Zinsen berechnet, dann schuldest du uns ...»

Robert drückte sofort auf den Knopf und beendete das Gespräch. Seine Schläfen fingen zu pochen an, er trank schnell noch einen weiteren Kaffee. Und schon klingelte das zweite Telefon.

«Hallo», hörte er am anderen Ende eine Männerstimme, «Robert, ich bin's, Cyriaque!»

«Cyriaque? Ich kenn' keinen Cyriaque.»

«Doch, doch», der Mann blieb dabei, «ich bin's, dein Kollege von der Elfenbeinküste. Wir waren doch gemeinsam in der Söldnergruppe, die Charles Taylor in Liberia zusammengestellt hat. Erinnerere dich doch an die 200 Zivilisten, die wir im Distrikt von Nimba um die Ecke gebracht haben. Der Leichenberg ist gefunden worden und Taylor, der ja jetzt vor Gericht steht, hat unsere Namen genannt. Wie sollen wir jetzt bloß verhindern, dass wir vor dem Internationalen Gerichtshof erscheinen müssen?»

Robert machte sofort das Telefon aus und warf es in den Wäschekorb. Natürlich hatte er verschiedene Leben gelebt, aber er glaubte, so manches Kapitel seines Lebens sei endgültig abgeschlossen. Derweil er sich noch aufrappelte, klingelte ein weiteres seiner Telefone. Diesmal kannte er die Nummer, es war die seines Chefs.

«Hallo, Kommandant?»

«Hallo, Sergeant, nehmen Sie Haltung an!»

Er schaltete das Telefon auf freihändig und nahm sofort Haltung an. »Ja, die Sache ist die, Sergeant«, fing der Offizier an, «es gibt da eine Gruppe von Frauen, die nennt sich ›Vereinigung der Opfer von Pokerface‹. Sie sind mindestens 50 Jahre alt – und sie behaupten, sie seien bei nächtlichen Kontrollen auf den Straßen des ganzen Landes vergewaltigt worden. Und alle sind dann schwanger geworden und haben ein Kind gekriegt. Ich muss ihnen schon Glauben schenken, denn alle sind mit ihren Sprösslingen gekommen. Und wie sie dir ähneln in all ihrer Hässlichkeit! Ihnen allen geht es ganz gut, bis auf drei, die AIDS haben, und zwei weitere, die unterernährt sind.»

«Das muss ich berichtigen, Kommandant ...»

«Sergeant, wenn du etwas zu der Sache sagen willst, dann musst du schon hier ins Quartier kommen, um zu beweisen, dass dein Dingsda-Spielzeug so böswillig nicht ist.»

«Jawohl, Kommandant, aber wird das alles nun dazu führen, dass ich nicht beim militärischen Aufmarsch zum fünfzigjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit teilnehmen darf?»

Der Kommandant brach ganz heftig in Gelächter aus. »Warum sollte man dir verbieten, beim Aufmarsch mitzumachen? Mit deiner Art, dem Land zu dienen, bist du ja geradezu ein Heiliger im Verhältnis zu uns anderen. Und überhaupt, herzlichen Glückwunsch und rühren!«

Robert setzte sich sofort wieder hin. Er kam irgendwie von weit her. Bevor er sich aufmachen wollte, um auf all diese Anschuldigungen zu antworten, plusterte er sich auf wie ein Truthahn. Er seufzte. »Die Dinge belasten den Menschen, aber Hauptsache, man bleibt obenauf!«



ALFRED DOGBÉ

Niger

Elektronische Spielzeuge statt Traktoren

Die Euphorie um die Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit meines Landes verwundert mich und macht mich wütend, zumal wenn ich die Dinge unter dem einzigen Blickwinkel betrachte, der zählt: unter jenem der Würde des Menschen und der nationalen Souveränität.

Statt Traktoren sehe ich nichts als elektronische Spielzeuge, Spiegelungen der Kolonialzeit, die überall wuchern. Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger warten heute immer noch darauf, dass ihnen jemand etwas zu essen gibt. Die junge Generation flüchtet aus dem Land wie aus einem brennenden Haus. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die großen Kapitaleigner sich die reichen Rohstoffvorkommen des Landes sichern. Und mein Land hält immer noch im Kontakt mit anderen Nationen die Hand auf. Wie kann man noch an die so oft beschworene Entschlossenheit glauben, eine nationale Wirtschaft auf den Pfeilern der Landwirtschaft und des Bergbaus aufzubauen, wenn heutzutage im gesamten Niger weniger als 100 Schülerinnen und Schüler die Terminale C, den mathematischen und naturwissenschaftlichen Gymnasialzweig, besuchen? Wie soll man glauben, dass die Dinge sich geändert haben, wenn ein Unterpräfekt, also nur ein mittlerer Verwaltungschef – der bezeichnenderweise immer noch «Kommandant» genannt wird – einen Bürger bestrafen lassen kann, nur weil dieser nicht aufgestanden ist oder seinen Hut hob, während der Unterpräfekt vorbeifuhr?

Wir haben weder mit den alten (ungleichen) Wirtschafts- und Tauschbeziehungen (die seit dem Sklavenhandel bestehen) noch mit dem kolonialen Regierungssystem gebrochen.

Nationale Einheit zu erlangen war die erste Herausforderung der Unabhängigkeit. Es galt, zuerst einmal die koloniale Willkür zu übernehmen, mit der das Staatsgebiet des Niger nach dem Gesetz des «Teile und herrsche» aus lauter wahllos zusammengewürfelten Fragmenten bestehender Gemeinschaften geschaffen wurde. Das war eine enorme Herausforderung. Doch sie hat uns nicht zu Fall gebracht, sondern wir haben sie gemeistert. Heute hat sich ein wahrhaf-

tiges nationales Bewusstsein, ein gemeinsamer Wille, auf der Grundlage von republikanischen und demokratischen Werten zusammenzuleben, im Denken der Bürger Nigers etabliert.

Nigers Weg zur Unabhängigkeit war von heftigen demokratischen Kämpfen zwischen den politischen Parteien geprägt, die sich ständig neu bildeten, verbündeten und wieder auseinanderbrachen. Beunruhigt von der Vorstellung, die Kontrolle über ihre Kolonien zu verlieren, mischte sich die französische Kolonialverwaltung in das Kräftegleichgewicht ein. So wurde die Unabhängigkeit nur auf Kosten politischer Freiheiten erlangt, die über 30 Jahre lang beschnitten bleiben sollten.

Seitdem führen unsere Regierenden die Praktiken der Kolonialverwaltung fort. Alle und jeder auf seine Art verfügen beliebig über die Ressourcen und die Bevölkerung des Landes. Sie herrschen über Menschen, gegenüber denen sie sich nicht verantwortlich fühlen.

Und unter den Verwalteten schwelt eine Unzufriedenheit und wachsen bürgerrechtliche Forderungen.

Natürlich bringt das einige Sprengkraft mit sich, die die nationale Einheit gefährdet; zum Beispiel droht das heikle Thema der Zugehörigkeit zu bestimmten Gemeinschaften das Land zu zerreißen. Aber es ist der Kampf für die Werte einer Gesellschaft von Bürgern (citoyens), der die Unabhängigkeit hervorbringen wird. Im Niger wie überall in Afrika. Daher mache ich mir auch Sorgen, dass die panafrikanische Idee immer mehr an Anziehungskraft verliert. Wir werden uns nie aus der Abhängigkeit befreien, wenn wir nicht zugleich die Balkanisierung hinter uns lassen.

Vor 50 Jahren haben wir die Entkolonialisierung erreicht, aber die Unabhängigkeit bleibt ein Projekt für die Zukunft. Doch wir sind auf dem Weg dahin.

Sind die afrikanischen Bauern nicht in der Lage, die Bevölkerung Afrikas zu ernähren?

Wenn Menschen aus der westlichen Welt an das Afrika südlich der Sahara denken, so haben sie als hervorstechende Merkmale neben bewaffneten Konflikten und korrupten Politikern vor allem den Nahrungsmittelmangel, die Hungersnöte und die Unterernährung vor Augen. Statistische Erhebungen scheinen diesen Eindruck zumindest auf den ersten Blick zu bestätigen. Die Produktion an Grundnahrungsmitteln pro Kopf ist in den letzten fünf Jahrzehnten um etwa 15 Prozent zurückgegangen. Die Abhängigkeit des Kontinents von Getreideimporten ist dementsprechend gestiegen. In Verbindung mit Fernsehberichten über den Nahrungsmittelmangel erwecken diese Daten leicht die Vorstellung, die afrikanischen Bauern könnten, obwohl sie etwa 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sich und ihre afrikanischen Landsleute nicht ernähren.

Wenn man sich die Daten genauer ansieht, ergibt sich allerdings ein differenzierteres Bild. In normalen Jahren können die meisten afrikanischen Staaten in der Regel genügend Nahrungsmittel produzieren, um den Grundbedarf der Bevölkerung zu decken. Das gilt allerdings nicht für Länder wie etwa Sierra Leone, Liberia, die Demokratische Republik Kongo, Simbabwe und den Tschad, die schwer unter bewaffneten Konflikten oder Bürgerkriegen zu leiden hatten. Darüber hinaus gibt es – vor allem in bestimmten semiariden Gebieten in den Ländern der Sahelzone und in Äthiopien – auch noch Länder, die immer wieder von Dürren heimgesucht werden und daher öfter auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. In den meisten Ländern, genauer in mehr als zwei Drittel aller Fälle, hat dagegen seit der Unabhängigkeit die Produktion an Grundnahrungsmitteln mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten. In diesen 50 Jahren hat sich – sofern Kriege und lang anhaltende Dürren ausgeblieben sind – nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Produktion an Grundnahrungsmitteln nahezu verdreifacht. Da der Anteil der Bauern an der Bevölkerung von 90 auf 70 Prozent zurückgegangen ist, hat der einzelne Bauer seine Produktionsmenge bei normalen, friedlichen Verhältnissen um etwa 30 Prozent erhöhen können.

Mögliches Produktionspotenzial

Die zusätzliche Produktion war größtenteils darauf zurückzuführen, dass mehr Land bearbeitet wurde. Nur ein geringer Anteil von etwa 25 Prozent ist auf eine Intensivierung der Landwirtschaft, also auf größere Erträge pro Hektar zurückzuführen. Somit ist die landwirtschaftliche Produktivität gemessen am Ertrag pro Hektar in den Gebieten südlich der Sahara immer noch deutlich geringer als in anderen Ländern, und das Ertragspotenzial des Kontinents wird bei weitem noch nicht voll ausgeschöpft. Während weltweit im Durchschnitt pro Kopf nur 0,12 Hektar kultivierte Fläche benötigt wird, brauchen afrikanische Bauern dafür immer noch 0,25 Hektar. Daher lässt sich beim derzeitigen Stand unserer Analyse konstatieren: Anders als gemeinhin angenommen, waren die afrikanischen Bauern durchaus in der Lage, die rasch wachsende Bevölkerung ihrer jeweiligen Staaten zu ernähren, sofern sie nicht von bewaffneten Einheiten oder lang anhaltenden Dürreperioden daran gehindert wurden.

Dabei haben sie allerdings ihr mögliches Produktionspotenzial nicht voll ausgeschöpft. Mit anderen Worten: Sie haben abgesehen von dem, was sie für ihren eigenen Lebensunterhalt benötigten, nur so viel Überschuss produziert, wie sie zu einem vernünftigen Preis verkaufen konnten. Fast überall waren es meist weder das begrenzte Leistungsvermögen der Bauern noch die begrenzten natürlichen Ressourcen, die eine Produktionssteigerung verhindert haben. Es war vielmehr die fehlende Nachfrage, der eingeschränkte Zugang zu Märkten oder unattraktive Marktbedingungen, die afrikanische Bauern daran gehindert haben, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

Eine Geschichte aus der Region um Sumbawanga im Südwesten Tansanias, die weit von der Hauptstadt Daressalam entfernt, in der Nähe der Grenzen zu Sambia und der Demokratischen Republik Kongo liegt, soll diese aus Makro-Daten abgeleitete Diagnose veranschaulichen. Ausländische Entwicklungshilfeorganisationen unterstützten in der Region die Produktion von Nahrungsmitteln. Als man in einem Workshop mit den Betroffenen herausfinden wollte, auf welche Weise die Bauern ihre Probleme bei der Nahrungsmittelproduktion lösen, stand ein Mann auf und meinte: «Wissen Sie, was wir machen? Wir beten!» – «Ah ja, vermutlich für mehr Regen.» – «Nein, Regen ist in der Regel nicht so sehr unser Problem. Wir beten, dass unsere Nachbarn in Sambia oder im Kongo von einer Dürre heimgesucht werden und zu wenig Nahrungsmittel haben. Das ist die einzige Möglichkeit, dass wir unsere Überschüsse loswerden können. Unsere Landsleute in Daressalam essen lieber den amerikanischen Mais, an den sie sehr günstig herankommen, für unseren Mais dagegen sind die Transportkosten zu hoch.»

In Verbindung mit den Subventionen der Industrieländer für ihre landwirtschaftlichen Produkte sorgt somit die Devisenpolitik der meisten afrikanischen Regierungen, die den Verbrauchern in den Städten lieber billig importierte Produkte bieten, dafür, dass afrikanische Bauern noch nicht einmal auf ihren eigenen Märkten konkurrenzfähig sind.

Aber auch Fehler bei der Zuteilung von Nahrungsmittelhilfe haben mit dazu beigetragen, die afrikanischen Bauern zu demotivieren. Ein Beispiel aus Sambia soll zeigen, wie solche Fehler alle Anstrengungen der Bauern, mehr Überschuss zu produzieren, zunichtemachen können: Während in den südlichen Teilen Sambias eine Dürre herrschte, waren die nördlichen Regionen nicht ernsthaft betroffen. Weil Politiker aus einigen nördlichen Provinzen aber ihren in den Städten wohnenden Landsleuten mit billigem amerikanischen Mais aus Hilfslieferungen gefällig sein wollten, gaben sie manipulierte Zahlen heraus, die eine Notlage in der Lebensmittelversorgung vortäuschten. Die nordamerikanischen und europäischen Länder waren nur allzu gern bereit, diesen überhöhten Zahlen, die einen Nahrungsmittelmangel suggerierten, Glauben zu schenken, um die Überschüsse ihrer eigenen Bauern absetzen zu können.

Die Hilfslieferungen verzögerten sich und trafen dann in den nördlichen Provinzen Sambias ausgerechnet nach der nächsten Ernte ein, bei der ein Rekordergebnis erzielt worden war. Die Kleinbauern vor Ort, die bei dem Versuch, ihre Produktivität zu steigern, mit Erfolg unterstützt worden waren und die an die Transportprobleme bei der Vermarktung ihrer Überschüsse gewöhnt waren, sahen nun zu ihrer Überraschung in der Region viele Lastwagen, die mit amerikanischem Mais beladen waren. Frustriert sagten sie sich: «Künftig werden wir wieder nur für unseren eigenen Bedarf produzieren.»

Ruinöser Konkurrenzkampf

Es ist den afrikanischen Bauern zwar gelungen, mit ihrer Produktion dem Bedarf für die Selbstversorgung und den Binnenmarkt gerecht zu werden, die Mehrheit (bzw. deren Regierungen) hat es dagegen nicht geschafft, langfristig mit ihren Agrarprodukten auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig zu bleiben. Der Anteil der afrikanischen Länder am internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten ist von den 1960er Jahren bis heute von acht auf zwei Prozent zurückgegangen. Während in den 1960er Jahren Nigeria noch über 80 Prozent des international gehandelten Palmöls geliefert hat, haben diesen Anteil inzwischen Malaysia und Indonesien übernommen. Bis 1990 war es die Handelspolitik der afrikanischen Regierungen mit ihrer Überbewertung der Währungen, mit zu hohen Steuern auf Exporte sowie weiteren Handelsbeschränkungen, die nach und nach die Konkurrenzfähigkeit der afrikanischen Produzenten untergraben hat.

Später dann lieferten sich die tropischen Staaten auf dem freien Markt einen ruinösen Konkurrenzkampf um die begrenzte internationale Nachfrage nach traditionellen landwirtschaftlichen Exportprodukten wie Kaffee, Kakao oder Bananen, was dazu geführt hat, dass die Erzeugerpreise sanken. Nur mit wenigen Produkten, wie mit von Hand gepflückter Baumwolle sowie handverlesenen Früchten und Blumen, und nur an wenigen Orten mit guter internationaler Verkehrsanbindung ist es afrikanischen Ländern gelungen, wieder konkurrenzfähig zu werden. Insgesamt ist die Produktion bei den für den Export



Jon Gostier/flickr.com

Ein Bauer in Ruanda

Theo Rauch **Sind die afrikanischen Bauern nicht in der Lage, die Bevölkerung Afrikas zu ernähren?**

bestimmten Agrarprodukten, den sogenannten Cash Crops, in den letzten fünf Jahrzehnten bei weitem nicht so stark gestiegen wie bei den Food Crops – den Grundnahrungsmitteln, die vorrangig für die Selbstversorgung und den Konsum im Inland bestimmt sind.

Somit wurden die afrikanischen Bauern nicht durch ein Konkurrieren zwischen Food Crops und Cash Crops um sich verknappende Ressourcen davon abgehalten, mehr Grundnahrungsmittel anzubauen, sondern sie hatten kaum irgendwo eine Chance – sei es mit Food Crops oder mit Cash Crops –, ein ausreichendes Einkommen zu verdienen. Diese generelle Aussage gilt sicherlich nicht für alle Gebiete gleichermaßen. Natürlich gibt es dicht besiedelte Regionen wie das kenianische Hochland, in denen Kleinbauern, die Subsistenzwirtschaft betrieben haben, ihren Eigenbedarf nicht mehr decken konnten, weil dort vermehrt wirtschaftlich bedeutende Cash Crops angebaut wurden. Es gibt jedoch zu viele andere ländliche Gegenden, wo Familien verzweifelt (und oft vergeblich) versuchen, ein bisschen dazuzuverdienen, indem sie ihre landwirtschaftlichen Überschüsse verkaufen.

Einer weit verbreiteten Ansicht zufolge, die im Übrigen in den reichen Ländern des Nordens häufiger vertreten wird als in den armen Ländern des Südens, führt die Produktion von Cash Crops in armen Ländern zu Hunger und Unterernährung. Diese Meinung basiert auf der Annahme, Hunger und Unterernährung seien in erster Linie auf begrenzte Produktionskapazitäten zurückzu-

führen. In den meisten unter Nahrungsmangel leidenden Regionen findet man jedoch reichlich Belege dafür, dass dort mehr als genug Lebensmittel vorhanden sind, die Menschen aber trotzdem hungern oder unterernährt sind, weil ihre Kaufkraft nicht ausreicht oder sie, wie Amartya Sen sagen würde, kein *entitlement*, also keinen Rechtsanspruch darauf, besitzen. Aus der Sicht der armen Kleinbauern gibt es mehrere gute Gründe, neben Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf auch noch Cash Crops für den in- und ausländischen Markt anzubauen.

Der erste ist, dass sie im Rahmen ihrer vielfältigen Überlebensstrategien nicht nur ihre Nahrungsmittel weitgehend selbst erzeugen, sondern auch Bargeld einnehmen müssen. Im Vergleich zu anderen Möglichkeiten, Geld zu verdienen, wie etwa Arbeitsmigration, hat die Produktion von Cash Crops den Vorteil, dass sie auf dem Bauernhof selbst stattfinden kann und daher die Familien nicht auseinandergerissen werden müssen. Ein weiterer Vorteil einer Kombination von Nahrungs- und Verkaufsfrüchten ist, dass anstelle einer Nahrungsmittel-Monokultur (oft Mais), die die Bodenfruchtbarkeit reduziert (oder aber auf hohe Mineraldüngermengen angewiesen ist), tendenziell ein diversifizierteres und nachhaltigeres System der Landnutzung tritt. Arme Bauern aus Westkenia, die nur wenig Land besitzen, kombinieren zum Beispiel ihr Grundnahrungsmittel Mais über einen Fruchtwechsel vor allem mit Cash Crops wie Erdnüssen, anstatt ihre Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln auf Haushaltsebene mithilfe eines erhöhten Mineraldüngereinsatzes zu steigern.

Der Fruchtwechsel reduziert Risiken, sorgt besser dafür, dass die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten bleibt, verringert die Abhängigkeit von Düngemitteln und erlaubt es, das Arbeitspensum gleichmäßiger über die ganze Saison zu verteilen. Es gibt zahlreiche Cash Crops wie Baumfrüchte oder Gartenbauprodukte, für die man nicht so viele knappe Ressourcen wie Land oder Wasser benötigt oder die man außerhalb der Saison produzieren kann, wenn die Menschen nicht so stark mit Arbeit überlastet sind. Kurzum: Die Produktion von Agrarprodukten, die für den Export bestimmt sind, konkurriert nicht zwangsläufig mit der Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf, kann aber im Rahmen eines vielfältigen existenzsichernden Anbau- und Erwerbssystems entsprechend den jeweiligen Verhältnissen die Produktion für die Selbstversorgung ergänzen.

In den letzten Jahrzehnten hatten afrikanische Bauern wenig Anreize, ihr Produktionspotenzial stärker auszuschöpfen: Im Inland war die Nachfrage nach ihren Überschüssen gering, hinzu kamen unattraktive Erzeugerpreise sowie ein eingeschränkter Zugang zu den Märkten. Diese Situation hat sich jedoch seit dem Jahr 2005 grundlegend verändert. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind in den letzten fünf Jahren gestiegen, ein Trend, dessen dramatischer Höhepunkt in den Jahren 2007/08 erreicht wurde, was in vielen Ländern mit einer schlimmen Nahrungsmittelknappheit verbunden war. Die Preise sind zwar im Verlauf der globalen Wirtschaftskrise des Jahres 2009 wieder gefallen, liegen aber immer noch deutlich über dem Niveau aus der Zeit vor 2005, und es ist davon auszugehen, dass sie auf lange Sicht weiter steigen werden. Verantwort-

lich für diesen Trend ist vor allem zweierlei: zum einen die steigende Nachfrage der neuen Mittelklasse in den großen wachsenden Volkswirtschaften China und Indien nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln wie Fleisch und Gemüse; zum anderen der Bedarf an biologischen Brennstoffen (durch den die Trends beim Erntepreis an die Trends beim Ölpreis gekoppelt werden). Infolgedessen werden die unausgenutzten Potenziale der Landwirtschaft südlich der Sahara einschließlich der Potenziale der Kleinbauern immer interessanter.

Aufgabe der Regierungen

Erstmals seit Jahrzehnten ist es in Afrika wieder attraktiv, Landwirtschaft zu betreiben. Die Tatsache, dass ausländische Investoren Land kaufen, zeigt, dass das Agrobusiness dieses Potenzial sehr schnell erkannt hat. Afrikanischen Kleinbauern fällt es dagegen deutlich schwerer, die neuen Möglichkeiten so rasch beim Schopf zu packen. Obwohl viele von ihnen ein beträchtliches Potenzial für eine Intensivierung ihrer Produktion haben, sind sie mehrheitlich nicht flexibel genug, diesen Spielraum schnell zu nutzen. Sie werden von diesem Agrarboom auf dem falschen Fuß erwischt. Nach Jahrzehnten mit demotivierenden Preisen und ohne ein funktionierendes landwirtschaftliches Vertriebsnetz haben sich viele Familienmitglieder von der Landwirtschaft abgewandt und anderswo nach besseren Verdienstmöglichkeiten umgesehen – ein Prozess, bei dem nicht nur Arbeitskraft, sondern auch viel landwirtschaftliches Know-how verlorengegangen ist. Bei den afrikanischen Regierungen und den internationalen Hilfsorganisationen sieht die Situation nicht viel anders aus. Auch sie haben seit 1990 die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung vernachlässigt. Dementsprechend sind sie ebenfalls nicht gut darauf vorbereitet, rasch zu reagieren und eine Intensivierung der Landwirtschaft zu fördern.

Was für die afrikanischen Kleinbauern eine Chance sein könnte – eine florierende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten –, ist jetzt für sie zu einer Bedrohung geworden. Wenn sie die neuen Möglichkeiten nicht schnell genug nutzen, wird es das internationale Agrobusiness tun, ohne dabei die Bauern vor Ort mit einzubeziehen, die dadurch von den natürlichen Ressourcen abgeschnitten würden. In Regionen mit einem hohen Potenzial an natürlichen Ressourcen müssen sich die Bauern dann zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Entweder sie ergreifen die Chance, Vertragspartner von Unternehmen aus dem Agrobusiness zu werden, oder sie werden verdrängt und verlieren ihre kleinbäuerliche Existenzgrundlage. Sie geraten in Gefahr, zu Saisonarbeitern ohne eigenes Land zu werden. Als Saisonarbeiter ohne eigene Subsistenzflächen werden sie kaum in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Regierungen und Hilfsorganisationen müssten die Kleinbauern jetzt tatkräftig dabei unterstützen, die neuen Möglichkeiten am Markt auch zu nutzen. Während das Agrobusiness sehr viel bessere Voraussetzungen hat, die Vermarktung sowie die Beschaffung der für die Produktion erforderlichen Materialien zu organisieren, ist kleinbäuerliche Produktion jener in landwirtschaftlichen

Großbetrieben oft überlegen. Entscheidend sind faire Vertragsbedingungen. Zu deren Aushandlung müssen Kleinbauern als verlässliche Zulieferer und starke Verhandlungspartner organisiert sein. Dies bedarf der Unterstützung durch Regierungen und Entwicklungszusammenarbeit. Damit die neue Marktdynamik weder auf der individuellen noch auf der staatlichen Ebene die Ernährungssicherung gefährdet, müssten solche Verträge darüber hinaus genügend Spielraum bieten, dass die Bauern sowohl weiterhin für ihre Selbstversorgung produzieren, als auch den Bedarf auf dem nationalen Nahrungsmittelmarkt decken können.

Es gibt in Afrika jedoch viele Regionen, an denen das Agrobusiness kein großes Interesse hat. Dort stehen die Bauern, die zum einen mit steigenden Erzeugerpreisen und zum anderen mit immer unsichereren klimatischen Bedingungen zu kämpfen haben, ebenfalls vor der Herausforderung, ihre landwirtschaftlichen Methoden intensivieren zu müssen. In solchen für die Wirtschaft uninteressanten Gebieten können standortgerechte, nachhaltige landwirtschaftliche Methoden, basierend auf einem möglichst geringen Einsatz kommerzieller Inputs, den Bauern die Möglichkeit bieten, ihre Produktion zu intensivieren. Da der private Wirtschaftssektor in der Regel nicht daran interessiert ist, Dienstleistungen für den Einsatz nachhaltiger Landnutzungspraktiken anzubieten, kommt der staatlichen Agrarforschung in Verbindung mit einer adäquaten Wissensvermittlung eine große Bedeutung zu. An vielen Orten ist dank der Unterstützung von NGOs oder Hilfsorganisationen bereits beträchtliches Wissen über nachhaltige Praktiken zur Landnutzung vorhanden. Die meisten dieser Verfahren können auch dazu beitragen, den Klimawandel abzuschwächen (weil mit ihnen die Emissionen der Treibhausgase verringert werden) oder eine bessere Anpassung zu ermöglichen (indem die Toleranz gegenüber schwankenden Niederschlägen vergrößert wird). Daher sind für Projekte, durch die dieses vorhandene Wissen stärker verbreitet wird, Förderungsmöglichkeiten erforderlich und gerechtfertigt.

Fazit

Solange afrikanische Bauern nicht durch Kriege oder lang anhaltende Trockenheit behindert wurden, ist es ihnen in etwa gelungen, die Produktion entsprechend dem Bevölkerungswachstum zu steigern. Darüber hinaus haben sie ihre Produktion allerdings nicht erhöht, weil die Marktbedingungen nicht attraktiv genug waren, als dass sich eine Investition zur Intensivierung der Produktion gelohnt hätte. Jetzt, da die Bedingungen attraktiver sind, sind im Gegensatz zum internationalen Agrobusiness weder die Bauern noch die Hilfsorganisationen so richtig darauf vorbereitet, flexibel auf die neuen Möglichkeiten zu reagieren. Wenn die Kleinbauern nicht dabei unterstützt werden, die steigende Nachfrage mit zu befriedigen, werden sie in dem Kampf um immer attraktivere landwirtschaftliche Ressourcen unter Umständen ihr Land verlieren, was mitten in einer Zeit, in der die Landwirtschaft boomt, zu einer immer größeren Nahrungsmittelunsicherheit führen würde.

HENNING MELBER

Der neue Wettlauf um Afrikas Ressourcen. Für wen belebt Konkurrenz das Geschäft?

Neu ist es für den afrikanischen Kontinent keinesfalls, dass dessen menschliche und andere natürliche Reichtümer geplündert werden. Bereits Karl Marx stellte in seiner Kritik der Politischen Ökonomie höchst unsensibel, aber kategorisch eindeutig fest, dass mit der «Jagd auf Schwarzhäute» die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsweise heraufdämmerte. Anders ausgedrückt: Wer Globalisierung für ein neuzeitliches Phänomen hält, muss aus afrikanischer Perspektive mindestens bis zu den Zeiten des Sklavenhandels zurückgehen, um verstehen zu können, wie Europa Afrika unterentwickelte – so der programmatische Originaltitel von Walter Rodneys Mitte der 1970er Jahre auch auf Deutsch erschienenen Klassiker *How Europe Underdeveloped Africa*.

Seit den Jahren des Sklavenhandels haben sich zwar die Formen des ungleichen Tausches modifiziert, die Nutznießer des nach wie vor extern orientierten Werttransfers blieben hingegen weitgehend dieselben. Die souveränen Staaten Afrikas sind gekennzeichnet von den strukturellen Erblasten und Defiziten einer außenorientierten Entwicklung, an der nur wenige einheimische – zumeist parasitäre – Eliten partizipieren. In diesem Lichte besehen klingt ein Teil der jüngsten, beschwörenden Analysen zur aggressiven Afrikapolitik der Volksrepublik China und anderer Akteure, die Teil eines neuen Wettlaufs um die Sicherung der Ressourcen des Kontinents sind, eher scheinheilig als ernsthaft um das Wohl Afrikas besorgt. Eher schon sehen sich Konkurrenten mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Afrika ist nicht mehr länger nur der Hinterhof Europas, wenngleich sich dies in einigen Ländern (wie z.B. Frankreich) noch nicht so ganz im Bewusstsein niedergeschlagen hat. Aber Senegals Feierlichkeiten zum 50. Nationalfeiertag am Osterwochenende 2010 zeigten nicht nur in symbolischer Hinsicht, dass eine neue Ära begonnen hat, in der Afrikas zentrale außerkontinentale Bezugspunkte nicht mehr nur in den europäischen Hauptstädten zu finden sind.

Afrika nach dem Ende der bipolaren Weltordnung

Der Kollaps der Sowjetunion und damit das Ende einer über vierzigjährigen Ära der Blockkonfrontation war zwar keinesfalls das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama), wohl aber der Beginn einer Neuordnung der globalen Hegemonialstrukturen mit weitreichenden Folgen auch für afrikanische Regierungen. Diesen kam das Manövriertfeld inmitten des «Kalten Krieges» abhandeln, das relative strategische Positionsvorteile sichern konnte. Dies geschah meist nur zum Vorteil einer jeweiligen sich selbst bereichernden, machthabenden Elite im Rahmen eines Pfründekapitalismus. Zahlreiche Beispiele von A wie Angola bis Z wie Zaire können dokumentieren, dass die bipolare Weltordnung keinesfalls einer Entwicklung «von unten» förderlich war, sondern afrikanische Regierungseliten als Satelliten im Ost-West-Konflikt verortete.

Die Festigung der US-amerikanischen Dominanz während der 1990er Jahre führte in mehrfacher Hinsicht zu flurbereinigenden Maßnahmen. Eine Appeasement-Strategie resultierte in den letzten Dekolonisierungsprozessen im südlichen Afrika. Gleichzeitig erlangte der entwicklungspolitische Diskurs der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) die alleinige Definitionsmacht und schickte sich die Welthandelsorganisation WTO an, die globalen Austauschbeziehungen von Gütern verbindlich und umfassend auszuhandeln. Das Sagen hatten dabei zumeist die mächtigen OECD-Staaten und insbesondere der immer deutlicher die einseitigen Spielregeln einer *global governance* bestimmende Club der G8-Mitglieder. Auf dessen jährlichen Gipfeltreffen wurden mit Beginn des neuen Jahrtausends wohlfeilen Absichtserklärungen, dem Kontinent spezielle Hilfe zukommen zu lassen, relativ großer Raum eingeräumt – ohne dass den hehren Worten auch wirklich ernsthafte Taten gefolgt wären.

Innerafrikanische Prozesse

Parallel dazu vollzogen sich erhebliche innerafrikanische Wandlungsprozesse. Mit den demokratisch gewählten Regierungen in Südafrika und Nigeria ließen die beiden Wirtschaftsgiganten im südlichen und westlichen Teil des Kontinents ihren Paria-Status hinter sich und erwachsen zu regionalen Hegemonialstaaten mit internationaler Akzeptanz. Zum Jahrtausendwechsel traten Thabo Mbeki und Olusegun Obasanjo im Zusammenspiel mit Senegal, Algerien und Ägypten in direkten Dialog mit den westlichen Industriestaaten und versuchten, in der Rolle von Juniorpartnern eine neue Form der Interaktion unter Anerkennung der von der WTO und den IFIs verankerten sozialökonomischen Entwicklungsprämissen mitzugestalten. Das Ergebnis war die New Partnership for Africa's Development (NEPAD), die nach einer gewissen Inkubationszeit (und einem politischen Aushandlungsprozess) zum offiziellen wirtschaftspolitischen Instrumentarium der Afrikanischen Union (AU) befördert bzw. degradiert wurde. Selbige wiederum stellte eine Transformation der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) dar. Im Zuge ihrer Umwandlung nahm sie – quasi als Gegenleis-



In der Mine Kailo in der Republik Kongo

tung für die Domestizierung der NEPAD – Abschied vom heiligen Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten. Ende Januar 2010 beschloss der AU-Gipfel die endgültige Vereinnahmung der NEPAD und die Auflösung ihres separaten Sekretariats in Südafrika.

Die in der AU-Verfassung ausdrücklich festgeschriebene Politik kollektiver Verantwortlichkeit blieb hingegen keinesfalls folgenlos. So fanden seither mehrere durch die Organe der afrikanischen Staatengemeinschaft gebilligte oder initiierte innerkontinentale Interventionen statt, die zur Konfliktminderung und Legitimität von Regimes (mit unterschiedlichem Erfolg) beizutragen versuchten. Der von der NEPAD konzipierte und mit vielen Erwartungen auch von außen begrüßte African Peer Review Mechanism (APRM) entgegen hielt kaum, was er ursprünglich in Aussicht gestellt hatte. Immerhin lässt sich ein Zusammenhang zwischen den artikulierten Postulaten guter Regierungsführung und der wachsenden Zahl friedlicher und verfassungskonformer Regierungswechsel in afrikanischen Länder vermuten – ungeachtet zahlreicher anderer Fälle, die vor allzu großer Euphorie hinsichtlich solcher Errungenschaften warnen sollten.

Mit vielen Vorschusslorbeeren bedacht, hatten sich die NEPAD-Architekten substanzielle Unterstützung seitens der G-8 auf deren Gipfeltreffen in Genua gesichert. Dies mündete in den G8-Afrika-Aktionsplan von Kananaskis und die relative Sonderbehandlung der afrikanischen Vertreter bei den darauffolgenden Gipfeln (obgleich sie im Laufe der Jahre wieder stärker aus dem offiziellen Protokoll verdrängt und bei den Zusammenkünften in den USA und Russland zunehmend marginalisiert wurden).

Mit dem durch die weltweite Finanzkrise beschleunigten Verlust der G8-Exklusivität und den Neuordnungsversuchen globaler Architektur durch die G20 verschwand Afrika wieder ganz von der Tagesordnung weltpolitischer, nach einer Lösung verlangender Prioritäten. Durch den Einzug der Industrieländer des Südens in die globale Hegemonialstruktur verringert sich selbst Afrikas Aussicht auf paternalistisch wohlwollende Scheinzuwendung.

Neue multipolare Tendenzen und die Konkurrenz um die Sicherung afrikanischer Ressourcen

Systematische neue «Markterschließungsoffensiven» auf dem afrikanischen Kontinent lassen sich spätestens mit dem 2000 noch unter der Clinton-Administration verabschiedeten African Growth and Opportunity Act (AGOA) erkennen. Damit wurde seitens der USA die handelspolitische Bedeutung Afrikas (die noch vor der Osteuropas liegt) unterstrichen. AGOA machte aber auch deutlich, dass es mit Ausnahme einiger kleiner Nischen (z.B. die temporäre Förderung einer angeblich lokalen, aber eigentlich ausländisch finanzierten und genutzten Textilindustrie) hauptsächlich um den Export von hochwertigen Maschinen sowie Technologie nach Afrika und andererseits um die Sicherung des Imports von Öl und anderen strategischen Rohstoffen ging.

Die EU versuchte in der Nachfolge des Lomé-Abkommens eine Neuordnung ihrer Beziehungen zu den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) in Form von Economic Partnership Agreements (EPAs). Sie ist bestrebt, eine WTO-Kompatibilität auszuhandeln, die ihre eigenen Interessen sichern hilft und die AKP-Staaten neuen handelspolitischen Zwängen unter zum Teil weitreichendem Verlust von Tarifpräferenzen unterwirft. Die andauernden Verhandlungen lassen erkennen, dass die EU-Vorstellungen teilweise auf wenig Gegenliebe stoßen. Am Widerstand einiger Staaten im südlichen Afrika scheiterte bislang sogar die Unterzeichnung von Interim-EPAs, die von der EU als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Sonderbeziehungen betrachtet werden. Viele Staaten Afrikas haben in den vergangenen Jahren die EU-Verhandlungen als unbotmäßige Bevormundung empfunden, die tiefes Misstrauen gegen die europäischen Absichten schürte und den Ausbau der Beziehungen zu anderen Staaten als attraktive Alternative erscheinen ließ.

Sowohl AGOA wie auch die EPAs spiegeln weniger das Bedürfnis nach Ausgestaltung gerechterer Handelsbeziehungen wider als vielmehr den Versuch, sich nicht zuletzt aus Eigeninteresse Marktzugänge zu sichern. Insbesondere das Gerangel um spezielle Freihandelsabkommen mit Südafrika – dem sicher interessantesten Partner im subsaharischen Afrika, wenn die Sicherung der Ölversorgung einmal außer Acht gelassen wird – kann als zusätzliches Indiz dafür gelten, dass es auch zwischen den beiden westlichen Industrieblocken erhebliche Interessenkonflikte gibt, die auf dem Kontinent ausgetragen werden bzw. zum Ausdruck kommen.

Mit dem deutlich expansiven China macht ein weiterer Konkurrent um die Sicherung insbesondere von fossilen Energieträgern sowie Absatzmärkten für Billigprodukte seine Aufwartung. Dies hat zu zahlreichen Analysen und Einschätzungen geführt, in denen interessanterweise die europäischen und nordamerikanischen Initiativen nur noch selten überhaupt erwähnt bzw. kritisch hinterfragt werden. Darüber hinaus positionieren sich mit Indien, Russland und Brasilien weitere Mitkonkurrenten um den begrenzten Zugang zu Märkten und natürlichen Ressourcen nicht nur, aber auch auf dem afrikanischen Kontinent. Mit welchen Folgen und vielleicht auch Chancen für Afrika, bleibt vorerst noch abzuwarten. Die Cassandra-Rufe aus dem Westen jedenfalls haben wohl weniger die Bedrohung afrikanischer Interessen als die der eigenen im Blick.

Verstärkte Abhängigkeit oder mehr Handlungsspielraum?

Die weltweiten Liberalisierungsversuche seitens der WTO werfen immer wieder die Frage auf, ob Märkte und Produzenten vor allem in den sogenannten Entwicklungsländern des Südens der Herausforderung durch die freie Konkurrenz mit den Industrieländern gewachsen sind oder ob sie des fortgesetzten Schutzes bedürfen. Diese Frage ist bei genauer Prüfung falsch gestellt. Tatsächlich sind es bislang die Märkte der industriell entwickelten OECD-Staaten, die mittels einer protektionistischen Politik in Form von Subventionen ihre eigene

Warenproduktion einseitig begünstigen und damit jegliche Form fairer Markt- und Handelsbeziehungen zur Illusion werden lassen. Befürworter einer Liberalisierung von Handelsbeziehungen tragen zu der Fehlwahrnehmung bei, dass jene gleichbedeutend mit einer Deregulierung sei. Tatsächlich ist der Trend eher umgekehrt: Die vermeintlich liberale weltweite Handelsstruktur war noch nie so festgelegt und verklausuliert. Strategien eigenständiger Regionalentwicklung werden durch die Marktöffnung erschwert und verhindert. Dabei war eine Beteiligung Afrikas am Weltmarkt noch nie das Problem, sondern die Strukturen des ungleichen Tausches und die Verzerrung eines halbwegs freien Wettbewerbs durch Subventionen.

Diese führten unter anderem dazu, dass im südlichen Afrika Butter aus Norddeutschland oder Irland billiger ist als die heimisch produzierten Molkereiprodukte und dass die Bauern aus West- und Zentralafrika trotz besserer Qualität ihrer Baumwolle gegen die hoch subventionierten Farmer in den US-amerikanischen Südstaaten keine Chance haben. Geflügelreste aus der EU zerstören den heimischen Markt in Westafrika. Die Beispiele ließen sich nahezu beliebig fortsetzen; sie zeigen, dass die Subventionierung der eigenen Landwirtschaft seitens der Industriestaaten verheerende Auswirkungen für die afrikanischen Agrargesellschaften hat.

Die historisch strukturell benachteiligten Gesellschaften sollten aber wenigstens eine Chance bekommen, sich aus eigener Kraft sozialökonomisch berappeln zu können. Dazu bedarf es der Schaffung von Rahmenbedingungen, innerhalb derer Protektionismus als legitime Überlebensstrategie zur Stärkung heimischer Produzenten und Märkte verstanden wird. So könnten Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Menschen sowohl in den Industriestaaten als auch in den Ländern Afrikas von wirtschaftlichen Austauschbeziehungen profitieren. Dass sich dabei mit China, Indien, Brasilien und Russland sowie einer Reihe weiterer «Schwellenländer» das Spektrum potenzieller Partner erheblich erweitert, kann Afrikas Interessen nicht schaden. Der neue Handlungsspielraum dürfte allerdings nicht zum weiteren Ausbau von transnationalen Eliten missbraucht werden.

Handelspartner China

Chinas rasante Expansion in Afrika sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die chinesisch-afrikanischen Beziehungen sich schon seit der Bandung-Konferenz Anfang der 1950er Jahre positiv gestalteten. Chinas Unterstützung der antikolonialen Befreiungskämpfe (wenn auch aufgrund der Konkurrenz zur Sowjetunion mitunter von fatalen Fehleinschätzungen wie im Fall Angolas und Südafrikas geprägt) festigte seine Reputation als solider Bündnispartner im Kontext des globalen Südens. Als im Zuge des rapide fortschreitenden Industrialisierungsprozesses der Bedarf an Rohstoffen – und insbesondere an fossilen Energieträgern – wuchs, fanden chinesische Firmen auf dem afrikanischen Kontinent in den letzten Jahren wohlwollende Kooperationspartner in den hofierten Regie-

rungen. Peking war bei der Wahl der Geschäftsfreunde keinesfalls zimperlich: Sudan, Gabon, Äquatorialguinea, Simbabwe, Angola und diverse andere Diktaturen und Kleptokratien wurden unter Verweis auf die strikte Politik, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen, zu den Einfallstoren der chinesischen Offensive. Dabei zeigte sich China vorrangig an den Öl-, Gas-, Metall- und Mineralienvorkommen in den afrikanischen Ländern interessiert. 2006 machten diese Bodenschätze drei Viertel aller Exporte Afrikas nach China aus, während umgekehrt Afrika in derselben Höhe verarbeitete Produkte und Maschinen aus China importierte.

Die Importe schlossen einen nicht unerheblichen Teil an Militärgütern mit ein. China gehört zu den größten Waffen- und Munitionsexporteurern der Erde und wendet in den Lieferbedingungen selten ethische Kriterien an. Dass dies zu inneren Konflikten führt, zeigte sich 2008, als eine Schiffsladung mit Rüstungsgütern aus China nach Simbabwe unterwegs war. Dort war die auf Staatsterror gründende Diktatur Mugabes durch den Widerstand in der Bevölkerung ins Wanken geraten und die Dockarbeiter in den Häfen Mosambiks, Südafrikas, Namibias und Angolas weigerten sich aus Solidarität mit der Bevölkerung Simbawes, die Ladung zu löschen.

Während afrikanische Regierungen meist den neuen potenten Partner mit seinen Wirtschaftsinteressen mit offenen Armen empfangen, sind die Reaktionen aus der jeweiligen Bevölkerung erheblich gemischter. Chinesische Firmen, die oft nicht nur das Kapital und Know-how, sondern auch die ungelerten Arbeiter mit ins Land bringen, werden als Bedrohung der eigenen Überlebenschancen empfunden. Lokale Textilindustrien sind der Billigware aus China nicht gewachsen und gehen bankrott. Die heimische Bauindustrie kann sich gegen die chinesische Konkurrenz nicht behaupten, da sie den staatlichen Arbeitsgesetzen und Mindestlohnvereinbarungen unterliegt, an die die chinesischen Firmen nicht gebunden sind, so dass sie die Preise der lokalen Unternehmen unterbieten können. Afrikanische Kleinhändler sehen durch Chinaläden mit Billigwaren ihre kärglichen Verdienstmöglichkeiten schrumpfen und kämpfen um schiere Überleben. In vielen Ländern Afrikas gilt China auf der politisch-diplomatischen Ebene als willkommener Partner, während sich die Bevölkerung von der Wirtschaftsmacht existenziell bedroht fühlt und oftmals mit an Rassismus grenzender Verachtung reagiert.

Tatsächlich erweitert die neue Multipolarität den Handlungsspielraum zahlreicher afrikanischer Länder, die natürliche Ressourcen besitzen, an denen die Industrieländer interessiert sind. Diese Ressourcen sind neben Öl und Gas auch Uran und andere strategische Metalle und Mineralien sowie zunehmend auch landwirtschaftlich nutzbares Land. Damit werden überkommene Abhängigkeiten von den Industrieländern der westlichen Welt reduziert, und die Länder Afrikas sind mehr in der Lage, sich selbstbewusst einer vermeintlichen oder realen politischen Bevormundung durch den Westen zu entziehen. Einer guten Regierungsführung ist dies aber keinesfalls unbedingt zuträglich. Die angolnische «Öligarchie» konnte sich zum Beispiel den Forderungen der westlichen

multinationalen Ölgesellschaften nach Transparenz bei den Einnahmen aus der Ölförderung dadurch entziehen, dass sie neue Lieferverträge mit chinesischen Firmen schloss, die nach der Verwendung der Gewinne aus dem Ölgeschäft gar nicht erst fragen. Nicht nur im Fall Simbabwe und des Sudans profitieren «Schurkenstaaten» von einer Freundschaft, bei der Demokratie und Menschenrechte ziemlich irrelevant sind, solange das Geschäft stimmt. Bislang rechnet sich solches Einvernehmen aber meist nur für China und eine kleine einheimische Elite in der Regierung der afrikanischen Länder. Chinesische Investitionen kommen hingegen kaum der Bevölkerungsmehrheit zugute. So sind die Beziehungen zu China keine wirkliche Alternative zu den überkommenen Abhängigkeitsverhältnissen und Machtstrukturen Afrikas in den Beziehungen zur restlichen Welt.

Allerdings sollten westliche Staaten sich vor allzu voreiliger Kritik hüten: Sie gehen kaum mit gutem Vorbild voran, was die bisherige wesentlich von geostrategischen Überlegungen und politischem Kalkül geleitete Außen- und Wirtschaftspolitik mit Ländern Afrikas betrifft. Dass der Westen Mobutu weitgehend ungeschoren ließ und Mugabe erst kritisierte, als dieser weiße Farmer enteignete, hat in Afrika gewiss nicht dazu beigetragen, dass Chinas Eigeninteressen mit besonderer Skepsis wahrgenommen wurden. Afrikanische Länder sind von Handelspartnern eigentlich nichts anderes gewöhnt.

Afrika aber muss sich selbst helfen. Die neue Multipolarität könnte den Raum für bislang nicht vorhandene Optionen schaffen. Offen bleibt, ob sie von den afrikanischen Eliten auch im Interesse einer «guten Regierungsführung» genutzt wird, die der Bevölkerungsmehrheit zugutekommt. Dann würde der afrikanische Kontinent endgültig aus dem Schattendasein des Hinterhofs Europas treten. Diese trotz formaler Unabhängigkeiten lange konservierte Position, die ein Relikt der Kolonialzeit ist, haben die afrikanischen Länder seit der Jahrtausendwende schon in vielen Fällen weitgehend hinter sich gelassen. Jenseits des Spielraums, den der Kontinent für neue internationale Akteure und deren Interessen bietet, muss Afrika versuchen, einen neuen Status als eigenständiger globaler Akteur zu erringen.

JULIUS NYERERE

Ujamaa – Grundlage des afrikanischen Sozialismus

Wie kaum ein anderer afrikanischer Staatsmann hat Julius Nyerere in seinen Reden und Aufsätzen politische Visionen formuliert, die auf seinen Erfahrungen und seinem Verständnis von gesellschaftlichen Prozessen gründeten. Sein Aufsatz aus den 1960er Jahren über die Grundlage eines afrikanischen Sozialismus orientiert sich zwar weitgehend an seiner Heimat Tansania, weist aber ideengeschichtlich weit darüber hinaus.

Sozialismus ist – wie Demokratie – eine Geisteshaltung. In einer sozialistischen Gesellschaft ist es die sozialistische Geisteshaltung und nicht das starre Festhalten an einem bestimmten politischen Schema, wodurch sichergestellt wird, dass man sich im Volk um gegenseitiges Wohlergehen bemüht.

Gewinnsucht, um Macht und Prestige zu erlangen, ist unsozialistisch. In einer gewinnsüchtigen Gesellschaft neigt der Reichtum dazu, jene zu korrumpieren, die ihn besitzen. Er führt auch dazu, dass in ihnen das Bedürfnis geweckt wird, komfortabler zu leben, sich besser zu kleiden und auf jede Weise ihre Mitbürger zu übertreffen. Dann fangen sie an zu meinen, dass sie auf der Erfolgsleiter so weit wie möglich über ihre Nachbarn hinausklettern müssten. Der sichtbare Unterschied zwischen ihrem eigenen Wohlstand und dem relativen Mangel in der übrigen Gesellschaft, ist beinahe notwendig für den Genuss ihres Reichtums, und das setzt eine Spirale persönlichen Wettbewerbs in Bewegung, der dann gesellschaftsschädigend ist.

Neben dieser antisozialen Auswirkung der Akkumulation privaten Reichtums muss das eigentliche Bedürfnis, ihn zu akkumulieren, als «Misstrauensvotum» gegen das soziale System interpretiert werden. Wenn eine Gesellschaft so organisiert ist, dass man sich um ihre Mitglieder kümmert, dann sollte sich kein Einziger in dieser Gesellschaft Sorgen darüber machen, was morgen mit ihm geschehen wird, wenn er heute keinen Reichtum gehortet hat – vorausgesetzt, dass er bereit ist zu arbeiten. Die Gesellschaft sollte selbst nach ihm sehen, oder nach seiner Witwe und den Waisen. Genau das bezweckte die traditionelle afrikanische Gesellschaft mit Erfolg. Beide, das «arme» wie das «reiche» Mitglied der Gemeinschaft, waren vollständig abgesichert in der afrikanischen Gesellschaft. Naturkatastrophen brachten Hungersnöte, aber es waren alle davon betroffen – die «Armen» wie die «Reichen». Niemand musste hungern, nur weil er keinen

Reichtum besaß; weder litt er Mangel an Nahrung noch Mangel an Menschenwürde; er konnte sich auf den Reichtum verlassen, den die Gemeinschaft, deren Mitglied er war, besaß. Das war Sozialismus. Das ist Sozialismus. So etwas wie auf Gewinn ausgerichteten Sozialismus gibt es nicht, denn das wäre wiederum ein Widerspruch in sich. Sozialismus impliziert dem Wesen nach gerechte Verteilung. Sein Interesse liegt darin, dass die, die säen, auch einen gerechten Anteil von dem ernten, was sie gesät haben.

Um Reichtum zu schaffen, ob auf primitive oder moderne Art und Weise, sind drei Dinge notwendig: Erstens Land. Gott hat uns das Land gegeben, und vom Land beziehen wir die Rohmaterialien, die wir unseren Bedürfnissen entsprechend umgestalten. Zweitens Werkzeuge. Durch einfache Erfahrung haben wir herausgefunden, dass uns Werkzeuge helfen! Darum machen wir eine Hacke, eine Axt, eine moderne Fabrik oder einen Traktor, die uns helfen sollen, Wohlstand zu schaffen – die Güter, die wir benötigen. Und drittens menschliche Anstrengung oder Arbeit. Wir müssen nicht Karl Marx lesen oder Adam Smith, um herauszufinden, dass im Grunde genommen weder das Land noch die Hacke Reichtum produzieren. Wir brauchen keinen akademischen Grad in Ökonomie zu erwerben, um zu wissen, dass weder der Arbeiter noch der Grundeigentümer Land herstellen. Land ist das Geschenk Gottes an die Menschheit – es ist immer vorhanden. Aber wir wissen, ebenfalls ohne akademischen Grad in Ökonomie, dass die Axt und der Pflug vom Arbeiter geschaffen wurden. Einige unserer intellektuelleren Freunde müssen anscheinend ein höchst anstrengendes geistiges Training durchmachen, nur um herauszufinden, dass Steinäxte von jenem frühen Herrn «Unmenschen» hergestellt wurden, um leichter den Impala häuten zu können, den er gerade mit einer Keule, die er sich ebenfalls selbst gemacht hatte, getötet hat!

Lob der Arbeit

In der traditionellen afrikanischen Gesellschaft war jeder ein Arbeiter. Es gab keine andere Möglichkeit, den Lebensunterhalt für die Gemeinschaft zu erwerben. Selbst der Stammesälteste, der ohne selbst irgendwelche Arbeit zu leisten, in den Tag hinein lebte und für den anscheinend alle anderen arbeiteten, hatte in Wahrheit in all seinen früheren Jahren sehr hart gearbeitet. Der Reichtum, den er jetzt, wie es schien, besaß, war nicht sein persönlicher Reichtum; nur in der Funktion als Stammesältester der Gruppe, die den Reichtum geschaffen hatte, «besaß» er ihn. Er war der Wächter. Der Reichtum selbst gab ihm weder Macht noch Prestige. Die Jüngeren zollten ihm Respekt, da er älter war als sie und er der Gemeinschaft länger gedient hatte; der «arme» Stammesälteste genoss ebenso viel Respekt in unserer Gesellschaft, wie der «reiche» Stammesälteste.

Indem ich feststelle, dass in der traditionellen afrikanischen Gesellschaft jeder ein Arbeiter war, benutze ich das Wort «Arbeiter» dennoch nicht einfach als Gegensatz zu «Unternehmer», sondern auch im Gegensatz zu «Faulenzer» oder «Müßiggänger». Eine der wirklich sozialistischen Errungenschaften unserer



Julius Nyerere auf einem Geldschein

Gesellschaft war das Gefühl der Sicherheit, das sie ihren Mitgliedern gab, und die allgemeine Gastfreundschaft, auf die sich jeder verlassen konnte. Aber heute wird zu oft vergessen, was die Grundlage dieser wirklich großen sozialistischen Errungenschaft war: Es wurde allgemein anerkannt, dass jedes Mitglied der Gesellschaft – ausgenommen die Kinder und die Gebrechlichen – seinen angemessenen Anteil dazu leistete, um Reichtum zu schaffen. Nicht nur der Kapitalist oder der grundbesitzende Ausbeuter waren der afrikanischen Gesellschaft unbekannt, es gab auch nicht jene andere Art des modernen Parasitentums – den Faulenzer oder Müßiggänger, der die Gastfreundschaft als sein «Recht» beansprucht, aber zu keiner Gegenleistung bereit ist! Kapitalistische Ausbeutung war unmöglich. Faulenzen war eine unvorstellbare Schande.

Diejenigen von uns, die über die afrikanische Art zu leben sprechen, und mit Recht stolz darauf sind, einen so wichtigen Bestandteil davon, die traditionelle Gastfreundschaft, aufrechtzuerhalten, tun gut daran, sich an folgendes Suaheili-Sprichwort zu erinnern: *Mgeni siku mbili; siku ya tatu mpe jembe* oder auf Deutsch: «Deinen Gast behandle zwei Tage als Gast, am dritten Tag gib ihm eine Hacke!» Wahrscheinlich würde der Gast selbst um eine Hacke bitten, noch bevor ihm der Gastgeber eine geben müsste – denn er wüsste, was von ihm erwartet würde, und er hätte sich geschämt, noch länger zu faulzen. Arbeit war somit grundlegender und notwendiger Bestandteil, ja überhaupt die Grundlage und Rechtfertigung dieser sozialistischen Errungenschaft, auf die wir mit Recht so stolz sind.

Einen Sozialismus ohne Arbeit gibt es nicht. Eine Gesellschaft, die es versäumt, ihren Mitgliedern Arbeitsmöglichkeiten zu geben, oder wenn sie ihnen Möglichkeiten zu arbeiten geschaffen hat, sie dann daran hindert, einen gerechten Anteil von den Produkten ihres eigenen Schweißes und ihrer Mühen zu erhalten, muss auf den rechten Weg gebracht werden. Ähnlich ist ein Einzelner auf dem falschen Weg, wenn er nicht arbeitet, obwohl er arbeiten kann – und die Gesellschaft ihm

die Möglichkeit dazu geschaffen hat. Er hat kein Recht, irgendetwas von der Gesellschaft zu erwarten, da er nichts für die Gesellschaft beiträgt.

Kritik am Kapitalismus

Der andere Gebrauch des Wortes «Arbeiter», in seinem speziellen Sinn von «Lohnarbeiter» im Gegensatz zu «Unternehmer», spiegelt eine kapitalistische Geisteshaltung wider, die mit Beginn des Kolonialismus in Afrika eingeführt wurde und die unserer Art zu denken vollkommen fremd ist. Der Afrikaner hat früher niemals danach gestrebt, persönlichen Reichtum zu besitzen, um damit Macht über irgendeinen seiner Mitmenschen auszuüben. Niemals hatte er Arbeitnehmer oder «Fabrikarbeiter», die seine Arbeit für ihn machten. Doch dann kamen die ausländischen Kapitalisten. Sie waren reich. Sie waren mächtig. Natürlich wollten die Afrikaner dann auch reich werden. Es ist nichts Falsches daran, dass wir auch wohlhabend sein wollen; auch ist es für uns keine schlechte Sache, wenn wir auch die Macht erringen wollen, die der Reichtum mit sich bringt. Es ist aber auf jeden Fall falsch, wenn wir Reichtum und Macht erlangen wollen, um über andere Macht ausüben zu können. Leider gibt es einige unter uns, die bereits gelernt haben, Reichtum für diese Zwecke zu begehren – und die gern auch die Methoden benutzen würden, die der Kapitalist braucht, um dies zu erlangen. Damit soll gesagt werden, dass einige von uns unsere Brüder gern dazu ausbeuten und benutzen würden, um persönliche Macht und Prestige zu erlangen. Das ist uns aber vollkommen fremd und es ist unvereinbar mit der sozialistischen Gesellschaft, die wir hier aufbauen wollen.(...) In unserer traditionellen afrikanischen Gesellschaft waren wir Individuen innerhalb einer Gemeinschaft. Wir kümmerten uns um diese Gemeinschaft, und die Gemeinschaft kümmerte sich um uns. Weder wollten wir unsere Mitmenschen ausbeuten, noch hatten wir es nötig.

Wie wir die kapitalistische Geisteshaltung zurückweisen, die der Kolonialismus nach Afrika gebracht hat, so müssen wir auch die damit verbundenen kapitalistischen Methoden zurückweisen. Eine davon ist das private Grundeigentum. Wir in Afrika haben das Land immer als Besitz der Gemeinschaft angesehen. Jedes Mitglied der Gesellschaft hatte ein Recht auf Bodennutzung, denn anders konnte er nicht seinen Lebensunterhalt verdienen, und es kann nicht jemand das Recht auf Leben haben, wenn er nicht auch ein Recht hat auf die Mittel, es zu erhalten. Aber das Recht des Afrikaners auf Land war lediglich ein Nutzungsrecht; er hatte keinen weiteren Anspruch darauf und er kam auch nicht auf den Gedanken zu versuchen, ob er nicht auch ein anderes Recht beanspruchen könnte.

Die Ausländer brachten ein völlig anderes Konzept – das Konzept, dass das Land eine marktfähige Handelsware sei. Diesem System entsprechend konnte irgendjemand ein Stück Land als sein privates Eigentum beanspruchen, ob er es nutzen wollte oder nicht. Ich könnte etwa ein paar Quadratmeilen Land beanspruchen, sie «mein» nennen und mich dann auf den Mond begeben. Um

meinen Lebensunterhalt von «meinem» Land zu verdienen, bräuchte ich lediglich einen Pachtzins von den Leuten zu verlangen, die es nutzen wollen. Läge dieses Stück Land in einem städtischen Siedlungsgebiet, bräuchte ich überhaupt nichts für seine Wertsteigerung zu tun. Ich könnte das den Narren überlassen, die bereit sind, alle anderen «mein» Land umgebenden Grundstücke zu bebauen und dabei den Marktwert von meinem Land automatisch zu erhöhen. Dann könnte ich vom Mond zurückkehren und verlangen, dass diese Narren mehr als zu viel für den hohen Marktwert «meines» Landes bezahlen, einen Mehrwert, den sie selbst für mich geschaffen hatten, als ich es mir auf dem Mond gutgehen ließ! Solch ein System ist uns nicht nur fremd, es ist auch völlig falsch. In einer Gesellschaft, die privates Grundeigentum kennt, können Grundeigentümer in derselben Klasse sein, und sie sind es gewöhnlich auch, wie die Faulenzer, über die ich bereits gesprochen habe: in der Klasse der Parasiten.

Das Anwachsen des Parasitentums dürfen wir hier in Tanganjika nicht dulden. Die TANU-Regierung muss auf die traditionelle afrikanische Weise des Grundbesitzes zurückgreifen. Das heißt, ein Mitglied der Gesellschaft erhält einen Anspruch auf ein Stück Land unter der Bedingung, dass er es nutzt. Bedingungsloser oder «freier» Grundbesitz (der zu Spekulation und Parasitentum führt) muss abgeschafft werden. Wir müssen, wie ich bereits gesagt habe, unsere alte Geisteshaltung wiedergewinnen – unseren traditionellen afrikanischen Sozialismus – und sie auf die neue Gesellschaft anwenden, die wir jetzt schaffen wollen. Die TANU-Partei hat sich verpflichtet, den Sozialismus zur Grundlage ihrer Politik auf jedem Gebiet zu machen. Das Volk von Tanganjika hat, indem es eine TANU-Regierung gewählt hat, die es führen soll, uns das Mandat gegeben, diese Politik zu verwirklichen. Darum kann man der Regierung vertrauen, dass sie nur legislative Maßnahmen ergreifen wird, die mit sozialistischen Prinzipien in Einklang stehen.

Aber wie ich ganz am Anfang sagte, ist wahrer Sozialismus eine Geisteshaltung. Es ist daher Aufgabe der Bevölkerung von Tanganjika – der Bauern, der Arbeiter, der Studenten, der politischen Führer und von uns allen – sicherzustellen, dass diese sozialistische Geisteshaltung nicht verlorengeht durch die Versuchung des persönlichen Gewinns (oder durch die des Machtmissbrauchs), die uns als Individuen begegnen kann, noch durch die Versuchung, das Wohl der ganzen Gemeinschaft nur als zweitrangig zu betrachten gegenüber den Interessen unserer jeweiligen Gruppe.

Wohlstand für alle

So wie in unserer früheren Gesellschaft der Stammesälteste respektiert wurde wegen seines Alters und seines Dienstes für die Gemeinschaft, so wird in unserer modernen Gesellschaft dieser Respekt für Alter und Dienst erhalten bleiben. In gleicher Weise, wie der offenkundige Reichtum des «reichen» Stammesältesten von ihm nur treuhänderisch verwaltet wurde für seine Stammesgenossen, so soll heute der offenkundige zusätzliche Reichtum, den verschiedene Führungspos-

sitionen den jeweiligen Individuen bringen mögen, ihnen nur so weit gehören, wie er notwendig ist für die Erfüllung ihrer Pflichten. Es ist ein «Werkzeug», das ihnen anvertraut wurde für das Wohl des Volkes, dem sie dienen. Es ist nicht «ihr» persönliches Eigentum, und sie sollten nichts davon als Mittel gebrauchen, weder um mehr für ihren eigenen Vorteil zu akkumulieren, noch als eine «Versicherung» für den Tag, an dem sie sich nicht mehr in dieser Position befinden werden. Das würde heißen, das Volk betrügen. Wenn sie der Gemeinschaft dienen, solange sie dazu in der Lage sind, dann muss sich die Gemeinschaft auch um sie kümmern, wenn sie es selbst nicht mehr können.

In den Stammesgesellschaften waren die einzelnen oder die Familien innerhalb des Stammes «reich» oder «arm», je nachdem, ob der ganze Stamm reich oder arm war. Wenn es dem Stamm gutging, dann hatten alle Mitglieder des Stammes Anteil am Wohlstand. Tanganjika ist heute ein armes Land. Der Lebensstandard der Masse unseres Volkes ist schändlich gering. Wenn jeder Mann und jede Frau in diesem Land diese Herausforderung annimmt und bis an die Grenze seiner oder ihrer Möglichkeiten zum Wohle der ganzen Gesellschaft arbeitet, dann wird sich Tanganjika aufwärts entwickeln, und dieser Wohlstand wird vom ganzen Volk geteilt werden.

Es muss aber auch geteilt werden. Der wahre Sozialist darf seine Mitmenschen nicht ausbeuten. Wenn aber Mitglieder irgendeiner Gruppe in unserer Gesellschaft meinen, behaupten zu müssen, dass sie für sich selbst einen größeren Anteil der Profite ihres Arbeitseifers haben sollten, als sie tatsächlich brauchen, da sie zufällig mehr zum Nationaleinkommen beitragen als einige andere Gruppen, und wenn sie dann hierauf bestehen, auch angesichts der Tatsache, dass der Beitrag ihrer Gruppe zum allgemeinen Einkommen dadurch reduziert würde und so die Quote, von der die ganze Gemeinschaft Vorteil hat, verringert würde, dann beutet diese Gruppe ihre Mitmenschen aus, oder sie versucht es zumindest. Das zeugt von einer kapitalistischen Geisteshaltung. Einige Gruppen werden immer mehr zum Nationaleinkommen beitragen als andere, bedingt durch den «Marktwert» der Produktion ihrer bestimmten Branche. In Wirklichkeit können aber die anderen Gruppen Güter oder Dienstleistungen produzieren, die von gleichem oder größerem tatsächlichen Wert sind, wenn sie auch nicht über einen so hohen – künstlich hochgeschraubten – Wert verfügen. Zum Beispiel hat die Nahrung, die ein Bauer produziert, einen höheren sozialen Wert als die Diamanten, die in den Minen von Mwadui geschürft werden. Die Minenarbeiter von Mwadui könnten aber zweifellos mit Recht behaupten, dass ihre Arbeit höhere finanzielle Gewinne für die Gemeinschaft abwerfe als die der Bauern. Wenn sie dann aber fortfahren und verlangen würden, dass sie deshalb den größten Teil der Extraprofite für sich selbst bekommen sollten und dass kein Teil davon benutzt werden sollte, um den Bauern zu helfen, dann wären sie potenzielle Kapitalisten! (...)

Afrikanischer Sozialismus ohne Klassenkampf

Europäischer Sozialismus ist aus der Agrarrevolution und aus der industriellen Revolution, die ihr folgte, hervorgegangen. Die erste schuf eine «landbesitzende» und eine «landlose» Klasse innerhalb der Gesellschaft; die andere brachte den modernen Kapitalisten und das industrielle Proletariat hervor.

Beide Revolutionen säten den Konflikt in die Gesellschaft, und es ist nicht nur der europäische Sozialismus aus diesem Konflikt entstanden, sondern seine Apostel stilisierten diesen Konflikt auch noch zu einer Philosophie. Bürgerkrieg wurde nicht mehr als Übel oder Unglück angesehen, sondern als gut und notwendig. Wie das Gebet für das Christentum oder den Islam, so ist der Bürgerkrieg (den sie «Klassenkampf» nennen) für die europäische Version des Sozialismus ein Mittel, untrennbar vom Ziel. So wird beides zur Grundlage einer ganzen Lebensweise. Der europäische Sozialist kann sich seinen Sozialismus nicht vorstellen ohne dessen Vater – den Kapitalismus!

Aufgewachsen im Stammessozialismus muss ich sagen, dass dieser Widerspruch unerträglich ist. Es gibt dem Kapitalismus einen philosophischen Rang, den dieser weder beansprucht noch verdient. Denn im Grunde genommen heißt das: «Ohne Kapitalismus und ohne den Widerspruch, den der Kapitalismus in der Gesellschaft hervorruft, kann es keinen Sozialismus geben!» Diese Glorifizierung des Kapitalismus durch die doktrinären europäischen Sozialisten, ich muss es wiederholen, finde ich unerträglich.

Afrikanischer Sozialismus dagegen hatte weder den «Vorteil» einer Agrarrevolution noch den der industriellen Revolution. Er begann nicht mit der Existenz einander widerstrebender Klassen in der Gesellschaft. In der Tat zweifle ich daran, ob es etwas Gleichwertiges für das Wort «Klasse» in irgendeiner afrikanischen Sprache gibt; denn die Sprache beschreibt die Ideen derer, die sie sprechen, und die Vorstellung von «Klasse» oder «Kaste» gab es in der afrikanischen Gesellschaft nicht.

Die Grundlage und das Ziel des afrikanischen Sozialismus ist die Großfamilie. Der wirkliche afrikanische Sozialist sieht nicht eine Klasse als seine Brüder an und eine andere als seine natürlichen Feinde. Er geht mit den «Brüdern» kein Bündnis ein, um seine «Nicht-Brüder» zu vernichten. Eher betrachtet er alle Menschen als seine Brüder – als Mitglieder seiner sich ständig erweiternden Familie. Genau darum heißt der erste Artikel des TANU-Bekenntnisses: *Binadamu wote ni ndugu zangu. na Afrika ni moja*. In Englisch hätte es etwa heißen können: «I believe in human brotherhood and in the unity of Africa», «Ich glaube an die Brüderlichkeit aller Menschen und an die Einheit Afrikas». *Ujamaa* oder «Familiengemeinsinn» beschreibt dann unseren Sozialismus. Er steht im Gegensatz zum Kapitalismus, der versucht, eine glückliche Gesellschaft zu schaffen auf der Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; er steht aber ebenso im Gegensatz zum doktrinären Sozialismus, der versucht, eine glückliche Gesellschaft zu schaffen auf der Grundlage einer Philosophie des unausweichlichen Konflikts zwischen den Menschen.

Ausdehnung der Familie

Wir in Afrika haben ebenso wenig Bedarf daran, zum Sozialismus «bekehrt» zu werden, wie über Demokratie «belehrt» zu werden. Beide haben ihre Wurzeln in unserer eigenen Vergangenheit – in der traditionellen Gesellschaft, aus der wir hervorgegangen sind. Moderner afrikanischer Sozialismus kann, von seinem traditionellen Erbe her, den Bereich von «Gesellschaft» als eine Ausweitung der Grundeinheit Familie verstehen. Aber die Idee der sozialen Familie kann nicht länger beschränkt bleiben auf die des Stammes, noch auf die der Nation. Denn kein echter afrikanischer Sozialist kann auf eine Linie sehen, die auf der Karte gezogen wurde, und sagen, «die Leute auf dieser Seite der Linie sind meine Brüder, aber jene, die zufällig auf der anderen Seite dieser Linie leben, können nichts von mir fordern». Jeder Einzelne auf diesem Kontinent ist sein Bruder.

Als wir dafür kämpften, die Macht des Kolonialismus zu brechen, da haben wir gelernt, wie notwendig Einheit ist. Wir kamen zu der Erkenntnis, dass dieselbe sozialistische Geisteshaltung, die in den alten Stammeszeiten jedem Einzelnen Sicherheit gab, da er zu einer erweiterten Familie gehörte, auch in einer noch größeren Gemeinschaft, der Nation, erhalten bleiben muss. Aber wir sollten hier nicht Halt machen. Der Bereich der Familie, zu der wir alle gehören und wie wir sie uns vorstellen, muss noch ausgedehnt werden – über den Stamm, die Gemeinschaft, die Nation oder sogar den Kontinent hinaus, um die ganze Menschheit mit einzubeziehen. Das ist die einzige logische Konsequenz des echten Sozialismus.

Entnommen aus Afrikanischer Sozialismus. Aus den Reden und Schriften von Julius K. Nyerere. Aus dem Englischen von Klaus Steinmetz. Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst, Nr. 5, Lembeck Verlag, Frankfurt am Main, 1979.

Julius Kambarage Nyerere (geboren 1922 in Butiama am Ostufer des Viktoria-Sees, gestorben 1999 in London) war der erste Präsident des unabhängigen Tansania und unbestritten einer der geistig-moralischen Führer des unabhängigen Afrika; er erfreute sich großer Hochachtung in Afrika und in der Welt.

Geboren als Sohn eines noch von den deutschen Kolonialherren eingesetzten Oberhauptes eines kleinen Volkes, studierte der Katholik Julius Nyerere von 1949 bis 1952 in Edinburgh in Großbritannien und wurde dann Lehrer, weswegen er auch volkstümlich *Mwalimu* (Lehrer) genannt wurde. Dann engagierte er sich für die Unabhängigkeitsbewegung seines Landes und war 1954 Mitbegründer der Tanganyika African National Union (TANU), die sich als nationale Massenpartei verstand.

1961 wurde er Ministerpräsident des Landes auf dem Wege zur Unabhängigkeit, gab sein Amt jedoch nach Erreichen der Unabhängigkeit Tanganjikas 1962 auf, wurde dann aber im gleichen Jahr zum Staatspräsidenten des

Landes gewählt (und 1965, 1970, 1975 und 1980 jeweils wiedergewählt). Im April 1964 konnte Nyerere sein Land mit Sansibar zur Vereinigten Republik Tansania zusammenschließen. 1967 gab er seinen Überzeugungen in der *Deklaration von Arusha* politischen Inhalt; allgemein wurde diese Deklaration als sozialistisch angesehen. Nyerere verstaatlichte die Banken und andere Wirtschaftsunternehmen, forderte die Neugründung sozialistischer Dorfgemeinschaften (Ujamaa) und eine Reform des Schulwesens. Ab 1977 gewährte er dem südafrikanischen ANC für dessen Exilschule politische Unterstützung und stellte großzügig die dafür benötigten Landflächen und einige ehemalige Farmgebäude zur Verfügung.

1985 trat er als Staatspräsident zurück, ein ungewöhnlicher Schritt, der nicht nur in Afrika, sondern weltweit Anerkennung fand. Er blieb aber bis 1990 Vorsitzender der Einheitspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM, «Revolutionäre Staatspartei»). Bis zu seinem Tod 1999 war Nyerere als Friedensvermittler in Afrika unterwegs. Es ist auch seiner Politik zu verdanken, dass Tansania seit der Unabhängigkeit keinen Bürgerkrieg erleben musste. Seine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik war indes weniger erfolgreich: Noch heute zählt Tansania zu den ärmeren Ländern Afrikas.

Doch seine Ideen und Visionen, niedergelegt in zahlreichen Reden und Aufsätzen, die in Buchform veröffentlicht auch international Beachtung fanden, haben zentrale Aspekte afrikanischer Entwicklung eloquent angesprochen. Besonders die Idee des «Vertrauens in die eigene Kraft» (self-reliance) hat die Diskussion über Entwicklungswege Afrikas stark beeinflusst.

P. R.



ALFRED SAWADOGO

Burkina Faso

Versagen und Verschwendung

Was lässt sich über 50 Jahre Unabhängigkeit in Burkina Faso sagen? Tausende Frauen laufen immer noch barfuß; viele Familien leiden an Hunger; 46 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze; weniger als die Hälfte aller Kinder im Schulalter besuchen eine Schule; fast 87 Prozent der Erwachsenen, Männer wie Frauen, sind Analphabeten.

Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit können also nur symbolisch sein, wenn sie die bescheidene Bilanz der letzten 50 Jahre widerspiegeln sollen. Stattdessen wird das Gold der Paläste für die Regierenden glänzen, während die Armen den ganzen Prunk nur von Weitem beobachten. 50 Jahre Unabhängigkeit waren also 50 Jahre des Versagens und der Verschwendung.

Die politische Führung, vor allem geprägt durch Militärregimes, fiel nicht besser aus. Die Erste Republik hatte sich schnell festgefahren: Die Einheitspartei ließ lediglich die Wahl zwischen einheitlichem Denken oder Exil. Diese dürftige Regierungsleistung endete am 3. Januar 1966 mit einem Volksaufstand. Die Armee wurde zu Hilfe gerufen und hatte sich damit endgültig an der Spitze der Macht festgesetzt, mit mehr oder weniger positiven Folgen.

Unter General Sangoulé Lamizana, der von 1966 bis 1980 regierte, genossen Gewerkschaften uneingeschränkte Freiheiten. Die kurze Öffnung hin zu einem Mehrparteiensystem wurde allerdings schnell zugunsten einer Einheitspartei à la Mobutu aufgegeben. Nachdem Lamizana damit scheiterte, fand ein Referendum statt, das die Dritte Republik ins Leben rief. Bei den nächsten Wahlen wurden nur die Stimmen der drei ersten Parteien berücksichtigt, eine originelle Idee, die dem Wuchern politischer Parteien – oft fatal für die Entwicklung einer gesunden Demokratie – entgegenwirken sollte.

Am 20. November 1980 wurde Lamizana von Oberst Saye Zerbo gestürzt. Er etablierte das sehr kurzlebige Comité Militaire de Redressement pour le Progrès National (CMRPN, «Militärkomitee des Wiederaufbaus für den Nationalen Fortschritt»). Ihm blieb lediglich die Zeit, den Bau der Eisenbahn von Ouagadougou nach Tambao in Gang zu bringen, die das dort abgebaute Mangan

abtransportieren sollte. Er versuchte außerdem, den Beamten den Konsum von Bier und Fleischspießen bei der Arbeit zu untersagen: vergebens.

Am 7. November 1982 setzte eine Junta junger Offiziere den Oberst und sein CMRPN ab. Major Jean Baptiste Ouédraogo wurde zum Vorsitzenden des Militärrats Comité du Salut du Peuple (CSP, «Ausschuss für das Heil des Volkes») ernannt. Daraufhin kam es zu ideologischen Auseinandersetzungen: Premierminister Thomas Sankara wurde entlassen und inhaftiert. Jedoch nur für kurze Zeit.

Die Revolution vom 4. August 1983 stürzte das Regime des CSP. Hauptmann Thomas Sankara wurde zum Vorsitzenden des Conseil National de la Révolution (CNR, «Nationaler Revolutionsrat») ernannt. Der CNR überlebte vier Jahre, die der Bevölkerung harte Arbeit abverlangten, als wäre es darum gegangen, jede Sekunde der verlorenen Zeit aufzuholen: Es wurden Staudämme für die Bewässerung gebaut, die Küstenstreifen für den Anbau von Reis und Gemüse aufbereitet, große Alphabetisierungskampagnen in den nationalen Sprachen durchgeführt und unzählige Schulen und Krankenstationen errichtet. Vor allem aber wusste Präsident Sankara, wie man die Überzeugung, dass die Armut in Burkina Faso durch die gemeinsame Arbeitskraft und den Verstand aller besiegt werden könne, in das Bewusstsein der Massen einpflanzt. Er verbreitete den Geist der Integrität und der Transparenz in allen Regierungsangelegenheiten. Vom Präsidenten ging eine Dynamik aus, die das ganze Land ansteckte. Nichtsdestotrotz war die Revolution kein Vorbild in Sachen Meinungsfreiheit und Menschenrechte.

Am 15. Oktober 1987 wurde Thomas Sankara während eines Putsches ermordet, und Hauptmann Blaise Compaoré übernahm die Macht. Er öffnete das Land für die Demokratie und ein Mehrparteiensystem, ließ Präsidentschafts-, Legislativ- und Kommunalwahlen durchführen: alles wünschenswerte Zutaten einer Demokratie, und doch blieb sie unvollendet. Die politische Landschaft zersplitterte sich in fast 160 Parteien. Tatsächlich ist Präsident Compaoré nun seit 23 Jahre im Amt, zweimal hat er bereits die Verfassung ändern lassen, um an der Macht bleiben zu können. In dieser Hinsicht ist keine Veränderung in Sicht. Pech also für alle, die auf Wandel hoffen!



VENANCE KONAN

Elfenbeinküste

Das Verschwinden meines Vaters

Ich war ein Jahr und acht Monate alt, als mein Land, die Elfenbeinküste, seine Unabhängigkeit erlangte. Ich habe nicht die blasseste Erinnerung daran. Hingegen erinnere ich mich sehr gut, dass der Tag der Unabhängigkeit während meiner Kindheit der zweite große Feiertag des Jahres war. Es gab Silvester und den Tag der Unabhängigkeit. Wir waren noch keine Christen, daher konnten wir nicht viel mit Weihnachten anfangen. Am Tag der Unabhängigkeit zog man mir meine schönsten Gewänder an, und wir gingen uns die Festzüge und tanzenden Menschen anschauen, die durch jede Ecke des Kaffs zogen, in dem ich aufgewachsen bin. Es gab weder Strom noch Fernsehen, so dass wir keine wirkliche Ahnung hatten, wie dieser Houphouët-Boigny aussehen soll, den man wie einen Gott verehrte, weil er unserem Land die Unabhängigkeit gebracht hatte.

Als ich fünf Jahre alt war, wurde mein Vater verhaftet. Meine Mutter sagte mir, dass mein Vater und ein paar andere Houphouët-Boigny umbringen wollten. Es handelte sich um das Ereignis, was *le complot du chat noir* («Die Verschwörung der schwarzen Katze») genannt wurde. Houphouët-Boigny behauptete, dass seine Feinde ihn mit magischen Mitteln umbringen wollten, vor allem indem sie eine schwarze Katze opferten. Über das ganze Land hinweg wurden Hunderte von Personen festgenommen. Für eine lange Zeit sprach man über meinen Vater nur noch hinter vorgehaltener Hand. Über Houphouët-Boigny sagte man, dass er mystische Kräfte besäße, die es ihm ermöglichten, seinen Feinden zu entfliehen. Man erzählte uns insbesondere, dass er die Fähigkeit habe, sich in ein Kind zu verwandeln oder sich gar unsichtbar zu machen.

Nach einiger Zeit wurde mein Vater wieder freigelassen und rehabilitiert, nachdem der Präsident zugegeben hatte, dass alles ein großes Missverständnis war. Mein Vater hat ihm niemals verziehen. Bei den ersten freien Wahlen von 1990 war es ihm noch einmal vergönnt, gegen Houphouët-Boigny zu stimmen, bevor er ein Jahr später starb.

Die Unabhängigkeit meiner Kindheit war, kurz gesagt, die Abwesenheit meines Vaters.

Mehrere Jahre später hatte man den *complot du chat noir* vergessen und redete nur noch vom Erfolg unseres Landes. Bis zum Ende meines Studiums, also bis 1987, lebten wir mit dem Mythos, dass in unserem Land alles viel besser liefe als bei den Nachbarn, dass wir vereint seien. Unter einem gewissen Laurent Gbagbo, der heute unser Land lenkt, beanspruchten wir dann 1990 die Demokratie, mit der Begründung, dass unsere Unabhängigkeit nicht abgeschlossen und Houphouët-Boigny ein übler Diktator gewesen sei. Der alte Mann war am Ende seines Lebens angekommen. Solange er noch konnte, klammerte er sich an die Macht, bis er schließlich 1993 starb.

Dieses Jahr feiern wir den 50. Jahrestag unserer Unabhängigkeit. Der Norden unseres Landes ist unter der Kontrolle von Rebellen, Kinder verhungern in den Straßen und seit zehn Jahren wurden keine Wahlen mehr durchgeführt. Und unser aktueller Präsident – der gleiche, der auf Leute schießen lässt, die seine Macht anfechten – will uns weismachen, dass die wahre Unabhängigkeit mit dem heutigen Tag beginnt. In der Zwischenzeit hat er sich noch einen Mercedes Maybach gegönnt und fliegt jedes Mal nach Marokko, wenn er Zahnschmerzen hat.

Der Präsident meines Landes auf dem Stuhl eines marokkanischen Zahnarztes, das ist für mich mit meinen 52 Jahren die Unabhängigkeit.



NÉTONON NOËL NDJÉKÉRY

Tschad

Laufen lernen

Fort-Lamy, das heutige N'Djamena, in der Nacht vom 10. auf den 11. August 1960. Premierminister François Tombalbaye ruft gerade die Unabhängigkeit des Staates Tschad aus, als ein Stromausfall ihn dazu zwingt, die Rede im Schein einer Taschenlampe zu beenden. Die letzten Zuckungen eines im Sterben liegenden Kolonialismus? Es wird ein Geheimnis bleiben. Doch scheint es nicht so, als ob diese plötzlich hereinbrechende Finsternis ein Fluch sei, den man auf mein Land legte?

Bisher geben die Fakten den Abergläubischen Recht.

Doch so einfach ist es nicht. Vor der europäischen Eroberung existierte der Tschad mit seinen gegenwärtigen Grenzen nicht. Im Osten des gleichnamigen Sees lagen drei Königreiche – Ouaddaï, Baguirmi und Kanem-Bornou –, die maßgeblich vom Sklavenhandel lebten, einem Tauschverkehr, der primär der arabisch-muslimischen Welt zugutekam. Nach ihrer Niederlage gegen die Weißen wurden sie gemeinsam mit den animistischen Fürstentümern, die sie regelmäßig überfallen hatten, um sich neue Sklaven zu verschaffen, in ein politisches Gebilde unter französischer Fahne gedrängt: Das Staatsgebiet des heutigen Tschad war damit abgesteckt. Seitdem lassen die präkolonialen Feindschaften den vom Kolonialismus gesäten Samen der Zwietracht immer wieder aufblühen. Hieraus entstehen die Konflikte, denen noch heute viele Menschen zum Opfer fallen.

Die Unabhängigkeit ist das, was die Menschen, die sie erkämpften, daraus machen. Nun ist aber angesichts der vielen internen Kriege die Souveränität der Tschaderinnen und Tschader wenn nicht dauerhaft beschnitten, so doch durch die französische, libysche, sudanesishe oder multinationale Militärpräsenz erheblich eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund kann man sich fragen, was es für eine Bevölkerung, von der ein bedeutender Teil nur durch externe Hilfe überlebt, noch bedeuten kann, «unabhängig» zu sein. Ist die Unabhängigkeit nicht letztendlich eine überkommene Vorstellung, in Zeiten, in denen der Austausch Geschwindigkeiten angenommen hat wie Elektronen in einem

Beschleuniger, in dem sich Kulturen und Gemeinschaften im Rhythmus von Charterflügen kreuzen?

In jedem Fall wird die Unabhängigkeit des Tschad nichts als eine Farce bleiben, solange wir unsere grundlegenden Bedürfnisse nicht befriedigen können, solange die meisten von uns Analphabeten sind und wir unsere Wünsche und Vorstellungen für die Zukunft nicht frei äußern können. Doch wird uns immer bewusster, dass es vor allem unsere Schwächen sind, aus denen die ominösen Neokolonialismen des Typs Françafrique, Chinafrique oder USAfrique ihre Vorteile ziehen. Zugleich beglückwünschen wir uns jedes Mal selbst dafür, wenn es einer Tschaderin oder einem Tschader gelingt, hinter die Geheimnisse des Lesens und Schreibens zu gelangen. Denn durch sie oder ihn hat der ganze Tschad einen weiteren Schritt gemacht, um sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Der Tschad wird 50. Na und? 50 Jahre im Leben eines Menschen, wie viele Sekunden macht das umgerechnet auf eine Nation? Wenn der Fortschritt meines Landes in Form eines Schulzeugnisses bewertet würde, wären folgende Vermerke zu finden: «Mit den Mitteln, die ihm in die Wiege gelegt wurden, hat er sich ganz gut geschlagen», «Wäre erfolgreicher ohne Kriege» und «Weist enormes Entwicklungspotenzial auf».

Hier ein tschadisches Sprichwort über das fast unmögliche Unterfangen, laufen zu lernen: «Ab einem gewissen Alter glaubt man, alles gesehen und verstanden zu haben. In Wirklichkeit hört man jedoch bis zu seinem Lebensende nicht auf, laufen zu lernen. All die Fehltritte, Rückschritte und Stürze finden erst im Paradies ein Ende.»

So ähnlich ist es mit der Unabhängigkeit: Statt sich zu erfreuen, sie ein für allemal erreicht zu haben, gilt es, sie unaufhörlich wiederzuerlangen.

Afrikanische Kunst als Schlüssel zum Verständnis Afrikas

10 Thesen

1. Die zeitgenössische Kultur in Afrika bietet die einzigartige Gelegenheit, einer Sprache zu lauschen, die unser Verständnis vom Wandel in Afrika vertieft.

Meiner Meinung nach beschreiten diejenigen, die ihre Ohren vor der reichen Vielfalt der aus der Kunst sprechenden afrikanischen Stimmen verschließen, einen Weg der verpassten Chancen. Literatur und Dichtung, Film, Fotografie, Theater, Tanz, Musik, Bildende Kunst (wie Skulptur und Malerei) – all diese und noch weitere Künste bieten Raum, um Ängste, Ressentiments, Träume, Hoffnungen und Ideen auszudrücken.

Künstlerische Ausdrucksformen bieten oft eine viel reichhaltigere Quelle an Erkenntnissen als die Berichterstattung in den Massenmedien oder die offiziellen Meldungen und Besprechungen der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Das liegt zum einen am stilistischen Mittel der künstlerischen Ausdrucksform per se, zum anderen an dem Potenzial der besten unter den Künstlern, eine Auseinandersetzung anzuregen und bisweilen sogar, Taten folgen zu lassen. Dies soll hier anhand einiger Beispiele näher erläutert werden.

Als der senegalesische Musiker Youssou N'Dour seine CD *Ägypten* herausbrachte, auf der er die gemäßigte Sufi-Variante des Islams in seinem Land preist und einige Verse des Koran vertont, waren die Reaktionen recht aufschlussreich. Es gab zwar auch reaktionäre Verurteilungen, doch waren die Fundamentalisten eindeutig in der Minderheit; die Mehrheit stand hinter Youssou N'Dour. In dem Dokumentarfilm von 2009, *I bring what I love* («Ich bringe, was ich liebe»), bekräftigt er seine Begeisterung für diese Variante des Islams, eine Religion der Toleranz und der Liebe.

Im Jahr 2007 veröffentlichte Chimamanda Ngozi Adichie aus Nigeria den Roman *Half a Yellow Sun* (dt. *Die Hälfte der Sonne*, Luchterhand, München 2007) und löste damit eine Auseinandersetzung über den nigerianischen Bürgerkrieg von 1967 bis 1970 aus. Das Buch räumte mit einigen an die 40 Jahre alten Mythen über den Krieg in Nigeria auf, unter anderem damit, dass das Verschweigen der Gräueltaten auf beiden Seiten zur Aussöhnung geführt und das Land auf wunderbare Weise geheilt habe, dass es keine schändlichen Stereotypisierungen und

Vorurteile in den Beziehungen zwischen den Ibo, Yoruba, Haussa und anderen Völkergruppen mehr gäbe und dass die Vision von Biafra endgültig gestorben sei.

Der Bildhauer Gonçalo Mabunda aus Mosambik hat Kalaschnikows und andere Waffen gesammelt, die bei dem zwölfjährigen Bürgerkrieg in seinem Land zum Einsatz gekommen waren, und aus den todbringenden Gewehren ein Kunstwerk geformt. Gonçalo Mabundas Familie war schwer vom Krieg getroffen worden. Seine Kunst ist eine Möglichkeit, mit dem Leid umzugehen, aber sie ist zugleich auch ein Aufruf zur kollektiven Erinnerung und dazu, die einst tödlichen Waffen in etwas Konstruktives zu verwandeln. Für die Ausstellung *Africa Remix* 2002 baute der Künstler den Eiffelturm aus alten Kalaschnikows nach, vielleicht ein Hinweis darauf, dass hinter den meisten afrikanischen Krisen und Kriegen westliche Interessen stecken.

2. Kunst in Afrika ist sowohl in der Entstehung als auch im Ergebnis axiomatisch und authentisch afrikanisch.

Hier müssen wir uns zuerst mit einem Hindernis befassen, das oftmals dem Öffnen von Augen, Ohren und Verstand im Weg steht, wenn es darum geht, den Beitrag zu begreifen, den afrikanische Kunst für den Diskurs über das Woher und Wohin Afrikas leistet. Dieses Hindernis heißt «Authentizität», ein Konzept, das auf afrikanische Kunst in einer Art und Weise angewandt wird, die sich vom Gebrauch des Begriffs in europäischen Kunst-Kontexten grundlegend unterscheidet.

Wenn beispielsweise Kunstkritiker in Berlin oder Stockholm einen Maler als «authentisch» rühmen, ist damit vor allem der persönliche Bezug des jeweiligen Malers zu seiner Kunst gemeint. «Authentisch» bezeichnet hier so etwas wie «sich selbst treu». Im Fall von afrikanischer Kunst bedeutet es jedoch vielmehr «getreu den Traditionen Afrikas», nicht von fremden Einflüssen unterwandert. Oftmals dient es der pauschalen Etikettierung eines gesamten Genres oder einer Kunst-richtung als «typisch afrikanisch». Ironischerweise stammt die Beurteilung der afrikanischen kulturellen Authentizität häufig aus dem Westen, ist mithin Teil des kolonialen Erbes. Dieser Versuch, das Konzept der «Authentizität» für die Ablehnung und Geringschätzung von «modernen» oder «westlichen» Anteilen einzusetzen, sagt viel über das Afrika-Bild des Betrachters aus, aber nichts über afrikanische Kunst.

Die Kehrseite der Medaille ist, dass afrikanische Künstler, deren Kunst als «echt afrikanisch» eingestuft wird, sich als Künstler nicht ernst genommen fühlen, sondern lediglich als Vertreter dessen, was der Betrachter von außen für «afrikanisch» hält. Viele afrikanische Künstler haben sich gegen eine solche «Kennzeichnung» aufgelehnt. In diesem Zusammenhang spricht man mit der Suche nach dem «typisch Afrikanischen» vielen afrikanischen Künstlern eigenständige Wahrnehmung und kreativen Ausdruck ab. Dabei könnte deren Kunst ein Quell des Wissens und Verständnisses für Afrika darstellen, gerade weil sie über die «typisch Afrika»-Erwartungshaltung hinausgeht.

In diesem Sinne hob auch der ghanaische Maler Ablade Glover, neben einigen anderen Malern aus Ghana, wie Ato Delaquis, ein Loblied auf die

Stadt an, indem er die Behausungen in den Slums mit Bildern versah, die so gar nichts mit der idyllischen Version der traditionellen Dörfer gemein hatten. Glover kommentierte dies so: »Ich sage meinen Studenten und allen anderen, die mir begegnen, immer wieder, dass das bewusste Bemühen, afrikanisch zu malen, eine traurige Angelegenheit ist. (...) Ich glaube, es ist grundsätzlich falsch, etwas bewusst Afrikanisches produzieren zu wollen, weil es das Afrikanische schlechthin nicht gibt. Ich bin Afrikaner, wenn etwas, was ich erschaffe nicht als afrikanisch bezeichnet werden kann, was ist dann eigentlich afrikanisch?«

Als der Filmemacher Balufu Bakupa-Kanyinda zum Konzept der Authentizität befragt wurde, entgegnete er, dass er mit dem Begriff nichts anfangen könne: «Im Film geht es nicht um Authentizität, da zählt nur Überzeugung und Ehrlichkeit.» Und Victor Mavedzenge, ein junger Maler aus Simbabwe, tut die Diskussion um afrikanische Kunst ironisch ab: «Vermutlich ist es jedes Mal ein afrikanisches Kunstwerk, wenn ich einen Strich auf einem Blatt Papier mache, da ich ja Afrikaner bin.» Wieder andere, wie zum Beispiel der nigerianische Schriftsteller Ben Okri, der in England lebt, wehren sich dagegen, als afrikanische Schriftsteller bezeichnet zu werden. Er sei Schriftsteller. Schluss. Aus. Punktum.

Die afrikanische Zugehörigkeit oder auch die afrikanischen Wurzeln sind von zentraler Bedeutung für meine These, dass sich über die Kunst von Afrikanern viele neue Erkenntnisse über Afrika ableiten lassen. Allerdings gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen «afrikanischer Kunst» als Definition eines bestimmten Stils und Inhalts und der beschreibenden Erklärung, wonach Künstler mit bestimmten Eigenschaften Afrikaner sind. Der Unterschied zwischen «afrikanischer Kultur» und «Kultur in Afrika» mag subtil erscheinen, aber er ist von entscheidender Bedeutung.

Um diesen Punkt zu verdeutlichen, benutzen einige ganz bewusst die Pluralform, wie die gehaltvolle Zeitschrift *Research in African Literatures*, also «afrikanische Literaturen». In ähnlicher Weise ist auch von den «Musiken» in Afrika die Rede.

3. Die Zeit, in der sich fast alle Künstler in erster Linie in der Rolle des Lehrers im Dienst der Neuentstehung eines Staates sahen, ist vorüber; heute spiegeln die Werke afrikanischer Künstler eine Vielzahl von Kritiken, Wünschen und Träumen wider. Dadurch finden auch wir einen Zugang zum «Stoff, aus dem die Träume sind» dort, wo sozialwissenschaftliche Ansätze meist nicht mehr greifen.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit herrschte noch allgemeine Übereinstimmung unter den Künstlern und Politikern, dass es den Künstlern zufalle, die nationalistischen Belange zu vertreten, das heißt, dass sie sich mit ihrer Arbeit über ethnische, sprachliche und regionale Grenzen hinweg für die nationale Einheit einzusetzen, den Stolz auf die einheimische, traditionelle Kultur zu kultivieren, den Panafricanismus weiter zu entwickeln und die Jugend und die Ungebildeten zu belehren hätten.

Zum 50. Erscheinungsjahr von Chinua Achebes wegweisendem Roman *Things Fall Apart* (1958, dt. *Okonkwo oder das Alte stürzt*, Suhrkamp, Frankfurt/M.



Ali Chen/flickr.com

«Reverse City», ein Werk des Kameruners P. M. Tayou

2002), der zu Recht als der Beginn der modernen afrikanischen Literatur gefeiert wird, wurde die Lehrerrolle des Schriftstellers überraschenderweise gar nicht mehr erwähnt, eine Rolle, die immer eng mit Achebe assoziiert worden war. Die Nichterwähnung ist insofern bemerkenswert, als dass sie das Selbstverständnis der meisten Künstler wiedergibt, die sich tatsächlich nicht mehr ausschließlich als Lehrer verstehen, zumindest nicht im Sinne von Beförderer der nationalistischen Sache. Chinua Achebe selbst hat sich nach der Veröffentlichung seines kritischen Werks *The Anthills of the Savannah* (dt. *Termitenhügel in der Savanne*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1991) aus dem Jahr 1987 von der Rolle des begeisterten Lehrmeisters verabschiedet und sich eher zum «Kundschafter» entwickelt.

Auch im südlichen Afrika, das seine Unabhängigkeit erst zwischen 1975 und 1980 erlangte – Südafrika befreite sich sogar erst im Jahr 1994 von der weißen Minderheitsherrschaft – ist dieser Wandel unübersehbar. Die Zeit der Kultur des Kampfes ist vorbei. Der erste Film des Regisseurs Ntshaveni Wa Luruli, *Chicken Biznis*, beispielsweise ist eine warmherzige Komödie über die vergeblichen Mühen des kleinen Mannes, reich zu werden, und obwohl sie in Soweto spielt, gibt es nur einige wenige Fingerzeige auf den Befreiungskampf, wie etwa die Erwähnung des Ortes, an dem 1976 der Soweto-Aufstand ausbrach. «Was für einen Sinn ergibt es, Sand in die Sahara zu tragen», antwortete Luruli auf meine Frage, warum der Aufstand keine große Rolle in dem Film spiele.

Heutzutage werden Künstler in ganz Afrika durch eine Vielzahl von Anlässen inspiriert; einige weigern sich sogar, ein anderes Motiv als ihre Selbstverwirklichung als Künstler gelten zu lassen. Viele Faktoren tragen zu dieser Verschiebung bei. Einer der wesentlichsten ist die Desillusionierung über die Richtung, die die

unabhängigen Nationen und deren Führer eingeschlagen haben. Es herrschte Korruption, und die Schriftsteller schrieben dagegen an. Es herrschte Krieg – in Nigeria, im Sudan, im Kongo und später in Somalia, Mosambik, Angola, Sierra Leone, Liberia, Tschad und erneut im Kongo –, und der ließ sich nicht mehr ausschließlich mit ausländischen Interessen erklären. Die Staats- und Regierungschefs waren offenbar nicht in der Lage, für das versprochene bessere Leben zu sorgen. Die Väter der Nation erschienen als bloße Imperatoren, als gierige Meute. Kein anderes Ereignis hat jemals so deutlich aufgezeigt, welches Ausmaß der Mangel an Rechtmäßigkeit und die Kluft zwischen Regime und Künstler erreicht hatten, wie die Hinrichtung des nigerianischen Schriftstellers Ken Saro-Wiwa am 10. November 1995: Er hatte sich in der reichsten Öl-Förderregion des Niger-Deltas für die Rechte der Ogoni eingesetzt und hatte für ihre Autonomie und die Verwendung der Öleinnahmen für die Entwicklung des Volkes gekämpft.

Ein weiterer Faktor ist die steigende Anzahl gebildeter und selbstbewusster Frauen. Einige, wie Mariama Bâ (Senegal) und Buchi Emecheta (Nigeria), verwenden ihre literarische Ausdrucksfähigkeit zur Anklage gegen die Mechanismen und Praktiken männlicher Unterdrückung. Andere, wie Bessie Head (Südafrika/Botswana) und Ama Ata Aidoo (Ghana), schreiben – auf sehr unterschiedliche Weise – über die Entfremdung in der Fremde. Wieder andere, wie Yvonne Vera (Simbabwe) und Chimamanda Ngozi Adichie (Nigeria) erzählen Geschichten – wiederum auf je eigene Art –, in denen sie das alltägliche persönliche Dasein mit den großen Themen Krieg, Gewalt und Schuld verstricken.

Wir sind Zeitzeugen der Entstehung verschiedener afrikanischer Jugendkulturen, von denen der Rap am stärksten wahrgenommen wird. Allein im Senegal gibt es mehrere tausend Rap-Gruppen, aber Rap ist weit über ganz Afrika verbreitet. Es gibt viele Stilrichtungen und Ausdrucksformen, oft wird die jeweilige Umgangssprache verwendet, manchmal auch Englisch. Will man die Stimmung unter den Jugendlichen einfangen, ist Rap dafür sicherlich ein lohnender Ausgangspunkt, allerdings in erster Linie für die der männlichen Heranwachsenden. Man könnte auch sagen: Junge Männer rappen, junge Frauen singen eher Gospels, auch eine wachsende Branche und ein Genre, mit dem Hoffnungen und Erinnerungen verknüpft sind.

Seit die Kunst in Afrika ihre Belehrungsfunktion eingebüßt hat, sind aus ihr keine einfachen Schlussfolgerungen über die Stimmungslage in den unabhängigen Staaten mehr abzuleiten. Die Kultur stellt keine vorgefertigten To-Do-Listen mit Stichpunkten zu den nationalen Problemen und passenden Lösungen zur Verfügung. Stattdessen lädt sie dazu ein, an einer Vielzahl von Stimmen in einem faszinierenden und sich ständig verändernden Potpourri teilzuhaben. Keiner der Künstler ist mehr nur Vertreter der nationalen Agenda.

4. In Ländern, in denen politische Repression und Zensur vorherrschen, wo diejenigen, die Protest und Veränderungswünsche äußern, mundtot gemacht werden, spielen Künstler eine entscheidende Rolle. In einigen Fällen kann Kunst, zum Beispiel Musik, sogar Veränderungen bewirken.

An der Elfenbeinküste entfachte eine von Studenten in den 1980er Jahren erfundene Musik-Gattung, in der konstruierten Straßensprache Nouchi gesungen, eine Bewegung für politischen Wandel, wodurch die Entscheidung für ein demokratisches Mehrparteiensystem im Jahr 1990 herbeigeführt wurde. Als Hintergrund fungierten weniger Oppositionsbestrebungen gegen die bestehende Politik als die drastische Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Studierenden, die daran gewöhnt waren, einen Hochschulabschluss als automatischen Zutritt zur Elite zu betrachten.

In anderen Zusammenhängen hat Musik, als Ausdrucksmittel der Gefühle und Befindlichkeiten, zwar nicht zu Umstürzen beigetragen, hat aber in Zeiten der Not das Gemeinschaftsgefühl wesentlich gestärkt. In Simbabwe wird zum Beispiel Musik von Thomas Mapfumo (der zwar im Exil lebt, aber dennoch im Lande sehr präsent ist) und Oliver Mtukudzi vom staatlichen Rundfunk nicht gespielt, ist aber überall frei erhältlich. Beide Musiker setzten sich ursprünglich aktiv für den Befreiungskampf ein, während sie inzwischen dazu übergegangen sind, die Gefühle einer großen Mehrheit in Simbabwe auszudrücken, die sich fragt, wann dieser Teufelskreis ein Ende haben wird.

In der Kunst werden zeitweise brisante und heikle Themen verarbeitet. Einige Schriftsteller aus Simbabwe waren die ersten im südlichen Afrika, die es wagten, darüber zu berichten, wie der Befreiungskampf nicht nur eine Zeit des Heldentums war, sondern auch die Chance bot, einheimische Feinde als Verräter zu diffamieren; zum Beispiel Stanley Nyamfukudza und Alexander Kanengoni schrieben darüber. Es waren Frauen, die das Thema der vergewaltigten Soldatinnen aufgriffen, etwa Yvonne Vera, die darüber schrieb, oder Ingrid Sinclair, die ihnen in ihrem Film *Flame* eine Episode widmete.

5. Kunst in Afrika wie überall repräsentiert mehr als nur die Künstler. Während Künstler häufig gebildete Städter sind, stellt ihre Kunst oftmals das Leben der ländlichen, ungebildeten Bevölkerung und der arbeitslosen Jugendlichen dar, wie es sich im Rap, im Gospel oder auch im «Theatre for Development» zeigt. Mit ihrer Kunst drücken sie also Gefühle, Ängste und Visionen aus, die ohne sie kein Sprachrohr hätten.

Einige Künstler widmen ihr Talent und ihre Energien dem sozialen Wandel und bieten damit zugleich Außenstehenden die Gelegenheit, etwas über die Funktionsweise der Gesellschaft, in der sie agieren, zu erfahren. Beim Popular Theatre, auch Community Theatre oder Theatre of Development genannt, das interaktive Performances bis hin zur Pantomime bietet, ist dies der Fall. Bei einigen stehen die Interessen der finanzierenden Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund, etwa bei vielen Aufführungen, in denen es um HIV und AIDS geht. Doch gäbe es dafür grundsätzlich keine Resonanz aus dem Publikum, würden sie wahrscheinlich gar nicht erst produziert werden. Andere Initiativen sind eindeutig auf afrikanischem Boden gewachsen, wie zum Beispiel die Tuseme-Theaterbewegung, die von Penina Mlama aus Tansania ins Leben gerufen worden ist: Sie bezieht Tausende von Schulkindern und ihre

Lehrer mit ein und fordert sie dazu auf, die Probleme der Mädchen und Jungen, insbesondere Fragen der Geschlechterbeziehung, schauspielerisch umzusetzen. Die Entwicklungstheater-Bewegung erstreckt sich über mehrere afrikanische Staaten; in Südafrika wurden parallel dazu ähnliche Projekte initiiert.

Fotografie als eine weitere Kunstgattung ermöglicht es, Bilder von denjenigen zu vermitteln, die nur selten zu Wort kommen. In den Nachkriegsjahren entstanden faszinierende Aufnahmen der Moderne über das Dasein der einfachen Leute – mit Seydou Keita aus Bamako als dem renommiertesten Meister. Die National Gallery von Bulawayo lud 1999 Bewohner der Townships ein, eigene Fotos aus den 1950er Jahren zu zeigen, woraus eine wertvolle Bilddokumentensammlung von Idealen der Modernisierung entstand, die *Thatha Camera*.

Eine weitere Strömung in der afrikanischen Fotografie besteht im Fotojournalismus und der Dokumentation über die Verdammten dieser Erde. Ricardo Rangel aus Mosambik war der bekannteste Vertreter, Sergio Santimano und andere gelten als seine Nachfolger und zugleich Innovatoren auf diesem Gebiet. In Südafrika hat sich die Fotografie von der Dokumentation des Befreiungskampfes, mit Paul Weinberg als einem der führenden Vertreter, dahingehend entwickelt, dass die Fotografen uns mit ihren Bildern nun gestatten, Gegenden zu betrachten, in die sich sonst keiner traut, zum Beispiel bestimmte Teile von Johannesburg. Nimmt man noch einige Schriftsteller wie Ivan Vladislavic, Phaswane Mpe und Marlene Niekerk hinzu, so zeigt sich in der südafrikanischen Fotokunst ein Bild des städtischen Lebens nach der Apartheid, das man in dieser Weise aus der Berichterstattung der offiziellen oder Massenmedien nicht kennt.

Fotografie in Afrika ist ein spezielles Genre, da sich die negativen und stereotypen Bilder von dem Kontinent so sehr in die westliche Sichtweise eingeschlichen und sie nachhaltig geprägt haben. «Afrika wird immer und immer wieder als Ort der homogenen Gewalt reproduziert», wie Okwui Enwezor in einem 2006 erschienenen Buch über zeitgenössische afrikanische Fotografie bemerkt. Dabei bietet afrikanische Fotografie einen reichen Fundus alternativer Bilder.

6. Die Künste in Afrika bilden einen Flickenteppich aus vielen verschiedenen Sprachen und Formen traditioneller und anderer Herkunft, der sich immer wieder neu zusammensetzt. Die Hybridität der kulturellen Formen erzählt uns etwas über das sich verändernde Muster der multiplen Identitäten in Afrika und über das komplexe Verhältnis der Diaspora zur Heimat.

Oft findet die Diskussion über Afrika unter einseitigen und fruchtlosen Bedingungen statt. Die Erscheinungsformen, Vorgangsweisen und Wertmaßstäbe werden entweder als afrikanisch oder nicht-afrikanisch eingeordnet. Diese falsche Dichotomie tritt sowohl in afrikanischen als auch in nicht-afrikanischen Debatten auf. Die zeitgenössische Kultur an sich stellt einen Kommentar zu deren Irrelevanz dar, da es überall Vermischung gibt und nirgendwo absolute Reinheit. Künstler in Afrika nehmen eine eher entspannte Haltung zu diesem Thema ein.

Die Idee der Reinheit in der Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des Nationalismus. Sowohl in Europa als auch in Afrika entfernen wir uns von der nationa-

listischen Prägung der Gesellschaft. Es existieren einige Ausnahmen, allen voran reaktionäre Regime, die keinen anderen Anspruch auf Legitimität haben als das Festhalten an nationalen Mythen der Reinheit. Aber generell scheint es zu einer zunehmenden Akzeptanz sowohl innerhalb als auch außerhalb Afrikas darüber zu kommen, dass die Welt tatsächlich eher von Hybridität als von Reinheit gekennzeichnet ist.

In der Spätzeit des Kolonialismus wurde die kulturelle Entwicklung in den Städten Afrikas als eine Schwächung der traditionellen kulturellen Praktiken und Strukturen angesehen. Dies beklagten vor allem die afrikanischen Traditionalisten und, aus anderen Gründen, die kolonialen Machthaber, die die Afrikaner nicht als Städter, sondern lediglich als sich in den Städten aufhaltende Arbeitskräfte betrachten wollten. Aus dem kolonialen Blickwinkel war das ländliche Afrika das «wahre» Afrika.

Die westliche Vorstellung, das urbane Afrika könne kein Träger authentischer Kultur sein, ist rückläufig, während parallel dazu die Verstädterung rasch voranschreitet. Heute zumindest würden viele in Afrika der allgemeinen Ansicht zustimmen, dass die urbane Szene (einschließlich der afrikanischen Diaspora) einen fruchtbaren Nährboden für kreative Innovationen in der Kulturszene bildet. Seit der Unabhängigkeit ist die Bevölkerung in den Städten immer weiter angewachsen, und damit ist zwangsläufig auch eine immer willkommener kulturelle Melange entstanden. Die selbst kreierten Sprachen wie Lingala im Kongo und Sheng in Nairobi sind Belege für eine kreative Resonanz. Viele der Songtexte werden in diesen Sprachen geschrieben und interpretiert.

Jean-Pierre Bekolos Film *Quartier Mozart* (1992) läutete die positive Akzeptanz der Hybridität ein. Er spielt in Douala, der zweitgrößten Stadt Kameruns, wo es tatsächlich einen Stadtteil namens Quartier Mozart gibt. Bekolo eignet sich Symbole der westlichen Moderne an und spielt mit ihnen. Es ist ein Film über und für die in der Zeit des Unabhängigkeitsprozesses geborene Generation, ohne jegliche Ideologie oder starres Festhalten am nationalistischen Befreiungskampf. Traditionelles wie auch amerikanische Popkultur – beides ist Bestandteil des Lebens dieser Generation.

7. Die künstlerischen Ausdrucksformen nehmen stets Bezug sowohl auf die Tradition als auch auf die Moderne und sind somit Teil des Strebens nach afrikanischer Modernität.

Das Zusammenführen von traditionellen und modernen Elementen bedeutet mehr als die bloße Umsetzung der Vielschichtigkeit. In ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen und Vermischungen wird die afrikanische Kunst per se zum Teil des spannenden Aufbaus der afrikanischen Moderne. Dies spiegelt sich schon allein in den verschiedenen Techniken der Kunst wider. Der Zelluloid-Film, dreidimensionale Malerei auf planen Oberflächen, synthetische Klangerweiterungen, der Roman – all dies wurde importiert, ist aber inzwischen zum festen Bestandteil des afrikanischen Ausdrucks geworden. Die gleichen Grenzüberschreitungen finden sich als Kernthema eines Großteils der künstleri-

schen Ausdrucksformen wieder, über denen der Disput zwischen Tradition und Moderne als übergeordnetes Thema schwebt.

8. Im heutigen Afrika wächst eine große Kluft, die sich besonders deutlich am globalen Zugang zu neuen Technologien einerseits und der Verschlimmerung der Armut mit steigendem Analphabetismus andererseits zeigt. Dabei diversifiziert sich das Afrika-Bild.

Die Armut in Afrika nimmt weiter zu, während zugleich der Zugang zur Mittelschicht und deren Lebensstil sowie zu technischen Hilfsmitteln einfacher wird. Die Informationstechnologie hat auch Afrika revolutioniert: mit Mobiltelefonen und, wenn auch nicht immer verlässlich, Internetzugang auf der einen Seite und mit dem Anwachsen der Armut und des Analphabetismus auf der anderen Seite sorgen simultane Prozesse für mehrere unterschiedliche Afrika-Bilder, die alle gleichermaßen authentisch sind. Nur die einen ohne die anderen wahrzunehmen, hieße auf einem Auge blind zu sein.

9. Indem Künstler einbezogen werden, wenn es im Norden um Fragen des sozialen Wandels in Afrika geht, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass unabhängige afrikanische Stimmen zu Wort kommen und in den Dialog über den jetzigen Zustand und die Zukunft Afrikas mit einfließen.

Wahrscheinlich ist der Anteil der Intellektuellen, die Künstler sind, in Afrika höher als im Norden. Eine Reihe von afrikanischen Künstlern lebt in der Diaspora; sie ist ein nicht zu vernachlässigendes Sammelbecken von Wissen und expressiven Fähigkeiten. Bezieht man die Künstler in Afrika und die afrikanischen Künstler in der Diaspora nicht mit in den Dialog ein, besonders über die ewige Frage «Wohin entwickelt sich Afrika?», vergibt man vielfältige Möglichkeiten.

10. Trifft der Norden auf zeitgenössische afrikanische Kunst, bieten sich ihm nicht allein neue Möglichkeiten des Lernens und Verstehens. Wie überall wird an dieser Kunst zudem der ästhetische Wert und das daraus resultierende Vergnügen geschätzt. Afrikanische Kunst hat zu Recht Respekt und globale Anerkennung verdient.

Die Kunst in all ihren verschiedenen Facetten ermöglicht die Umsetzung kreativer Energien und ästhetischer Ambitionen. In diesem Beitrag habe ich mich darauf konzentriert, die Kunst als Ausdrucksmittel von Gedanken und Gefühlen herauszustellen, doch letztendlich ist es die Ästhetik, die über Rezeption und Lebensdauer von Kunstwerken entscheidet.

Afrikanische Künstler sind nicht in erster Linie als Repräsentanten Afrikas zu verstehen; zunächst einmal sind sie Vertreter ihrer eigenen Kunst. Wie hier dargelegt, können die afrikanischen Künste mit ihren Inhalten Erhebliches leisten; sie sind mehr als nur Spiegel oder Messgeräte. Die kulturellen Ausdrucksformen afrikanischer Künstler verdienen Anerkennung und einen Platz in der globalen Kunstszene.

ANNETTE SCHEMMEL

Indépendance oder Interdependenz?

Ein kuratorisches Projekt zwischen Kamerun und
Europa

Wie können die öffentlichen Gedenkrituale und Feierlichkeiten zum diesjährigen 50. Jahrestag der Unabhängigkeit von 17 afrikanischen Staaten in einen nachhaltigen transkulturellen Dialog zwischen Kulturschaffenden umgesetzt werden? Welche politischen, künstlerischen, ökonomischen und sozialen Abhängigkeiten bestimmen unsere Arbeit als Künstler/innen und Kurator/innen diesseits und jenseits der Sahara?

Diese Fragen stehen am Beginn eines Projekts von Künstler/innen aus Kamerun und Europa, die sich einen erweiterten Begriff von Unabhängigkeit und verschiedene Formen von Interdependenz zum Thema gemacht haben. Interdependenzen sind wechselseitige Abhängigkeiten. In den sozialwissenschaftlichen Globalisierungstheorien werden diese häufig als charakteristisches Novum der «globalisierten Welt» bezeichnet – ein optimistisches Konzept, das von einem weitgehend hierarchiefreien Verhältnis der Weltteile zueinander ausgeht. Die folgenden Ausführungen zeigen einige Wechselbeziehungen zwischen Künstler/innen, Kunstbetrieb und politischen Kräfteverhältnissen, die im Rahmen unseres Projekts wirkmächtig werden.

Dépendance in Berlin

Lächelnd blicken zwei junge Männer auf ihre T-Shirts. «In» steht auf dem schwarzen T-Shirt des Weißen, «Dependance» auf dem weißen, das der Schwarze trägt. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand, aber sie lachen und sind sich der Irritation bewusst, die diese Verteilung der Silben des Wortes «indépendance» (frz. für Unabhängigkeit) auslöst. Die Künstler Alioum Moussa aus Kamerun und Maarten Vanden Eynde aus Belgien haben unter dem Titel *IN_DEPENDANCE* eine Aktion entwickelt, mit der sie Dialoge anstoßen wollen. Hinter der minimalen Gestaltung der T-Shirts steht das Statement der Künstler, dass «Afrika



**Alioum Moussa und Maarten Vanden Eynde: IN_DEPENDANCE. Posters, T-Shirts; 2010.
Foto: Marjolijn Dijkman.**

keineswegs unabhängig ist, da es weiterhin von den Interessen des globalen Nordens beeinflusst wird»¹. Die risikoreichen Migrationsversuche von Afrikaner/innen über das Mittelmeer in das verheißungsvolle Europa, das sich auf brutale Weise abschottet, kondensieren sich in den zwei Buchstaben von «in», die der europäische Künstler auf der Brust trägt.

Im Sommer 2010 wurde dieses Projekt als Plakat zum Mitnehmen im Rahmen einer Gruppenausstellung im Kunstraum Savvy Contemporary in Berlin präsentiert. Die Ausstellung mit dem Titel *Stardust in a nutshell* brachte – als Vorschau auf die Neuproduktionen – zehn Kunstwerke zusammen, die auf der Achse Kamerun-Europa entstanden sind. Darunter war auch die Arbeit *Pah'bèt* der Schweizer Künstlerin Dunja Herzog, die klischeehafte Erwartungshaltungen gegenüber «Afrikanischer Kunst» parodiert. In Zusammenarbeit mit Kunsthandwerkern aus der Bronzestadt Foumban hat sie zwei kleine Bronzetierrchen gefertigt und dazu ein Fruchtbarkeitsritual erdacht und inszeniert. Letzteres wird in einer quasi-ethnologischen Publikation präsentiert. Dieser humorvolle, aber reflektierte und selbstkritische künstlerische Ansatz ist richtungsweisend für unsere Arbeit im historisch belasteten Kontext der europäisch-afrikanischen Beziehungen.

¹ Siehe Interview im Ausstellungskatalog *Stardust in a nutshell*, Berlin 2010. Zu beziehen über www.savvycontemporary.com.



Dunja Herzog: *Pah'bèt*. Zwei Bronzeobjekte, 2006/07

In der Ausstellung wurden neben Publikationen aus der dynamischen Kunstszene Doualas auch ein Fotoalbum von 1919 gezeigt, das ein in der Kolonie Kamerun stationierter, deutscher Schutzmachtsoldat für seine Familie zu Hause angelegt hatte. Es stammt von der deutschen Schwiegerfamilie des in Kamerun geborenen künstlerischen Leiters von Savvy Contemporary, Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung. Für viele Besucher/innen dürfte dies der erste Kontakt mit der deutschen Kolonialvergangenheit in Kamerun gewesen sein, denn das Bewusstsein für diesen Teil der Geschichte, der weit vor dem Abschluss der sogenannten Schutzverträge 1884 seinen Anfang nahm, ist in Deutschland sehr schwach ausgeprägt.

Frankreich und England hatten die Verwaltung des Landes nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1919 als UN-Schutzmandat übernommen. Rechtzeitig vor der formalen Dekolonisierung und der Enthronisierung des ersten kamerunischen Präsidenten, Ahmadou Ahidjo, am 1. Januar 1960 ließ sich Frankreich die Bodenschätze des Landes vertraglich überschreiben. Es folgte die systematische Auslöschung der Volkspartei UPC, die mithilfe der französischen Armee um eine weiter reichende Unabhängigkeit gekämpft hatte. Dies sind bis heute politisch brisante Themen in Kamerun, die die Freude über

die Unabhängigkeit für viele trüben.² Die Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Unabhängigkeitsjubiläum Anfang 2010 wurden zwar pompös inszeniert, von der Bevölkerung aber wenig begeistert aufgenommen. Die Agence France-Presse berichtete von Studenten, die bezahlt werden mussten, um als *Claqueurs* die Säle der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zu füllen.

L'art de l'indépendance, Embedded Institutional Critique oder einfach Meinungsfreiheit?

Unabhängige Meinungsäußerung und zweckfreier Selbstausdruck sind die gesellschaftlichen Funktionen, die zeitgenössische Künstler/innen in den westlichen Demokratien erfüllen. Der «autonome Künstler» ist ein Idealbild der Moderne. Solche Idealbilder würden sich nie vom Staat instrumentalisieren lassen, ihre realen Kollegen schon eher. Dass auch unter demokratischen Verhältnissen politische und institutionelle Interessen die Kunst beeinflussen, ist nicht neu. Dieses Problem ist das Thema der *Institutional Critique*, die mehrere Künstlergenerationen im euro-amerikanischen Kunstbetrieb seit den 1960er Jahren artikulieren. Insbesondere projektbasiert und ortsspezifisch arbeitende Künstler/innen, die eingeladen werden, ihre Autonomie unter Beweis zu stellen, indem sie kritische Kommentare zur Gesellschaft und auch zur ausstellenden Institution selbst abgeben, befinden sich in finanzieller und symbolischer Abhängigkeit von ihren Gastgebern – eine paradoxe Position, mit der jede Künstlerin und jeder Künstler in ihren jeweiligen Projekten umgehen müssen. Die New Yorkerin Andrea Fraser fasst für alle Künstler/innen zusammen: «Dependence is the condition of our autonomy.»³ In den meisten Fällen kann diese Form der Abhängigkeit aber mit den Vertretern der Institution auf Augenhöhe verhandelt werden.

Ziemlich abgehoben nehmen sich diese Überlegungen, die im westlichen Kunstbetrieb zum kritischen Selbstverständnis gehören, angesichts der Situation in Ländern mit deutlich eingeschränkten zivilen Freiheiten aus. Künstler/innen in Kamerun sind zusätzlich von der Informalisierung des öffentlichen Sektors bedroht, die zu willkürlichen Übergriffen der staatlich legitimierten, aber korrupten Ordnungshüter führt. Im Zusammenhang mit der Dokumentation der Berliner Gruppenausstellung *Stardust in a nutshell* wurde das Paket mit den Katalogexemplaren für die kamerunischen Teilnehmer in Douala von der Polizei zu Kontrollzwecken geöffnet und einige Künstler wurden vorgeladen. Sie sollten sich rechtfertigen für ihre künstlerischen Arbeiten und das angeblich negative Bild, das sie im Ausland von Kamerun verbreitet hätten; gerade das Medium Fotografie wird in Kamerun sehr argwöhnisch beäugt. Künstlerische Unabhängigkeit – das hieße an dieser Stelle zunächst einmal Meinungsfrei-

2 Mehr dazu im Film *Cameroun. Autopsie d'une Indépendance* von Valérie Osouf und Gaëlle le Roy, Frankreich 2007, 52 min.

3 Fraser, Andrea: «How to Provide an Artistic Service: An Introduction», Manuskript zu einem Vortrag im *Depot*, Wien 1994.

heit und die Freiheit, mit künstlerischen Mitteln zu zeigen, was die Gegenwart kennzeichnet.

Asymmetrische Interdependenzen

Kunstinstitutionen in demokratischen Ländern sind Plattformen für Arbeiten, die Künstler/innen andernorts in Schwierigkeiten bringen, und erfüllen damit eine wichtige emanzipatorische Funktion. Sie handeln damit aber auch im eigenen Interesse, denn sie sind seitens ihres Publikums mit einer wachsenden Nachfrage nach kultureller Differenz konfrontiert, die die «exotischen» Gäste bedienen können.⁴ Der Kunstbetrieb feiert dementsprechend spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends seine Öffnung für Künstler/innen aus anderen Weltregionen. Diese wird auch gern mit einer wachsenden Zahl von global gestreuten Biennalen, Museen und Artist-in-Residence-Programmen in Zusammenhang gebracht.⁵

Die Soziologin Larissa Buchholz zeigt jedoch mit Rückgriff auf Pierre Bourdieu, dass die vermeintlich machtfreien Interdependenzen zwischen Nord und Süd im Kunstfeld weiterhin deutlich asymmetrisch sind.⁶ Im globalen Wettkampf um Aufmerksamkeit bestehen für Kulturproduzent/innen aus dem globalen Süden noch immer massive Ungleichheiten im Hinblick auf Reise- und Meinungsfreiheit, Ausbildung, staatliche Förderung oder Zugang zu Institutionen, die das symbolische Kapital besitzen, neue Kunst auf dem Markt zu legitimieren. Denn diese Institutionen konzentrieren sich nach wie vor in den alten Kunstzentren Europas und den USA und wer eingeladen wird, entscheidet sich dort.

Das ist also der thematische Steinbruch für das Ausstellungsprojekt mit dem Arbeitstitel *inTERdependence*: politische Unabhängigkeit im Zusammenhang mit der Kolonialgeschichte, In- und Exklusionsmechanismen des westlichen Kunstbetriebs, Ideale von künstlerischer Autonomie und das jeweils subjektive Erleben von Unabhängigkeit. Die Tatsache, dass je ein/e europäische/r und eine/r kamerunische/r Künstler/in zusammenarbeiten, wird neue Interdependenzen und Abhängigkeiten hervorbringen, die es produktiv zu machen gilt.

4 Vgl. Belting, Hans: «Contemporary art as global art. A critical estimate». In: Belting, Hans; Buddensieg, Andrea (Hrsg.): *The Global Art World. Audiences, Markets and Museums*. Ostfildern 2009, S. 40..

5 Vgl. Wuggenig, Ulf: «Fictions, Myths, Realities. Centres, Peripheries and Art». In: Alvim, Fernando; Munder, Heike; Wuggenig, Ulf: *The next flag. The African Sniper Reader*. Zürich 2005, S. 24-51.

6 Buchholz, Larissa: «Feldtheorie und Globalisierung».. In: v. Bismarck, Beatrice; Kaufmann, Therese; Wuggenig, Ulf: *Nach Bourdieu. Visualität, Kunst, Politik*, Wien, 2008, S. 218. Siehe auch Bydler, Charlotte: *The Global Art World Inc. On the globalization of contemporary art*, Uppsala 2004.



Modische Varianten des *pagne* zum Internationalen Tag der Frau 2010
Fotos: M. Dijkman (oben), A. Schemmel (unten)

Erinnerungsstoffe

In Kamerun wie in ganz West- und Zentralafrika werden bedruckte Baumwollstoffe als *pagnes* im Ballen von sechs Yards – der Standardstoffmenge für ein Kleid – verkauft. Die sogenannten Erinnerungsstoffe zeigen Motivkombinationen, die sich um ein erinnerungswürdiges Ereignis gruppieren. Sie sind aus Fotos, Slogans, instruktiven Zeichnungen und Symbolen zusammengesetzt. Die so erinnerten Ereignisse können privater, nationaler und globaler Natur sein, sie reichen von Hochzeiten über Staatsbesuche bis hin zu Gedenktagen der UNO. Die Frauen, die die prachtvollen und individuell geschneiderten Kleider aus diesen Stoffen tragen, fungieren als Botschafterinnen im wörtlichen Sinn.

Die holländische Künstlerin Marjolijn Dijkman (im rechten Bild) und der Journalist und Kunstkritiker Lionel Manga aus Douala haben sich die Frage gestellt, wie ein *pagne* zum 100. Jubiläum der kamerunischen Unabhängigkeit aussehen müsste? Welche Errungenschaften sollten gefeiert, welche Farben und Symbole genutzt werden, welche Fotos gezeigt und welche didaktischen Botschaften verbreitet werden? Schließlich ist es nie zu früh, Visionen für eine bessere Zukunft zu entwickeln!



JEAN-PIERRE MARA

Zentralafrikanische Republik

Fürs Erste unabhängig

Als einer, der so alt ist wie sein Land – ich wurde 1960 geboren, im selben Jahr, in dem die Zentralafrikanische Republik unabhängig wurde –, gehöre ich zu denen, die denken, dass den Staaten Afrikas die Unabhängigkeit zu früh gewährt wurde.

Oder anders herum ausgedrückt: Die afrikanischen Staaten, die 1960 unabhängig wurden, waren nicht entsprechend darauf vorbereitet. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Kolonialherr die Unabhängigkeit nicht hinreichend vorbereitet hatte. In der Zeit von Anfang bis Mitte August 1960 erhielt eine ganze Reihe von Staaten die Unabhängigkeit, die international proklamiert wurde. Innerhalb von nur einigen Tagen, die gerade genug Zeit für eine kurze Rundreise von Land zu Land ließen, sagte man der Bevölkerung «Ihr seid jetzt unabhängig», und dann ging es einfach weiter wie zuvor.

Es handelte sich also – so sahen wir das damals – um eine Unabhängigkeit auf dem Papier, denn in Wirklichkeit gab es gar keine Unabhängigkeit. Natürlich: Die Männer, die für die Unabhängigkeit gekämpft hatten, waren viel unterwegs, und wir wussten schon, dass sie die Väter der Unabhängigkeit waren. Als Kinder sangen wir Lieder auf sie, ohne dass wir so recht wussten, was das alles bedeutete.

Später, in den 1970er Jahren, hörte ich die Leute oft sagen: «Wann hört denn nun endlich die Unabhängigkeit wieder auf?» Die Unabhängigkeit hatte den Menschen nicht das gebracht, was sie hätte bringen sollen. Das gilt ganz besonders für die Bauern. Da sie keine Veränderung im Land sahen, meinten sie damals, es handele sich nur um eine Periode des Übergangs. Irgendwann würde dann Frankreich wieder zurückkommen.

Seit dieser Zeit hat niemand mehr so gesprochen. Aber da ich intellektuelle Ambitionen hatte, fing ich an, mich dafür zu interessieren, wie es denn nun wirklich um die Bauern und auch die anderen bestellt war.

Natürlich lebe auch ich lieber in einem unabhängigen Staat als unter kolonialer Herrschaft. Aber auf der anderen Seite glaube ich auch, dass die Unabhängigkeit uns nicht nur Gutes gebracht hat.

Vor allem die Entfremdung. Alle diejenigen, die uns regieren – mit der Kraft der Unabhängigkeit und mit ihren Formalien –, haben uns eine bestimmte Haltung eingepflanzt: Natürlich sind wir unabhängig, doch letztlich müssen wir alles auf die gleiche Weise tun wie damals der Kolonialherr.

Meine Generation sieht die Unabhängigkeit aus zwei unterschiedlichen Perspektiven: Wir sind unabhängig, weil die Politiker unseres Landes Entscheidungen selbständig treffen. Zugleich erkennen wir, dass wir so schrecklich unabhängig nun auch wieder nicht sind. Es gibt alte und neue Abhängigkeiten. Und mit dieser Ambivalenz müssen wir wohl leben.



WILFRIED N'SONDÉ

Republik Kongo

Von der Wiedererlangung der Würde

Bereits als Kind habe ich verstanden, dass der 15. August 1960 ein sehr wichtiges Datum für den Kongo ist: der Tag, an dem der Kongo die Unabhängigkeit erlangte. Für die Generation meines Vaters, die das koloniale System miterlebt hat, hat dieser Tag den Status beider Seiten grundlegend verändert. Waren Kongolesinnen und Kongolesen gestern noch *indigènes* – und somit Menschen zweiter Klasse, die den Weißen unterstellt waren –, wurden sie mit diesem Tag zu vollwertigen Bürgerinnen und Bürgern.

Ich habe die Unabhängigkeit durch die Erzählungen meines Vaters erlebt. Er versuchte mir seine Inbrunst des wiederentdeckten Stolzes zu vermitteln. Der 15. August 1960 hat aus ihm einen aufrechten Mann gemacht. Mit einem Mal gehörte nicht nur der Kongo, sondern die ganze Welt uns; alle Grenzen waren gefallen und die Zukunft stand allen offen.

Ich glaube, es ist schwierig die Bedeutung und das Gewicht dieses Ereignisses zu erfassen, wenn man die Zeit der Kolonisation nicht am eigenen Leib erfahren hat. Für mich ist die symbolische Kraft des 15. August 1960 nicht besonders stark; ohne Zweifel, weil ich in einem freien Land geboren bin, das die ersten Jahre der Freiheit in einen Freudenrausch versetzt hatte. Es war eine Zeit, in der alle Hoffnung berechtigt schien, und als Kind badete ich in diesem überschwänglichen Optimismus, unberührt von der schmerzhaften Erinnerung an die Jahrzehnte voller Ungerechtigkeiten und Schikane. Für mich ist die Unabhängigkeit ein Anfang, für viele andere ist sie ein Ziel, eine Erfüllung.

Wenn ich meinem Vater und seinen Freunden dabei zuhörte, wie sie über die Unabhängigkeit redeten, spürte ich eine gewisse Magie in ihren Worten. Eine Art von innerem Aufruhr, den ich nie ganz begriff, vielleicht, weil ich die Erniedrigungen des kolonialen Systems nicht erleiden musste. Einer von den Freunden meines Vaters erzählte mit großer Verbitterung, dass er verhaftet und verprügelt wurde, weil er es gewagt hatte, einem Weißen in die Augen zu schauen ...

Was mich betrifft, ich habe immer in einem Verhältnis der Gleichheit mit allen anderen Menschen gelebt.

Abgesehen vom bedeutenden politischen Wandel scheint es mir, dass die Unabhängigkeit vor allem den Alltag der Kongolesinnen und Kongolesen verändert hat, indem sie ihnen ihre Selbstachtung und Würde zurückgab.

Unglücklicherweise hat jedoch der ständige Bezug auf dieses Datum als ein Schlüsselereignis in der Entwicklung des Landes die Kolonisierung und ihr Ende zu einem essenziellen Teil der Geschichte des Kongo erhoben. Doch diese Geschichte ist sehr viel älter und reicher. Die Geschichte des Kongo ist eben nicht nur durch die Phase der Herrschaft Frankreichs über das Land bestimmt – ebenso wenig stellt die Unabhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht das wichtigste Ereignis in der Geschichte des Kongo dar.



JEAN DIVASSA NYAMA

Gabun

Heldengedenken

Der Jahrestag des 17. August 1960 ist für mich keineswegs ein Festtag wie andere. Ich lebe in Libreville, der Hauptstadt Gabuns. Doch meine Heimat, die Provinz Nyanga im Süden des Landes, hat traumatische Erfahrungen mit dem Widerstand – eigentlich war es ein richtiger Krieg – gegen den kolonialen Vormarsch in den Jahren 1905 bis 1909 gemacht.

Daher ist dieser Tag ein Tag der Freude, den man mit Fröhlichkeit begeht. Es ist fast schon ein Ritual: Die Feier beginnt seit jeher am Abend des 16. August mit einem Fackelzug. Die Veteranen des Zweiten Weltkriegs, die Sicherheitskräfte und die Pfadfinder ziehen durch die Stadt und singen bis Mitternacht die Lieder der Befreiungsbewegung. Der Vormittag des 17. August beginnt mit der Niederlegung von Blumen am Mahnmal des Unbekannten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Die Fahnen werden gehisst, danach gibt es die üblichen Reden. Dann folgt auf dem großen Platz der Unabhängigkeit unter Beteiligung von Zivilisten ein militärischer Aufmarsch.

In den Stadtteilen laden sich die Verwandten, Nachbarn und Freunde gegenseitig zu richtigen Feiern ein. Schon am Nachmittag strömen die Menschen auf dem großen Platz zusammen, schauen bei traditionellen Tänzen zu, die unser kulturelles Erbe verdeutlichen. Die jungen Leute beteiligen sich mit verschiedenen Aktivitäten: Es werden sportliche Wettkämpfe veranstaltet, und die Sieger bekommen Geschenke. Üblicherweise ist für diesen Tag auch ein wichtiges Fußballspiel angesetzt. Das Fest des 17. August endet schließlich mit einer Art buntem Abend.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Begeisterung für dieses Jubiläum freilich geschwächt. Das Ein-Parteien-Regime von Präsident Bongo hat aus dem Fest eine Parteiveranstaltung gemacht. Die Folge: Den meisten Menschen ist die Bedeutung des Unabhängigkeitstags kaum mehr bewusst. Der Jahrestag hat seinen eigentlichen Inhalt verloren, und die wirklichen Helden der Unabhängigkeit werden kaum mehr geehrt.

Der 50. Jahrestag unserer Unabhängigkeit sollte dennoch als ein großes Fest begangen werden. Vor allem aber sollten wir derer gedenken, die dafür gekämpft

haben, dass unser Land endlich Herr seines eigenen Geschicks wurde und seinen Platz finden konnte im Konzert der Nationen. Zu diesen Helden gehören Menschen wie Wongo, Mbombé, Nyonde Makite, Ibobo, Mani Mitchindu, Emanetole und viele andere. Sie waren die Ersten, die gegen den Kolonialismus Widerstand leisteten, weil er uns auf grausame Weise unterdrückte und unsere Freiheiten beschchnitt.

50 Jahre sind für einen Menschen ein stattliches Alter. Es ist auch ein Alter, in dem man darüber nachdenkt, was von den großen Zielen, die man hatte, Wirklichkeit geworden ist.

Ich glaube fest daran, dass die Menschen Gabuns heute wissen, wie sich die Zukunft des Landes denken lässt. Das ist umso wichtiger, weil es ja gleich nach der Unabhängigkeit des Landes unbestreitbare Fehlentwicklungen gab. So sicherte im Jahr 1964 ein Staatsstreich mit französischer Militärhilfe dem Präsidenten der Unabhängigkeit, Léon M'ba, die Macht bis zu seinem Tode im November 1967. Sein Nachfolger, Präsident Omar Bongo, rief schon im März 1968 die Einheitspartei Parti Démocratique Gabonais (PDG) ins Leben, womit das Mehrparteien-System abgeschafft wurde und die individuellen Freiheiten der Bevölkerung weitgehend eingeschränkt wurden.

1990 kann man als das Jahr ansehen, in dem das Gewissen und das Verantwortungsgefühl erwachten. Die Conférence Nationale, die in diesem Jahr einberufen wurde, begann damit, das ungerechte System zu beenden, das zu einem Krebsgeschwür geworden war. Dennoch ist es auch heute noch nicht gelungen, das Übel gänzlich an den Wurzeln zu packen: Regionalismus, Kleptomanie der Bürokraten und Herrschenden, politischer Klientelismus und Herabsetzung Andersdenkender bestehen fort.

Alle diese Faktoren haben das Land daran gehindert, sich zu entfalten und zu entwickeln. Ich hoffe immer noch, dass unsere neue Regierung irgendwann einmal einsieht, dass es darauf ankommt, nicht immer wieder von Neuem die alten Fehler zu begehen.



NAFISSATOU DIA DIOUF

Senegal

Generationenwechsel

Unsere Führer lieben zwei Dinge: die Folklore und die eigene Stimme.

Folklore hat mein unabhängiges Land Tag und Nacht durchdrungen: die Euphorie meiner Eltern und ihrer Generation, als sie sangen und tanzten, herausgeputzt in ihren Hosen mit weitem Schlag, in ihren Mini-Röcken und mit der Zigarette im Mundwinkel. Der Einfluss der Kolonialherren war nicht weit.

Die Sprache dagegen war die Waffe der neuen Elite, der Menschen mit dem Seitenscheitel (soweit es jedenfalls ihre krausen Haare erlaubten). Die Beherrschung des Französischen erhob sie zu Menschen mit Schlips und Kragen, mit sorgfältig gebügelten Anzügen unter der bleiernen Sonne, also zu «Intellektuellen». Sie blickten verächtlich auf die ungebildeten (aber keineswegs dummen) Bauern hinab, die die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, aber weiter zum Schweigen verurteilt waren. Man erinnerte sich nur an sie, wenn gerade Wahlen anstanden – falls es denn überhaupt Wahlen gab. Die Politiker dagegen haben mit ihrer gepflegten Sprache die urbane Welt besetzt, also die Salons (nach Pariser Stil ausgestattet), die Versammlungen, die öffentlichen Orte.

Außer dem Fest der Unabhängigkeit haben meine Landsleute wenig Gelegenheit zum Singen und Tanzen gehabt. Sie merkten sehr schnell, dass es keine Unabhängigkeit geben kann ohne ökonomische Macht, dass es keine Selbstbestimmung gibt, wenn eine ganze Armee von Entwicklungshelfern (coopérants) und die internationalen Institutionen die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmen, als stünden wir unter ihrer Vormundschaft. Kurz gesagt: Es gibt keine Freiheit, wenn man die Möglichkeit und Mittel nicht hat, ganz einfach Nein zu sagen.

50 Jahre ... und jetzt? Die Menschen lieben ja immer noch die Jubiläen, die runden Zahlen, die Symbole. Aber jetzt und hier, machen wir uns nichts vor, gibt es nichts zu feiern!

Man gibt sich immer noch der langen Klage über die Desillusionierung hin. Die Lieder und Tänze erfreuen meine Generation nicht mehr, die inzwischen selbst erwachsen geworden ist. Die gewählten Worte der Politiker können uns nicht mehr einlullen: Ein leerer Bauch hat keine Ohren.

Das Land stirbt uns unter den Händen weg. Die Aufgabe, die sich uns stellt, ist sowohl salzig als auch bitter: Wir müssen einen Strich ziehen unter die Vergangenheit, wir müssen uns vom Misserfolg lösen, den Afro-Pessimismus beerdigen und mit aufgekremelten Ärmeln die Zukunft anpacken.

Für einen afrikanischen Weg zum Sozialismus

Auf dem Congrès Constitutif, dem erstenstituierenden Kongress der Parti de la Fédération Africaine («Partei der afrikanischen Föderation»), der vom 1. bis zum 3. Juli 1959 stattfand, hielt der senegalesische Politiker Léopold Sédar Senghor, der zugleich Mitglied der französischen Nationalversammlung war, eine Rede, die zu den grundlegenden Erklärungen des Aufbruchs Afrikas gegen Ende der 1950er Jahre gehört. Die Abgrenzung von Kommunismus einerseits und Kapitalismus andererseits hat exemplarischen Charakter.

(...) Wir sind keine Kommunisten. Bedeutet das, dass wir Antikommunismus betreiben? Keineswegs. Antikommunismus, «Hexenjagd», kann nur ein Resultat haben: die Ost-West-Spannung zu steigern, den Kalten Krieg zu unterhalten, der offensichtlich einen dritten Weltkrieg auszulösen droht. Die Menschheit würde sich von ihm nicht mehr erholen. Wir sind aus einem theoretischen Grund keine Kommunisten. Ihr erinnert euch an Lenins Definition der Materie. Sie ergibt sich aus einer einseitigen Konzeption, aus einem nur materialistischen und deterministischen Postulat. Stalin schreibt am Anfang von *Anarchismus oder Sozialismus?*: «Der Marxismus ist nicht nur die Theorie des Sozialismus, sondern eine in sich geschlossene Weltanschauung, ein philosophisches System (...)» Wir sind auch aus einem praktischen Grund keine Kommunisten. Denn die Sorge um die Menschenwürde, die Forderung der Freiheit – Freiheiten des Menschen, Freiheiten der Kollektivitäten, die Marxens Denken beseelen und ihm sein revolutionäres Ferment geben –, diese Sorge und diese Forderung werden vom Kommunismus, dessen wichtigste Spielart der Stalinismus darstellt, verkannt.

Die «Diktatur des Proletariats», die nur eine vorübergehende Etappe sein sollte, wird zur Diktatur des Staates und der Partei und verewigt sich. «Der Sowjetunion», sagte uns Mamadou Dia bei seiner Rückkehr aus Moskau, «ist der Aufbau des Sozialismus gelungen, aber die Religion, die Seele hat dabei Schaden gelitten.» Das Paradox des sozialistischen Aufbaus in den kommunistischen Ländern, wenigstens in der UdSSR, besteht darin, dass er mehr und mehr dem kapitalistischen Aufbau in den Vereinigten Staaten von Amerika ähnelt, dem *american way of life* mit hohen Löhnen, Kühlschränken, Waschmaschinen und Fernsehempfängern; abzüglich einer gewissen Freiheit des Denkens und der Kunst.

Deswegen sind wir nicht für das Regime des liberalen Kapitalismus und des *free enterprise*. Wir können die Augen nicht verschließen vor der Rassen-Segregation, mag auch die US-Bundesregierung sie bekämpfen, und auch nicht davor, dass der materielle Erfolg zum Rang eines Lebensstils erhoben wird. Wir sind für einen mittleren Weg, für einen demokratischen Sozialismus, einen Sozialismus, der bis zur Integration spiritueller Werte geht, einen Sozialismus, der an die alte ethische Strömung der französischen Sozialisten anknüpft.

Historisch und kulturell stehen wir in dieser Strömung. Im Übrigen sind die französischen Sozialisten – von Saint-Simon bis zu dem Léon Blum von *À l'échelle humaine* – nicht so utopisch, wie man behauptet. In dem Maße, wie sie Idealisten sind, antworten sie auf die Forderungen der negro-afrikanischen Seele, auf die Forderungen des Menschen aller Rassen und aller Länder. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, das ist der Titel des Romans von Dudinzew, eines Sowjetrussen, den die Russen in einem Zug lasen. Chruschtschow verhehlt das nicht: Die Entstalinisierung wurde von der Basis erzwungen, vom Streben nach Freiheit, vom Hunger nach «spiritueller Nahrung».

Zum Abschluss seiner Reportage über die Deutsche Demokratische Republik (das kommunistische Deutschland) schreibt Michel Bosquet: «Aber als ich ihn frage (den Vorsitzenden der Gewerkschaftsleitung im Betrieb 8. Mai), was die Arbeiter fordern, antwortet er: «Heute wollen sie Fernsehen und Motorrad. Wenn sie das einmal haben, werden sie Verkürzung der Arbeitszeit fordern ... Danach? Ich kann Ihnen nur meine persönliche Antwort geben ... Was ich gern hätte, was mir fehlt, ist mehr gute Literatur.»

Dieses Faktum stellen wir neben ein anderes Faktum – aus Amerika: das Interesse für das kontemplative Leben als Reaktion gegen den Maschinismus der Umwelt. Die Proportion von Priestern und Ordensleuten ist bei den amerikanischen Katholiken so hoch wie sonst kaum auf der Welt.

Dieses Verlangen nach Freiheit, dieser Hunger nach spiritueller Nahrung, verstärkt durch die moralische Tradition des französischen Sozialismus, erklären, warum so viele französische Marxisten sich in den letzten Jahren vom Stalinismus und sogar vom Kommunismus distanzieren: Henri Lefebvre, Pierre Fougereyrollas, Edgar Morin neben anderen, die uns in schmerzvollen und klaren Büchern ihre Gründe vorlegen. Ihr wichtigster und gemeinsamer Grund ist, dass die Partei heute den Einzelnen unter dem Kollektiv vergisst, die Person unter der Klasse, dass sie die Realität hinter dem Schirm der Ideologie verbirgt.

Wenn wir über diese Fälle nachdenken, entdecken wir, dass Marx selbst «in Frage gestellt» wird, nicht nur der Marxismus – außer vielleicht von Lefebvre. Denn wenn der Marxismus die Person ignoriert, so deshalb, weil Marx jene «natürliche Determination» nicht genügend beachtete, die Nation heißt und die durch die Klasse nicht ausgelöscht wird. Marx unterschätzte den politischen und nationalen Idealismus, der mit der Revolution von 1789 in Frankreich aus den Ruinen der alten Vaterländer geboren wurde und die ganze Welt gewann, während er in Frankreich selbst immer stärker wurde. «Gerechtigkeit», schreibt Marx, «Menschheit», «Freiheit», «Gleichheit», «Brüderlichkeit», «Unabhängigkeit»



Bundesarchiv

Friedenspreis für Léopold Sédar Senghor

(...), diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die so schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen absolut nichts beweisen (...)» Hört ihr: Unabhängigkeit. Wenn der Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus heute auf die Erde zurückkehrte, würde er voller Schreck erkennen, dass diese «Chimären», wie er sie nennt, und allen voran die Nation, lebendige Realitäten des 20. Jahrhunderts sind.

Was blieb von der Revolution des Jahres 1789? Eine politische Doktrin und Technik, die heute selbst von gläubigen Katholiken akzeptiert werden. Der «Kult der Göttin Vernunft» war nur ein Strohfeuer. An diesem Beispiel ernüchert sich der Marxismus. Von ihm wird gewiss eine Wirtschaftsdoktrin und eine Wirtschaftstechnik bleiben, umso mehr, da diese an sich weder den christlichen noch den islamischen Lehren widersprechen – ganz im Gegenteil.

Jetzt jedoch ist eine dritte Revolution im Gange, als Reaktion auf den kapitalistischen und den kommunistischen Materialismus, und sie wird die moralischen (wenn nicht religiösen) Werte mit den politischen und wirtschaftlichen Beiträgen der beiden großen Revolutionen integrieren. In dieser Revolution müssen die farbigen Völker, die Negro-Afrikaner neben anderen, ihre Rolle

spielen; sie müssen ihren Beitrag zum Aufbau der neuen planetarischen Zivilisation leisten. Wie Aimé Césaire sagt, «sie werden nicht mit leeren Händen zum Rendez-vous des Gebens und Empfangens kommen».

Entnommen aus Ansprenger, Franz: Politik im Schwarzen Afrika, Westdeutscher Verlag, Opladen 1961.

Der senegalesische Dichter und Politiker **Léopold Sédar Senghor** (geboren 1906 in Joal, Senegal, gestorben 2001 in Frankreich) gehört zu den legendären Persönlichkeiten Afrikas. Vom Zeitpunkt der Unabhängigkeit seines Landes am 20. August 1960 bis Ende 1980 war er Präsident des Senegal. Anders als viele andere afrikanische Präsidenten trat er Ende 1980 freiwillig vom Amt zurück und übergab es an seinen designierten Nachfolger Abdou Diouf, der bereits vorher Ministerpräsident der Republik Senegal gewesen war.

Schon Senghors persönlicher und politischer Werdegang zeigt, wie sehr es ihm um eine Verbindung des kaum miteinander Versöhnlichen ging. 1928 ging er zum Studium nach Paris, wo er 1933 an der Gründung der Vereinigung westafrikanischer Studenten beteiligt war. Er befasste sich eingehend mit europäischer Literatur und erlangte 1935 als erster Afrikaner den Hochschulabschluss in klassischer Philologie. Mittlerweile war er französischer Staatsbürger geworden. Schon früh begann er, Gedichte zu schreiben. Zusammen mit Aimé Césaire und weiteren Intellektuellen aus dem frankophonen Afrika und der Karibik entwickelte er die Idee der Négritude, die auf besondere Weise dem Selbstbewusstsein der Schwarzen Ausdruck verleihen sollte.

1940 geriet er als französischer Offizier in deutsche Kriegsgefangenschaft und entging zusammen mit anderen Soldaten schwarzer Hautfarbe nur knapp der Erschießung. Als Kriegsgefangener las er unter anderem Schriften des deutschen Ethnologen und Afrikaforschers Leo Frobenius, was seine Weiterentwicklung des Konzeptes der Négritude beeinflussen sollte.

Nach der Befreiung 1945 arbeitete er zunächst wieder als Gymnasiallehrer, wurde aber noch 1945 Abgeordneter der damaligen Sozialistischen Partei Frankreichs SFIO in dem neuen Wahlbezirk Senegal-Mauretanien. 1946 heiratete er die Tochter des Generalgouverneurs von Französisch-Äquatorialafrika, des aus der Karibik stammenden Félix Éboué, der ein einflussreicher Förderer der afrikanischen nationalen Bewegungen werden sollte. 1948 wurde Senghor Mitbegründer des gemäßigten linken Bloc démocratique sénégalais und ab 1951 Staatssekretär. Er blieb eine der wichtigsten politischen Persönlichkeiten der Union Française bis zu deren Ende 1960 und der Unabhängigkeit seines Landes am 20. August 1960.

Neben seiner politischen Arbeit ging es ihm freilich auch immer um den Kontakt mit Kulturschaffenden. Schon 1950 hatte sich Senghor mit dem deutschen Schriftsteller Janheinz Jahn angefreundet, dessen Überset-

zungen und Publikationen das (westdeutsche) Afrika-Bild entscheidend veränderten und modernisierten, woran Senghor einen gewissen Anteil hatte, zumal er sich gelegentlich rühmte, Goethes Gedichte im Original gelesen zu haben.

1968 wurde er mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet, wobei seine Vorstellung eines europäisch-afrikanischen Humanismus im Vordergrund stand. Im Vorfeld dieser Auszeichnung kam es in Frankfurt am Main zu öffentlichen Protesten, weil, wie es hieß, Senghor ein «afrikanischer Ideologe des Kolonialismus und Neokolonialismus» sei. Zuvor hatte es in der senegalesischen Hauptstadt Dakar im Mai 1968 einen Generalstreik gegeben, in dessen Verlauf Armee und Polizei eingriffen und es eine nicht mehr zu verifizierende Zahl von Toten gab (darunter besonders viele Studenten).

Im Juni 1983 wurde Senghor als erster Afrikaner Mitglied der Académie française. Auch erhielt er nach seinem Abgang als Politiker und Präsident noch eine ganze Reihe von Auszeichnungen in Afrika, Frankreich und andernorts; so wurde 1990 im ägyptischen Alexandria eine neu gegründete Universität nach ihm benannt.

Von Kritikern aus unterschiedlichen ideologischen Lagern wurde Senghor oft vorgeworfen, dass er sich kulturell und politisch zu sehr an Europa orientiere und zu wenig versuche, eine eigenständige afrikanische Identität aufzubauen. Zudem habe er sich den ehemaligen Kolonialmächten gegenüber zu versöhnungsbereit gezeigt.

Seine große Bedeutung als Staatsmann und Poet hat das in Afrika und auch in Europa freilich kaum beeinträchtigt.

P. R.



OUSMANE DIARRA

Mali

Der Gipfel des Glücks

Dass es so etwas wie Unabhängigkeit gibt, habe ich zum ersten Mal bemerkt, als ich noch nicht zur Schule ging. Ich war Viehhirte und ging hinter den Tieren her, als plötzlich irgendwo die Nationalhymne auf Französisch erklang. Die Musik kam aus einem Radio, von jemandem, der auf dem Fahrrad vorbeifuhr. Das Lied erschien mir zunächst sehr eigenartig, aber dann habe ich mich ein wenig inspirieren lassen und fing zu brummen an: *Tklo, tkla, matékalolao, tklo, tkla, matékalolalo*. All das hatte natürlich keinerlei Bedeutung; es war nur Lautmalerei, die Nachahmung eines Kindes.

Den Kampf um die Unabhängigkeit habe ich nicht selbst erlebt. Überhaupt bin ich mir des Landes, in dem ich lebte, erst dann bewusst geworden, als ich mir auch meiner eigenen Existenz bewusster wurde – in etwa nach dem Staatsstreich von 1986. Richtig aufgewacht bin ich dann erst, als ich nach Bamako kam.

Die Tatsache, dass ich schreibe, hat viel mit Unabhängigkeit zu tun. Ich schreibe, weil ich im Kopf frei bin. Das ist das Wichtigste, diese Freiheit ist in meinem Kopf gespeichert. Und wenn ich schreibe, schreibe ich wirklich frei. Die Tatsache, dass ich in einem unabhängigen Land lebe, in einer Nation mit einem Namen, mit einer Fahne, in einem Land, das in der Welt vertreten ist, das ist – wie soll ich es ausdrücken? – der Gipfel des Glücks.

Ich weiß nicht, wer ich geworden wäre, wenn ich während der Kolonialzeit gelebt hätte. Ich wäre sicher ein ganz anderer Mensch, ich wäre sicher auch ein anderer Autor geworden. Es gibt nichts Wichtigeres für mich, als zu wissen, dass ich zu einem Land gehöre, das seinen Platz in der Welt hat und eine Geschichte, die bis in uralte Zeiten zurückreicht – auch wenn man ihm all das lange abgesprochen hat.

Ich habe eine Persönlichkeit, bin eine eigenständige, freie Person durch die Freiheit meines Landes.

Afrikas zweigleisige Ökonomie

2010 jährt sich für viele afrikanische Staaten der Tag ihrer Unabhängigkeit zum 50. Mal. Gibt es heute, angesichts des Zustands der Volkswirtschaften Afrikas, viel zu feiern? Der durch die Kreditkrise von 2008 ausgelöste weltweite wirtschaftliche Abschwung und die Erschütterungen der Finanzmärkte belasten die Haushalte der afrikanischen Staaten. 2009 haben sich, außer in Ghana und wenigen anderen Staaten, die Haushaltsbilanzen verschlechtert. Da jedoch während der vorangegangenen Wachstumsperioden mit öffentlichen Mitteln sparsam gewirtschaftet wurde, stand, im Vergleich zu früheren Krisen, eine nicht geringe Zahl afrikanischer Staaten zu Beginn der gegenwärtigen Krise finanzpolitisch besser da.

In Afrika wuchs 2009 das Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 1,6 Prozent – deutlich weniger als die 5,7 Prozent zwischen 2002 und 2008, aber dennoch ein Wachstum. Hauptgrund dafür ist die weltweite Nachfrage nach Afrikas Ressourcen und Landflächen, die von den Schwellenländern angetrieben wird. Vor allem China hat diesen Wandel bewirkt – seit 2003 hat das Land sein Handelsvolumen mit Afrika verfünffacht. Darüber hinaus haben mehrere afrikanische Staaten langfristig angelegte Reformpläne umgesetzt, durch die sich das Investitions- und Geschäftsklima trotz der großen Herausforderung, die die Krise bedeutet, verbessert hat.

Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Risiken wie Unwetter, militärische Auseinandersetzungen und politische Unruhen, die die hart erkämpften sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften wieder gefährden können. Am stärksten aus dem Gleichgewicht ist Afrika jedoch durch die zweigeteilte Natur seiner Wirtschafts- und – wichtiger noch – Finanzsysteme. Hier entstehen zweierlei Afrikas: eine moderne Wirtschaft und eine Bargeldwirtschaft.

Die öffentliche Ordnung ist ganz auf die moderne Wirtschaft orientiert, die als Eckpfeiler ökonomischer Stärke angesehen und anhand der die Leistungsfähigkeit bemessen wird. Die finanzielle Infrastruktur einer modernen Wirtschaft besteht aus einer Reihe von Regeln – rechtlichen, ordnungspolitischen, buchhalterischen, solchen, die sich auf die Kreditwürdigkeit beziehen – sowie aus einem Zahlungs- und Abrechnungssystem. Nationale Zahlungssysteme bedienen elektronische Zahlungsmittel und -dienste. Über ein zwischenbankliches System zur Übertragung von Mitteln in hohem Volumen werden Transaktionen in Echtzeit abgewickelt, wodurch für die Teilnehmenden das Risiko von Kreditausfällen verschwindet, sich der Mittelumlauf erhöht und sich finanzpolitische Maßnahmen einfacher umsetzen lassen. Banken haben die

Möglichkeit, ihre Liquidität in Echtzeit zu überprüfen und können so kostensparend investieren.

Allerdings haben nur wenige eingetragene Finanzinstitutionen Zugang zu diesem Zahlungssystem, und dabei handelt es sich fast ausschließlich um die Ableger westlicher Geschäftsbanken. Finanzinstitutionen, die keine Banken sind – beispielsweise Wechselstuben, Postämter oder Mikrokredit-Institutionen –, sind zu diesem System nicht zugelassen, ganz gleich, wie solide ihre geschäftliche Lage auch ist. Verschlimmert wird diese Vereinnahmung der nationalen Zahlungssysteme durch die Banken noch durch Exklusivverträge, die Banken und die Anbieter von Geldtransfers wie Western Union mit den meisten afrikanischen Staaten geschlossen haben. Durch diese Vereinbarungen werden Finanzinstitutionen, die keine Banken sind, von dem sehr lukrativen Markt für Auslandstransfers durch Migranten ausgeschlossen. Das Geld, das Afrikaner aus dem Ausland in die Heimat überweisen, trägt bedeutend zum wirtschaftlichen Wachstum in der Region bei.

Landflucht und Verstädterung haben andererseits eine dynamische informelle Branche entstehen lassen, die von der modernen Wirtschaft jedoch ganz abgeschnitten ist. Auch wenn Vertreter afrikanischer Staaten diesen Bereich wenig beachten, trägt die Bargeldwirtschaft doch erheblich zur Entwicklung der Produktionskapazitäten in der Region bei. Über 90 Prozent aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und 75 Prozent im Einzelhandel basieren auf dieser Branche. Trotz dieser entscheidenden Rolle hat der informelle Sektor jedoch keinen Zugang zum gängigen Kreditwesen. Kredite können informell arbeitende Unternehmer nur von Mikrokredit-Institutionen erhalten.

Die Staaten Afrikas müssen endlich erkennen, dass die Entwicklung in ihren Ländern einen großen Schritt vorangebracht werden kann, wenn es gelingt, den informellen Sektor zu modernisieren und in die moderne Wirtschaft zu integrieren. Einige Länder haben hier erste Schritte unternommen. Nigeria hat keine Exklusivverträge abgeschlossen, und das kürzlich neu geordnete Bankenwesen des Landes hat in diesem Bereich erhebliche Fortschritte gemacht. Ruanda hat Exklusivverträge offiziell verboten und versucht, Mikrokredit-Institutionen zu Zahlungsdienstleistern zu machen. Die South African Reserve Bank hat innerhalb des nationalen Zahlungssystems eine Nische für Mikrokredit-Institutionen und andere nicht-bankliche Finanzdienstleister geschaffen, und das nationale Zahlungssystem Malawis steht nicht-banklichen Finanzdienstleistern offen.

Wenn Mikrokredit-Institutionen Zugang zu nationalen und regionalen Zahlungssystemen und elektronischen Handelsplattformen bekommen, werden sie auch für den Einzelhandel und die Privatwirtschaft als Banken interessant. Darüber hinaus wird es so für die Ärmsten leichter möglich, Zugang zu Finanzdienstleistungen zu erhalten. Der Anteil der Bevölkerung ohne Bankkonto wird fallen, nationale Finanzsysteme werden sich entwickeln und zusammenwachsen, und der überregionale Handel kann zunehmen und so zur Basis der finanziellen Integration der ganzen Region werden. Eine solche Entwicklung wäre sehr zu begrüßen, denn aktuell wird ein erheblicher Teil des überregionalen Handels von



James Ainooson/flickr.com

Der Markt von Kasoa, Ghana

informellen Dienstleistern abgewickelt, kleinen und mittleren Unternehmen, die keinen Zugang zum Bankensystem haben. Generell ist eine stärkere wirtschaftliche Integration, ist mehr Binnenhandel für Länder, ganz gleich in welchem Teil der Welt, die beste Art, Teil des internationalen Marktes zu werden.

Werden das Leiden und die Misere Afrikas untersucht, hört man üblicherweise viel über die traumatische Vergangenheit des Kontinents und seiner Bewohner. Es ist jedoch alles andere als einfach, von dieser Vergangenheit einen Bogen zu schlagen zum mangelnden politischen Willen von Afrikas Staatsleuten, ihrem unverantwortlichen Handeln und der Bereitwilligkeit, mit der sie ein Vermögen dafür ausgeben, ihre Länder mit modernsten Zahlungssystemen auszustatten, nur um dann Vereinbarungen abzuschließen, durch die ein Großteil der Bevölkerung von deren Nutzung ausgeschlossen wird.

Abraham Lincoln sagte, dass ein geteiltes Haus nicht stehen bleiben wird. Auf die Wirtschaft bezogen könnte man sagen: Ein geteiltes Wirtschaftsgebilde wird nicht gedeihen.



TOYIN ADEWALE-GABRIEL

Nigeria

Ein Land mit Kurzzeitgedächtnis

Die Regenzeit fängt gerade an. Der Wind wirbelt alles durcheinander, was er auf seinem Weg findet. Kleine Plastiktütchen, in denen Trinkwasser verkauft wird, und größere schwarze für Tomaten, Pfeffer und Fisch vom Markt, auch alte Zeitungen – all das verteilt sich wie Windpocken über das Gesicht der Erde. Schön sieht es nicht aus.

Heute wird mein Land 50 Jahre alt. Ist 50 nicht das Alter der Weisheit, das Alter, in dem man sagt: «Das ist doch keine große Sache, ich war schon hier und da, habe dies und das gemacht»? Mit 50 solltest Du einem 18-Jährigen Geschichten aus dem Leben erzählen können: «An diesem Punkt bin ich gestolpert, dort habe ich tief im Dreck gesteckt. Stell Dich auf meine Schultern, so dass du weit voraus schauen und weltweit mit deinen Gleichaltrigen wetteifern kannst.»

Aber Nigeria kann solche Weisheit seinen Jugendlichen nicht vermitteln. Ein Land, in dem die Müllabfuhr mal wieder monatelang nicht kommt und es dem Wind überlässt, aufzuräumen ... Ibrahim Babaginda besitzt die Dreistigkeit anzukündigen, dass er bei den Wahlen 2011 als Präsidentschaftskandidat antreten wird, und behauptet, die Jungen seien zu unerfahren, um Nigeria zu regieren. Wer fragt nach dem Vermächtnis der Alten? Zum Beispiel danach, dass ein 50-jähriger Senator der Bundesrepublik Nigeria – ironischerweise geboren im Jahr der Unabhängigkeit – ein 12-jähriges ägyptisches Mädchen heiraten wird, obwohl es gesetzlich verboten ist, Minderjährige zu heiraten.

Mir graut davor, mir vorzustellen, was es bedeutet, wie sich ein 50-Jähriger über den Körper einer 12-jährigen Jungfrau hermacht. Es ist eine Schande, dass Nigeria eines der wenigen Länder ist, in dem die Müttersterblichkeit wegen schlechter Gesundheitsversorgung und Verletzungen von Frauenrechten immer noch hoch ist.

Die Warlords von gestern werden heute als Helden gefeiert. Wir sind ein Land mit Kurzzeitgedächtnis. Niemand will Rechenschaft ablegen für die eine Million Toten des Biafra-Kriegs, die hübschen Söhne, die im Niger-Fluss ertranken, die vergewaltigten Töchter, denen niemand am Valentinstag Blumen schenkt. Hier

stehe ich mit meinen 41 Jahren, erzähle Euch die Geschichte vom 50-jährigen Nigeria – und glaubt mir, das Blut in meinem Mund ist kein Ketchup.

Weiterhin wird im Niger-Delta Gas abgepackelt und die Armut ist so extrem, dass ein Mädchen mit irgendeinem Mann schlafen würde, um mal wieder den Geschmack von Brot und Tee auf der Zunge zu spüren. Auslaufendes Öl vergiftet immer noch die Flüsse, in denen nur noch kleine, bittere, ungenießbare Fische leben. Im Rahmen des Amnestie-Programms von Präsident Umaru Musa Yar'Adua wurden massenweise Munition, Raketenwerfer und Schnellboote abgegeben, aber man muss schon sehr dumm sein, um den Bildern Glauben zu schenken. Den Großteil der Waffen haben sie natürlich in ihren Verstecken gelassen.

Ich sollte innehalten um zu würdigen, was mir Hoffnung gibt. Zum Beispiel beweist der Gouverneur von Lagos State, Abimbola Fasheun, dass gute Regierungsführung möglich ist, wenn man keine Angst davor hat, anders zu sein. Das öffentliche Verkehrssystem befördert jeden Tag Massen von Menschen über die Straßen, die ausgebessert wurden. Das unglaubliche Oshodi, wo viele Bürger von Lagos wohnen, scheint zu gut, um wahr zu sein. Es gibt eine lebendige Literatur-Szene, darunter nicht wenige Frauen: Chimamanda Ngozi Adichie, Sefi Atta, Chika Unigwe, Lola Shoneyin, Unoma Azuah und auch ich selbst.

Nun, da es 50 ist, wünsche ich mir, dass sich mein Land an die Zeit erinnert, als wir noch ein grünes Volk waren, vor dem Öl. Uns gehörten Wälder, Fische schwammen in sauberen Seen, wir hatten haufenweise Erdnüsse und Bäume voll von Kakaofrüchten. Unsere Straßen waren nicht übersät von Plastikbeuteln und den Kadavern von Ratten.

Wir müssen uns die richtigen Fragen stellen: Was ist mit uns passiert? Wie konnten wir unsere Städte so verschmutzen? Wie können wir die Generäle davon abhalten, sich die Klinke des Präsidentenpalasts in die Hand zu geben? Mit 50 brauchen wir ein weises Herz. Ich bin davon überzeugt, dass die Zeit des schwarzen Menschen kommen wird. Und ich bete darum, dass Nigeria – wenn dieser Wind über Afrika weht – Flügel haben wird, um sich hoch in die Lüfte zu schwingen.

Eine vitale Fehlkonstruktion – Nigerias selbstbewusster Umgang mit dem kolonialen Erbe

Nigeria provoziert extreme Einschätzungen: Mit ca. 150 Millionen Einwohnern ist es Afrikas bevölkerungsstärkstes Land, eine regionale Großmacht und einer der großen Ölexporture der Welt. Zugleich ist das Land geprägt von Armut, schlechter Regierungsführung und Gewaltkonflikten. Ein halbes Jahrhundert nach seiner Unabhängigkeit am 1. Oktober 1960 bleibt Nigeria weit hinter seinem Potenzial zurück – warum?

Bislang ist von offiziellen Vorbereitungen für das Unabhängigkeitsjubiläum wenig erkennbar. Das Desinteresse überrascht wenig: In einem von Armut und maroder Infrastruktur geprägten Alltag haben die meisten Menschen in Nigeria andere Sorgen. Nach monatelanger Unklarheit über den Gesundheitszustand des Präsidenten hat das Land erst seit Februar 2010 überhaupt wieder eine funktionsfähige Staatsführung unter Goodluck Jonathan. Derweil gibt der anstehende Jahrestag Anlass zu Reflektionen. Zeitungsbeiträge und Blogs schwanken zwischen grundsätzlichem Stolz auf die Nation und deutlicher Kritik an deren Realität. Die koloniale Vergangenheit wird dabei durchaus mitgedacht, doch macht sie kaum jemand im heutigen Nigeria verantwortlich für die aktuellen Probleme des Landes.

Aufgrund seiner Größe und seines Ressourcenreichtums hatte Nigeria seit 1960 mehr Chancen als die meisten anderen Länder Afrikas, im Umgang mit der kolonialen Vergangenheit eigene Wege zu gehen und die Unabhängigkeit zu nutzen. Nigeria hat diese Chancen durchaus zu nutzen versucht, doch bleibt das Resultat ernüchternd.

Die kulturelle Dimension

Manche «Tiefendimensionen» des kolonialen Erbes in Nigeria wirken bis in die Gegenwart nach, doch würden die wenigsten Menschen sie als Zeichen kultureller Abhängigkeit werten.

An erster Stelle ist das Christentum zu nennen: Fast die Hälfte der Bevölkerung Nigerias, vor allem im Süden und in den zentralen Landesteilen, gehört heute dem Christentum an. In der Kolonialzeit war die Zugehörigkeit zu einer



Axel Harnett-Stievers

Szene in Nigeria

christlichen Kirche eng verknüpft mit dem Zugang zur modernen Bildung, die einer neuen Elite den sozialen Aufstieg ermöglichte. Der islamisch geprägte Norden weist bis heute ein wesentlich niedrigeres Bildungsniveau auf, auch wenn eine relativ kleine muslimische Elite wichtige Positionen in Staat, Militär und Privatsektor kontrolliert.

Kritik an dem mit dem Christentum transportierten westlichen Wertesystem ist durchaus vorhanden. Doch kaum ein nigerianischer Intellektueller – geschweige denn der Mann oder die Frau auf der Straße – lehnt das Christentum als unafrikanische koloniale Innovation ab. Stattdessen gab und gibt es zahllose Versuche, das Christentum als afrikanische Religion zu definieren, unabhängige Kirchen zu gründen und die durchaus empfundene Diskrepanz zwischen «westlich-christlichen» und «afrikanischen» Werten in den ursprünglich kolonial etablierten Kirchen (Anglikaner, Katholiken) durch «Inkulturation» und eine afrikanisch geprägte Theologie aufzulösen. Die höheren Ränge der etablierten Kirchen wurden meist schon vor Jahrzehnten «nigerianisiert». In den letzten Jahrzehnten entstanden zahllose neue (meist evangelikale) Kirchen, die, bei aller Einbindung in internationale Netzwerke, einen dezidiert «nigerianischen Stempel» tragen. Die Winner's Chapel – eine Gründung von Bischof David Oyedepo, die den «Gospel of Wealth and Healing» schon in ihrem Namen repräsentiert – wurde zu einem erfolgreichen nigerianischen Exportprodukt.

Am Konflikt um die Haltung zur Homosexualität wird deutlich, wie selbstbewusst nigerianische Christen heute mit den kolonialen Wurzeln ihrer Religion umgehen. Während Anglikaner in Großbritannien und den USA Toleranz üben, lehnen ihre Kollegen in Afrika – und vor allem in Nigeria, das heute die größte



Axel Harneit-Sievers

Nigerianischer Alltag

einzelne anglikanische Gemeinschaft weltweit stellt – Homosexualität im Priesteramt sowie die Anerkennung homosexueller Partnerschaften strikt ab. Der Konflikt droht die anglikanische Weltkirche zu spalten.

Auch im Umgang mit anderen kulturellen Dimensionen der kolonialen Vergangenheit zeigt Nigeria seit langem ausgesprochenes Selbstbewusstsein. Der 1997 verstorbene Sänger Fela Anikulapo-Kuti verspottete schon 1973 in seinem Song über den «Gentleman», der sich im tropisch-schwülen Lagos formell mit Anzug, Krawatte und Hut kleidet, die Restbestände kolonialer Mentalität:

«Him be gentleman, him go sweat all over,
him go faint right down, him go smell like shit.
Me I no be gentleman like that, I be Africa man original.»

Die *Agbada*, ein langes, fließendes Gewand, hat längst den Status einer Nationaltracht erlangt, die von Nigerianern auch im Ausland mit Stolz getragen wird. Die nigerianische Musik- und Tanzkultur ist international anerkannt.

Das Zweite Welt-Festival der schwarzen und afrikanischen Kunst und Kultur (FESTAC), 1977 auf der Höhe des Ölbooms in Lagos veranstaltet, war ein nicht wieder erreichter Höhepunkt staatlich gesponserter kultureller Selbstdarstellung. Heute sind private Akteure aktiver, vor allem in der Unterhaltungskultur. «Nollywood», die nigerianische Kino- bzw. Video-Industrie, versorgt den großen nationalen Markt und erreicht über Satellitenfernsehen auch andere afrikanische Staaten und die afrikanische Diaspora. Gemessen an der Zahl der produzierten Filme ist Nollywood (nach Bollywood) heute der zweitgrößte Filmproduzent der Welt. Seine Narrativität und Ästhetik sind stilbildend geworden – nicht immer zur Freude des subventionierten afrikanischen «Kunstkinos».

Der Fluch des Öls

Neben Ghana gehörte Nigeria zu den afrikanischen Ländern, die um 1960 ein höheres Pro-Kopf-Einkommen hatten als süd- und südostasiatische Staaten mit vergleichbarer Wirtschaftsstruktur, wie zum Beispiel Malaysia. Warum, fragen viele, ist Nigeria seit 1960 so weit hinter Asien zurückgefallen?

Der britische Kolonialismus hatte in Nigeria eine auf landwirtschaftliche Rohstoffe (Kakao, Palmöl, Erdnüsse, Kautschuk) ausgerichtete Exportwirtschaft etabliert. Allerdings fand keine großangelegte europäische Landnahme statt; die agroindustrielle Plantagenwirtschaft blieb Ausnahme. Die zahlenmäßig kleine britische Verwaltung, die Millionen von Afrikanern mit Mitteln indirekter Herrschaft zu kontrollieren suchte, hatte sich solchen Plänen nach dem Ersten Weltkrieg widersetzt: Sie fürchtete sozial und politisch destabilisierende Folgen.

So blieb die kleinbäuerliche Exportwirtschaft das Rückgrat der nigerianischen Ökonomie. In guten Zeiten wie den 1950er Jahren gelangten etwa Kakao-bauern damit durchaus zu Wohlstand. Wirtschaftshistoriker haben argumentiert, dass es eben dieses Überleben kleinbäuerlicher Strukturen gewesen sei, das die Entwicklung eines dynamischen Kapitalismus in Nigeria verhindert habe.

Spätkoloniale Entwicklungspolitik in den 1950er Jahren schuf Grundlagen für einen industriellen Sektor. Doch bestand die typisch neokoloniale Struktur nach der Unabhängigkeit 1960 zunächst fort. Allerdings verlor die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien ihre führende Rolle, während andere europäische Länder, vor allem aber die USA, zu wichtigen Handelspartnern Nigerias aufstiegen. Auch Nigerias Außenpolitik blieb zunächst stark westlich orientiert, symbolisiert durch ein Verteidigungsabkommen mit Großbritannien. Nigeria ab 1960 hatte zunächst nichts von der Radikalität der Unabhängigkeitsperiode, wie sie etwa Ghana unter Kwame Nkrumah kennzeichnete.

Der große Umbruch erfolgte mit dem Ölboom der 1970er Jahre. Er eröffnete völlig neue Chancen, aus den kolonial geprägten politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten auszubrechen. Verschiedene Regierungen – ab 1966 fast nur mehr Militärs – versuchten, diese Möglichkeiten im Rahmen der politischen und ökonomischen Paradigmen ihrer Zeit zu nutzen. Bis heute wird oft eine Aussage zitiert, die Staatschef Yakubu Gowon auf der Höhe des Ölbooms gegenüber einem ausländischen Journalisten gemacht haben soll: Geld sei nicht mehr das Problem Nigerias – sondern wie man es ausgeben solle.

Dieser Satz, bis heute gern als Symbol der Hybris dieser Jahre kritisiert, war durchaus zutreffend, wenn auch anders als von Gowon gemeint: Nigerias Problem war in der Tat das Wie bei der Verwendung der Öleinnahmen. Der Fall Nigeria belegt, dass Entwicklung nicht primär eine Frage der Finanzierung ist (Nigeria hat über die Jahrzehnte mehrere hundert Milliarden US-Dollar Öleinnahmen erzielt), sondern wesentlich eine Frage guter Regierungsführung. Heute erscheinen die 1970er Jahre, in denen die Grundlagen für das postkoloniale Nigeria gelegt wurden, als eine große verpasste Chance.



Axel Harnett-Sievers

Plakat in Nigeria

Innerhalb weniger Jahre wurde aus einem Agrar- ein Ölexportland. Die Militärregierungen investierten die Öleinnahmen in den Ausbau von Infrastruktur (Straßen, Bildung) und Industrien (Fahrzeuge, Stahl, Chemie). Sie verfolgten eine Strategie der «gemischten Ökonomie»: Die «Indigenisierungspolitik» reservierte gezielt einzelne Wirtschaftssektoren für den nigerianischen Privatsektor, während Auslandsunternehmen in anderen Sektoren eine substanzielle nigerianische Beteiligung aufweisen mussten. Staatliche Großprojekte und Auslandsinvestitionen wurden durch Außenwirtschaftskontrollen geschützt. Bei alledem blieben die «Kommandohöhen der Wirtschaft» staatlicher Kontrolle vorbehalten.

Politisch sah sich Nigeria bereits als regionale Führungsmacht (vor allem gegenüber Apartheid-Südafrika), mit Anspruch auf einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat und womöglich mit einer Perspektive atomarer Bewaffnung.

Fehlentwicklungen waren unübersehbar. Durch Fehlplanungen und Ineffizienz, vor allem aber durch die sprichwörtlich gewordene Korruption, wurden große Teile des Öleinkommens verschleudert. Während die Agrarproduktion verfiel, finanzierten die Öleinnahmen den rasant wachsenden Import von Nahrungsmitteln, Luxusgütern und Ausrüstungsgütern. Nigeria wurde zu einer Nation von Zwischenhändlern und *Contractors*, die Staatsaufträge oft eher schlecht als recht abwickelten, sich vor allem aber ihr Stück vom nationalen Kuchen abzuschneiden versuchten. Statt die nationale Entwicklung voranzu-

treiben, entstand eine parasitäre Elite aus Beamten und Privatunternehmern, die sich auf Kosten des Staats bereicherte – allen voran die wechselnden politischen Führer, darunter viele Ex-Militärs. Der heute geläufige Begriff «Fluch der Ressourcen» war noch nicht erfunden, aber Nigeria stellt ein Paradebeispiel dieses Phänomens dar.

1982 war die Party vorbei: Die Ölpreise sanken, Nigeria war überschuldet, und Korruption war endemisch geworden. Die Strukturanpassungspolitik der Folgejahre folgte den Rezepten der internationalen Finanzinstitutionen, auch wenn nigerianische Staatschefs sie bisweilen als «hausgemacht» rechtfertigten. Sie nutzten wenig und werden bis heute oft als die eigentlichen Verursacher der Krise kritisiert, die sie eigentlich hatten bewältigen sollen.

Erst seit Ende der 1990er Jahre, mit dem Ende der Militärdiktatur, mit markt-orientierten Reformen, der Expansion des Dienstleistungssektors (z.B. Bankenreform) und dem Rohstoffpreisboom des neuen Jahrtausends verbesserte sich Nigerias gesamtwirtschaftliche Lage. Aber eine durchgreifende Wende ist ausgeblieben: Nigeria ist weiterhin abhängig vom Ölexport; Antikorruptionskampagnen haben allenfalls begrenzte Wirkungen erzielt; Massenarmut, ein katastrophaler Zustand der Infrastruktur und politische Gewalt bestehen fort. Das Erdöl hat Nigerias koloniale Wirtschaftsstruktur transformiert, aber Nigerias Unterentwicklung ist geblieben.

Koloniale Fehlkonstruktion?

Nigeria erreichte seine Unabhängigkeit von Großbritannien ohne einen längeren Unabhängigkeitskampf, der zur Bildung einer nationalen Identität hätte beitragen können. Ethnische, regionale und religiöse Identitäten dominierten die Politik, und sie tun dies bis heute. 1947 bezeichnete Obafemi Awolowo, einer der wichtigsten Politiker der Unabhängigkeitsbewegung, Nigeria als «rein geographischen Ausdruck». Das Land hat seit der Unabhängigkeit zahlreiche existenzielle Krisen überstanden, doch bleibt die nationale Frage akut – heute vielleicht stärker als noch vor 25 Jahren.

Dass Nigeria eine Fehlkonstruktion sei, ist die heute am weitesten verbreitete Kritik des kolonialen Erbes. Nur: Was folgt aus einer solchen Feststellung? Die wenigsten leiten daraus die Forderung ab, dass sich Nigeria als einheitlicher Staat auflöse. Doch die Konstruktion Nigerias als eines funktionsfähigen Staates ist eine permanente Herausforderung postkolonialer Politik geblieben.

Nigerias heutige Grenzen sind das schwierigste Vermächtnis des Kolonialismus. Sie standen erst 1914 fest, nachdem mehrere unterschiedlich strukturierte Territorien zusammengelegt worden waren. Das Ergebnis war ein Land mit großer Diversität, geprägt vom Gegensatz zwischen einem konservativen, islamisch geprägten Norden und dem wirtschaftlich entwickelteren, zunehmend christianisierten Süden. Dieser Gegensatz prägt Nigerias Politik bis heute, und er wird durch die in der letzten Dekade häufiger gewordenen, religiös begründeten Gewaltkonflikte immer wieder schmerzhaft ins Bewusstsein gerufen.

Durch Einleitung von Verfassungsreformen stellte die britische Verwaltung bereits 1948 die Weichen in Richtung Unabhängigkeit. Großbritannien war durch den Weltkrieg geschwächt und fürchtete die Entstehung einer Unabhängigkeitsbewegung nach indischem oder ghanaischem Vorbild. Die Entkolonisierung Nigerias verlief weitgehend friedlich und konsensorientiert. Ohne den Widerstand der Eliten aus dem Norden, die befürchteten, ihre Region würde dauerhaft vom Süden dominiert werden, wäre Nigeria bereits 1956 – also noch vor Ghana – unabhängig geworden.

Zur Unabhängigkeit 1960 blieben die drei in der Kolonialzeit entstandenen Regionen (mit jeweils einer dominanten ethnischen Bevölkerungsgruppe, aber zahlreichen Minoritäten) erhalten. Sie verfügten über innere Autonomie, und ihre politischen Führer mussten Bündnisse auf nationaler Ebene eingehen, um die Macht in Lagos zu erlangen. Doch bereits 1966 zeigte sich die Fragilität des neuen Staates. Nach einem Militärputsch und Pogromen in Nord-Nigeria erklärte die Südost-Region ihre Sezession als «Biafra». Der darauf folgende Bürgerkrieg kostete mindestens einer Million Menschen das Leben und endete mit der Kapitulation Biafras im Januar 1970. Die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, aber auch die Sowjetunion, die neue Verbündete in Westafrika suchte, hatten die Zentralregierung militärisch unterstützt.

Eine fragile Perspektive

Aus der Krise ging eine neue föderale Struktur hervor, mit zunächst 12 und heute 36 Bundesstaaten. Diese Abkehr von der kolonialen Verwaltungsstruktur ist zum Angelpunkt eines dezidiert nigerianischen Modells des Managements ethnisch-regionaler Diversität geworden. Die neue föderale Ordnung hat die Bedeutung ethnisch-regionaler politischer Loyalitäten in der nigerianischen Politik zwar nicht verringert (sondern geradezu institutionalisiert), doch verleiht sie ihnen einen neuen Aktionsrahmen: Große ethnische Blöcke wurden aufgespalten; die neuen Bundesstaaten erlaubten ethnischen Minoritäten mehr Selbstbestimmung.

Die Funktionsweise des nigerianischen Föderalismus bleibt ohne Berücksichtigung des Faktors Ölexport allerdings unverständlich. Die Einnahmen gehen zunächst an die Bundesregierung, die sie wiederum teilweise an die von diesen Transfers fast vollständig abhängigen Bundesstaaten weiterleitet. Der nigerianische Staat ist ein Umverteilungsmechanismus für Ölgelder geworden. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1999 wird die Zentralregierung in Abuja von der People's Democratic Party (PDP) gestellt, einem Sammelbecken regionaler politischer Größen, deren gemeinsames Interesse im Zugriff auf die Öleinnahmen besteht. Mit sogenannten *zoning*-Mechanismen versucht die PDP die Teilung der Macht und der Öleinnahmen zwischen den Regionen des Landes sicherzustellen.

Allerdings ist die Ölproduktion auf einige wenige Bundesstaaten im Süden des Landes konzentriert, die als Minoritätengebiete jahrzehntelang politisch marginalisiert waren. Ergebnis waren Aufstände in weiten Teilen der Förderregion seit Ende der 1990er Jahre, die zwischenzeitlich substanzielle Teile der Ölproduktion



Axel Harneit-Sievers

Ansichten für Verkehrsteilnehmer

lahmlegten. Einzelne Gruppen in den Ölregionen fordern eine Sezession, und auch im Igbo-sprachigen Südosten, 1967 bis 1970 das Kerngebiet Biafras, sind Forderungen nach Abspaltung wieder lauter geworden. Zwar erhalten die Ölförderregionen heute höhere Anteile an den Einnahmen, und die 2009 ergangene Amnestie hat die Gewalt in der Region verringert. Doch bleibt eine dauerhafte Befriedung fraglich, da die militanten Gruppen in der Grauzone zwischen politischer Aktion und Kriminalität operieren und dem Staat und seinen Institutionen wenig Vertrauen entgegenbringen.

Zerrissen von inneren Disparitäten und Konflikten, bleibt Nigeria in seinen kolonialen Grenzen gefangen. Eine Auflösung des Landes wäre mit dramatischen Folgen – Gewalt, Chaos, wirtschaftlichem Zusammenbruch weiter Landesteile – verbunden; sie wird allenfalls von radikalen Minderheiten befürwortet. Seit dem Bürgerkrieg hat Nigeria durch politische Reformen und das Management seiner ethnisch-regionalen Diversität versucht, dieses koloniale Erbe zu bearbeiten. Es war darin insofern erfolgreich, als das Land nicht zerfallen ist. Das ist mehr, als manche Skeptiker erwartet haben. Und es bedeutet nicht zuletzt eine Perspektive für Millionen von Nigerianerinnen und Nigerianern, die in anderen Landesteilen als ihren Heimatregionen leben und für die Nigeria – bei all seinen Problemen – ein großes Land voller Möglichkeiten bleibt.

Zuerst erschienen in: iz3w 319, 50 Jahre postkoloniales Afrika (Juli/August 2010)



M'BAREK OULD BEYROUK

Mauretanien

Dürre und Staatswerdung

Sie glaubten ganz fest daran, an diesem 28. November 1960. Ein noch junger Mann, angezogen wie zu einem Gala-Diner, mit solidem Backenbart und in feierlicher Haltung, proklamierte in klarem Französisch und mit fester Stimme die Geburt eines neuen Staates. Eines Staates?

Die große Mehrheit der Einwohner zählte zu den Nomaden, in einer riesigen Wüste, in der es keine Straße gab, in der es keinen Hafen gab, in der es keinen Flughafen gab, nicht einmal eine richtige Stadt, einfach nichts. Die Hochschulabsolventen ließen sich an einer Hand abzählen, die Hauptstadt Nouakchott sollte erst noch aus den Dünen erstehen.

Im Norden wütete Marokko gegen die Entstehung dieses Staates, den es mit Verbitterung für sich beanspruchte; im Süden wollte der Senegal das Territorium, das noch von seiner alten französischen administrativen Hauptstadt Saint-Louis verwaltet worden war, einfach nicht abgeben. Der neue Staat, schwach, mittellos, mit einer weithin verstreut lebenden Bevölkerung, war daher von Anfang an stark bedroht. Aber Moktar Ould Daddah und seine Freunde glaubten ganz fest an ihn, an diesem 28. November 1960. Nur diese feste Überzeugung, so glaube ich, hat den Staat überleben lassen.

Ist es ihnen gelungen, eine Nation zu schaffen? Haben sie ein Volk entstehen lassen können? Blickten die Mauretanier nach diesem 28. November in ein und dieselbe Richtung, hatten sie gemeinsame Träume, hatten sie etwa eine gemeinsame Idee?

Im Jahre 1960 waren die Mauretanier eher gespalten. Einige glaubten an die Entwicklung eines neuen Staates, andere wiederum glaubten, bei der Unabhängigkeit handele es sich nur um eine neue List des Kolonialherren, weil ja Nomaden überhaupt nicht geeignet seien, einen Staat zu gründen. Die Aufrufe, die von Radio Kairo kamen oder von Radio Tanger, fanden besonders im Norden Gehör. Die Entstehung der Konföderation des früheren französischen Sudan, also Malis mit dem Senegal, im Süden Mauretaniens faszinierte einige Gemüter im Süden, am Fluss. Doch die überwiegende Mehrheit folgte den Wolken bei ihren ewigen Wanderungen und stellte sich kaum Fragen.

Wer also sollte den neuen Staat aufbauen? Es war die Dürre, nur die Dürre, die die Antwort gab. Nach wenigen Jahren trockneten die Brunnen aus, die Weidengründe verschwanden, das Vieh verendete, und Zehntausende von verarmten Menschen strömten in die neuen Städte. Dort entstanden improvisierte Unterkünfte aus Blech und Zelten, man errichtete schlichte neue Siedlungen – und eine neue Bevölkerung bildete sich, fern der traditionellen Stammesbindungen, befreit von der ewigen Suche nach den Wolken, ziemlich durstig, aber mit neuen Möglichkeiten und vor allem mit der Schule.

Mein Vater war Lehrer und er sagte oft: «Es ist die Schule, die zum Aufbau führt», die Schule, in der sich die Mauretanier aus weit entfernten Gegenden treffen, die Schule, die neue Horizonte schafft, die Schule, die vielleicht in sich krank ist, in der aber auch neue Ambitionen entstehen.

Ich bin zwischen zwei Generationen geboren, die beide auf ihre Weise problematische Eigenschaften besitzen: der Generation meines Vaters, der an die Unabhängigkeit glaubte, an die Revolution der Völker, an ein besseres Morgen, und der Generation meines Sohnes, der an den iPad glaubt und an alle möglichen elektronischen Geräte.

Ich gehöre der Generation an, die nur ganz naiv verlangt, dass man alles sagen können muss, dass das Wort heilig ist, Demokratie zum Beispiel, die Freiheit der Meinung.

«Schnickschnack», sagte mein Vater, «es geht um Freiheit und Fortschritt!». «Alles nur Gerede», sagt heute mein Sohn, «das Wort ist heute im Internet, die Zukunft liegt in den neuen Technologien.»

Aber ich glaube unbeirrt daran, dass die Freiheit des Menschen in ihm selbst liegt, dass er immer wieder diese Freiheit ausdrücken muss, dass er kreativ sein muss, um zu überleben. Und das nicht damit, dass er immer neuere Maschinen ersinnt, sondern mit Träumen, Poesie und Kunst. Das mag vielleicht wenig gelehrt klingen oder sogar altmodisch: Ich glaube an die Literatur und an die Kunst, die ohne Freiheit und Unabhängigkeit nicht existieren könnten!

500 Jahre Eurafrika – Eine heikle Beziehung

50 Jahre Unabhängigkeit Afrikas verweisen auch auf eine weit längere Geschichte: die 500-jährige Beziehung zwischen Europa und Afrika, die nicht selten eine Tragödie aus Kriegen, Schmerz und Unverständnis ist. Europäer und Afrikaner verkehren zwar schon seit der Antike miteinander, doch von dieser Koexistenz bleibt heute auf beiden Seiten des Mittelmeers hauptsächlich ein Gefühl der Fremdheit und Abwendung.

Die Königreiche Frankreich und Portugal unterhielten zu Beginn des 15. Jahrhunderts noch diplomatische Beziehungen zu einigen afrikanischen Königreichen wie etwa dem Kongo. Doch scheinen die Entdeckung Amerikas im Jahr 1492 und die wirtschaftliche Erschließung des amerikanischen Doppelkontinents einen radikalen Umbruch in den Tauschbeziehungen der beiden Kontinente Europa und Afrika eingeleitet zu haben.

Dabei wurde zunächst das Menschsein der Afrikanerinnen und Afrikaner in Frage gestellt, um den Sklavenhandel, die brutale und massenweise Deportation billiger Arbeitskräfte auf die karibischen Inseln und nach Amerika, zu rechtfertigen. Der Schwarze wurde zu einer anderen Rasse erklärt, die in jeder Hinsicht den Weißen unterlegen sei. Auf ähnlichen Vorstellungen basierte die Annexion des afrikanischen Kontinents und seine Aufteilung unter wenigen europäischen Nationen im 19. Jahrhundert – ein Vorgehen, das mit ökonomischen und geopolitischen Imperativen begründet wurde, die allesamt auf die fehlgeleitete Idee einer Überlegenheit der europäischen gegenüber der afrikanischen Bevölkerung zurückzuführen sind. 1960 steht demnach als Symbol für das Ende der Hegemonie eines Kontinents gegenüber dem anderen. Aber abgesehen von der Symbolik scheiden sich die Geister darüber, ob sich dieser Wandel wirklich vollzogen hat.

Die Skeptiker monieren lautstark, dass die Feierlichkeiten, die Ausgelassenheit und die Freude in Wirklichkeit eine katastrophale Bilanz kaschieren würden. Der Wandel, der sich angeblich seit einem halben Jahrhundert vollzieht, sei letztendlich nur ein riesiger Trugschluss. Nach Meinung der Skeptiker mischen sich die ehemaligen Kolonisatoren immer noch maßgeblich in die politischen und ökonomischen Angelegenheiten ihrer einstigen Kolonien ein – und dies nicht selten auf autoritäre und brutale Weise. Die früheren Kolonien seien noch nicht frei, sondern vielmehr Opfer eines Neokolonialismus, der die Entwicklung der



Amy Dreher/flickr.com

«Scramble for Africa», Werk von Yinka Shonibare

betroffenen Länder noch hinterlistiger untergrabe, als es während der Kolonialzeit der Fall war. Es gibt zahlreiche Beispiele, die diese These stützen: Man denke an die Beseitigung Lumumbas, dessen Mord von westlichen Geheimdiensten kurz nach der Unabhängigkeit des ehemaligen belgischen Kongo organisiert wurde; oder auch an den Klientelismus, der viele Beziehungen Frankreichs zu seinen einstigen Kolonien prägt. Diese Situation sichert Frankreich den Status einer Weltmacht, ist es doch zum Beispiel in der Lage, das Regime eines afrikanischen Landes durch den Einsatz von nur 500 Fallschirmjägern zu stürzen – oder aber auch, es zu stützen.

Andere Stimmen zeigen sich besorgt: Es gäbe zu viele Kriege, Hungersnöte und andere Katastrophen in Afrika. Es ist in der Tat schwierig, die Augen vor dem Scheitern vieler Staaten im ökonomischen, sozialen und gesundheitlichen Bereich zu verschließen. Für diese Länder lässt sich zum Jahrestag der Unabhängigkeit nur ein absolutes Versagen bilanzieren, in jeglicher Hinsicht ein Rückfall hinter den Stand von 1960. Die Stagnation ist so lähmend, dass man sich fast die Kolonialzeit zurückwünschte. Die unfähige Verwaltung zahlreicher Länder, das Fehlen einer Sozialpolitik, die diesen Namen verdiente, sowie die seit Jahrzehnten anhaltende massive Verschwendung von Mitteln lassen die Besorgnis vieler Beobachter nicht gerade ungerechtfertigt erscheinen.

Kolonie, Postkolonie, Neokolonialismus: Die Feiern drohen viel Bitterkeit zu erregen und das Lächeln auf den Gesichtern einzufrieren. Eine genauere Untersuchung der Lage lässt indes erkennen, dass bisher die falschen Fragen gestellt wurden. Man sollte sich eher fragen, wie groß denn wirklich der Einfluss der Kolonialzeit auf die Entwicklung der afrikanischen Gesellschaften war.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die nicht einmal ein Jahrhundert währende Kolonialisierung die Menschen Afrikas und ihre über mehrere Jahrhunderte gewachsenen Wertesysteme tiefgreifend verändern konnte. Glaubt man der Wissenschaft, bevölkert der moderne Mensch seit etwa 150.000 Jahren den afrikanischen Kontinent. Will man nicht einem unverbesserlichen Eurozentrismus anheimfallen, sollte man annehmen, dass sich die äußerst kurze Präsenz der Europäer südlich des Mittelmeers nur marginal auf die Entwicklung der betroffenen Menschen ausgewirkt hat.

Alles in allem dient die Bewertung des Jahres 1960 als Schlüsseldatum lediglich dazu, einer Lesart der Menschheitsgeschichte Vorschub zu leisten, die jede Epoche primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Beziehung zu Europa betrachtet. Dies trägt beispielsweise dazu bei, dass einzelne Personen wie der Amerikaner Henry Morton Stanley oder der französische Marineoffizier und Afrikareisende Pierre Savorgnan de Brazza als Entdecker Afrikas im 19. Jahrhundert dargestellt werden, obgleich sie nur eine Region bereisten, die schon seit langem bewohnt war. Diese Männer waren schlichtweg blind gegenüber den Beziehungen der lokalen Bevölkerung zu ihrer Umgebung.

An dieser Stelle sollten wir uns zudem ins Gedächtnis rufen, dass die 1960 souverän gewordenen Staaten eine unsinnige Grenzziehung geerbt hatten. Sie wurde ihnen auferlegt von den einstigen Kolonialmächten, die die lokalen Realitäten missachteten, da sie sie für ein archaisches Phänomen hielten, das so schnell wie möglich zu beseitigen sei. Die wahnwitzige Landkarte künstlich geschaffener Nationalstaaten, die auf den Verirrungen einer Handvoll Abenteurer beruht, ist bis heute die Quelle unüberwindlicher Herausforderungen und konfliktreicher Konstellationen in Afrika. Um ein Beispiel zu nennen: Übertrüge man die Ausmaße eines Landes wie der Demokratischen Republik Kongo auf Europa, ergäbe dies eine Fläche, die sich von Kastilien in Spanien bis einschließlich Dänemark erstreckt. Man stelle sich vor, man wolle innerhalb dieses Gebildes alle ökonomischen Fragen und sozialen Spannungen (Basken, Katalanen, Belgier, Franzosen, Korsen, Deutsche, Bretonen und viele mehr) effizient regeln ... und das Ganze von Madrid aus. Zu Recht kann man sich fragen, warum eine Aufgabe, die in Europa unmöglich erscheint, in Afrika machbar sein sollte. Wenn wir die Schwierigkeiten untersuchen, mit denen die afrikanischen Bevölkerungen konfrontiert sind, sollten wir daher andere Maßstäbe anlegen als jene, die sich in arg reduzierter Weise auf die Beziehung zwischen Europa und Afrika versteifen.

Was ist geblieben von der angeblichen Überlegenheit der französischen Nation, die der französische Politiker Jules Ferry (1832–1893) seinem eigenen Land zusprach und die Frankreich die Legitimation lieferte, andere Völker durch Gewalt und Zwang zu «zivilisieren»? Die verkrampte Suche nach einer Identität, die vor allem die derzeitige politische Klasse Frankreichs umtreibt, zeugt von den Mühen der alten Kolonialisten, sich im Verhältnis zum Anderen neu zu definieren.

Phänomen der Umkehrung

Nicht nur das: Die Festakte zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit dürfen auf keinen Fall die Tatsache vertuschen, dass Europa seit nunmehr fünf Jahrzehnten selbst im Sog eines tiefgreifenden Wandels steht. Wir erleben ein Phänomen der Umkehrung, die Zuwanderung von Afrikanerinnen und Afrikanern nach Europa.

Während diese bis Mitte der 1970er Jahre noch organisiert und erwünscht war, wird die heutige Immigration, obwohl unabdingbar für die Gesellschaften des alten Kontinents, mit Unbehagen betrachtet – so sehr fürchtet man, dass sie das Wesen Europas erschüttern könne, seine Kultur, ja seine Identität. Um den Mangel an Arbeitskräften während des ökonomischen Aufschwungs der 1950er und 1960er Jahre auszugleichen, warben die Länder Westeuropas, wie Frankreich und Großbritannien, afrikanische Arbeitskräfte an. Nachdem sie sich niedergelassen hatten, durften die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Familien nachholen. Im Laufe der Jahre etablierten sich regelrechte afrikanische Gemeinschaften an den Rändern vieler Großstädte nördlich des Mittelmeers. Die Vorstellung einer baldigen Rückkehr in die Heimat verlor sich mit der Zeit; die Arbeitsmigrantinnen und -migranten von gestern und ihre Nachkommen – inzwischen die dritte Generation – haben sich dauerhaft in Europa niedergelassen.

Mit sich brachten sie ihre Religionen, ihre Sprachen, ihre kulinarischen Gewohnheiten, ihre Musik – eine riesige Vielfalt an kulturellen Eigenschaften, für die es galt, Platz und Legitimität in der europäischen Normenlandschaft zu finden. Das Zusammenleben verschiedener Kulturen führt oft zu Konflikten, manche Europäerinnen und Europäer fühlen sich eingeschränkt oder gar bedroht durch die Fremdheit der Zugewanderten. In fast allen Ländern Europas werden wir Zeugen des Wiederaufkeimens politischer Bewegungen, die sich als Hüter der nationalen Identitäten verstehen. Verlangen sie nicht rundheraus, dass die «Ausländer» das Land wieder verlassen, so zumindest, dass sie sich konform mit den Prinzipien der Gastgeber verhalten und ihre alten Bräuche ablegen. Die Afrikanerinnen und Afrikaner beanspruchen ihrerseits das Recht auf Verschiedenheit und Authentizität im Rahmen der bestehenden Gesetze. Ein wahrhaftiges Tauziehen ist in Gang gesetzt, das in meinen Augen einen bedeutenden Wendepunkt in der Geschichte der beiden Kontinente markiert und einige Fragen aufwirft.

Die erste Frage wäre, ob Europa nach Jahrhunderten des institutionalisierten Rassismus in der Lage ist, eine auf multiethnischen Fundamenten gebaute gesellschaftliche Organisationsform anzunehmen. Zweitens müssen wir uns fragen, inwieweit die eingewanderten Afrikanerinnen und Afrikaner bereit sind, ihre vollkommene Zugehörigkeit zu den europäischen Gesellschaften zu akzeptieren, in deren Mitte zu leben sie sich entschieden haben. Und schließlich: Ist es möglich, dass jene Nationalstaaten, die auf der Konformität aller basieren, sich auf ein Konzept der Koexistenz zubewegen, das durch den Respekt gegenüber der Verschiedenheit der anderen gekennzeichnet ist?

Es wird kein leichtes Unterfangen sein und der Ausgang ist mehr als ungewiss. Die Festung Europa mit seiner alternden Bevölkerung weist einen strukturellen Bedarf nach Zuzug jüngerer Menschen auf. Obwohl es keine offizielle Immigrationspolitik mehr gibt, verstärken sich die Migrationsströme von Afrika nach Europa. Von den afrikanischen Zuwanderern wird erwartet, dass sie in Sektoren arbeiten, für die sich die lokale Bevölkerung nicht interessiert, vor allem im Dienstleistungsbereich (Pfleger/innen in Krankenhäusern, Reinigungspersonal etc.) oder auch als Lehrer für naturwissenschaftliche Fächer an französischen Collèges oder Lycées.

Europas Dilemma

Die europäischen Nationen befinden sich in einem Dilemma zwischen ökonomischen Erfordernissen, demografischen Zwängen und dem Wunsch, die nationalen Identitäten zu bewahren – ein Knoten, der sich nicht leicht lösen lässt. So sind die «Afrikaner Europas» nicht selten hin- und hergerissen zwischen der Fata Morgana der Authentizität und der tatsächlichen Übernahme kultureller Elemente von Europa.

Hinzu kommt, dass im Gegensatz zur Kolonialzeit, als Europäer und Afrikaner in einem Verhältnis von Herrschenden zu Beherrschten strikt getrennt waren, im 21. Jahrhundert und auf europäischem Boden das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen auf dem Gebot der Rechtsgleichheit und gegenseitigen Toleranz fußt. Auf diese Weise werden die wahren Debatten, die ich weiter oben angesprochen habe, durch die Polemik um das richtige Verfahren gegenüber illegalen Immigrantinnen und Imigranten verschleiert.

Der Diskurs über die *Sans Papiers* (die illegalen Einwanderer in Frankreich) ist zur Projektionsfläche für alle Ängste und Fantasmen geworden, die aus dem Zusammenleben verschiedener Menschen entstehen. Die Situation der Frauen, Kinder und Männer, die mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus in Europa leben, ist ein menschliches Drama für die Betroffenen und keine Bedrohung für die einheimische Bevölkerung. Hierbei handelt es sich um Personen ohne Schutz, da sie legal gar nicht existieren, sie sind mittellos und werden verfolgt. Dass sie außerhalb des Gesetzes stehen, macht sie zu leichten Opfern; an ihnen entladen sich alle Ressentiments und Ängste der lokalen Bevölkerung. Per Definition halten sich die illegalen Einwanderer (clandestin) versteckt und versuchen nicht aufzufallen, daher sind sie gar nicht imstande, irgendjemandem oder etwas Schaden zuzufügen. Andererseits sind die Forderungen, alle Migrantinnen und Migranten zu legalisieren, zwar auf menschlicher Ebene sehr lobenswert, doch verhindern sie, dass das Problem an der Wurzel gepackt wird: dass nämlich ernsthaft darüber nachgedacht wird, welche Lebensbedingungen in Afrika geschaffen werden müssen, um Afrikanerinnen und Afrikaner davon abzuhalten, ihr Land zu verlassen und ihr Glück im Norden des Mittelmeers zu suchen.

Zurzeit erhöht sich die Zahl der Afrikanerinnen und Afrikaner auf europäischem Boden stetig, ihre Präsenz verspricht zu einer Konstante zu werden. In

Frankreich, England, Belgien, den Niederlanden und Portugal sind die aus dem Maghreb oder von südlich der Sahara stammenden Menschen bereits zum nicht zu vernachlässigenden Teil der Bevölkerung geworden. Diese Frauen und Männer – zwar größtenteils in Europa sozialisiert, doch immer noch vom afrikanischen Erbe geprägt – entwickeln heute eine ganz eigene Mischkultur, deren Einfluss kontinuierlich steigt. Diese Kultur befindet sich an der Schnittstelle zwischen Afrika und Europa, zweier Kontinente, die sich lange gegenseitig für grundsätzlich unvereinbar hielten. Gleichzeitig lässt sich auf beiden Seiten eine Reaktion ausmachen, die die Idee der Verschmelzung oder des Zusammenlebens ablehnt, da sie für ein Zeichen der «Afrikanisierung» Europas gehalten wird, für ein Zeichen einer Überfremdung und eines Verlusts. De facto treffen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen täglich aufeinander, stoßen sich aneinander, zeigen Verachtung und Arroganz, stehen im Austausch, häufig auch im Konflikt. Es kommt immer seltener vor, dass die Interaktion sich durch gegenseitigen Respekt oder Anteilnahme auszeichnet.

Als 1960 17 afrikanische Länder ihre Unabhängigkeit erlangten, wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen, das uns traurigerweise zeigt, wie schwer sich die Menschheit damit tut, in Harmonie mit der Differenz des Anderen zu leben. Der bedeutende Schritt, den die Unabhängigkeit darstellt, verdient gefeiert zu werden, aber der Weg dahin, Afrika nicht mehr ausschließlich auf seine Beziehung zu Europa zu reduzieren, bleibt lang und steinig. Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, erhält der Gedanke der Unabhängigkeit seine volle Bedeutung.

Mit der dauerhaften Niederlassung von zahlreichen Afrikanerinnen und Afrikanern in Europa beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen den beiden Kontinenten. Trotz der Vorbehalte, der Zweifel und der Besorgnis gibt dieser Prozess, der seit Jahrzehnten in Gang ist, eher Anlass zur Ermutigung als zum Pessimismus.

AUTORINNEN UND AUTOREN



Toyin Adewale-Gabriel, in Nigeria geboren, ist Schriftstellerin und lebt heute in Abuja. Sie war Stipendiatin der Akademie Schloss Solitude in Stuttgart und Writer in Residence in der Villa Waldberta bei München. Zu ihren bekannten Büchern gehören *Naked Testimonies* (Lagos 1995/2006), *Die Aromaforscherin* (Stuttgart 1998), *Flackernde Kerzen* (Stuttgart 1999). Auch als Herausgeberin ist sie hervorgetreten, z.B. mit *25 New Nigerian Poets* (Lagos 2000) und *16 Nigerian Women Short Stories* (Lagos 2005).



Théo Ananissoh, in der Zentralafrikanischen Republik als Sohn togolischer Eltern geboren, ist Autor und lebt seit 1994 in Deutschland. Er studierte moderne Literatur und vergleichende Literaturwissenschaften an der Université de Paris 3, Sorbonne Nouvelle, und lehrte in Frankreich und Deutschland. Théo Ananissoh hat drei Romane bei Gallimard in der Buchreihe «Continents noirs» veröffentlicht sowie einen Bericht über die Jugend in Tunis: *Lisahohé* (Paris 2005), *Un reptile par habitant* (Paris 2007), *Ténèbres à midi* (Paris 2010) und *1 moins un* (Tunis 2009).



Florent Couao-Zotti, in Benin geboren, ist freier Autor und schreibt kulturelle Chroniken für verschiedene Tageszeitungen, verfasst Szenarien für Comics und Fernsehen, ist am Theater aktiv und schreibt Romane. Nach seinem Studium der Literatur in Benin arbeitete er als Journalist und Lehrer für Französisch. 2010 erhielt er auf der Buchmesse in Genf den vielbeachteten Preis Ahmadou Kourouma für seinen Krimi *Si la cour du mouton est sale, ce n'est pas au porc de le dire* (Paris 2010).



Ousmane Diarra, in Mali geboren, arbeitet als Bibliothekar im Kulturzentrum von Bamako, ist Romanautor, Erzähler und Poet. Er hat in seiner Heimat eine Reihe von Büchern für Kinder und Jugendliche publiziert. 2006 hat er seinen ersten Roman *Vieux lézard* (Paris) vorgelegt, der viel Beachtung fand. Sein zweiter Roman *Pagne de femme* (Paris 2007) war in Frankreich auf der Auswahlliste für den bedeutenden Literaturpreis Prix Renaudot.



Nafissatou Dia Diouf ist eine der bekanntesten Autorinnen Senegals. Sie hat in Frankreich studiert und ist für ihre Gedichte und Erzählungen in Frankreich, Kanada und im Senegal mit mehreren literarischen Preisen ausgezeichnet worden. Derzeit arbeitet sie in einem Telekommunikationsunternehmen in Dakar. Zu ihren Publikationen gehören auch mehrere Bände für Jugendliche und Erzählungen u.a. *Retour d'un si long exil* (Dakar 2001), *Cirque de Missira*, (Paris 2010).



Alfred Dogbé ist Schriftsteller aus dem Niger. Nach anfänglicher Tätigkeit als Lehrer für Literatur und Lehrbeauftragter für Literaturkritik an der Universität des Niger in Niamey hat er sich v.a. als Autor und Theaterregisseur engagiert. In den letzten 15 Jahren hat er eine ganze Reihe von Erzählungen und Theaterstücken in Frankreich, Belgien, im Niger und in Burkina Faso veröffentlicht, außerdem hat er im Niger und in Burkina Faso mehrere Drehbücher für Filme und Fernsehfilme verfasst. Er ist künstlerischer Leiter des Theaters Arène in Niamey.



Ubax Cristina Ali Farah ist Autorin und Dichterin, ihr Vater ist Somali, die Mutter Italienerin. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs 1991 wuchs sie in Mogadischu auf. 2007 erschien ihr erster Roman *Madre piccola* (Mailand), der 2008 mit dem Premio Vittorini ausgezeichnet wurde. Sie schreibt für «The Black Blog» der italienischen *Vogue* und arbeitet mit der Zeitschrift *Internazionale* zusammen. Sie lebt in Rom und unterrichtet somalische Sprache und Literatur an der Università di Roma Tre.



Ilan Halevi ist ein palästinensischer Schriftsteller und Politiker. Er hat seit den frühen 1960er Jahren in zahlreichen Teilen Afrikas gearbeitet und hat viele Länder des Kontinents bereist. Aktuell lebt er in Berlin.



Axel Harneit-Sievers ist Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Afrika. Er leitet seit 2007 das Regionalbüro Ostafrika/Horn von Afrika der Heinrich-Böll-Stiftung in Nairobi (Kenia). Nach dem Studium unterrichtete er afrikanische Geschichte an den Universitäten in Hannover und Hamburg sowie an der Humboldt Universität zu Berlin. 1993 bis 2001 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Zentrum Moderner Orient, das Deutsche Institut für Afrika-Forschung e.V. in Hamburg und die German Society for International Development. In den Jahren 2002 bis 2006 leitete er das Nigeria-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lagos.



Venance Konan, an der Elfenbeinküste geboren, ist Journalist und Autor. Er hat sein Jura-Studium in Nizza mit einer Promotion abgeschlossen. Er war lange Jahre bei *Fraternité-Matin*, der größten Tageszeitung der Elfenbeinküste, tätig. Heute arbeitet er für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften in seiner Heimat und in Frankreich. Zu seinen literarischen Werken gehören die Romane *Les prisonniers de la haine* (Abidjan 2003) und *Les Catapila, ces ingrats* (Paris 2009) sowie die Erzählbände *Robert et les Catapila* (Abidjan 2005) und *Nègreries* (Abidjan 2007).



Reinhart Kößler ist Professor für Soziologie an der Universität Münster und arbeitet am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg. Er studierte Soziologie, Osteuropäische Geschichte, Mittlere und Neuere Geschichte und Ethnologie in Heidelberg, Leeds und Münster. Seine langjährigen Forschungen zum südlichen Afrika behandeln v.a. Fragen der Ethnizität und der Politik der Erinnerung. Seine sonstigen Schwerpunkte sind Entwicklungstheorie, postkolonialer Staat, Arbeit.



Carlos Lopes ist stellvertretender Generalsekretär und Geschäftsführer des United Nations Institute for Training and Research (UNITAR) in Genf sowie des UN Staff College in Turin. Er ist Autor und Herausgeber einer Reihe von Publikationen, die sich mit der Entwicklungsproblematik sowie mit der Politik und Geschichte Afrikas beschäftigen. Sein jüngstes Buch *Africa's Contemporary Challenges: The Legacy of Amilcar Cabral* erschien Anfang 2010 in London. Lopes promovierte im Fach Geschichte an der Université Paris 1 – Panthéon-Sorbonne und erhielt die Ehrendoktorwürde der Universidade Candido Mendes in Rio de Janeiro.



Jean-Pierre Mara ist Ingenieur und Autor in der Zentralafrikanischen Republik. Eine kritische Abrechnung mit der Entwicklung seines Heimatlandes findet sich in dem 2008 erschienenen Buch *Oser les changements en Afrique: Le cas du Centrafrique* (Paris 2008). Auch in der Anthologie *Indépendances CHA-CHA* (Paris 2010), in der eine Reihe afrikanischer Autorinnen und Autoren ihre Sicht auf die Unabhängigkeit Afrikas formulieren, ist Mara mit einem Beitrag vertreten. Jean-Pierre Mara studierte Elektrotechnik und arbeitet aktuell für den französischen Konzern Alcatel-Lucent.



Christoph Marx ist seit 2002 Professor für außereuropäische Geschichte an der Universität Duisburg-Essen. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte des südlichen Afrikas und umfasst Themengebiete wie vergleichende Kolonialgeschichte und Geschichte der Apartheid in Südafrika. Er studierte Geschichte und Musikwissenschaft in Freiburg und Grahamstown (Südafrika), promovierte 1987 und habilitierte 1996. Er unternahm verschiedene Forschungsreisen nach Südafrika und Simbabwe.



Sanou Mbaye ist Investmentbanker und Verfasser zahlreicher Beiträge zur Ökonomie und Politik Afrikas; 2009 erschien sein Buch *L'Afrique au secours de l'Afrique* (Ivry-sur-Seine). Er war Mitglied des Leitungsteams der Afrikanischen Entwicklungsbank.



Dr. **Henning Melber** leitet die Dag-Hammarskjöld-Stiftung in Uppsala/Schweden, wo er bis 2006 Forschungsdirektor am Nordic Africa Institute war. Er kam 1967 als Sohn deutscher Einwanderer nach Namibia, wo er 1974 der Befreiungsbewegung SWAPO beitrug. Er studierte Politik und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Von 1992 bis 2000 leitete er die Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) in Windhoek.



Fiston Mwanza Mujila aus der Demokratischen Republik Kongo ist Autor und schreibt Gedichte und Novellen, seit kurzem auch Theaterstücke. Fiston Mwanza lebte 2009 mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich/Deutschland, dann hatte er ein Stipendium in Paris, wo er literarische Recherchen durchführte und mit Häftlingen literarisch arbeitete. Von September 2009 bis August 2010 war er Stadtschreiber in Graz/Österreich. 2009 wurde er bei den 6. Frankophonie-Festspielen in Beirut mit der Goldmedaille für Literatur ausgezeichnet.



Nétonon Noël Ndjékéry, geboren im Tschad, arbeitet heute als Informatiker in der Schweiz. Er hat Mathematik und Physik studiert. Seine ersten literarischen Texte veröffentlichte er 1984 unter dem Titel *La Descente aux enfers et onze autres nouvelles* in Paris. Sein Band *Sang de kola* erschien 1999 ebenfalls in Paris. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit schreibt er seit 2003 regelmäßig für die Zeitschrift *Carrefour* in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena.



François Nkeme ist Schriftsteller und Verleger in Kamerun. In seinem Verlagshaus Proximité veröffentlichte er vornehmlich junge Talente des Landes, aber auch moderne Klassiker der französischen Literatur. Danach gründete er den Verlag Ifrikiya. Regelmäßig schreibt er Kurzgeschichten für die Zeitschriften *Patrimoine* und *Cocktails littéraires*. Er hat bisher die zwei Prosa-Bände *Le Cimetière des bacheliers* (Yaoundé 2008) und *Buyam Selam* (Yaoundé 2009) veröffentlicht.



Wilfried N'Sondé, geboren in der Republik Kongo, lebt als Autor und Musiker in Berlin. N'Sondé wuchs in den Pariser Vorstädten auf, studierte später an der Sorbonne Politologie. 1988 kam N'Sondé zum ersten Mal nach Berlin. Für seinen ersten Roman *Le cœur des enfants léopards* (Paris 2007), der auch auf Deutsch erschienen ist, erhielt er drei Literaturpreise. Das Buch erzählt von den verzweifelten Versuchen junger Einwanderer in Paris, in der französischen Gesellschaft anzukommen. 2010 erschien in Frankreich sein Roman *Le Silence des esprits*.



Jean Divassa Nyama aus Gabun ist Autor mehrerer Romane. Für seine Trilogie «La Calebasse» mit den Romanen *La Vocation de Dignité* (Bertoua 1997), *Le Bruit de l'Héritage* (Bertoua 2001) und *Le Voyage d'oncle Mâ* (Bertoua 2008) erhielt er 2008 den Grand Prix littéraire de l'Afrique noire. Die Trilogie wurde 2010 auch in arabischer Übersetzung in Kairo veröffentlicht. Neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit arbeitete er auch als Englischlehrer und für das Fernsehen als Moderator literarischer Sendungen.



M'Barek Ould Beyrouk ist Autor aus Mauretaniens. In Marokko studierte er Jura, wurde aber nach seiner Rückkehr in die Heimat Journalist. 1988 gründete er *Mauritanie demain*, die erste unabhängige Zeitung Mauretaniens, die nur bis 1994 bestehen konnte. Nachdem er bereits viele Erzählungen und Fabeln in heimischen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht hatte, erschien 2006 sein erster Roman *Et le ciel a oublié de pleuvoir* (Paris 2006). 2009 veröffentlichte er seinen Erzählungsband *Nouvelles du désert* (Paris).



Mai Palmberg arbeitet als Politikwissenschaftlerin am Nordic Africa Institute in Uppsala. Sie koordinierte bis März 2010 ein internationales Forschungsprogramm über kulturelle Afrika-Bilder im Westen und Tendenzen afrikanischer Kunst. Mai Palmberg hat über die Befreiungskämpfe im Südlichen Afrika geschrieben, aber auch über AIDS in Afrika, die schwedisch-südafrikanischen und die israelisch-südafrikanischen Beziehungen im wirtschaftlichen und militärischen Bereich.



Michèle Rakotoson ist Journalistin und Autorin. Nach dem Studium arbeitete sie bis 1983 als Lehrerin, Journalistin und Theaterregisseurin in ihrer Heimat Madagaskar, dann 20 Jahre lang bei Radio France International in Paris. Heute lebt sie wieder in ihrer Heimat, wo sie u.a. die Vereinigung Opération BOKIKO und die Buchmesse SONATRA ins Leben gerufen und sich damit der Förderung junger literarischer Talente Madagaskars verschrieben hat. Michèle Rakotoson hat sieben Romane, sechs Theaterstücke und viele Kurzgeschichten, Essays und Gedichte in Zeitschriften und Anthologien veröffentlicht.



Theo Rauch ist Honorarprofessor am Zentrum für Entwicklungs-länder-Forschung des Geographischen Instituts der Freien Universität Berlin und am Seminar für Ländliche Entwicklung der Humboldt Universität zu Berlin. Er unternahm verschiedene Forschungs- und Gutachterreisen nach Afrika. Er ist Autor des Lehrbuchs *Entwicklungspolitik – Theorien, Strategien, Instrumente* (Braunschweig 2009).



Peter Ripken ist Vorstandsvorsitzender des International Cities of Refuge Network (ICORN). Von 1984 bis 1986 arbeitete er als Chef vom Dienst in der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle. 1987 bis 2007 leitete Ripken die Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Frankfurt/M. Von 2003 bis 2009 war er zudem Programmleiter des Internationalen Zentrums der Frankfurter Buchmesse. Peter Ripken hat neben einer Vielzahl von Buchbeiträgen auch Publikationen besonders zu Afrika herausgegeben.



Alfred Yambangba Sawadogo, in Burkina Faso geboren, ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der internationalen Organisation SOS Sahel. Als Soziologe bildete er viele Jahre junge Landwirte in seiner Heimat aus. Von 1984 bis 1987 war er im Büro des Präsidenten von Burkina Faso tätig. Zu seinen Büchern, die alle in Paris veröffentlicht wurden, gehören ein Porträt des Präsidenten Sankara (2001), eine Erinnerung an seine Schulzeit (2003), Essays über AIDS (2004) und die Polygamie (2006) sowie der Band *Afrique: la démocratie n'a pas eu lieu* (2008).



Annette Schemmel lebt und arbeitet in Berlin und München als freischaffende Kuratorin für zeitgenössische Kunst. 2007/08 war sie die erste Stipendiatin des H+F Curatorial Grant am FRAC Nord-Pas de Calais in Dunkerque, Frankreich. An der Freien Universität Berlin arbeitet sie an einer Doktorarbeit zu informellen Professionalisierungsstrategien von Künstler/innen in der «Peripherie» des globalen Kunstbetriebs.



Das Jahr 1960 war für viele Staaten in Afrika ein Jahr der Hoffnungen: 17 Ländern erlangten die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung und Ausbeutung übernahmen die Führer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen nun die Macht. Einheit, Frieden, Wohlstand und Ansehen für den gesamten Kontinent waren ihre Ziele. Was ist, 50 Jahre später, aus den Hoffnungen und Visionen geworden? Wurden aus den in der Kolonialzeit geschaffenen Staatengebilden Nationen? Welche Probleme aus der Kolonialzeit

wirken noch nach, welche kamen in den vergangenen 50 Jahren hinzu? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Europa und Afrika, um Ausgrenzung und Rassismus – und welche Zukunftsperspektiven haben die afrikanischen Länder in einer globalisierten Welt? Eine Reihe renommierter Autorinnen und Autoren vor allem aus Afrika versucht Antworten auf diese Fragen zu finden. „Blitzlichter“ stellen die dargestellten Länder vor; Auszüge aus Reden, Schriften sowie Kurzporträts geben Einblick in die Aufbruchstimmung von 1960.

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Die grüne politische Stiftung Tel. 030 285340 Fax 030 28534109 info@boell.de www.boell.de

ISBN 978-3-86928-045-5